

4 1379
JMA

AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Jan.-Feb. 1988

19. Jg., Nr. 1-2

5,-DM

HUNGER- KRISE IN ÄTHIOPIEN

NICHTS ZU MACHEN?



MITTELAMERIKA EXTRA

Inhalt

Kommentar
Der Abrüstungsgipfel – ein Durchbruch? 3

Äthiopien
Die Wiederkehr der Hungerkrise 5

Washington setzt auf Wirtschaftssanktionen 8

Die Entwaldung aufhalten:
„TAKALIGN – Mein Herd für Äthiopien“ 9

Südafrika
Mbekis Freilassung: ein Dialogsignal? 12

Der erwünschte Konflikt
Inkatha-UDF 13

Interview mit Patrick Mafuna über
Radio Mandela 14

Arusha-Konferenz: Weltparlament
gegen Apartheid 16

Naher und Mittlerer Osten
Was brachte der Arabische Gipfel
von Amman? 18

Abschlußerklärung von Amman 19

Palästina-Nahost-Diskussionsforum 20

Register 1987 21

MITTELAMERIKA-Spezial 23

Türkei
Özals Wahl – eine „Prise
Demokratie“ 61

Proteste gegen die Verhaftung von
Sargin und Kutlu 62

Kamputschea
Einstieg in den nationalen Dialog 63

Philippinen
Interview mit José Maria Sison:
Putschversuche bringen Aquino auf
US-Kurs 66

Haiti
Die Militärs verhindern erste freie
Wahlen 68

Energie
Das weltweite Energieproblem (IV)
Braucht die Dritte Welt AKWs? 70

Rezension
Neue Bücher über den Iran 74

Infos zur Solidarität
Juso-Fforum zur Entwicklungspolitik
Aachener Bankenaktionen
Klein gegen IWF-Kampagne,
Buchtipp zu Kuba 74

Kurzinformationen
Schuldenkonferenz der OAU,
Tunesien, Westsahara, Niger,
Angola, Bangladesch 77

Kommentar
Bonner Afrikapolitik auf neuem
Kurs? 79

Titel: Gestaltung von M. Baierle und U. Tremmel.

Fotonachweis: AIB-Archiv, APN, USN & WR, W. Maier, MERIP, AAB, Afrapix, SoF, C. Dilg, URNG, NACLA, Barricada, IHT, SRV, W. Brönnner, CERIGUA



Äthiopien

S. 4

Äthiopien sieht sich zur Jahreswende einer neuerlichen Hungerkrise gegenüber. Internationale Hilfsaktionen sind im Gange. Dennoch bleibt die bange Frage: Reichen Hilfs- und nationale Gegenmaßnahmen hin, um eine Wiederholung der Katastrophe von 1984/85 abzuwenden? Oder durchkreuzt der Kriegszustand in den Hungergebieten des Nordens eine effektive Hungerbekämpfung?

Mittelamerika-Spezial S.23

Mit dem Abschluß des Friedensabkommens von Esquipulas II eröffnet sich die Möglichkeit einer Beilegung des mittelamerikanischen Konflikts auf dem Verhandlungswege. Wir analysieren die Hintergründe dieser Entwicklung und das Scheitern der US-Politik. Wir berichten über die Umsetzung des Abkommens in den einzelnen Ländern, über die Positionen der Sandinisten und der salvadorianischen Befreiungsbewegung.



Kamputschea

S. 63

In den seit 1979 währenden Kamputschea-Konflikt ist erstmals Bewegung gekommen. In Frankreich traf der kamputscheanische Premierminister Hun Sen mit Ex-Staatschef Prinz Sihanouk, der die Gegenkoalition der Khmer vertritt, zusammen. Sie gingen mit einer Vereinbarung auseinander, eine Versöhnungskonferenz aller Konfliktparteien anzustreben und weitere Dialogtreffen vorzuschalten. Was sind die Beweggründe für diesen Dialog? Wie groß sind die Erfolgsaussichten?

Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift der Redaktion: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 06421/24672

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Prof. Günter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Heidi Czapek, Hanne Denk, Georg Diederichs, Asia Ebtehaj, Ingrid el-Masry, Peter Imbusch, Andreas Krajczek, Julia Kühnert, Ulrich Rupp, Petra Sittig

Ständige Mitarbeit: Joachim Becker, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, U. Kampmann, Doris Knabe, Ivesa Lübben-Pistofidis, Jürgen Ostrowsky, Charles Pauli, Ricardo Ribera, Günter Schucher, Peter Schütt, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning

Weitere Mitarbeiter/Innen dieser Ausgabe: Aleks Arndt, Hermann Bömer, Franz Bushin, Ina Heuer, Eva-Maria Hinterwirth, Heidi Küchelhaus, Regine Meyer, Rolf Radke, Reiner Rischmüller, Helke Schiebeck, Rüdiger Theune

Redaktionsschluß: 11. Dezember 1987

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangaben und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH, Postfach 510868, 5000 Köln 51, Teletex 2214284 pahl. **Vertrieb:** Telefon 0221/36002-0

Adressenänderungen bitte rechtzeitig dem Verlag bekanntgeben.

Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung. Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

AIB-Sonderhefte sind als **Nebenblätter** einmal im Vierteljahr beifügt.

Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November

Anzeigenleitung: Wolfgang Pitzer, Tel. 0221/3600247

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Konten: Postgiro Köln 6514-503 (BLZ 37010050), Sparkasse Köln 10652238 (BLZ 37050198)

Anzeigen: Infobüro Nicaragua, MERIP, Pahl-Rugenstein Verlag, Demokratisches Gesundheitswesen, Enfo prensa, Wissenschaft & Frieden, Peripherie, ISSA, TUTE

Titel:

Fotonachweis:

Der Abrüstungsgipfel: ein Durchbruch?

Wolfram Bröner



Das Washingtoner Gipfeltreffen, das Michail Gorbatschow und Ronald Reagan vom 7.-10. Dezember 1987 zum dritten Mal zusammenführte, wird mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit als Einstieg in den globalen Abrüstungsprozeß in die Geschichte eingehen.

Der auf dem Gipfel vom Generalsekretär der KPdSU und dem US-Präsidenten unterzeichnete Vertrag über die Vernichtung von insgesamt 2.611 landgestützten atomaren Mittelstreckenraketen (INF) markiert jedenfalls den ersten realen Abrüstungsschritt im Atomzeitalter. Anders als die in der Entspannungsära vereinbarten Rüstungskontrollabkommen (SALT), welche lediglich Obergrenzen für strategische Waffen festgeschrieben, soll nun erstmals eine Waffenkategorie verschrottet werden. Skeptiker wenden ein, daß damit lediglich 4% der Atomwaffen verschwinden. Sie verkennen ganz einfach, daß hierbei weniger die Arithmetik als das neuartige Beispiel zählt. Und dieses lautet: Mit den in Westeuropa stationierten Pershing II, Cruise Missiles und Pershing Ia mußten die USA ein Kernstück ihrer Erstschlagsstrategie opfern.

Die Startphase der Vision einer atomwaffenfreien Welt ist damit vorgezeichnet und wird eingeleitet, sobald der US-Senat das Abkommen ratifiziert hat. Dies steht bis April/Mai d.J. zu erwarten. Außerdem ist mit der erstmaligen Einigung auf ein Kontrollverfahren (gegenseitige Inspektionen vor Ort) ein Stück Vorarbeit für Folgeabkommen miterledigt.

Dies allein bedeutet, daß das Weitertreiben des Abrüstungsprozesses auf dem Gebiet der strategischen Atomwaffen, zunächst einmal der Interkontinentalraketen, erleichtert wird. In ihrer gemeinsamen Abschlußerklärung kündigten Gorbatschow und Reagan an, daß man in Washington in den Gesprächen über eine Halbierung der Arsenale weitreichender strategischer Atomwaffen (START) bereits beträchtliche Fortschritte erzielt habe. Die Ausformulierung eines entsprechenden Vertragstextes zum „frühestmöglichen Zeitpunkt“ sei in Arbeit, so daß er beim nächsten Gipfeltreffen in der ersten Jahreshälfte 1988 in Moskau unterzeichnet werden könnte.

Als aussichtsreiche sowjetisch-amerika-

nische Verhandlungen gelten nach dem Washingtoner Gipfel sodann jene über ein internationales Verbot chemischer Waffen und über ein Moratorium bzw. eine Begrenzung von Atomtests. Mit „ernsten Differenzen“ gingen die Weltmächte hingegen über die Weltraumrüstung, an der Reagan weiter starr festhält, sowie über regionale Konflikte und Menschenrechtsfragen auseinander. Dessen ungeachtet sprechen einige Anzeichen dafür, daß die Reagan-Administration damit begonnen hat, auch an die Frage der Regionalkonflikte ein wenig realistischer heranzugehen. Mit dem Abbau der globalen Konfrontation haben sich in einigen Krisenzentren die Spielräume für Initiativen, Konflikte auf dem politischen Verhandlungswege zu lösen, sichtlich erweitert.

In Mittelamerika ist ein solcher Friedensprozeß am weitesten gediehen (siehe Sonderheftteil). Er kam trotz der Gegensteuerung der Interventionsmacht USA in Gang. Denn so unterschiedliche Friedenskräfte wie das Revolutionsregime der Sandinisten und Costa Ricas sozialdemokratischer Präsident Oscar Arias schöpften mit der nötigen Konsequenz und Flexibilität die gewandelten Rahmenbedingungen aus.

Nicht von ungefähr ist auch in anderen festgefahrenen Konfliktszenarien, wie Kamputschcha, Afghanistan und Iran-Irak, neuerdings einiges in Fluß geraten. In Sachen Golfkrieg trugen die USA und die UdSSR gemeinsam die Friedensinitiative des UN-Sicherheitsrates (Resolution 598 vom Juli 1987) mit, bevor sich erstere zum militärischen Alleingang in die Ölregion begab und damit die Lösungsaussichten vorerst zu nichte machte.

Im Fall Kamputschcha und Afghanistan gab die sowjetische Regierung ihren Verbündeten positive Anstöße für einen nationalen Aussöhnungskurs und für mehr Beweglichkeit beim Einfädeln einer politischen Lösung. Und nach den Washingtoner Gipfelgesprächen über Afghanistan, wobei Gorbatschow den sowjetischen Truppenabzug und die Verkürzung der Abzugsfrist auf 12 Monate oder weniger zusagte, scheint auch hier ein Vorankommen nicht mehr ganz so unmöglich.

Auf jeden Fall kann ein Dialog USA-UdSSR zu diesen und anderen Regionalkonflikten (Nahost, Südliches Afrika) die nach friedlichen Lösungen suchenden Kräfte maßgeblich begünstigen, ja ermutigen. Und die Chancen regionaler Friedensprozesse dürften insoweit steigen, wie es nun gelingt, den globalen Abrüstungsprozeß und Konfrontationsabbau weiter zu vertiefen.

Von kaum geringerer Bedeutung für die Dritte Welt ist eine andere Wirkungsweise des angebahnten globalen Abrüstungsprozesses, nämlich die Verwendung dabei freiwerdender Mittel für die unterentwickelt gehaltene Welt. Schon ein Bruchteil der gegenwärtig jährlich rund 1 Billion \$, die für das Wettrüsten verschleudert werden, könnte die drängendsten Probleme der Dritten Welt abbauen helfen.

Ronald Reagans Kurs, der auf die Wiedergeburt wirtschaftlicher und militärischer Überlegenheit der USA abzielte, ist weitgehend gescheitert. Dies und sein Niedergang im Zuge des Iran-Contra-Skandals bewirkte seine innen- und außenpolitische Schwächung – und auch Mäßigung. Indikatoren hierfür sind die aktuelle Kürzung des Rüstungshaushalts, der Regierungsausstieg der Ultrarechten (zuletzt Weinberger) oder der Verlust der Initiative in Mittelamerika.

Wenn Reagan daher zu Ende seiner Amtszeit die Flucht nach vorne sucht, um wenigstens als „Friedenspräsident“ in die Geschichte einzugehen, kann dies den Friedenskräften in aller Welt nur Recht sein. Ihr fortdauernder Druck kann nun den von ihnen mit erzwungenen Prozeß der Abrüstung und politischen Konfliktlösung weiter vorantreiben helfen. Ob daraus ein Durchbruch wird, bleibt vorerst offen.

Ich bin
wie ein Vogel,
der sein Nest
verloren hat."



So sieht sich ein türkischer Arbeiter – einer der Menschen, die Metin Gür während seines viermonatigen Aufenthaltes als Stadtschreiber in Bergkamen, befragte. Er führte viele Gespräche mit türkischen Familien. Mit den Frauen, den Männern und ihren Kindern. Sein Bericht gibt Aufschluß über die Arbeits- und Lebensbedingungen, über intime Nöte, Sehnsucht und Hoffnung unserer türkischen Mitbürger.

Und die Kritik meinte schon, daß dieses Buch einige Jahre zu spät gekommen sei. Wir sehen das anders. Metin Gür war 1984 in Bergkamen. Haben sich inzwischen die Lebensbedingungen der türkischen Menschen wesentlich verändert oder verbessert? Oder ist es nicht einfach so, daß wir ihren Schmerz kaum noch wahrnehmen?

Metin Gür
MEINE FREMDE HEIMAT
Türkische Arbeiterfamilien
in der BRD
Ein Weltkreis-Buch, DM 14,80

Unsere Bücher
sind Lebens-Mittel.

PAHL-RUGENSTEIN

Wiederkehr der Hungerkrise

Bereits im November 1987 hatte Eduard Saouma, Generaldirektor der UN-Landwirtschaftsorganisation (FAO), in Nairobi eindringlich vor der Gefahr einer erneuten Hungerkatastrophe in Äthiopien gewarnt. Er appellierte an die Westmächte, Äthiopien eine höhere Nahrungsmittelhilfe zu gewähren, da bis dahin erst ca. 1/3 der von Addis Abeba angeforderten Nothilfe für 1988 bewilligt worden sei. Berhanu Jembere, Vorsitzender der staatlichen äthiopischen Hilfsorganisation RRC, bezifferte den von außen benötigten Lebensmittelbedarf seines Landes für dieses Jahr auf 1,05 Mio t (beinahe so viel wie 1985). Rund 5-6 Mio der insgesamt 46 Mio Äthiopier seien vom Hunger bedroht. Ende November/Anfang Dezember 1987 wurden erste Massenabwanderungen hungernder Dorfbewohner in die Städte gemeldet. Ihre Ausweitung ist – nach Auffassung der FAO – nur abzuwenden, falls die Nahrungshilfe zeitig in den Hungerregionen verteilt, die dortigen Vorräte aufgestockt und die Transportkapazitäten (große LKWs, Eisenbahnwaggons) ausgebaut werden können. Die Zeit drängt.

Karl-Heinz Böhm, weiland Filmschauspieler, seit geraumer Zeit erfolgreich als Organisator von Selbsthilfeprojekten in Äthiopien tätig, kann nach zahlreichen Diskussionen ein Lied davon singen: Die Realität des 1,2 Mio qkm großen Landes (nahezu fünffache Fläche der BRD; d. Red.) mit seinen zahllosen Problemen und unterschiedlichen Voraussetzungen läßt sich nicht in simple Schemata pressen, zumindest eine differenzierende Sichtweise tut not.

Wieviel diese Einsicht wert ist, machen Jutta Ditzfurths Gedanken deutlich, die sie nach ihrer Teilnahme am Moskauer internationalen „Forum“ im Oktober 1987 dem „Stern“ anvertraute. Angesichts des Auftritts Mengistu Haile Mariams, des Präsidenten der Volksdemokratischen Republik Äthiopien, habe „man fast vergessen (können), daß die augenblickliche Zwangs-

kollektivierung von eritreischen Bauern in Äthiopien, bei der demokratische Rechte mit Füßen getreten und unzählige Menschen ausgerottet werden, in Verantwortung der Partei dieser kleinen, blaugekleideten Gruppe geschieht. Stalin läßt grüßen“. Woher auch immer sie diese aberwitzigen Behauptungen hat, und wie oft auch sie anderswo wiederholt werden: Sie halten dem Blick auf die Wirklichkeit nicht stand. Was sie indes vermögen, ist, Unsicherheit und falsche Gegensätze zu fördern angesichts einer Situation, da in Äthiopien erneut an die 6 Mio Menschen von Hunger bedroht sind und internationaler Unterstützung bedürfen.

Denn, so unaufhaltsam wie die Dürre im vergangenen Sommer das nördliche Äthiopien traf und die Ernten weithin vernichtete, so unvermeidlich ist jenes internationale Zitiertkartell mit seinen Schreckensdarstellungen der äthiopischen Regierungspolitik zur Stelle, in denen dieser die eigentliche Schuld an der Lage angelastet wird.

Es sei „die Schuld der Menschen, die Äthiopien regieren“, heißt es da beispielsweise in der britischen „Sunday Times“, „eine Bande von blutbefleckten, ideologiebesessenen Fanatikern, die von der Weltmeinung einer verbrecherischen Nachlässigkeit, die an Völkermord grenzt, angeklagt werden sollte“. Oder, in ähnlicher Diktion, die Sendung „Gott und die Welt: Äthiopische Passion“ im Ersten Fernsehprogramm am 27. November 1987, wo ein Musterbeispiel von Schauprozeßführung gegen die äthiopische Regierung mit Hilfe genehmer Zeugen vorgeführt wurde, in welchem diese keine Verteidigungschance erhielt.

Gipfel solcher Aussagen: „Verbrechen“ würden in Äthiopien verübt, „die alles übersteigen“, so der frühere Regierungsangehörige Wolde Giorgis, oder – ebenso zynisch wie rassistisch – „über Südafrika redet man, wenn eine Person verhaftet wird“, über angeblich tausende Verhaftete in Äthiopien nicht.

Notversorgung eines Kindes in einer Nahrungsmittel-Verteilstation bei Wukro (Bezirkshauptstadt in Tigre), wo sich täglich Tausende für ihre Rationen einfinden



Irgendwer sagt hier die Unwahrheit.

Verfassungsgrundsatz des neuen Äthiopien ist zum Beispiel der Schutz der natürlichen Umwelt – in dem von vielfältigen natürlichen und von Menschen gemachten Gefahren bedrohten Agrarland eine Erklärung, die längst nicht mehr nur Papier ist. Schon Anfang der 80er Jahre zollten internationale Experten den Wiederaufforstungs- und Bodenkonservierungsmaßnahmen des Revolutionsregimes Höchstachtung.

Oder die Verbesserung der Lage in den bestehenden Anbaugebieten sowie die Erschließung bisher nicht genutzter Böden: „Zuerst müssen wir neue Gebiete für die Bauern erschließen“, so Präsident Mengistu. „Auf den alten muß die Landwirtschaft intensiviert werden, beispielsweise durch künstliche Bewässerung. Wir dürfen nicht mehr allein vom Regen abhängig bleiben. Gleichzeitig müssen wir den Ausbildungsstand der Bauern erhöhen. Das Saatgut muß verbessert werden, und das Vieh muß von robusterer Rasse sein. Wir brauchen mehr Düngemittel und Pestizide, bessere Geräte, und bei alledem müssen uns Agrarexperten behilflich sein. Das ganze Land wird eines Tages von einem dichten Netz von Forschungsstationen überzogen sein.“ Angesichts eines Landes, dessen Lebensbedingungen dem US-Nachrichtenmagazin „Newsweek“ zufolge sich „seit biblischen Zeiten kaum geändert haben“, die folglich dramatisch geändert werden müssen, können nur Illusionisten erwarten, daß sich hierbei Erfolge unverzüglich einstellen müßten. Und nur Beobachter, denen es um etwas ganz anderes geht, können erwarten, daß ein solcher Prozeß ohne Fehler und Widersprüche verlaufen kann.

Hauptprinzip erklärter „Kritiker“ der äthiopischen Revolution ist jedoch, Tatsachen noch nicht einmal zur Kenntnis zu nehmen. So heißt es im „Handelsblatt“ am 16. November 1987 unter Bezugnahme auf „Kenner des Landes“ (als welche sich die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ entpuppt): „Nicht nur die Regenausfälle“ seien „für die Mißernten verantwortlich“. Eine „große Rolle“ spielten auch eine „Kollektivierung des bäuerlichen Besitzes nach sowjetischem Muster“. Hinzu komme „die Zwangsumsiedlung aus ökologisch erschöpften Gebieten“, schließlich „die sogenannte 'Verdorfung', in der verstreut lebende Bauern zwangsweise in Dörfern angesiedelt werden“. Die Fakten: Die Regenfälle blieben in diesem Frühsommer aus – namentlich, und wie bereits vor der katastrophalen Zuspitzung 1984/86 in den nördlichen Gebieten wie Eritrea und Tigre. Heuschreckenschwärme vernichteten großenteils, was dennoch auf den Halmen stand.

„Newsweek“ berichtete am 30. November 1987: „Nahegelegene Äcker sind grün, doch selbst dies ist ein grausames Bild. Der Weizen müßte goldbraun sein, erntereif; die grünen Sproßlinge (nach verspäteten Regenfällen; J.O.) werden bald hinwelken und absterben.“

Die unmittelbaren Folgen: Selbst in Gebieten also, die noch bebaubar und besiedelt sind, machte die Dürre alle Anstrengungen zunichte. Getreidepreise schossen in die Höhe; in Asmara etwa, im nördlichen Eritrea, von umgerechnet 30 auf 200 \$ pro Sack; Bauern verkauften eilends ihr Vieh, bevor es mangels Futtergetreide und Weiden verhungerte – die Fleischpreise stürzten ins Bodenlose.

Daß große Teile des zerklüfteten nördlichen Äthiopien für die landwirtschaftliche Nutzung für immer verloren sind – und dies bereits seit langem – bestreitet niemand ernstlich. Internationale Hilfsorganisationen, voran US-amerikanische, schlugen bereits Anfang der 70er Jahre vor, deshalb größere Teile der Bevölkerung dieser unwegsamen Landstriche in fruchtbarere Landesteile im Süden und Südwesten umzusiedeln.

Daß dies ohne internationale Unterstützung, ohne ausreichende, wissenschaftlich betriebene Vorbereitung extrem schwierig sein würde, lag auf der Hand. Doch eben diese Hilfe seitens der finanzkräftigen westlichen Länder blieb weitestgehend aus. Man helfe in Notlagen – und dann demonstrativ und spektakulär –, erklärt der Leiter der US-Hilfsorganisation AID,



Oromo-Rebellen bei der Zerstörung eines Lkw-Depots in Debeka (oben); Umsiedler bei der Bestellung fruchtbarer Böden und beim gemeinsamen Hausbau (unten)





McPherson. Langfristige Entwicklungshilfe leiste man Gegnern indessen nicht (siehe auch Kasten; d. Red.).

Äthiopien mußte die notwendige Umsiedlung unter entsprechend unzureichenden Bedingungen in Angriff nehmen. Katastrophale Fehler waren eine Begleiterscheinung – eine.

Karl-Heinz Böhm mahnte in einer Fernsehdiskussion am 29. November 1987 (im Dritten WDR-Programm), von Pauschalierungen wegzukommen, wie sie unter anderen Rupert Neudeck gegen die Umsiedlungspolitik ins Feld führte („Mir reicht's, wenn Menschen – auch ein Drittel – zu ihrem Glück gezwungen werden“): Unter den Umgesiedelten, so Böhm aufgrund seiner Beobachtungen, gebe es Gegner, insbesondere ältere Menschen; eine Gruppe, die widerwillig, aber letztlich in Erkenntnis der nackten Notwendigkeit mitmache sowie vor allem Jüngere, die derartige Einsicht von vornherein teilten und in der Hoffnung auf verbesserte Lebenschancen zur Aufgabe der bisherigen Lebensumstände bereit seien.

Die Revolutionsregierung hatte ihrerseits bereits 1985 auf die Probleme der Umsiedlung sowie auf die internationale Kritik an ihrer Durchführung reagiert: Sie wurde gestoppt. Die Planungen sehen nunmehr vor, bis einschließlich 1990 jährlich 200.000 Menschen umzusiedeln; 600.000 sind es bislang. Die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ spricht desungeachtet von 7 Mio. „Umsiedlungen und „Verdorfung“ hatten und haben noch Probleme gemeinsam. Äthiopiens Armut ermöglicht nur in wenigen Fällen, die geplante Bereitstellung von Infrastrukturen in Realität umzusetzen. Alternativen freilich gibt es nicht. Wie sollen Errungenschaften der heutigen Menschheit – und noch nicht einmal die modernsten – zu Menschen kommen, die größtenteils, zu 94% nämlich, wie der „Stern“ registrierte, „mehr als einen halben Tagesmarsch von der nächsten Straße entfernt“ leben?

„Wie stellen Sie sich das vor? Sollen wir zu jedem Einödgehöft eine Straße bauen? Kilometerlange Wasserleitungen legen? Die Leute mit allem versorgen, was sie brauchen? Damit die Bauern in den Genuß von technischen und sozialen Einrichtungen kommen, müssen sie sich eben zusammenschließen.“ Das könnte einem Entwicklungsprogramm für ein beliebiges Entwicklungsland, formuliert von Bonn, entstammen, ist aber, was die äthiopische Regierung sagt.

Und die Form sowohl der Neuansiedlungen wie der „Verdorfun- gen“? „Mit Kollektivierung hat die Dorfansiedlung nichts zu tun“, berichtete der Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ), Günter Krabbe, am 9. Juni 1987 über Äthiopien. Ihr Ziel ist vielmehr die Produktionssteigerung bäuerlicher Einzelwirtschaften. Dabei spielten neben attraktiven Erzeugerpreisen „auch die Vermarktung, die Bevölkerungs- politik, die Investitionspolitik, das Schul- und Gesundheits- wesen und vor allem die Möglichkeit, Textilien, Schuhe und andere Konsumgüter kaufen zu können, eine Rolle.“

Doch da bleibt, was unter der Rubrik „Gott und die Welt“ beispielhaft behauptet wurde: Das Einzige, was in Äthiopien funktioniere, sei die im Kriegseinsatz gegen die „Unabhängigkeitsbewegungen“ in Eritrea und Tigre befindliche Armee. Ja, diese Kriege und die seitens der Zentralregierung ergriffenen Maßnahmen seien es, die letztlich die Not der Bevölkerung, insbesondere im Norden, verursachten.

Ungeachtet der Gegenfrage, warum keine der besagten Gruppierungen – die EPLF (Volksbefreiungsfront) in Eritrea und die TPLF in Tigre – je eine grundsätzliche Bereitschaft erkennen ließ, die eigene Sezessionsforderung zur Disposition zu stellen und etwa eine Lösung im Rahmen der weitreichende Autonomie gewährenden neuen äthiopischen Verfassung zu suchen, besagt die Politik beider Organisationen viel über ihren Charakter.

Im Oktober und im November 1987 vernichteten EPLF-Einheiten Nahrungsmittelkonvois, von deren Ankunft allein im ersten Fall die Ernährung von 45.000 Menschen über einen Monat hin abhing. Internationale Hilfsorganisationen sahen durch die

Überfälle auf die rein zivilen LKW-Transporte die Gesamtversorgung bedroht; die UN-Hilfsorganisation sah sich gezwungen, noch kostspieligere Lufttransporte zum Beispiel nach Mekele, der Hauptstadt Tigres, zu organisieren.

Eine andere, wenngleich nicht unmittelbare Folge: Was verhindert werden sollte durch rasche und rechtzeitige Nahrungsmittellieferungen, geschah. Hungernde setzten sich zu Tausenden in Marsch zu mitunter imaginären Versorgungsstellen, sprich: Lagern, in denen nach Experteneinschätzung auf dem Marsch zu ihnen es 1984/86 die meisten Hungertoten gab.

Nachdem die äthiopische Regierung frühzeitig vor den potentiellen Folgen der Dürre 1987 gewarnt hatte, war es Absicht der Hilfsorganisationen gewesen, die Hilfslieferungen so nah wie möglich an die Bedürftigen heranzubringen – die Überfälle verhinderten es zumindest teilweise. UN-Programmdirektor David Morton: „Jetzt besteht Ungewißheit, ob sich Lastwagen überhaupt noch frei in diesem Teil des Landes bewegen können.“

Die EPLF tat in dieser Situation das, was der äthiopischen Regierung stets vorgeworfen worden war: Angesichts der Not des Volkes Krieg zu führen. Sie ließ am 9. Dezember 1987 in der

sudanesischen Hauptstadt Khartum stolz verkünden, sie habe einen bedeutenden militärischen Sieg gegen die Truppen der Zentralregierung errungen – und das sei erst der Beginn einer großangelegten Offensive.

Dies meldete die „International Herald Tribune“ am 10. Dezember 1987. Wenige Tage zuvor hatte es in der „FAZ“ geheißen, die TPLF „rufe (die Tigre-Bevölkerung) auf“, nicht dort zu bleiben, sondern über die Grenze nach Sudan zu fliehen – in Flüchtlingslager dort also, die ihrer eigenen Hilfsorganisation unterstehen.

„Anfänglich dachten wir, unser Hauptproblem werde sein, (die Hilfslieferungen) von Kansas (der 'Weizenhauptstadt' der USA) nach Äthiopien zu schaffen“, heißt es seitens des US-Hilfsbeauftragten in Addis Abeba, James R. Cheek. Doch „der Teil war einfach. Der letzte scheint zur Katastrophe zu werden.“

Es wäre eine Katastrophe, die von jenen mitverursacht worden wäre, die unter Berufung auf Moral und Menschenrechte eben diese instrumentalisiert hätten, um ein Regime zu bekämpfen, das erstmals eine Perspektive zu entwickeln begonnen hat, die das äthiopische Volk aus seiner Rückständigkeit hinausführen soll.

Washington setzt auf Wirtschaftssanktionen

In Gesetzesvorlagen, die jetzt dem US-Senat und Repräsentantenhaus vorliegen, sollen der Handel zwischen den USA und Äthiopien eingeschränkt und das Ansehen Addis Abebas bei der Weltbank zerstört werden. Die Unterstützer der Gesetzesvorlagen sagen, sie wollten Menschenrechtsverletzungen in Äthiopien beenden, aber Entwicklungsexperten befürchten, daß dadurch mehr Elend für die Äthiopier entstehen würde.

Die Gesetzesvorlage des Repräsentantenhauses wird gemeinsam vom Republikaner Toby Roth und von William Gray, einem Demokraten gefördert. Sie wird jetzt von 70 Abgeordneten unterstützt und wurde in zwei Beratungen besprochen.

Die Gesetzesvorlage sieht das sofortige Verbot für US-Kaffee-Importe aus Äthiopien vor. „Bis Mengistu Haile Mariams Regierung die Veränderungen vornimmt, die wir wollen“, sagt Jennifer White vom außenpolitischen Ausschuß des Repräsentantenhauses, würden danach weitere Sanktionen in dreimonatigen Abständen verhängt werden.

Zuerst würde es ein Verbot für Kredite von US-Handelsbanken geben, gefolgt von einem Stopp für neue US-Investitionen, der Rücknahme von Äthopiens Status' als normaler Handelsnation, die die gleichen Vorteile wie andere genießt, und schließlich von einer US-Kampagne gegen weitere Kredite von der Weltbank.

Sollte die Gesetzesvorlage durchkommen, würde sie Äthopiens Finanzkraft schwächen. Kaffee-Exporte erbringen mehr als 90% der Devisen Äthopiens, und die USA sind mit einem Anteil von 14% der Ausfuhr ihr größter Verbraucher.

Die Widerrufung des Handelsstatus' von Äthiopien, sagt White, soll die anderen Handelspartner Addis Abebas beeinflussen: „Wir hoffen, damit eine Vorreiterrolle zu spielen, um europäischen Regierungen zu helfen, ihre Außenpolitik gegenüber Äthiopien zu überdenken.“ Washingtons Schlag bei der Weltbank könnte am härtesten treffen. Äthopiens Kreditwürdigkeit wird wegen seiner stringenten Währungs- und Handelskontrollen als gut eingeschätzt. White zufolge stellen Kredite der Weltbank 16% des Regierungshaushaltes dar. Entwicklungshelfer und Agrarwissenschaftler in Äthiopien sagen, daß der Großteil der Nahrungsmittelprobleme durch die wachsende Erschöpfung der Boden- und Wasserressourcen

im überbevölkerten zentralen Hochland verursacht wird und daß dies das Ergebnis von übermäßiger landwirtschaftlicher Nutzung ist. Sie sagen, daß Äthiopien unbedingt Devisen und langfristige Entwicklungshilfe braucht, um die Landwirtschaft im Hochland zu reformieren. Andernfalls könnte ein großer Teil des Ackerbodens nutzlos werden, so warnen sie. Viele Diplomaten und Entwicklungsexperten verurteilen die Weigerung Washingtons, Entwicklungshilfe zu gewähren. Einige Experten unterstützen auch die äthiopischen Pläne, Menschen auf landwirtschaftliche Nutzflächen in tiefer gelegenen Gebieten umzusiedeln.

Die Unterstützer der US-Gesetzesvorlagen glauben, daß Äthopiens wiederkehrende Hungersnöte auf die Regierungspolitik zurückzuführen seien, die Landwirtschaft zu kollektivieren. Sie betrachten Umsiedlungen als eine repressive politische Maßnahme.

Unter dem Vorwand,
Menschenrechtsverletzungen zu
bekämpfen, soll die Hungersnot
weiter verstärkt werden

Tom Springer, ein Helfer Roths sagt: „Mengistu enthält seinen politischen Feinden die Nahrungsmittel vor, die der Westen so großzügig geschenkt hat. Er siedelt sie in Lager um, wo sie vor Hunger sterben. Die Freunde der Regierung erhalten die Nahrungsmittelhilfe oder sie wird auf dem Schwarzmarkt für sowjetische Flugzeuge verschachert.“

Mitarbeiter von Hilfsorganisationen widersprechen dem. Vertreter des UN-Entwicklungsprogramms in Addis Abeba sagen, daß die Nahrungsmittelhilfe, die während der Notlage von 1985 geschickt wurde, mit sehr geringen Verlusten oder geringfügigen ungeklärten Abzweigungen verteilt wurde. Missionare und Helfer, die ideologisch nicht mit Mengistus

Regierung übereinstimmen, sagen, daß sie keine Belege für eine politische Auswahl beim Umsiedlungsprogramm oder für ein systematisches Verhungernlassen von Siedlern gesehen haben.

Springer sagt, daß Missionare „ihre eigenen Interessen haben“. Er fügt hinzu: „Die Leute würden kein Geld schicken, wenn sie wissen würden, daß ein Großteil für politische Zwecke fehlgeleitet wird. Deshalb bewahren sie Stillschweigen.“

Springer und White stützen ihre Anschuldigungen auf die Aussagen von Äthopiern in den USA, insbesondere von solchen, die durch die von Yonas Diresa geleitete Bildungsstiftung Äthiopischer Flüchtlinge kontaktiert wurden. White sagt, daß sie selbst nie in Äthiopien war, aber daß ihre Schlußfolgerungen über dortige Unterdrückung sich nicht nur auf „Abtrünnige“ stützen. Sie verweist auf Erkenntnisse, die vom CIA und von Jason Clay von „Cultural Survival“, einer Denkfabrik, die mit Harvard verbunden ist, geliefert wurden.

Clay sagt, daß die äthiopische Kaffee-Ernte praktisch durch Sklavenarbeit in den Umsiedlungsgebieten eingebracht wird, weshalb das vorgeschlagene US-Verbot von Kaffee-Importen „besonders symbolisch“ sei. Mitarbeiter von Hilfsorganisationen, die die Umsiedlungsgebiete kennen, weisen diese Anschuldigungen zurück. Äthopiens Kaffee wird auf bestem Ackerland, zum Großteil im Rift-Tal angebaut. Die Farmen werden nach Angaben von Experten der Schwedischen Internationalen Entwicklungsbehörde rigoros kollektiviert. Sie fügen hinzu, daß die Kaffeefarmen keine geeigneten Plätze für die Umsiedlung seien.

Der Gesetzentwurf kann im nächsten Jahr dem Gesetz über die Gewährung von Auslandshilfe angegliedert werden. Deshalb, so sagen seine Unterstützer, ist es wahrscheinlich, daß er im September 1988 durchkommt. Sanktionen werden solange verhängt, sagt White, bis die Regierung Mengistu das einführt, was die US-Regierung für die grundlegenden Menschenrechte hält: Bewegungsfreiheit, demokratische Gesetze, freie Wahlen und die Freilassung aller politischer Gefangenen, einschließlich der Familie des verstorbenen Haile Selassie.

(Quelle: South, London, Dezember 1987)



Den Norden Äthiopiens zieren nur noch karge Baumbestände. Die Erosion schreitet voran, dank des Kahlschlags

An einer Stelle – ungefähr 20 m außerhalb des Dorfes – sehen wir 10, 12 halbmeterhohe Astgerippe. In einer Reihe, im Abstand von 5 m, haben die Bauern inmitten ausgetrockneten dünnen Grases jeweils fünf, sechs Äste in der Form eines Kegels ineinandergesteckt.

Erst beim näheren Betrachten sehen wir: Die Holz-„zelte“ liegen schützend über 10 cm kleinen Baumsetzlingen. „In 20 Jahren“, so sagt uns der Bauer Alemayehu Admasu im Siedlungsgebiet Tadelle, „steht entlang unseres Dorfes Kulit eine Reihe von 10 Bäumen – wenn es uns gelingt, die Setzlinge über die Trockenzeit zu bringen. Mit diesen Bäumchen lernen wir hoffen.“ Eine Hoffnung auf Überleben, um die täglich gekämpft werden muß.

Die Rehabilitierungsfähigkeit des äthiopischen Bodens ist schwerstens gestört. Der Waldbestand ist von 40% um die Jahrhundertwende auf 4% heute zurückgegangen.

1985 schätzten die Weltbank/FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen; d. Red.) in einem Bericht, daß 88% der äthiopischen Bevölkerung im Hochland leben, mehr als 95% des bebauten Bodens dort liegen, rund 2/3 des Tierbestandes dort vorzufinden sind und über 90% der ökonomischen Aktivitäten dort abgewickelt werden. Gleichzeitig aber ist rund die Hälfte dieses Bodens signifikant erodiert, 20.000 qkm davon so schwer, daß eine Bebauung in Zukunft höchst unwahrscheinlich ist. „Wenn sich diese Entwicklung fortsetzt“, so der Bericht, „werden die heutigen Kinder zuschauen, wie im Laufe ihres Lebens ein Drittel des Hochlandbodens unfruchtbar wird, während sich die Bevölkerung in derselben Zeit verdreifacht.“¹

Äthiopien steht mit dem Problem des erschreckenden Rückganges von regenerierbaren Naturressourcen nicht alleine. In ganz Afrika gingen die Ernteerträge sukzessive in den letzten 10 Jahren um rund 1/3 pro Hektar (ha) zurück. Die Nahrungsmittelproduktion ist auf dem Kontinent im Vergleich zu 1981 um 15% geringer ausgefallen – bei einem gleichzeitigen jährlichen Bevölkerungswachstum etwa für Äthiopien von rund 3%. Eines von fünf afrikanischen Ländern ist gegenwärtig von Nahrungsmittelhilfe aus den reichen Ländern des „Nordens“ abhängig.²

Wie weit die Einsicht in die sozialen Zusammenhänge zwischen kolonial verursachter Unterentwicklung und ökologischem Ungleichgewicht geht, verdeutlicht ein CIA-Bericht aus dem Jahre 1983. Der Bericht prognostiziert eine afrikaweite Dürrekatastrophe, deren Folgen noch während der 90er Jahre drastisch nachwirken werden. Und er warnt eindringlich davor, Afrikas „Anfälligkeit“ für sozialistisch orientierte Entwicklungen nicht aus dem Auge zu verlieren – diese seien angesichts der Dürre und ihrer Auswirkungen größer denn je.³ Die stagnierenden Produktionsformen – verstärkt durch die Dürresituation – wirken sich gewollt oder ungewollt negativ auf den Waldbestand aus, weil Holz für die mit Naturalwirtschaft beschäftigte Mehrheit der Bevölkerung von großer Be-

TAKALIGN: Mein Herd für Äthiopien

Die Entwaldung aufhalten

Äthiopien

deutung ist. Dies gilt sowohl für die Deckung des lebensnotwendigen Bedarfes (Brennholz, Bauholz, handwerklicher Bedarf) als auch im landwirtschaftlichen Bereich (Landgewinnung durch Holzeinschlag und Brandrodung, Schaffung von Weiden und Überweidung). Die Wirkung dieser Faktoren wird von Jahr zu Jahr größer: So verwenden etwa 80% der Bevölkerung traditionelle Energieträger wie Holz zum Kochen und Heizen.⁴

Mitte der 70er Jahre betrug laut FAO der Anteil des Brennholzes am gesamten Holzverbrauch in Afrika 89,5%.⁵ Wie weit die Zurückdrängung des Holzbestandes bereits fortgeschritten ist, läßt sich auch am zunehmenden Zeitaufwand bemessen, der notwendig ist, um Brennholz zu sammeln.

Auch die steigenden Brennholzpreise in den Städten sind ein wichtiger Indikator dafür. „Aus Afrika ist bekannt, daß Brennholzsammler im mittleren und nördlichen Sudan das von den Einwohnern mancher Städte benötigte Brennholz nicht mehr in einem Tagesmarsch herbeischaffen können. In den Hauptstädten von Niger und Burkina Faso müssen Familien mit kleinen Einkommen durchschnittlich ein Viertel ihres Einkommens für den Kauf von Brennmaterial verwenden.“⁶

Eine Möglichkeit, die weitere Verringerung der Waldbestände zu verhindern und den zunehmenden Bedarf an Brennholz zu decken, ist die Aufforstung. Gesucht werden damit auch Möglichkeiten, die Bodenerosion und Wüstenbildung zu verhindern. In Äthiopien z.B. wurde unlängst ein Programm zur Bodenkonservierung und Entwicklung von Waldbeständen formuliert. Ziel ist es, daß bis Ende 1988 „jedes Individuum eine bestimmte Anzahl von Bäumen im Jahr pflanzt. Jede Bauernvereinigung wird ein für die Aufforstung ausgewähltes Gebiet umzäunen und dafür Sorge tragen, daß damit nicht nur der lokale Bedarf an Brennholz befriedigt werden kann, sondern auch das ökologische Gleichgewicht erhalten bleibt.“⁷ Die individuellen Bemühungen der äthiopischen Bauern sollen

Eukalyptus heißt der „Baum des Lebens“, der im staatlichen Aufforstungsprogramm dominiert



durch die bereits bestehenden Regierungsprogramme unterstützt werden: Aufforstungsplantagen, Terrassierungen im großen Stil, Dammkonstruktionen, Brunnenbauprogramme usw. Schenkt man allerdings einer Untersuchung der UNEP⁸ Glauben, so beträgt das Verhältnis der jährlichen Abholzung zur jährlichen Aufforstung gegenwärtig im tropischen Afrika 29:1. Dies belegt eindringlich, daß der Holzverbrauch der Bevölkerung die erträglichen Grenzen der Regenerationsfähigkeit des Waldes längst überschritten hat, und daß es – zusätzlich zu den bereits bestehenden Maßnahmen – weiterer Anstrengungen bedarf, und zwar langfristige.

Der Holzbedarf der Bevölkerung leitet sich nicht nur von der Bevölkerungszahl ab, sondern auch von den Praktiken des Holzkonsums. Die Erfahrung zeigt, daß der Brennstoffverbrauch drastisch gesenkt werden könnte, wenn es gelingen würde, einen den Bedingungen der Bevölkerung angepaßten Kochherdtyp zu konstruieren und für die Mehrheit der zumeist ländlichen Bevölkerung attraktiv zu machen. Gegenwärtig liegt der Ausnutzungsgrad der Brennholzenergie am vorwiegend offenen Feuer bei nicht mehr als 5%.⁹

In vielen Entwicklungsländern gibt es daher heute Bemühun-



Projektleiter Kahsay-Wolde, Giorgis bei der Vorstellung des alternativen Blechofens

gen, über Holzkohle, Holzpreßlinge und sonstige brennbare Abfälle den Holzverbrauch zu senken. Zu diesem Zwecke gibt es in Äthiopien in Addis Abeba zwei kleinere Betriebe, die für den städtischen Bedarf gepreßte Ziegel aus Holzspänen und Abfällen herstellen. Weit unter der Bedarfsdeckung selbst für die Versorgung der Hauptstadt produzierend, signalisiert dies dennoch eine bestimmte Bewußtseinsänderung.

Ein erfolversprechendes Beispiel setzte eine kleine Gruppe von Äthiopiern rund um den Chemiker Dr. Kahsay Wolde-Giorgis gemeinsam mit der staatlichen äthiopischen Dürrehilfs-Kommission RRC (Hilfs- und Rehabilitierungskommission) und der Gesellschaft Österreich-Äthiopien. Rund 200 km entfernt von der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba, in der Kooperative von Taddelle in Westshoa, versuchen die Projektträger seit Oktober 1987 der ländlichen Bevölkerung be-



Dammbau in der Nordprovinz Tigre

wußt zu machen, daß die selbsttätige Regenerationsfähigkeit des äthiopischen Waldbestandes nicht mehr gegeben ist, daß aber bestimmte traditionelle und zum Großteil überkommene und den Fortschritt behindernde Verhaltensweisen gegenüber den Naturressourcen veränderbar sind.

Die Gruppe konstruierte einen kleinen kübelartigen Ofen aus Blech, in den vorwiegend Ernteabfälle, wie etwa vertrocknete Maispflanzen, einer weitverbreiteten Anbaufrucht in weiten Teilen Äthiopiens, fest gepreßt werden. Ein freibleibender Abzugskanal sorgt für die notwendige Luftzufuhr. „Wichtig war für uns“, sagte uns Dr. Kahsay, „vor allem eine angepaßte Technologie zu propagieren, d.h. jahrhundertealte Praktiken des Brennmaterialkonsums nicht einfach zu verdammen, sondern bei ihnen anzusetzen und bedächtig weiterzuentwickeln.“

Sowohl die Verwendung von Ernteabfällen als auch eine bestimmte Methode der Pressung von Brennmaterial sind in Äthiopien bekannt. „Es ging uns um eine Zusammenführung beider Techniken zur besseren Ausnutzung der Energie“, betonte unser Gesprächspartner. Versuche mit dem Ofen ergaben, daß der Grad der Energieausnutzung durch die Abfallpressung im geschlossenen Behälter an die 90% heranreicht.

Dr. Kahsay: „Mindestens ein Familienmitglied – meist die Frau – ist bisher in Äthiopien ständig mit der Brennholzbeschaffung beschäftigt. Die massenweise Einführung des Ofens würde diese täglich für die Holzsuche aufgewendete Zeit enorm verkürzen; sie würde auch – durch die ungleich bessere Energieausnutzung – die Frauen zusätzlich stark entlasten.“ Frauen in Äthiopien benötigen für die Zubereitung des Essens pro Tag drei, vier, oft sechs Stunden. Die Brennholzbeschaffung hinzugerechnet, bedeutet dies, daß die äthiopischen Frauen praktisch nur damit beschäftigt sind, die Reproduktion sicherzustellen, ohne Chance auf Einzug in den produktiven Sektor.

Neben dem ökologischen und frauenspezifischen Aspekt verfolgt das Herdprojekt noch andere Ziele: „Wir sind in der Projektierungsphase draufgekommen, wie komplex sich in unserem Verhalten die gegenwärtigen Probleme Äthiopiens widerspiegeln. Ein Problem bei der Entwicklungshilfe ist häufig, daß sie zwar kurzfristig punktuell beim Nahrungsmittelbedarf ansetzt, eine Überwindung der rückständigen allgemeinen Verhältnisse aber nicht beinhaltet. In fast jedem ländlichen Siedlungsgebiet gibt es einen Schmied, der – mit minimalem Arbeitsgerät ausgestattet und nach kurzer Einschulungszeit – die Öfen für den lokalen Bedarf herstellen kann.“

Die lokale Herstellung des Ofens bedeutet damit in jedem Fall eine Produktivitätssteigerung des Schmieds. Mehr noch: „Wir



versuchen, neue Berufe zu erschließen. Es sollte einen sog. Sammler geben, der die Ernteabfälle einbringt, trocknet und lagert. Es könnte einen sog. Stopfer geben, der die Öfen für den Gebrauch stopft. Eine solche Arbeitsteilung würde damit auch einen innerdörflichen Handel ermöglichen."

Vor allem dieser sozialökonomische Aspekt, aber auch die breite Akzeptanz des Ofens im ländlichen Raum, die sich bei etlichen Demonstrationen zeigte, veranlaßte die staatliche äthiopische Dürrehilfskommission RRC, das Ofenprojekt in ihre Hilfsstrategie der nächsten Jahre einzubauen. Aberru Ketema, Mitarbeiter in der Abteilung ländliche Entwicklung in der RRC, ist begeistert: „Das Projekt heißt Entwicklung und Förderung **angepaßter** Technologie. Der Ofen kann im Gebiet, wo er benötigt wird, traditionell hergestellt werden. Die Verwendung des Ofens ist gewährleistet, weil die Methode bei den traditionellen Praktiken ansetzt."

Das Problem der Rohmaterialbeschaffung, des Blechs, will die RRC vorerst über die Gesellschaft Österreich-Äthiopien lösen. Aberru Ketema: „Die Einführung des Ofens geht bedächtig vor sich. Wir wollen den Menschen zuerst die Vorzüge vermitteln. Deshalb soll der erste Input von außen kommen, d.h. das Blech für die ersten 700 Öfen soll von der österreichischen Freundschaftsgesellschaft in Addis Abeba gekauft werden." Insgesamt benötigt das Siedlungsgebiet, in dem rund 13.500 Menschen leben, wenn für jede Familie ein Ofen vorgesehen ist, 2.699 Öfen. Durch den Verkauf der ersten 700 Öfen wird für die Kooperative ein Gewinn realisiert, der in die weitere Rohstoffbeschaffung zurückinvestiert wird.

Ein Ofen, kommerziell in Addis Abeba hergestellt, kostet 14 Birr (umgerechnet ca. 85 ÖS, 12 DM). Die Herstellungskosten im ländlichen Gebiet belaufen sich schätzungsweise auf 10 Birr – eine Summe, über die jede Familie verfügt. „Seit die verantwortlichen Stellen sich des ökologischen Problems des Brennholzkonzums bewußt wurden und die Verwendung lebenden Holzes als Brennmaterial drastisch einschränken mußten, kostet das Brennmaterial für eine durchschnittlich große Familie pro Woche geschätzt die Hälfte des Ofenpreises. D.h., daß zumindest innerhalb weniger Wochen die Kosten der Ofenanschaffung hereingebracht sind und die laufenden Kosten durch die bessere Energieausbeute ungleich niedriger sind als bisher", klärt uns Dr. Kahsai auf.

Das Modell der kommerziellen Vermarktung soll beispielgebend für andere Kooperativen wirken. Dr. Kahsai: „Wir sind uns dessen bewußt, daß wir mit unserem Projekt auch in die ökonomische Struktur Äthiopiens eingreifen. Indem die Begünstigten aber die Mitglieder der Bauernkooperative sind, die demokratisch über die Verteilung des Mehrprodukts entscheiden, glauben wir, der kleinen Warenproduktion Entwicklungsimpulse zu geben, die nicht von außen kommen, sondern sich

auf die in Äthiopien bestehende sozialistische Orientierung begründen. Die Produktion und Distribution der Herde ist eingebunden in die Strategie, wie sie im Zehnjahres-Perspektivplan der äthiopischen Regierung anvisiert ist. Sie benutzt die bestehende Infrastruktur."

Die Verhinderung des weiteren Rückgangs des Waldbestandes ist nicht nur ein ökonomisch-technisches, sondern eben auch ein soziales Problem. Daher heißt der neue Herd „TAKALIGN", was übersetzt so viel bedeutet wie „ich ersetze etwas", „an die Stelle des Alten tritt das Neue". TAKALIGN meint, daß die Ursachen der Zurückdrängungsprozesse in den überlebten, ererbten sozialökonomischen Verhältnissen zu suchen sind – die durch neue, bessere ersetzt werden müssen. In diesem Sinne ist auch die derzeit in Österreich, der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz angelaufene Spendenkampagne zu verstehen: „TAKALIGN – Mein Herd für Äthiopien".

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: M. Priestley, ständiger Vertreter der UNO in Äthiopien und Vorsitzender der UN-Hilfskommission anlässlich eines internationalen Spendentreffens Mitte Januar 1987 in Addis Abeba, in: Äthiopien-Magazin, Mai 1987, S. 16
- 2) Zit. nach: G. Smith, Ethiopia and the Politics of Famine Relief, in: MERIP Reports, Washington, März-April 1987, S. 31. Siehe auch: AIB/ASK-Sonderheft „Hunger ist kein Schicksal", Nr. 2/1988, S. III-IV
- 3) Washington Post, 14.11.1985
- 4) R. Theuring, Die ökonomische Bedeutung der Holzressourcen der Entwicklungsländer – Tendenzen ihres Verbrauchs und ihrer Regeneration, in: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin/DDR, Nr. 4/1987, S. 618-629, hier: S. 621
- 5) FAO, The State of Food and Agriculture 1976, Rom 1977
- 6) R. Theuring, Die ökonomische Bedeutung..., a.a.O.
- 7) Mengistu Haile-Mariam im Rechenschaftsbericht des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrates am 8. September 1987, Addis Abeba, S. 104
- 8) UNEP, The State of Environment. Selected Topics 1983, Nairobi, Nr. 1/1986
- 9) R. Theuring, Die ökonomische Bedeutung..., a.a.O., S. 623

Spendenkonten:

Österreichische Postsparkasse – PSK

Konto-Nummer 72 11 548 (72 11 548)

Gesellschaft Österreich – Sozialistisches Äthiopien. Kennwort: TAKALIGN – Mein Herd für Äthiopien oder

Marburger Volksbank

Kto-Nummer 407445 (BLZ 533 900 00)

Nico Biver

Stichwort: Herd für Äthiopien

AIB-Sonderheft 2/1988:

Hunger ist kein Schicksal



32 Seiten (DIN A 4), 2,50 DM

Bestellungen unter 10 DM gegen Vorauszahlung (z.B. in Briefmarken oder mit Abbuchungsvollmacht; zzgl. 0,60 DM Porto je Heft). 33% Rabatt ab 10 Expl. Bitte Bestellkarte in der Heftmitte benutzen!

Julia Kühnert

Die Freilassung Govan Mbekis

Ein Dialog-Signal?

Am 5. November 1987 begrüßten mehrere tausend Menschen auf dem Jan Smuts-Flughafen in Johannesburg Govan Mbeki. Nach 24 Jahren Haft auf der Gefängnisinsel Robben Island ist Govan Mbeki der erste der lebenslänglich verurteilten Führer des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), der ohne Bedingungen entlassen wurde.

Die Behörden erlaubten ihm nach seiner Ankunft in Johannesburg noch eine von ihnen arrangierte Pressekonferenz. Dann wurde er unter Bann gestellt: Seine Äußerungen dürfen nicht zitiert werden, seine Handlungsmöglichkeiten in der Öffentlichkeit sind stark eingeschränkt. Nur seine Äußerungen auf der ersten Pressekonferenz durften von der Presse aufgegriffen werden.

„Die regierungsnahen Zeitung 'The Citizen' wie auch die linksliberale 'Weekly Mail' widmeten am Freitag jeweils die ersten drei Seiten fast ausschließlich dem 77 Jahre alten Mbeki und zitierten getreulich jeden seiner Sätze auf der halbstündigen Pressekonferenz am Donnerstagabend in Port Elizabeth.“ So kommentiert die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 7.11.1987 die ein-

malige Gelegenheit für südafrikanische Zeitungen, etwas über die wichtigste Kraft des Widerstandes, den Afrikanischen Nationalkongreß (ANC), und die bekanntesten politischen Gefangenen des Landes an die Öffentlichkeit zu bringen.

Govan Mbeki erklärte auf dieser Pressekonferenz: „Ich stehe immer noch zu den Ideen, für die ich ins Gefängnis gegangen bin und für die der ANC steht. Ich bin immer noch Mitglied des ANC. Ich bin immer noch ein Mitglied der Südafrikanischen Kommunistischen Partei.“¹

1935 war Mbeki als Student dem ANC beigetreten. Nach seinem Studium hatte er zunächst als Lehrer gearbeitet. Aufgrund seiner politischen Arbeit wurde er jedoch gezwungen, den Schuldienst zu quittieren.

In den 50er Jahren arbeitete er in verschiedenen Berufen, u.a. als Journalist. Gleichzeitig gehörte er der zentralen Vorbereitungsgruppe des Volkskongresses von 1955 in Kliptown an, der die Freiheitscharta verabschiedete. 1956 wurde Mbeki zum nationalen Vorsitzenden des ANC gewählt.

Nach dem Verbot des ANC 1960 wurde



er fünf Monate in Haft gehalten. Nach seiner Haftentlassung ging er – wie andere leitende Funktionäre des Widerstandes – in den Untergrund und beteiligte sich am Aufbau der bewaffneten Organisation des ANC, dem Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation). 1961 war er der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP) beigetreten.

Zusammen mit anderen Mitgliedern der internen Führung des ANC wurde er 1963 auf der Lillieslaf Farm in Rivonia verhaftet und 1964 u.a. mit Nelson Mandela, Walter Sisulu zu lebenslänglicher Haft verurteilt.

Seine Freilassung hatte mannigfaltige Spekulationen über eine Änderung der Politik der Regierung P.W. Bothas zur Folge. Die meist diskutierte Frage in diesem Zusammenhang richtet sich auf eine mögliche Freilassung Nelson Mandelas. Mbeki selbst hatte Mandela noch am Morgen vor seiner Freilassung für eine Stunde getroffen. Auf Fragen der Journalisten nach einer anstehenden Entscheidung im Falle Mandelas sagte Mbeki, die Dinge seien in Bewegung gekommen, aber ein konkretes Datum sei noch nicht sichtbar.²

Drei Tage nach Mbekis Haftentlassung äußerten sich der Minister für Justiz, Kobie Coetsee, und der stellvertretende Minister für Information und Verfassungsentwicklung, Stoffel van der Merwe, in Interviews zu diesen Fragen.

Sie erläuterten die Absichten der südafrikanischen Regierung, die diese mit der Freilassung Mbekis verbindet: „Den ANC zu Verhandlungen statt zur Gewaltanwendung zu bewegen; Buthelezi die Mitwirkung an einem von der Regierung vorgeschlagenen Nationalrat zu erleichtern; das Klima im In- und Ausland zu verbessern; und Legendenbildungen und mögliche Märtyrerrollen von politischen Gefangenen zu beenden.“³

Die FAZ vermutet weiter, daß der Termin der Entlassung mit den Debatten über Sanktionen in Washington zusammenhänge. Die Annahme, die Regierung Botha versuche der internationalen Kritik den Wind aus den Segeln zu nehmen, ist sicher angebracht.

Der ANC äußerte in einer Stellungnahme, die Freilassung Mbekis müsse als Erfolg der Anti-Apartheid-Kräfte gesehen werden. Der Informationssekretär des Nationalen Exekutivkomitees des ANC, Thabo Mbeki, erklärte: „Selbst wenn alle politischen Gefangenen freigelassen sind, bedeutet das nicht die Abschaffung der Apartheid.“⁴

Thabo Mbeki ist einer der drei Söhne Govan Mbekis. Er unterstrich, daß Südafrika durch diese Entlassungen und an-

Fähne der SACP auf dem Begräbnis des in Haft ermordeten Oppositionellen Peter Nchabeleng



dere „Reformen“ versuche, den Westen und die Frontstaaten zu zwingen, den ANC abzulehnen. Zu einer Zeit, in der von immer mehr Seiten die Aufforderung an Pretoria ergehe, endlich Gespräche mit allen relevanten Kräften des Landes zu führen, sehe sich Pretoria zu derartigen Manövern veranlaßt.

Der ANC erklärte zu den Spekulationen über mögliche Verhandlungen zwischen der südafrikanischen Regierung und Kräften des Widerstandes: „Wir sind überzeugt, daß das Botha-Regime weder den Wunsch noch die Absicht hat, ernsthafte Verhandlungen zu führen.“

Vielmehr sei die Politik der Regierung nur auf die Zerschlagung des Widerstandes gerichtet. Die neuen Initiativen hätten das Ziel, „den Kampf innerhalb unseres Landes zu verwirren, indem falsche Hoffnungen auf eine gerechte politische Regelung geweckt“ werden sollen.⁵

Deshalb werde der ANC auch weiterhin die Teilnahme an dem sog. Nationalen Verfassungsrat ablehnen, ebenso wie geheime Verhandlungen mit der Regierung, da die Menschen des Landes an diesen Prozessen beteiligt werden müßten.⁶

Führende Vertreter des Widerstandes innerhalb des Landes, unter ihnen Winnie Mandela, warnten ebenfalls vor falschen Hoffnungen, die sich an die Entlassung Govan Mbekis knüpften.

Auch Govan Mbeki selbst erklärte: „Ich würde nicht sagen, meine Entlassung wäre ein Schritt zur Lösung; eine Lösung kann nicht mit einem einzelnen Mann gefunden werden. Es kann keine Lösung geben ohne den ANC.“

Gleichzeitig unterstrichen Vertreter der Widerstandsorganisationen, daß immer noch zahllose Gefangene in den südafrikanischen Gefängnissen sind. Unter ihnen befinden sich auch mindestens 44 politische Häftlinge, die auf die Vollstreckung von Todesurteilen warten.

Auch die Ankündigung der südafrikanischen Regierung, sie werde von dem politischen (Wohl-)Verhalten der Schwarzen nach der Freilassung Mbekis weitere Schritte in diese Richtung abhängig machen, kann nur als Erpressungsversuch gegen den Widerstand gewertet werden. Diese Erpressungsversuche – gleich in welcher Form – aber wurden z.B. von Nelson Mandela immer wieder zurückgewiesen. Er fordert nach wie vor für sich und die anderen politischen Gefangenen die bedingungslose Freilassung.

Wochen nach der vielgepriesenen Freilassung Mbekis zeigte die Regierung Botha ein weiteres Mal ihr wahres Gesicht. Eine Ausgabe der „New Nation“, einer wichtigen Zeitung der Apartheid-Gegner, wurde verboten und es wurden Vermutungen geäußert, ihr drohe ein dreimonatiges Erscheinungsverbot. Ihr

Der erwünschte Konflikt Inkatha-UDF

Mehr als 150 Menschenleben forderten im vergangenen Jahr Auseinandersetzungen in den schwarzen Vorstädten (Townships) um Pietermaritzburg, Provinz Natal, die zwischen Anhängern bzw. Mitgliedern der Zulu-Stammesorganisation Inkatha einerseits und der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) und dem Gewerkschaftsdachverband COSATU andererseits ausgetragen wurden. Kwazulu-Chefminister Gatsha Buthelezi und andere Führer des Inkatha, die gegenüber dem Apartheid-Regime „Gewaltlosigkeit“ verfechten und praktizieren, rechtfertigten in diesem Fall eigene Gewaltakte als unerläßliche „Selbstverteidigung“ bzw. „Gegenwehr“.¹

Gewalttätigkeiten von Inkatha-Schlägertrupps gegen die demokratische Bewegung sind nichts völlig Neues. Erstmals machten sie im Mai 1979 von sich reden, als sie gegen streikende Schüler mit Schlagstöcken voringen. Die Beweggründe für die im Jahr 1987 eskalierten Auseinandersetzungen sind in erster Linie darin zu sehen, daß Buthelezis Getreue den wachsenden Einfluß von UDF und COSATU in Natal/Kwazulu zurückdrängen, eliminieren wollen. Dabei wurde – in enger Zusammenarbeit mit Staatsorganen – zu den Mitteln der Zwangsrekrutierung neuer Mitglieder für Inkatha sowie der Verfolgung von Anhängern bzw. Mitgliedern von UDF und COSATU gegriffen.

Inkatha versuchte sogar, die Not der rund 1 Mio Menschen, die Ende September 1987 infolge einer Flutkatastrophe obdachlos geworden waren, auszunutzen, um seine Rekrutierungskampagne voranzutreiben. Wohnungs- oder Haussuchende wurden nur fündig, wenn sie zuvor eine Mitgliedskarte unterzeichneten. Verweigerer wurden vielfach ermordet. Die Inkatha-Mitgliedschaft ist ferner Voraussetzung, um in Kwazulu eine Anstellung im öffentlichen Dienst zu erhalten.

Daneben nahmen Verhaftungen, Hausdurchsuchungen, Überfälle, Attentate usw. gegen Aktivisten von UDF und COSATU dramatisch zu. Von den im Zeitraum Mitte September bis Anfang November 1987 in den Townships um Pietermaritzburg getöteten 80 Menschen waren immerhin 95% Mitglieder bzw. Sympathisanten von UDF und/oder COSATU. Das ergab eine Untersuchung von Wissenschaftlern der Universität Natal.²

Von den Repressalien werden auch kirchliche Einrichtungen nicht verschont. Das bezeugen Klagen von kirchlichen Hilfswerken in Pietermaritzburg.³ Und das kündigte ein Inkatha-Zentralkomiteemitglied schon Mitte 1987 unverblümt an: „Der nächste Schritt ist der, diejenigen Kirchen zu schließen, die Nester von Konkurrenzorganisationen sind.“⁴

Inkatha-Führer Buthelezi, der diese Gewalttätigkeiten maßgeblich zu verantworten hat, gab bei seiner BRD-Visite im September 1987 freilich vor, nichts von Repressalien seiner Kräfte gegen UDF/COSATU zu wissen. Auf Einladung des Siemens-Konzerns angereist und von Kanzler Kohl empfangen, huldigte der Kwazulu-Chefminister einmal mehr der gewaltfreien Überwindung der Apartheid und warnte nachdrücklich vor Sanktionen gegen den Apartheidstaat. Und von den etablierten Medien wurde er bereitwillig in seinem Anliegen unterstützt, die Hauptopfer der Repressionspraktiken von Apartheidregime, Inkatha und Vigilanten (staatlich geduldete bzw. geförderte Terrorbanden), nämlich die Aktivisten von UDF, ANC, COSATU und andere konsequente Anti-Apartheid-Kräfte als die Unruhestifter und eigentlich Schuldigen hinzustellen. Dessen ungeachtet waren UDF und COSATU um einen Dialog mit Inkatha bemüht, um die Auseinandersetzungen schnellstmöglich beizulegen. Zunächst aber waren 12 leitende

UDF-Mitglieder am 16. November 1987 in Pietermaritzburg verhaftet worden, als sie sich am Rande eines Gottesdienstes zur Vorbereitung eines Schlichtungsgesprächs mit Inkatha zusammenfanden. Unter den Verhafteten befanden sich auch die UDF-Regionalsekretäre der Provinz Natal, Martin Wittenberg und Skumbuco Ngeneya.

Am 24. November führten dann die Friedensgespräche zwischen der UDF, der COSATU und Inkatha dennoch zu einer Übereinkunft. Sie enthält die Aufforderung an den südafrikanischen Minister, Adriaan Vlok, „alle bei den blutigen Kämpfen festgenommenen Amtsträger“ der genannten Organisationen freizulassen. Desweiteren wurden die Behörden aufgefordert, „Versammlungen zu genehmigen, um die Unterstützung der schwarzen Bewohner für den eingeleiteten Friedensprozeß einzuholen“.⁶

Die beiden Regionalsekretäre der UDF wurden inzwischen aus der Haft entlassen, allerdings mit diversen Auflagen. Sie dürfen Pietermaritzburg nicht verlassen und Versammlungen von 13 mißliebigen Organisationen nicht besuchen. Die anderen 10 Verhafteten befinden sich noch in Haft.



Chefminister Buthelezi bei einer Inkatha-Kundgebung

Doch auch nach der Friedensvereinbarung rissen die Auseinandersetzungen in den Townships um Pietermaritzburg vorerst nicht ab. Am 1. Dezember 1987 wurden vier weitere Todesopfer, am 8. Dezember sieben gemeldet. Am gleichen Tag erklärte Buthelezi auf einem Treffen des Inkatha-Zentralkomitees, UDF und COSATU seien keine Organisationen, „mit denen wir uns versöhnen sollten“.⁷ So steht zu befürchten, daß die schwarzen Kollaborateure des Apartheidregimes in den Townships und Bantustans der demokratischen Widerstandsbewegung weiter das Leben schwer machen werden.

Petra Sittig

Anmerkungen:

- 1) International Herald Tribune, Paris, 6.11.1987
- 2) Vgl. City Press, Kapstadt, 18.10.1987 und ANC-Informationsbulletin, Bonn, Nr. 12/1987, S. 6
- 3) Vgl. Weekly Mail, 30.10.1987
- 4) Guardian, London, 19.9.1987
- 5) Anti-Apartheid-Nachrichten, November 1987 und Südafrika-Zeitung, Frankfurt/M., Nr. 11/1987
- 6) Nach: Frankfurter Rundschau, 26.11.1987
- 7) Ebd., 9.12.1987

Chefredakteur, Zwelake Sisulu, bleibt weiter ohne Anklageerhebung in Haft. Den noch in Freiheit lebenden Führerinnen der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) und des Gewerkschaftsdachverbandes COSATU drohe eine neue Verhaftungswelle. Ebenfalls diskutiert werden Möglichkeiten, in den nächsten Parlamentssitzungen neue, verschärfte Sicherheitsgesetze zu verabschieden.

Auch Govan Mbeki machte sehr schnell die Erfahrung, daß die Regierung nicht bereit ist, ihm einen politischen Spielraum zu gewähren, in dem er handeln kann. Ursprünglich genehmigte Kundgebungen mit ihm in Kapstadt und Port Elizabeth konnten nicht durchgeführt werden, seine Äußerungen dürfen nun auch von ausländischen Journalisten nicht zitiert werden. Den Gerichtsbezirk von Port Elizabeth darf er nicht mehr verlassen.

Mbeki selbst hatte angekündigt, er werde sich in die Auseinandersetzungen zwischen der UDF und Gatsha Buthelezis Inkhata einschalten mit dem Ziel, die gewaltsamen Auseinandersetzungen der Organisationen zu beenden (siehe Kasten). Daß ihm dies jetzt noch möglich ist, darf bezweifelt werden.

Festzuhalten bleibt, daß die Anti-Apartheid-Kräfte in Südafrika und international in der Lage sind, Druck auf die Regierung in Pretoria auszuüben. Auch wenn Druckempfindlichkeit der Regierung Botha bisher nur an einzelnen Punkten, wie im Fall Mbeki, sichtbar wird, darf sich der Widerstand in Südafrika ebenso ermutigt fühlen wie auch die internationale Solidarität mit diesem Widerstand. Die so gern von Sanktionsgegnern genutzte Behauptung, die südafrikanische Regierung reagiere auf Druck eher mit Verkapselung und sei letztlich gar nicht mehr bereit, über eine Änderung ihrer Politik zu reden, wird hier obsolet.

Richtig ist aber auch, daß mit der Entlassung Govan Mbekis die zentrale Frage Südafrikas nicht angetastet wurde. Es gibt keine Lösung des Konflikts in Südafrika ohne Abschaffung der Apartheid und Beteiligung der Mehrheit des Landes an der politischen Macht.

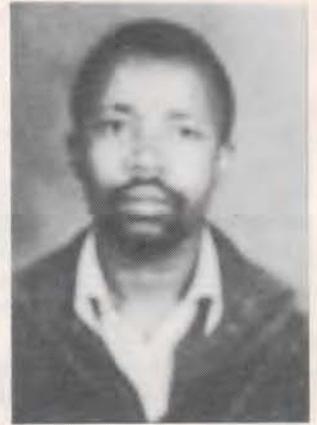
International kann diese Entscheidung beschleunigt herbeigeführt werden, wenn die westlichen Staaten sich für umfassende Sanktionen entscheiden. Diese Auffassung bekräftigte jüngst, im November 1987, auch die Mehrheit der UN-Vollversammlung.

Anmerkungen:

- 1) Weekly Mail, Johannesburg, 6.11.1987
- 2) Observer, London, 8.11.1987
- 3) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.11.1987
- 4) South, London, Dezember 1987
- 5) Frontline, Oakland, 23.11.1987
- 6) Vgl. ebd.

Gespräch mit Patrick Mafuna

Das Projekt Radio Mandela hat eine Vermittlerrolle



Im November/Dezember 1987 unternahm Patrick Mafuna auf Initiative der Anti-Apartheid-Bewegung eine Rundreise durch die Bundesrepublik. Er warb für die breite Unterstützung des Projekts Radio Mandela, das zur Effektivierung des Freiheitssenders Radio Freedom beitragen soll. Mafuna wurde u.a. von Bundestagsabgeordneten der SPD und GRÜNEN, vom DGB, von Einzelgewerkschaften sowie vom EKD-Kirchenamt empfangen und nahm an der Bonner Aktionskonferenz der Friedensbewegung teil. Für das AIB sprachen Julia Kühnert und Petra Sittig mit dem Vertreter von Radio Freedom, der derzeit die Rundfunkstation des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) in Addis Abeba leitet.

FRAGE: Was ist die besondere Aufgabe von Radio Freedom? Wann wurde Radio Freedom gegründet und wie arbeitet das Radio?

P. MAFUNA: Radio Freedom ist die Stimme des Afrikanischen Nationalkongresses von Südafrika (ANC). Nachdem der ANC 1960 gebannt worden war, gab es die Notwendigkeit, Mittel für die Kommunikation mit den Menschen des Landes zu finden.

Also hatte die Führung des ANC, die damals im Untergrund in Rivonia lebte, sich Mittel zu überlegen, wie sie in Verbindung mit dem Volk bleiben konnte. Am 26. Juni 1963 machte Genosse Walter Sisulu eine Sendung an unser Volk aus dem Untergrund in Rivonia. Dies war die erste Sendung von Radio Freedom. Nachdem die Führung verhaftet worden war, mußten jene, die im Exil außerhalb des Landes waren, Mittel finden, um in Verbindung mit dem Volk zu bleiben. Damals nahmen sie Kontakt mit befreundeten afrikanischen Regierungen auf und fragten nach Sendemöglichkeiten.

In den späten 60er Jahren begannen sie mit Sendungen aus Tansania, später aus Sambia. 1977 begannen sie in Angola, zwei Jahre später in Madagaskar und noch einmal zwei Jahre später in Äthiopien. Das Programm variiert von Sender zu Sender, abhängig von der zur Verfügung stehenden Zeit. Im allgemeinen sind es Nachrichten, Kommentare, Features und Interviews.

Diese Programme haben bewiesen, daß sie sehr eng verbunden sind mit unserem Kampf innerhalb des Landes, daß sie auch großen Einfluß darauf haben. Deshalb versucht das Apartheidregime, die Radioprogramme zu stoppen.

FRAGE: Welche Funktion hat Euer Radio für die Organisation des Untergrundkampfes in Südafrika heute, insbesondere unter dem Ausnahmezustand?

P. MAFUNA: Da es die Stimme des ANC ist, muß es Beschlüsse der nationalen Leitung senden, die damit in das Land gelangen.

Die Programme werden mit der Führung über den Direktor des Radios in Lusaka



abgesprochen. Dieser gibt regelmäßig Anleitungen an die verschiedenen Einheiten. Zudem beschließt die Führung über strategische und leitende Stellungnahmen, die auf verschiedenen Wegen ins Land gebracht werden. Manchmal geschieht dies in Form von Flugblättern, Publikationen und dann eben auch über das Radio.

Da wir täglich senden, haben wir die Aufgabe, jeden Tag die verschiedenen Stellungnahmen zu erklären. Und da viele unserer Menschen Englisch nicht verstehen, müssen unsere Programme in Englisch und den verschiedenen afrikanischen Sprachen sein. Soweit es Stellungnahmen der Führung angeht, haben wir die Aufgabe, diese zu erklären und die Wege aufzuzeigen, wie sie umgesetzt werden können.

FRAGE: Du bist jetzt in der Bundesrepublik, um für das Projekt Radio Mandela zu werben. Was ist das besondere an diesem Projekt?

P. MAFUNA: Das Projekt Radio Mandela soll Radio Freedom stärken, indem es die Bedingungen des Radios verbessert. Wir brauchen technische Ausstattung, Sender usw.

Aber die wichtigste Aufgabe des Projekts Radio Mandela ist es, für ein unabhängiges Radio des ANC zu arbeiten. Ein Radio, mit dem wir jederzeit und alles senden können. Dies wird große Anstrengungen erfordern. Viel Geld und Ausstattung, teure Ausstattung, wird nötig sein.

Doch wir müssen mit diesem Projekt vorankommen, weil der Kampf in Südafrika verlangt, daß wir so gut wie möglich mit unserem Volk in Verbindung bleiben.

FRAGE: Sollte Radio Mandela im Mittelpunkt der materiellen Solidarität mit der Befreiungsbewegung stehen?

P. MAFUNA: Ich würde nicht sagen, daß Radio Mandela die Aufgabe sein sollte, aber es sollte eine der Aufgaben der demokratischen Kräfte sein.

Es gibt eine ganze Reihe von Dingen, mit denen Ihr unserem Volk helfen könnt. Aber Radio Mandela ist zur Zeit von größerer Bedeutung wegen des kürzlichen Schlags gegen die Medien in Südafrika. Die Welt braucht Informationen über die Vorgänge in Südafrika.

Auch die demokratischen Kräfte brauchen Informationen über das, was in Südafrika geschieht, damit sie ihre Arbeit fortsetzen können. Man kann keine Unterstützung für etwas organisieren, wenn man selbst keine Informationen über die aktuellen Ereignisse hat... Radio Freedom hat also die Aufgabe, die Welt über die Ereignisse (in Südafrika) zu informieren.

Das Projekt muß Hand in Hand gehen mit anderen Projekten, aber es hat eine Vermittlerrolle. Dieser vermittelnde Charakter muß immer betont werden.

Damit die Wahrheit unüberhörbar wird:

Radio Mandela

Stimme des ANC



Unterstützt Radio Mandela

Über 250.000 DM wurden bislang in der Bundesrepublik für die Solidaritätsaktion „Freiheits-sender Mandela – Radio Freedom“, kurz „Radio Mandela“, gesammelt. Eine Zwischenbilanz, so meinen wir, die zu neuen Taten ermutigt.

Angesichts des vom Apartheidregime verschärften Ausnahmerechts und der Zensur ist es für die Mobilisierung des Volkswiderstands in Südafrika von erhöhter Bedeutung, daß er über den Äther mit unverfälschter Information versorgt werden kann. Die Befreiungsbewegung Afrikanischer Nationalkongress (ANC) braucht dazu größere Sendekapazitäten. „Radio Mandela“ soll diese Lücke schließen helfen.

Die vom Antiimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK) und der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) initiierte Spendenaktion wird inzwischen vom Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), medico international, terre des hommes, der Partei DIE GRÜNEN, der DKP, der Sozialistischen Jugendorganisation – Die Falken, den Jungsozialisten Mittelrhein, der VVN-Bund der Antifaschisten, der Südafrika-Projektgruppe der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland, dem Bundesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt u.a. mitgetragen.

„Die Dritte-Welt-Zeitschrift AIB“ ruft dazu auf: Helfen Sie mit, der unterdrückten Mehrheit in Südafrika eine Stimme zu geben! Helfen Sie mit beim Aufbau von „Radio Mandela“!

Damit die Wahrheit unüberhörbar wird!
Einzahlungen auf das Sonderkonto Prof. Wulff,
Postgiroamt Frankfurt/Main, Nr.: 527055-602,
Kennwort „Radio Mandela“



Rainer Falk

Arusha-Konferenz Weltparlament gegen Apartheid

Die Auseinandersetzung zwischen der südafrikanischen Befreiungsbewegung und dem Apartheidregime hat eine kritische Phase erreicht. Doch für Verhandlungen ist die Zeit nicht reif. Notwendig ist eine konzentrierte Offensive zur vollständigen Isolierung Südafrikas.

Das ist die zentrale Schlußfolgerung einer internationalen Zusammenkunft, die unter dem Motto „Die Völker der Welt – Vereint gegen Apartheid – Für ein demokratisches Südafrika“ vom 1.-4. Dezember 1987 in Arusha/Tansania stattfand.

Zum erstenmal hatte der Afrikanische Nationalkongreß Südafrikas (ANC) die übrige Welt eingeladen, um gemeinsam die weiteren Perspektiven des internationalen Kampfes gegen Rassismus und Apartheid zu beraten. Gekommen waren über 400 Delegierte – von Regierungsvertretern aus den Frontstaaten und anderen Teilen Afrikas, Skandinavien, der UdSSR und der VR China über internationale Organisationen (UNO, OAU, Sozialistische Internationale), Gewerkschafts-, Frauen- und Jugendorganisationen bis hin zu nationalen Anti-Apart-

heid-Bewegungen und Solidaritätskomitees.

Die Konferenz demonstrierte nicht nur die feste Verbindung des ANC mit der internationalen Gemeinschaft, sondern vor allem auch die enge Kampfgemeinschaft zwischen dem ANC und der Massenbewegung im Innern Südafrikas: Dies zeigte die Anwesenheit von Vertretern des Gewerkschaftsverbandes COSATU, der Vereinigten Demokratischen Front (UDF), von Frauen- und Jugendorganisationen sowie Religionsgemeinschaften, die unter schwierigen Bedingungen aus Südafrika nach Arusha gekommen waren. Sie waren neben den Präsidenten des ANC und der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), Oliver Tambo und Sam Nujoma, und dem ehemaligen tansanischen Regierungschef Julius Nyerere die herausragendsten Redner der Konferenz.

„Es kann keine Lösung der südafrikanischen Frage geben, wenn unser Land nicht in ein einheitliches, demokratisches und nicht-rassistisches Gebilde transformiert wird, wenn das Volk selbst nicht in die Lage versetzt wird, die Macht über ein System nach dem Prinzip 'Ein Mensch – eine Stimme' in einem einheitlichen Staat auszuüben.“ Ohne daß diese Perspektive akzeptiert und alle politischen Gefangenen bedingungslos freigelassen werden, kann es keine Verhandlungen geben, konterte Oliver Tambo diesbezügliche Gerüchte, die von interessierter Seite in letzter Zeit immer wieder lanciert worden waren.

Ungeachtet der Freilassung von Govan Mbeki (siehe Beitrag von J. Kühnert in diesem Heft; d. Red.), einem der Hauptmitgefangenen Nelson Mandelas, in der Woche zuvor sei der Kurs des Regimes nicht auf Verhandlungen mit dem ANC, sondern auf die Zerstörung von dessen Machtbasis gerichtet. Gerade deshalb sei es von entscheidender Bedeutung, das Kräfteverhältnis sowohl im Innern als auch weltweit weiter zuungunsten Pretorias zu verschieben, wenn eine Verhandlungslösung einmal Gestalt annehmen soll. Die Wege dahin: Intensivierung des bewaffneten Kampfes und Aufbau alternativer politischer Machtstrukturen innerhalb sowie die Verhängung umfassender und bindender Sanktionen außerhalb Südafrikas.

Der ANC präsentierte sich in Arusha als die führende Kraft in diesem Kampf. Und die vertretenen Massenorganisationen, vom Gewerkschaftsverband COSATU über den Jugendkongreß SAYCO bis hin zur UDF, ließen keinen Zweifel daran, daß sie diese Führungsrolle anerkennen. „Wir haben keinen Bedarf an weiteren Befreiungsbewegungen neben dem ANC, und weder COSATU noch UDF wollen den ANC, den (1955 ge-

Demonstration in Washington für weitergehende US-Sanktionen gegen den Apartheidstaat



gründeten gewerkschaftlichen Dachverband) SACTU oder die Südafrikanische Kommunistische Partei ersetzen", meinte der Gewerkschaftsvertreter.

Die Freiheitscharta (aus dem Jahr 1955; d. Red.), das Programm des ANC, werde heute als die zentrale Grundlage des Kampfes anerkannt, als Vision und Minimalprogramm gleichsam für die Sammlung all der Kräfte, die sich in Opposition zum Apartheidsystem befinden. Zugleich aber gehe, vor allem innerhalb der südafrikanischen Gewerkschaftsbewegung, die Diskussion um die Entwicklung einer sozialistischen Perspektive, über den Tag des Sturzes des Regimes hinaus, weiter.

Tansanias Julius Nyerere hatte schon in seiner Eröffnungsrede, in der er drei Vierteljahrhunderte Kampfführung durch den ANC würdige, unterstrichen, daß die Eroberung der Macht erst den Beginn einer Umwälzung darstelle, in deren Gefolge die rassischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der südafrikanischen Gesellschaft grundlegend zu verändern seien. Eine leichte Aufgabe wird dies nicht sein.

Für den Augenblick indessen, so heben die in Arusha verabschiedeten Dokumente, die Deklaration und das Aktionsprogramm hervor, komme der internationalen Isolierung Pretorias zentrale Bedeutung zu. In einem dringenden Appell an den zeitgleich in Kopenhagen tagenden EG-Gipfel forderten die Teilnehmer unverzügliche Schritte zur Verhängung umfassender und bindender Südafrika-Sanktionen durch die Euro-

päische Gemeinschaft: „Die EG“, so heißt es, „stellt den größten Handelspartner Südafrikas und die Hauptquelle ausländischer Investitionen dar... Die EG kann sich ihrer Verantwortung für die Situation im Südlichen Afrika nicht entziehen.“

Doch Sanktionen werden ohne weiteren Druck von unten nicht zu haben sein. „People's Sanctions“, also Boykottaktionen der Bevölkerung auf allen Ebenen, auf kommunaler wie gewerkschaftlicher, auf kirchlicher wie kultureller und wissenschaftlicher Ebene, werden deshalb in der gegenwärtigen Situation zum Schlüsselement für weitere Fortschritte der weltweiten Anti-Apartheid-Bewegung. Gerade in diesem Bereich setzt das Aktionsprogramm zahlreiche neue Akzente. „Wenn wir das in die Tat umsetzen“, rief ein schwarzer Gewerkschafter aus den USA den Delegierten zu, dann führen wir auch unseren eigenen Kampf, in unserem eigenen Interesse.“

Dem vollständigen Abbauch der Verbindungen zu Südafrika muß in der Zukunft der Ausbau der Beziehungen mit den Frontstaaten und nicht zuletzt mit dem ANC und seinen Verbündeten folgen. Salim Ahmed Salim, der stellvertretende Premier- und Verteidigungsminister Tansanias, der den Konferenzvorsitz übernommen hatte, setzte in diesem Sinne ein erstes Zeichen. In seinem Schlußwort appellierte er an die Weltgemeinschaft: „Es ist an der Zeit, den ANC als einzigen und authentischen Vertreter des Volkes von Südafrika anzuerkennen!“

edition
südliches afrika

sachbücher · erzählungen · romane



PEPETELA Der Hund und die Leute von Luanda

Bonn 1987
168 Seiten, DM 17,80
edition südliches afrika 25

Pepetela hat für sein jüngstes Buch unterschiedliche Berichte über einen entlaufenen Schäferhund gesammelt, den er als Leitfaden nutzt, um ein Porträt der angolischen Hauptstadt Luanda zu zeichnen: ironisch-engagierte Bilder aus dem Alltag einer Großstadt, von Funktionären und Müßiggängern, von Schauspielern, Prostituierten und Arbeitern. Geschichten, die auf unaufdringliche Weise Probleme des angolischen Alltags verständlich machen.

AIB-Vertrieb mit neuer Adresse

Seit dem 1. April d.J. wird der Vertrieb des AIB nicht mehr über unsere Marburger Adresse, sondern über den Pahl-Rugenstein Verlag in Köln abgewickelt. Für

- Bestellungen von AIB-Heften
- Abonnements
- Adressenänderungen
- Kündigungen

gilt ab sofort folgende Adresse:
AIB-Leserservice, Postfach 510868,
5000 Köln 51, Tel. 0221/36002-0

in jeder guten Buchhandlung
informationsstelle südliches afrika
issa · Blücherstr. 14 · 5300 Bonn 1

Ivesa Lübben-Pistofidis

Arabischer Gipfel von Amman

Der außerordentliche Arabische Gipfel, der vom 8.-11. November 1987 in der jordanischen Hauptstadt Amman stattfand, war der erste seit fünf Jahren.

Das Außergewöhnliche: Erstmals in der Geschichte der Arabischen Liga stand diesmal nicht die Palästinafrage bzw. der Widerstand gegen Israel im Mittelpunkt des Geschehens. Gegenüber dem letzten Gipfel vom September 1982 in Fez¹ wurde damit auch die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) aus dem Rampenlicht verdrängt. Gewiß ist es für sie ermutigend, daß sich das Staatenforum darauf einigte, die Einberufung einer internationalen Nahost-Friedenskonferenz unter Schirmherrschaft der UNO und unter Beteiligung der PLO zu bejahen.

Aber die erste Geige spielte in Amman eindeutig der Krieg Irak-Iran, d.h. die Unterstützung des Irak im Golfkrieg. Weitere Tagesordnungspunkte waren der israelisch-arabische Konflikt, die Libanonkrise und die Beziehungen zu Ägypten.

Während Gipfelpräsident König Hussein in seiner Eröffnungsrede den arabisch-israelischen Konflikt nur ganz am Rande erwähnte, warnte der Monarch in der ersten geschlossenen Sitzung der anwesenden Staatsoberhäupter, der Golfkrieg bedrohe die Sicherheit der gesamten arabischen Nation, da die Iraner versuchten, den Krieg auf andere Länder (Kuwait, Saudi-Arabien!) auszudehnen. Dringend geboten sei daher die Einheit der arabischen Union. Denn „wenn die Spaltungen weitergehen, dann wird in Zukunft Qom die arabische Nation beherrschen, so wie Istanbul uns bis zu Beginn dieses Jahrhunderts beherrscht hat“.²

Die Verurteilung Irans in der Abschlußresolution des Gipfels fiel schärfer aus als erwartet. Zwar beschloß man letztlich

doch nicht den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Teheran, wie vom Irak und Kuwait gefordert. Aber das Regime in Teheran wurde wegen „der Besetzung eines Teils Iraks“, wegen „Drohungen, Provokationen und Aggressionen gegen die Golfstaaten“ und wegen seiner „Obstruktion des UNO-Sicherheitsratsbeschlusses 598“ (vom Juli 1987) verurteilt.

Die Reagan-Administration griff in Form eines Memorandums,³ das der US-Botschafter in Amman am Vorabend des Gipfels dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Chadli Klibi, überreichte unmittelbar selber in das Geschehen ein. Vor allem forderte Washington politische Rückendeckung für seine Truppenpräsenz im Golf. Diesem Wunsch kamen die versammelten arabischen Staatsoberhäupter nach. In der Abschlußresolution wird kein Wort über die amerikanische Flottenpräsenz verloren, wohl aber „unterstützt der Gipfel alle Maßnahmen, die Kuwait zum Schutz seines Territoriums und seiner Hoheitsgewässer getroffen hat“.⁴

Der Beschluß zum Golfkrieg (die Beschlüsse auf den Arabischen Gipfeltreffen müssen einstimmig gefaßt werden) wäre fast an syrisch-irakischen Differenzen gescheitert. Syrien gilt neben Libyen als einziger iranischer Verbündeter im arabischen Lager und erhält aus dem Iran den größten Teil seines Ölbedarfs umsonst oder zu besonders günstigen Konditionen.

König Hussein und der saudische Kronprinz Abdallah ließen nichts unversucht, die beiden verfeindeten Nachbarn Irak und Syrien wieder zu versöhnen, denn so König Hussein: „Wenn wir den Irak und Syrien versöhnen, so heißt das, den Golfkrieg zu beenden.“⁵

Auf der Pressekonferenz nach dem Gipfel resümierte König Hussein seine Vermittlungsbemühungen: „Das syrisch-irakische Treffen war eine wirkliche Aussöhnung in der wahrsten Bedeutung des Wortes. Es war das Ergebnis von intensiven kollektiven Bemühungen und Ausfluß der tiefen Überzeugungen beider Präsidenten“.⁶

Andere Beobachter sind eher vorsichtig. Noch hat weder die syrische noch die irakische Presse etwas über die Annäherung der beiden berichtet. Grund für die Konzilianz der beiden dürfte vor allem gewesen sein, daß keiner von ihnen die Verantwortung für das mögliche Platzen

des Gipfels tragen wollte. Der syrischen Zustimmung zur Golfresolution entgegen der bisherigen außenpolitischen Grundlinie von Damaskus dürften noch zwei andere Faktoren nachgeholfen haben: UPI meldete aus Amman, Saudi-Arabien sei bereit, 2 Mrd \$ Wirtschaftshilfe zu zahlen. Gleichzeitig signalisierten die versammelten Staatsoberhäupter auf Anregung Saddam Husseins, daß man Syrien freie Hand im Libanon lassen könne, falls Präsident Assad der Golfresolution in ihrer Endfassung zustimme.

Noch ein anderer Vorschlag Saddam Husseins stieß auf syrische Ablehnung: Die Wiederaufnahme Ägyptens in die Arabische Liga. Ägypten war 1978, nach der Unterzeichnung des Separatabkommens von Camp David mit Israel, aus dem arabischen Staatenbündnis ausgeschlossen worden. Der Arabische Gipfel in Bagdad 1979 hatte den Abbruch jeglicher diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu Kairo beschlossen.

Saddam Hussein ist vor allem an der militärischen Unterstützung Ägyptens im Krieg gegen den Iran interessiert. Irak hat in den letzten Jahren Waffenlieferungen im Wert von 4 Mrd \$ aus Ägypten erhalten. 20.000 ägyptische Freiwillige unterstützen die irakische Armee. Hundert von freigestellten ägyptischen Offizieren dienen im Irak und Kuwait als Militärberater.

Der Iran wurde zum großen Bedrohungsfaktor erhöht, die US-Militärpräsenz in der Region aber ausgespart

Saddam Hussein betonte, sein Vorschlag zielt auf die Stärkung der arabischen Nation, zu der auch Ägypten gehöre, im Kampf gegen den Iran. Seit 1979 hätte sich viel geändert. Es sei heute geboten, daß die Araber auf Ägypten zuzugingen, damit Ägypten auf die Araber zugehe. Der Einzige der gegen den Vorschlag Einspruch erhob, war der syrische Präsident Assad. Er betonte, daß Camp David nach wie vor eine Realität sei und forderte, daß die Kündigung des Abkommens Voraussetzung für die Rückkehr Ägyptens in die arabische Staatenfamilie sein müsse. König Husseins Kompromißvorschlag, die Wiederherstellung der Beziehungen

König Hussein bei der Begrüßung des anderen Hauptdarstellers des Gipfels in Amman, Saddam Hussein



mit Kairo möge allen Staaten der Liga freigestellt werden, fand schließlich allgemeine Zustimmung und Eingang in die Abschlußresolution von Amman.

Unmittelbar nach dem Gipfel telefonierte Hussein mit Ägyptens Präsident Mubarak, um ihm zu gratulieren. In der folgenden Woche nahmen die Emirate, der Irak, Kuwait, Marokko, Nordjemen, Bahrain und Saudi-Arabien die diplomatischen Beziehungen zu Kairo wieder auf. Beim Besuch Husseins in der letzten Novemberwoche vereinbarten Jordanien und Ägypten die Bildung einer gemeinsamen Militärführung, die eng mit dem Golfkooperationsrat zusammenarbeiten soll und die Unterstützung des Irak findet. Die erste Aufgabe dieses Kommandos soll die Koordination der in Kuwait und im Irak dienenden ägyptischen und jordanischen Militärs sein. Für Dezember 1987 wurden gemeinsame jordanisch-ägyptische Manöver angesetzt. Erste Konturen eines neun Staaten umfassenden, eng mit den USA liierten Militärbündnisses (Jordanien, Ägypten, Irak und die Golfstaaten) scheinen sich hier abzuzeichnen.

Inzwischen sind Syrien, Libyen, Algerien, der Südjemen, Libanon und Tunesien als einzige arabische Länder ohne diplomatische Beziehungen zu Kairo. Allerdings dürfte Tunesien dem allgemeinen Trend bald folgen, und auch Gemayel ist zur Herstellung diplomatischer Beziehungen bereit, trifft allerdings noch auf innenpolitischen Widerstand. Der Beiruter „Safir“ sprach nach dem Gipfel von einem halben und einem ganzen Verlierer. Mit dem halben Verlierer war der libanesische Staatspräsident Amin Gemayel gemeint. Auf dem Gipfel waren gleich zwei libanesische Delegationen vertreten: Staatspräsident Gemayel und der libanesische Innenminister Abdallah Rasi als Vertreter von Ministerpräsident Hoss, der die Legitimität Gemayels, den Libanon auf dem Gipfel zu vertreten, infrage stellte.

Gemayel erhoffte sich von dem Gipfel eine kräftige Finanzspritze von 600 Mio \$ und politische Rückendeckung gegen seine von Syrien unterstützten innenpolitischen Gegner. Eigentlich plante er, wie schon zuvor auf der UN-Vollversammlung, den Gipfel zu einem Forum gegen die syrische Einmischung zu machen. Aber das Thema Libanon wurde nur unter „ferner liefen“ behandelt. Über finanzielle Hilfen soll in einem noch zu bildenden Sonderkomitee diskutiert werden. Und der Arabische Gipfel würdigte die syrische Rolle im Libanon als Gegenleistung zur syrischen Zustimmung zu den Beschlüssen zum Golf und zu Ägypten.

Der große Verlierer des Gipfels war die PLO. Das Protokoll des Gipfels und König Husseins Eröffnungsrede machten

Abschlußresolution

Krieg Irak-Iran: Festhaltend an der Charta der Arabischen Liga, am Abkommen über die gemeinsame Verteidigung, der Charta der arabischen Solidarität, in Betonung des Bestrebens, die nationale Sicherheit zu schützen, die Souveränität des arabischen Bodens zu verteidigen, und im Geiste der Brüderlichkeit, der das Treffen von Amman beherrschte, standen das Thema des Krieges zwischen Irak und Iran und die Lage in der Golfregion an der Spitze der Tagesordnung.

Die Gipfelteilnehmer verurteilten Iran wegen der Besetzung eines Teils des irakischen Territoriums und wegen seines Zögerns, die Resolution Nr. 598 des UN-Sicherheitsrates anzunehmen. Sie forderten, sie zu akzeptieren und vollständig zu erfüllen. Sie riefen die internationale Gemeinschaft auf, ihrer Verantwortung nachzukommen, effektive Bemühungen zu unternehmen und Maßnahmen zu ergreifen, die Iran veranlassen, auf die Friedensappelle zu reagieren.

Der Gipfel erklärte seine Solidarität mit Irak und seine Hochachtung für dessen Annahme der Resolution Nr. 598 und für seine Übereinstimmung mit allen Friedensinitiativen. Der Gipfel betonte seine Unterstützung für Irak zum Schutz seines Territoriums und bei der Verteidigung seiner legitimen Rechte.

Lage in der Golfregion: Die Staatsoberhäupter diskutierten die Entwicklung der Lage in der Golfregion und die sich daraus ergebenden gefährlichen Folgen. Der Gipfel erklärte seine Solidarität mit Kuwait und verurteilte die blutigen Ereignisse in der heiligen Moschee in Mekka. Der Gipfel unterstützte die Maßnahmen Kuwaits zum Schutz seines Territoriums und seiner Gewässer sowie zur Gewährleistung seiner Sicherheit und Stabilität.

Der Gipfel erklärte seine Solidarität mit Saudi-Arabien und seine volle Unterstützung für dessen Maßnahmen, damit die Pilger die heiligen Stätten in Sicherheit besuchen können, und zur Verhinderung des Mißbrauchs der heiligen Stätten der Moslems.

Internationale Nahost-Friedenskonferenz: Der Gipfel beschäftigte sich mit dem arabisch-israelischen Konflikt und betonte, daß das palästinensische Problem der Kern des Konflikts ist und daß der Frieden im Nahen Osten nur verwirklicht werden kann durch die Rückgabe aller besetzten arabischen Gebiete, vor allem Jerusalems, die Wiederherstellung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes und die Lösung des Palästinaproblems in all seinen Aspekten.

Die Staatsoberhäupter unterstützten die Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz unter Schirmherrschaft der UNO mit Beteiligung aller betroffenen Seiten, darunter der PLO als einzigem rechtmäßigem Vertreter des palästinensischen Volkes auf der Grundlage der Gleichberechtigung, sowie der Ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates. Der Gipfel betrachtete eine internationale Konferenz als das einzige Mittel, den arabisch-israelischen Konflikt friedlich, gerecht und umfassend zu regeln.

Libanonkrise: Die Staatsoberhäupter befaßten sich mit der libanesischen Krise und ihren dramatischen Auswirkungen auf das arabische libanesische Brudervolk. Sie betonten ihren Wunsch nach Gewährleistung der nationalen Einheit Libanons, seines arabischen Charakters und der Einheit seines Territoriums sowie ihre Hilfe bei der Überwindung der Krise und der Wiederherstellung seiner Souveränität.

Ägypten: Ausgehend vom Glauben an die gemeinsamen Hoffnungen, Wünsche und Einsichten, beschlossen die Staatsoberhäupter, daß die diplomatischen Beziehungen zwischen den arabischen Ländern und der Arabischen Republik Ägypten Angelegenheit jedes Staates entsprechend seiner Verfassung und Gesetze sind.

(Quelle: Horizont, Berlin/DDR, Nr. 12/1987; Auszug)

deutlich, daß er beabsichtigte, die Befreiungsorganisation völlig zu ignorieren und das Palästinaproblem nur am Rande zu erörtern.

Schon vor dem Gipfel hatte König Hussein verschiedene arabische Staatsoberhäupter davon unterrichtet, daß er darauf beharren werde, in der Abschlußresolution das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und auf Errichtung eines unabhängigen Staates fallenzulassen und daß er, falls es das allgemeine Klima zulasse, eine internationale Konferenz auf der Basis der Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates 242/1967 und 338/1983 unter Auslassung der Beschlüsse der UN-Vollversammlung vorschlage. Daran sei die PLO zwar beteiligt, aber ohne daß dann die Art der Beteiligung in der Abschlußresolution näher definiert sei.

Damit will sich die jordanische Führung die Hintertüre für ihre eigene Interpretation der palästinensischen Beteiligung in Form einer gemeinsamen palästinensisch-jordanischen Delegation und die Rückkehr zu der Formel des im Februar 1985 zwischen Arafat und Hussein unterzeichneten Amman-Abkommens, das ein Jahr später von letzterem eingefroren und im Frühjahr 1987 von der PLO endgültig aufgekündigt wurde, offenhalten.

Während des Gipfels stellte König Hussein gegenüber Arafat in einem palästinensisch-jordanischen Gespräch unter vier Augen klar, was seine Essentials für die Lösung des Palästinaproblems sind: gemeinsame palästinensisch-jordanische Delegation, Bildung einer jordanisch-palästinensischen Konföderation, Anerkennung der Resolutionen 242 und 338 durch die PLO.

Das schließlich vom Gipfel verabschiedete Abschlußkommuniqué (siehe Kasten) fällt hinter die Minimalforderungen der PLO und den 1982 auf dem Gipfel von Fez verabschiedeten arabischen Friedensplan zurück. Zwar wird das Recht der PLO auf rechtmäßige und alleinige Vertretung des palästinensischen Volkes erwähnt, aber es ist nur noch von feststehenden palästinensischen Rechten, ohne die Erwähnung des Rechts auf Selbstbestimmung und Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates, die Rede. Das Kommuniqué fordert zwar eine internationale Konferenz, jedoch ohne ihre Grundlage und Vollmachten näher zu benennen. Damit kommt der Beschluß den jordanischen Absichten gelegen.

Es steht ferner zu erwarten, daß der nächste Gipfel endgültig die Wiederaufnahme Ägyptens in die Arabische Liga beschließen wird – trotz und mit Camp David. Camp David wurde ein für alle Mal von der arabischen Staatenwelt geschluckt. In Zukunft wird kein ara-

bisches Land mehr Sanktionen wegen heimlicher oder offener Kontakte zu Israel befürchten müssen. Das gilt vor allem für König Hussein, der seit langem heimlich mit Israel die Politik in den besetzten Gebieten koordiniert und der, in enger Kooperation mit Mubarak, alle Weichen für den zweiten Akt des Separathandels mit Israel gestellt hat, wofür die Formel von der internationalen Konferenz lediglich als Cover dient.

Die Abtrennung des „arabisch-israelischen“ vom „palästinensischen“ Problem und die weitgehende Ignorierung der palästinensischen Delegation auf dem Gipfel in Amman ist ein klarer Wink an die PLO, daß man künftig gedenkt, zu einer Lösung des Nahostproblems auch ohne die palästinensische Widerstandsorganisation zu kommen, wenn sich diese nicht gefügig zeigt. Es ist der erste Schritt zur Ausschaltung der PLO als unabhängigem Faktor im Nahostkonflikt.

Der Ägypten-Beschluß ermöglicht es dem Regime in Kairo, in Zukunft wieder die Rolle einer regionalen Großmacht zu spielen – im Golf, im Libanon und bei der Beilegung des Palästinaproblems. Durch das Gewicht Ägyptens wird in Zukunft aber die Rolle der PLO und Syriens, der einzigen Regionalmacht, die sich Camp David noch widersetzt, geschwächt.

Washington hat es nicht eilig mit der Lösung des Nahostproblems. Dies unterstrich zuletzt seine Ablehnung eines Votums der UN-Vollversammlung Anfang Dezember 1987, die Mitgliedsstaaten sollten sich stärker für die Einberufung einer Nahost-Friedenskonferenz einsetzen (129 Für-, 2 Gegenstimmen, und zwar der USA und Israels). Noch ist es der Regierung Reagan nicht gelungen, die PLO und Syrien zur Kapitulation vor den US-Lösungsvorschlägen zu zwingen. Noch stehen die Kräfteverhältnisse nicht eindeutig zu ihren Gunsten.

Aber die USA sind ein gutes Stück auf ihrem Weg weitergekommen, wobei ihnen die Uneinigkeit im patriotischen Lager (Differenzen innerhalb des palästinensischen Widerstandes, Lagerkrieg im Libanon, Differenzen zwischen der PLO und Syrien)⁷ in die Hände arbeitet. Nur wenn diese angesichts der großen Gefahren zweitrangigen Differenzen überwunden werden können, wird es möglich sein, die auf dem Amman-Gipfel eingeleitete Entwicklung aufzuhalten.

Anmerkungen:

- 1) Siehe: AIB 11-12/1982, S. 4ff.
- 2) Al-Qabs, Beirut, 9.11.1987
- 3) Wortlaut in: Al-Safir, Beirut, 24.11.1987
- 4) Siehe zur Golfkrise: AIB 11/Dezember 1987, S. 4ff.
- 5) Al-Hurrieh, Beirut, 15.11.1987
- 6) Al-Safir, 14.11.1987
- 7) Siehe dazu: AIB 6/Juni 1987, S. 5ff. und AIB 11/Dezember 1987, S. 20

Diskussionsforum Palästina / Nahostkonflikt

Sollen die Palästinenser auf ihre Rechte verzichten?

Ich möchte an dieser Stelle nicht über die Motive für die Beiträge von Frau Oesterle-Schwerin spekulieren, sondern ihr zunächst einmal ein humanitäres Anliegen zugute halten, obwohl die Gleichzeitigkeit ihrer Diskussionsbeiträge mit der zuletzt anlässlich ihres Israel-Besuchs zum Ausdruck gebrachte pro-imperialistische Position ihrer Parteifreunde Schily und Schoppe zu Denken gibt. Ich möchte mich heute auf eine Kritik einzelner Punkte in ihrem Diskussionsbeitrag „Selbstbestimmungsrecht kann man nicht essen“ in AIB 11/1987 beschränken.

1. Frau Oesterle-Schwerin weist zurecht darauf hin, daß man völkerrechtlich verbriefte Rechte nicht essen kann und wendet diese Binsenweisheit gegen das palästinensische Volk, indem sie diesem empfiehlt, faktisch auf seine Rechte zu verzichten.

2. Wenn sie an anderer Stelle fragt, wie standhaft die Palästinenser noch wären, wenn sie die Möglichkeit hätten, nicht standhaft zu sein, kommt sie jedoch den wirklichen Problemen – ungewollt – näher, nämlich der Tatsache, daß die Verteidigung auch der individuellen Rechte auf Leben, Auskommen und Freiheit unter den herrschenden Bedingungen nur durch die standhafte Verteidigung des nationalen Rechtes auf Selbstbestimmung, konkret in Form der Gründung eines Staates – getrennt von oder gemeinsam mit einem entzionisierten jüdisch-israelischen Volk – möglich ist, jedenfalls für das Gros der Palästinenser innerhalb und außerhalb ihrer Heimat.

3. Die PLO hat die Forderung nach Gründung eines eigenen Staates, zu dem die Westbank und der Gaza-Streifen gehören würden, nicht schon vor der israelischen Besetzung dieser Gebiete gestellt, weil es zu dieser Zeit die PLO im heutigen Sinn nicht gab.

In der Tat verdankt der palästinensische Nationalismus als vom allgemeinen arabischen Nationalismus getrennter wenn nicht sein Entstehen, dann doch zumindest seine umfassende Entwicklung in besonderer Weise der Niederlage der arabischen Regime 1967 und der Okkupation auch des verbliebenen Restes von Palästina durch die Zionisten. So stimmt es auch nicht, daß sich alle Forderungen der PLO nur an Israel richteten. Vielmehr kämpft sie zumindest seit der Sitzung ihres 5. Nationalrates 1969, der diese 1964 von der Arabischen Liga gegründete Organisation in eine unabhängige Vertretung des palästinensischen Volkes verwandelte – in ihren konsequenten Teilen bis heute – stets gegen den jordanischen Anspruch auf Allein- oder Mitvertretung des palästinensischen Volkes.

4. Wenn Frau Oesterle-Schwerin schreibt, die Palästinenser müßten volle Bürgerrechte in den Ländern, in denen sie jetzt leben, bekommen und die Möglichkeit erhalten, sich in anderen Ländern niederzulassen, da es nicht um die Gründung eines Staates, sondern um die Beseitigung der Armut gehe, dann muß ihr zunächst ihre eigene Frage entgegengehalten werden, ob nämlich nicht die Jordanier genauso ekelhaft zu ihnen gewesen seien wie die Israelis. So ist es!

Kann man dann den Palästinensern verdenken, daß sie nachweisbar keine Lust haben, das Los ihrer arabischen Brüder zu teilen? Die bourgeoisen arabischen Regime sind weder willens noch in der Lage, ihren eigenen Bürgern mehr-

heitlich ein politisch und wirtschaftlich menschenwürdiges Leben zu sichern. Was haben dann die eingebürgerten Palästinenser zu erwarten?

5. Frau Oesterle-Schwerin schreibt zutreffend, daß die Israelis die stärkeren seien. Ihre Schlußfolgerungen laufen darauf hinaus, dafür zu sorgen, daß sie es auch ewig bleiben. Ich denke, daß nicht einmal die Grünen solche Träumer in den Bundestag schicken, die ernsthaft glauben, daß „unsere“ mit den paar israelischen Linken gemeinsam zu bewerkstellende „Beobachtung“ der israelischen Besatzungspolitik, unsere „Kritik“ und unsere „Forderung“ des sofortigen Abzuges der israelischen Besatzung – alles Aktivitäten, die wir zurecht seit fast 20 Jahren betreiben – an der Überlegenheit Israels etwas ändern.

Wohl wissend, daß dem so ist, fordert sie die Beendigung des bewaffneten Kampfes, d.h. sie fordert, daß das palästinensische Volk das letzte und ausschlaggebende Mittel aus der Hand gibt, das ihm zumindest die Perspektive einer Existenz jenseits der eines von internationalen guten Wünschen und Brosamen lebenden Volkes offenhält. Die vom bewaffneten Kampf der PLO erschreckte „Weltöffentlichkeit“ würde ohne diesen Kampf längst nicht mehr vom palästinensischen Volk reden und unterstützt den zionistischen Staat im übrigen keineswegs in der bekannten Weise materiell, weil



sich der Illusion hingäbe, dieser sei unmittelbar bedroht, sondern weil sie seine Funktionsfähigkeit als regionaler Gendarm gegen jede anti-imperialistische Unbotmäßigkeit in der Region erhalten und ausbauen will.

Was auch immer die Motive von Frau Oesterle-Schwerin sein mögen: Sie wirbt mit illusorischen Sozialprogrammen für die Liquidierung der palästinensischen Nationalbewegung und damit für die Stärkung des expansionistischen Zionismus und seiner arabischen Leibgarde, den Bourgeoisien der arabischen Welt, und damit für die Verewigung von Strukturen, die politische Entmündigung, kulturellen Niedergang und Ausbeutung immer breiterer Teile der arabischen Bevölkerung notwendigerweise als Voraussetzung und Folge haben.

Dieter Falk, Bonn

AIB-Register 1987

Das vorliegende Register umfaßt die Veröffentlichungen der AIB-Ausgaben des Jahres 1987, einschließlich der Kommentare (K), Kurzinformationen (KI), BRD-Infodienst-Meldungen (ID), Buchrezensionen, mit Ausnahme der Lesermeinungen. Es ist untergliedert in ein

- **Länderregister**, das Artikel auführt, die ausschließlich ein Land behandeln; in ein
- **Regionenregister**, das Beiträge enthält, deren Inhalt über ein Land hinausgeht; Beiträge, die gleichzeitig wesentliche Aspekte zu einer Region und zu einem Land enthalten, finden sich sowohl unter dem Länder- als auch unter dem Regionenstichwort;
- **Stichwortregister**, das neben Artikeln, die ausschließlich das Stichwortthema zum Inhalt haben, auch Länder- und Regionenbeiträge, die wesentliche Informationen zu einem Stichwort enthalten, berücksichtigt.

Hinter den Einzelbeiträgen ist vor dem Schrägstrich die Heftnummer, dahinter die Seitenzahl angegeben.

Länder

Afghanistan

- A. Ergenzinger, Akzentverschiebung unter Najib 1-2/62
Interview mit Vize-Stammesminister Waziri 1-2/64
Kurzinformationen 3/47

Ägypten

- Kurzinformation 6/55

Angola

- J. Becker, Destabilisierung im Süden Afrikas 7/27
P. Garcia, Angola macht Boden gut 7/34
Interview mit Rober de Almeida (MPLA-PT) 7/37
J. Becker, Offensive gegen die Destabilisierung 11/47
Kurzinformationen 1-2/78, 8/54, 10/50

Argentinien

- P. Garcia, Die Meuterei der Folterer 6/22
Kurzinformationen 4/54, 7/79, 9/47, 10/51

Äthiopien

- E.-M. Hinterwirth, Verfassungsreferendum für die Volksrepublik 4/41
R. Braumann, Sonderfall Äthiopien 5/36
J. Ziegler, Umsiedlungen 5/38
Kurzinformation 10/50

Brasilien

- P. Garcia, Trügerischer Wirtschaftsaufschwung 3/28
J. Becker, Verschuldungskrise — Sturmzeichen aus Brasilia (K) 4/ 3
Kurzinformationen 1-2/79, 8/54, 11/54

Burkina

- C. Liebst-Maron, Selbsternährung hat Vorrang 5/42
N. Biver, Der Sturz Sankaras 11/44

Chile

- Brief aus Santiago, Inhaftierte in Lebensgefahr! 1-2/61
H. Werner, Heinemann-Preis für Anatol Feid 1-2/74
Interview mit Isabel Allende 3/41
A. Feid, Der Papst bei Pinochet (K) 6/ 3
K. Hartwig, Der Fall Beatriz Brinkmann 6/21
H. Czapek, Kein Handlungsbedarf? (K) 8/ 3
Interview mit Ivan Ljubetic (PCC) 8/ 4
Manifest der Vereinigten Linken 8/ 6
Gespräch mit Marcelo Reyes (FPMR) 8/ 8
Interview mit Beatriz Brinkmann 10/ 3
BRD-Infodienst 3/44, 6/52, 8/53, 9/44
9/45
Kurzinformation 3/46

China

- G. Schucher, Öffnung mit Hindernissen 1-2/66
Ausbeutung — Preis für die Modernisierung? 1-2/69
G. Schucher, Studentenproteste 3/13
G. Schucher, Wandel in der Friedensfrage 9/18
G. Schucher, Keine Konflikte mit der Dritten Welt? 11/36
G. Schucher, KPCh-Parteitag bestärkte Reformkurs 11/38
Kurzinformation 6/55

Costa Rica

- N. Biver, Ein Schritt zum Frieden 8/17
N. Biver, Wer hintertreibt das Friedensabkommen? 10/ 5
BRD-Infodienst 7/77

Ecuador

- Kurzinformationen 3/46, 5/59, 11/54

El Salvador

- H. Czapek, Duartes Basis zerbröckelt 7/ 4
Verhandlungsvorschlag der FMLN/FDR 7/ 6
N. Biver, Ein Schritt zum Frieden 8/17
H. Mayer, Flüchtlinge kämpfen um die Rücksiedlung 8/20
H. Denk, Duarte in Bonn 8/22
N. Biver, Wer hintertreibt das Friedensabkommen? 10/ 5
H. Czapek, Terror gegen das Friedensabkommen 11/43
BRD-Infodienst 5/58, 8/53

Fidschi

- G. Diederichs, Rabukas „Vorbeuge“-Putsch 7/21
Kurzinformationen 6/54, 10/51

Grenada

- Kurzinformation 1-2/79

Guatemala

- F. Bushin, Der Weizsäcker-Besuch in Guatemala 5/12
N. Biver, Ein Schritt zum Frieden 8/17
N. Biver, Wer hintertreibt das Friedensabkommen? 10/ 5
BRD-Infodienst 8/53

Guinea-Bissau

- J. Becker, Ausweg aus der Dauerkrise? 4/43

Haiti

- H. Toelle, Haiti vor wirklichem „Déchoukaj“? 1-2/17
U. Rupp, Rebellion gegen die neue Diktatur 8/13
Kurzinformation 5/59

Honduras

- N. Biver, Ein Schritt zum Frieden 8/17
N. Biver, Wer hintertreibt das Friedensabkommen? 10/ 5

Indien

- A. Krajczek, Gandhis verspielter Kredit 11/26
Kurzinformationen 1-2/78, 3/47, 5/60

Indonesien

- R. Werning, Die „neue Ordnung“ bleibt intakt 7/62

Irak

- Beiträge zum Krieg Iran-Irak und zum Persischen Golf siehe: Iran

Iran

- W. Brönner, Waffenschieber-Affären in Washington und Bonn 1/ 3
N. Biver, Die Iran-Contra-Affäre 3/ 4
N. Mina, Reza Machsadi — Dichter auf der Flucht 5/56
E. Amin, Kein „Endsieg“ 8/40
W. Brönner, Golfkrise — Reagans Spiel mit dem Feuer 8/42
W. Brönner, Bericht vom internationalen Forum gegen den Golfkrieg 9/21
Golf-Resolution 598 des UN-Sicherheitsrats 9/23
W. Brönner, Verständnis in Bonn für Reagans Golfaktion (K) 11/ 3
W. Brönner, Reagans Umfluggung des Golfes 11/ 4
SIPRI, Eigenarten des Krieges 11/ 6
D. Schule-Marmeling, NATO-Strategie zum Golfkrieg 11/ 8
P. Schütt, Reiseeindrücke aus dem Iran 11/14
BRD-Infodienst 4/53, 5/58
Kurzinformationen 3/47, 7/78, 10/51

Israel

- L.A. Heinrich, Husseins Westbank-Krieg gegen die PLO 3/20
L. Burhani, Grundpositionen zu einer Nahostkonferenz 7/10
E. Olms/D. Schule-Marmeling, Militärmacht Israel 9/24
E. Olms/D. Schulze-Marmeling, Israels SDI-Einstieg 9/28
BRD-Infodienst 6/53

Jordanien

- L.A. Heinrich, Husseins Westbank-Krieg gegen die PLO 3/20
L. Burhani, Grundpositionen zu einer Nahostkonferenz 7/10

Kampuchea

- Kurzinformationen 7/79, 9/ 3

Kenia

- H. Denk, Multigeschäfte untergraben die Selbstversorgung 5/27

Kolumbien

- P. Garcia, Am Rande des Bürgerkrieges 11/39
Interview mit Bernardo Jamarillo (UP) 11/40

Kuba

- Gespräch Frei Betto/Fidel Castro, Die Armen sind in die Kirche

eingedrungen	6/31	Interview mit Toivo ya Toivo (SWAPO)	9/10	Philippinen	
H.E. Gross, Che Guevara – nichts als ein Mythos?	10/42			R. Werning, „People Power“ – nicht Volksmacht	1–2/13
Laos				R. Werning, Schwere Zeiten für die Linke?	4/16
Kurzinformation	1–2/79	Interview mit Jean-Marie Tjibaou (FLNKS)	10/30	Interview mit José Maria Sison	6/14
				R. Werning, Neue Elite – alte Politik	7/59
Lesotho		Nicaragua		F. Braßel, Aquino beugt sich dem Militär	10/24
J. Becker, Destabilisierung im Süden Afrikas	7/27	W. Brönnner, Waffenschieber-Affären in Washington und Bonn (K)	1–2/ 3	BRD-Infodienst	3/45, 11/57
Libanon		Sonderheft 1/87: Nicaragua – Die Kunst des Überlebens		Kurzinformationen	3/46, 9/ 3
L. Burhani, Schafft Syrien den inneren Frieden?	4/19	W. Brönnner, Bonner Liebesdienste für die Interventionen	1–2/24	Sambia	
L. Burhani, Machtpoker nach Karamé	11/17	N. Biver, Facetten der Aggression	1–2/26	J. Becker/P. Sittig, Frontstaat vor dem Ruin	7/47
L. Burhani/W. Brönnner, Streiks und Protestaktionen	11/18	J. Hippler, Der Contra-Krieg	1–2/28	Kurzinformationen	3/46, 6/55
W. Brönnner, Das Ende des Lagerkriegs	11/20	R. Vergara, Erfolgsrezept Selbstverteidigung	1–2/32	Simbabwe	
L.A. Heinrich, Marcel Khalife – Stimme des Libanon	11/55	H. Ballauf, Desinformation mit dem Menschenrechtsthema	1–2/34	J. Becker, Getreideüberschüsse	5/40
BRD-Infodienst	3/45	H. Ballauf, Schließung von „La Prensa“	1–2/36	J. Becker, Apartheid-Gegenspieler	7/54
Kurzinformationen 1–2/78, 5/59, 7/78, 9/ 3		Soziale Erfolge trotz Krieg	1–2/37	J. Becker, In der Schlinge der Auslandsschulden	7/55
		A.I. Barrios, Wirtschaft in Bedrängnis	1–2/43	J. Becker, Contra-Pakt gegen Mosambik-Simbabwe	10/18
Libyen		R. Meyer, Schadensbegrenzung in der Krise	1–2/44	Kurzinformationen	6/55, 11/58
R. Eisel, Ghadafis „Dritter Weg“	1–2/70	Interview mit Sergio Ramirez	1–2/47	Sri Lanka	
Kurzinformation	9/ 3	S. Flaig, Zustimmung für neue Verfassung	1–2/49	U. Rupp, Feldzug gegen die Tamilen	7/19
Macau		M. Schuck, Amtskirche stößt auf Widerstand	1–2/52	K. Söhnlein, Bringt Indien den Frieden?	9/16
Kurzinformation	5/60	E. Wolf, Städtepartnerschaften Aktions- und Materialspiegel	1–2/54	U. Rupp, Der Frieden rückt in weite Ferne	11/34
Malawi		E. Wolf, Von der Städte- zur Länderpartnerschaft?	3/27	Kurzinformationen	6/54, 8/54, 10/51
J. Becker, Banda – Südafrikas Komplize	3/ 8	N. Biver, Iran-Contra-Affäre	4/ 4	Südafrika	
		N. Biver, Contras in der Krise	5/10	W. Brönnner, Waffenschieber-Affären in Washington und Bonn (K)	1–2/ 3
Marokko		Interview mit Luis Carrion (FSLN)	6/32	M. Kolter, Die U-Boot-Affäre	1–2/ 4
L.A. Heinrich, Wiederaufflammen des Westsaharakrieges	7/16	K. Ege, US-Kirchen aktiv gegen Reagan-Doktrin	6/36	Gespräch mit Allan Boesak	1–2/ 6
Mauritius		R. Meyer, Hier gibt keiner auf	7/ 8	M. Kolter, Betrugskampagne zu Südafrika, Namibia	1–2/ 8
Kurzinformation	9/47	Interview mit dem Liedermacher Luis Enrique Mejia Godoy	7/73	J. Becker, Der RNM und seine Sponsoren	1–2/10
Mexiko		N. Biver, Ein Schritt zum Frieden	8/17	Oliver Tambo, Vorwärts zur Volksmacht!	3/ 9
P. Imbusch, Festhalten am Status quo	8/10	N. Biver, Wer hintertreibt das Friedensabkommen?	10/ 5	J. Becker, Banda – Südafrikas Komplize	3/ 8
P. Imbusch, Streik durchkreuzt VW-Pläne	10/11	R. Meyer, „La Prensa“ erscheint wieder	10/ 6	Das Beispiel Gertrud Shope (ANC)	3/38
Mosambik		Interview mit Tomas Borge (FSLN)	10/ 9	C. Sondemann, Patt unter dem Ausnahmezustand	4/33
J. Becker, Der RNM und seine Sponsoren	1–2/10	Interview mit dem Karikaturisten Róger Sánchez	10/46	Interview mit Mzwai Piliso (ANC)	4/36
J. Becker, Banda – Südafrikas Komplize	3/ 8	BRD-Infodienst 3/45, 5/58, 7/77, 8/53, 10/49		F. Hervé, Frauen unter dem Ausnahmezustand	4/38
Interview mit Joaquim Chissano	3/11	Kurzinformationen	4/54, 7/79	M. Schuck, Kirchentag gegen Apartheid	5/ 4
J. Bhcker, Ermittlungsstand zum Tode Machels	3/11	Pakistan		Aufruf der Kampagne Kirchentag gegen Apartheid	5/ 7
J. Becker, Hunger in Mosambik	5/40	Kurzinformationen	3/47, 5/60	R. Brückner, Weiße wählen ihr Minderheitenparlament	5/ 8
J. Becker, Destabilisierung im Süden Afrikas	7/25	Palästina		J. Becker, Umschuldung für Südafrika	5/ 8
U. Sperling, Abschied von der sozialistischen Orientierung?	7/49	L.A. Heinrich, Husseins Westbank-Krieg gegen die PLO	3/20	B. Schulte, Keine Rüstungszusammenarbeit mit Südafrika	5/ 9
Interview mit Joaquim Chissano	7/50	L. Burhani, Der PLO-Nationalrat von Alger	6/ 5	Die Umgruppierung der UDF	6/17
F. Misser, Apokalypse Mosambik	10/16	Interview mit Nayef Hawatmeh (DFLP)	6/ 7	M. Kolter, Kirchen in Südafrika	6/34
J. Becker, Contra-Pakt gegen Mosambik-Simbabwe	10/18	Resolution des palästinensischen Nationalrates	6/ 9	J. Becker, Destabilisierung im Süden Afrikas	7/25
BRD-Infodienst	1–2/77	L. Burhani, Grundpositionen zu einer Nahostkonferenz	7/10	J. Becker, Bankenaktionstage	7/67
Kurzinformation	8/55	Interview mit Yassir Arafat (PLO)	10/20	M. Kolter, Die Machtprobe	8/23
		Diskussionsforum Palästina/Nahostkonflikt	6/12, 8/44, 10/22, 11/22	D. Peschke, Ziel: Kirche gegen Apartheid	8/25
Namibia		BRD-Infodienst	1–2/76, 4/53	A. Boesak, Apartheid – kein Zuhause für Gott	8/31
M. Kolter, Betrugskampagne zu Südafrika, Namibia	1–2/ 8	Panama		M. Kolter, Die Bergarbeiter hielten stand	9/ 4
Interview mit Sam Nujoma (SWAPO)	4/39	U. Kampmann, Aufstand der Unternehmer	8/14	Interview mit Joe Slovo (ANC)	9/ 7
Interview mit Ben Ulenga, Barnabas Tjizuu und Anton Lubowski, Gewerkschaften im Aufwind	6/18	Paraguay		Interview mit Nadine Gordimer	9/41
M. Kolter, Die Bonner Namibia-Sabotage (K)	7/ 3	Kurzinformation	6/54	M. Kolter, Die Apartheid-Morde stoppen! (K)	9/46
M. Kolter, Wer verfißt die Scheinunabhängigkeit Namibias?	7/38	Peru		Interview mit Rechtsanwältin Priscilla Jana	10/12
Bonner Namibia-Workshop	7/45	BRD-Infodienst	5/58		
P. Sittig, Kahlschlag gegen Opponenten	9/ 9	Kurzinformationen	1–2/79, 7/79, 8/54		

Inhalt

Mittelamerika
Der Friedensprozeß schlägt Wurzeln 23/II

Friedensabkommen der Präsidenten Mittelamerikas 28/VI

Mittelamerikas Wirtschaft im Würgegriff von Krieg und Weltmarkt 30/VIII

Nicaragua
Die Sandinisten wollen keinen Frieden der Unterwerfung 32/X

Rede von Präsident Ortega: Wir werden keinen politischen Dialog mit der Contra führen 34/XII

Erklärung der Nationalen Leitung der FSLN: Den Krieg beenden durch strikte Erfüllung des Abkommens 38/XVI

El Salvador
Duarte laviert 43/XXI

Interview mit Nidia Diaz (FMLN): Kein Frieden ohne Demokratie und Gerechtigkeit 46/XXIV

Guatemala
Dialogchance in Guatemala? 48:XXVI

Erklärung der URNG 49/XXVII

„Voz Popular“ – Radiosender der URNG 50/XXVIII

Costa Rica
Friedensstifter Costa Rica? 51/XXIX

Honduras
Hinhaltetaktik der Regierung Azcona 53/XXXI

Solidaritätsbewegung
Kampagne für das „gesamte Projekt Nicaragua“ 56/XXXIV

Aktions- und Materialspiegel 57/XXXV

Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift der Redaktion: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 06421/24672

Redaktion: Wolfram Bröner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Heidi Czapek, Hanne Denk, Georg Diederichs, Asia Ebtehaj, Ingrid el-Masry, Peter Imbusch, Andreas Krajczek, Julia Kühnert, Ulrich Rupp, Petra Sittig

Weitere Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe: Aleks Arndt, Ina Heuer, Heidi Kückelhaus, Regine Meyer, Rolf Radke, Reiner Rischmüller, Franz Bushin, Rüdiger Theune

Redaktionsschluß: 11. Dezember 1987

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH, Postfach 510868, 5000 Köln 51, Teletex 2214284 pahl. **Vertrieb:** Telefon 0221/36002-0

Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung. Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Konten: Postgiro Köln 6514-503 (BLZ 370 10050), Stadtsparkasse Köln 10652238 (BLZ 37050198)

Anzeigen: Infobüro Nicaragua, TÜTE, Pahl-Rugenstein Verlag, Enfprensa, Wissenschaft & Frieden, Peripherie

Titel: Gestaltung von Udo Tremmel

Fotonachweis: C. Dilg, URNG, Barricada, IHT, USN & WR, SRV, NACLA., Time, CERIGUA, GRAEL

Nico Biver

Der Friedensprozeß schlägt Wurzeln

Die Überraschung war allgemein, als die Präsidenten der mittelamerikanischen Staaten Nicaragua, El Salvador, Honduras, Costa Rica und Guatemala am 7. August 1987 in Esquipulas (Guatemala) ein Abkommen zu einer friedlichen Beilegung der Konflikte in Mittelamerika unterzeichneten.

Vier Jahre lang hatte die Contadora-Gruppe (Mexiko, Kolumbien, Panama und Venezuela) zusammen mit ihrer Unterstützerguppe (Brasilien, Argentinien, Uruguay und Peru) erfolglos auf dieses Ziel hingearbeitet. Nun gelang dies den mittelamerikanischen Staaten in eigener Regie, obwohl sie mit Ausnahme Nicaraguas von den USA, die bisher alle Friedensbemühungen zu Fall gebracht hatten, weit abhängiger sind als die Contadora-Gruppe.

Sie brachten den Abkommensentwurf des costaricanischen Präsidenten Oscar Arias, der ursprünglich gegen Nicaragua gerichtet war, nicht nur in die jetzige konsensfähige Form, sondern wiesen auch einen „Friedensplan“ Ronald Reagans und des Sprechers des Repräsentantenhauses Jim Wright zurück, den diese zwei Tage vor dem Gipfeltreffen in Guatemala vorgelegt hatten, um ein Abkommen zu verhindern.

„Die fünf Regierungen mußten viele Zugeständnisse machen“, sagte der guatemaltekeische Präsident Vinicio Cerezo in seinem Schlußwort, „aber wir haben das Interesse der mittelamerikanischen Gemeinschaft über alles gestellt... Wir wissen, daß es viel Kritik geben wird, daß diese Vereinbarung Pressionen und Widerspruch hervorrufen wird, aber wir fordern die Respektierung unseres Friedenswillens.“¹ In der Tat ist das Abkommen angelegt, vor allem in Washington Widerspruch zu ernten, zieht doch seine Erfüllung ein Ende des Contra-Krieges gegen Nicaragua nach sich.

Es sieht u.a. einen Waffenstillstand zwischen den Konfliktparteien, die Demokratisierung der einzelnen Länder, die Einstellung der Hilfe an Aufständische und die Unterbindung der Benutzung des Territoriums der Unterzeichnerstaaten für destabilisierende Aktionen gegen andere Regierungen vor.

Der Plan enthält gleiche Mechanismen für alle Länder. Dies ist zwar eine Garan-

tie gegen die Diskriminierung einzelner Unterzeichner, aber gleichfalls ein Hindernis für die Verwirklichung des Abkommens, da die jeweiligen Bedingungen in den einzelnen Ländern unterschiedlich sind. Deutlichster Ausdruck für dieses Problem ist die Gleichsetzung von Contras und der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti/Revolutionäre Demokratische Front (FMLN/FDR) El Salvadors. Außerdem enthält das Abkommen keinen Verweis auf die Hauptursache des Konflikts, den US-Interventionismus, und sieht mithin auch keinen Abzug der US-Truppen aus der Region vor.

Das Zustandekommen der Übereinkunft läßt sich im wesentlichen auf die Krise zurückführen, in die die Außenpolitik



Gipfelteilnehmer (vlnr.): D. Ortega, N. Duarte, V. Cerezo, J. Azcona, O. Arias

der Reagan-Administration geraten ist. Die in der sog. Reagan-Doktrin postulierten Ziele der strategischen Überlegenheit über die Sowjetunion und die Zurückdrängung revolutionärer Bewegungen und Länder mittels verstärktem Interventionismus sind auch nach sieben Jahren Reagan-Präsidentschaft nicht erfüllt.

Die Konfrontationspolitik wurde vielmehr mit einer Schwächung der wirtschaftlichen Basis der USA erkaufte. Dies drückt sich in Handelsbilanz- und Budgetdefiziten in der Größenordnung von

200 Mrd \$ aus und verstärkte den Widerstand von Teilen der herrschenden Klasse der USA gegen die Reagansche Außenpolitik. Die Mehrheit, die die Demokratische Partei 1986 im Kongreß erringen konnte, und das Aufdecken der Iran-Contra-Affäre sind sowohl Ausdruck dieser Widersprüche als auch Hemmnisse für die Weiterverfolgung der Reagan-Doktrin.

Eine weitere bedeutende Ursache für die Abstriche in der Konfrontationspolitik ist die offensive Friedens-, Umgestaltungs- und Öffnungspolitik der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow. Sie hat Reagan nicht nur in der Abrüstungspolitik in Zugzwang gebracht. Sie läßt auch mehr und mehr das Schreckgespenst des Kommunismus, das für die Propagierung der Hochrüstungs- und Interventionspolitik herhalten muß, verblassen. Deutlichster Ausdruck für diese Entwicklung ist der Abschluß des Abkommens über die Beseitigung der Mittelstreckenraketen.

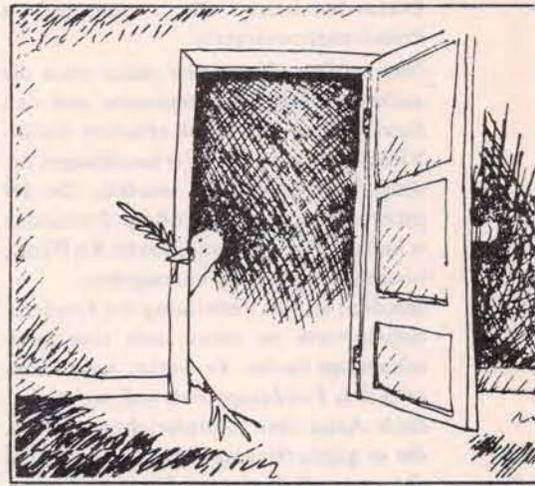
In der Dritten Welt ist zwar bisher kein Abgehen Washingtons von der Interventionspolitik festzustellen, jedoch konnten – sieht man mal von dem Sonderfall Grenada ab – die verfolgten Ziele nicht erreicht werden. Weder wurden die Regierungen in Angola und Afghanistan ge-

auf weniger als die Hälfte heute reduzierten. Zudem mißlang der Aufbau einer glaubwürdigen inneren Opposition und ließ die Verstärkung des sandinistischen Volksheeres eine direkte Invasion immer weniger ratsam erscheinen.

Neben dem anhaltenden Widerstand in den USA, der Flexibilität der Sandinisten und der internationalen Sympathie, die sie weiter genießen, sind die Bemühungen der lateinamerikanischen Staaten, eine Verhandlungslösung in der Region herbeizuführen, ein weiterer Hemmschuh für eine verstärkte Intervention. Zwar führte der Contadora-Prozeß nicht zum Erfolg, jedoch deckte er die wirklichen Probleme auf und schaffte einen Freiraum für den Dialog. Gründe für das wachsende Unabhängigkeitsstreben Lateinamerikas von den USA sind die zunehmende Diversifizierung der Wirtschaftsbeziehungen und damit eine geringere Bindung an die USA, die Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen in den meisten Ländern und der Gegensatz zu den USA, der sich aus der Verschuldungskrise ergibt. Verstärkt wurde dieser Distanzierungsprozeß von den USA durch den Malwinen-Konflikt, bei dem die USA Großbritannien unterstützten, und die Grenada-Invasion.

Der bisherige Höhepunkt dieses Prozesses war die Konferenz der Acht in Acapulco (Mexiko) vom 27.-29. November 1987 über die Verschuldungskrise, den mittelamerikanischen Friedensprozeß und die lateinamerikanische Einheit. Es war die erste Konferenz der wichtigsten Staaten Lateinamerikas ohne die USA. Daß diese Staaten identisch sind mit der Contadora- und ihrer Unterstützerguppe macht deutlich, daß der mittelamerikanischen Konflikt einen Katalysator für diesen Einigungsprozeß darstellt. Der Gipfel der Acht könnte den Anstoß zur Gründung einer lateinamerikanischen Organisation geben, der im Gegensatz zur Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) nicht die USA, wohl aber Kuba angehören könnten.

Der Niedergang der Reagan-Doktrin und die lateinamerikanischen Bemühungen um eine Verhandlungslösung bereiteten zwar den Boden für das Friedensabkommen. Jedoch war die konkrete Lage in der Region entscheidend für die Unterzeichnung durch die Staatspräsidenten. Der Krieg hat zu einer eindeutigen Verschärfung der Wirtschaftskrise in allen Ländern Mittelamerikas geführt, die auch durch die massive Hilfe aus den USA – vor allem für El Salvador, Honduras und Costa Rica – nicht kompensiert werden konnte. Der wirtschaftliche Niedergang war solange tragbar, wie die Perspektive eines raschen Sturzes der Sandinisten bestand. Mit dem Scheitern des Contra-Krieges und der Zunahme der sozialen Konflikte setzte jedoch vor



allem in Costa Rica und Guatemala nach Regierungswechseln 1986 ein Umdenkungsprozeß ein. Von einer Beilegung des Konflikts erhofft man sich nicht nur ein Ende der Wirtschaftskrise, sondern auch ein internationales Hilfsprogramm. Arias hatte 1985 die Wahlen mit Friedenslosungen gewonnen. Ihm geht es darum, die soziale Stabilität in Costa Rica zu erhalten und es mittelfristig zu einem „Wirtschaftswunderland“ à la Singapur oder Taiwan auszubauen.

Sein Friedenswille dürfte aber auch entscheidend durch die Zerschlagung der von Costa Rica aus operierenden Contra-Truppen Eden Pastoras und durch das Gerichtsverfahren, das Nicaragua vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag gegen sein Land anstrebte, beflügelt worden sein. Die Enthüllungen in der Iran-Contra-Affäre über die Unterstützung der Contras von Costa Rica aus dürften ein übriges getan haben.

Arias mußte außerdem bald einsehen, daß ein Abkommen mit unannehmbaren Forderungen an Nicaragua (z.B. direkte Verhandlungen mit der Contras und sofortige Neuwahlen) und unter Ausschluß Nicaraguas, wie bei der ersten Beratung über seinen Plan am 15.2.1987 geschehen, nicht zu erreichen war.

Das Scheitern des Contra-Krieges hat den Befürwortern einer politischen Lösung Auftrieb gegeben

Diese Einsicht rief aber wiederum die USA auf den Plan, die durch El Salvador ein erstes Treffen aller mittelamerikanischen Präsidenten am 15.6.1987 verhinderten. Arias konnte dann seinen Plan nur noch retten, indem er sich Unterstützung in Westeuropa und bei den Demokraten in den USA holte. Auch Reagans „Friedensplan“ konnte das Abkommen nicht mehr verhindern, da sich dieser nur an Nicaragua richtete, von den Sandinisten nicht akzeptable Vorleistungen verlangte und zudem aufgrund seines



stürzt noch konnten in Haiti und den Philippinen durch die Absetzung von Duvalier und Marcos stabile Verhältnisse geschaffen werden.

Am deutlichsten aber wird das Scheitern dieser Politik in Mittelamerika. Weder konnte El Salvador stabilisiert werden noch der Sturz der Sandinisten, der zum Lackmestest der Reagan-Doktrin erklärt worden war, bewerkstelligt werden.

Die Contras, das Hauptinstrument zur Realisierung dieses Ziels, mußten seit 1984 schwere Rückschläge hinnehmen, die ihre Stärke von damals 16.500 Mann

Diktatcharakters die versammelten Präsidenten verärgerte.

Nun wollen aber weder Arias noch die anderen Unterzeichnerstaaten, daß den Sandinisten die Macht erhalten bleibt. Vielmehr sollen über Verhandlungen Bedingungen geschaffen werden, die der inneren Opposition größere Freiräume schaffen und den Sandinisten die Hände binden, um gegen sie vorzugehen.

Insofern ist die Verleihung des Friedensnobelpreises an Arias auch eine zweischneidige Sache. Er wertet zwar einerseits den Friedensprozeß auf, weist aber auch Arias eine Schiedsrichterrolle zu, die er gegen Nicaragua nutzen kann, die aber eigentlich der im Vertrag vorgesehenen Internationalen Überprüfungs- und Kontrollkommission zukommt.

Guatemala hatte schon unter der Militärdiktatur eine unabhängige Position gegenüber den USA eingenommen. Das Land grenzt nicht an Nicaragua und erhält erst in letzter Zeit wieder geringe Militärhilfe aus den USA. Zudem gelang es dem Regime, mit eigenen Mitteln (und Unterstützung Israels) durch einen brutalen Terrorfeldzug die Guerilla empfindlich zu schwächen. Bei einer Regionalisierung des Krieges, so befürchtet das Regime, stünde eine erneute Zunahme der Konflikte im Innern und eine Schädigung der Wirtschaft zu erwarten.

Die guatemaltekische Bourgeoisie (die stärkste Mittelamerikas) hat ein Interesse an der Lösung des Konflikts, da sie am meisten von einer Wiederbelebung des mittelamerikanischen Marktes profitieren würde.

Somit nimmt es nicht Wunder, daß Cerezo eine aktive Rolle beim Zustandekommen des Abkommens spielte. Bei der Umsetzung der einzelnen Punkte in seinem Land stößt er jedoch bald an die



Mit rotem Kreuz getarnter Hubschrauber versorgt Contras in Nicaragua

Grenzen, die ihm das Militär setzt, zumal die Guerilla und die Massenbewegung wegen ihrer Schwäche vorerst noch keinen ausreichenden Druck zu entfalten vermögen.

Die größten Probleme bei der Unterzeichnung des Abkommens hatten El Salvador und Honduras, die am stärksten von den USA abhängig sind. Daß Duarte nach seiner anfänglichen Obstruktion dennoch unterschrieben hat, dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, daß er sich damit innenpolitisch einen größeren Manövrierspielraum ausrechnete. Mit der Bildung der Versöhnungskommission, der Verkündung einer Amnestie, Gesprächsangeboten an die FMLN/FDR und einem einseitigen kurzfristigen Waffenstillstand will er formal den Vertragsbedingungen nachkommen, um seine schwindende soziale Basis wieder zu verbreitern.

Jedoch mißlang die geplante Isolierung der FMLN/FDR. Aufgrund des Drucks

breiter Kreise mußte er die Vorbedingungen für Verhandlungen mit der FMLN/FDR fallen und die FDR-Führer ins Land zurückkehren lassen. Dennoch ist eine Lösung des Konflikts kurzfristig nicht absehbar, da Duarte eine weitgehende Demokratisierung, soziale Reformen und eine Beteiligung der Guerilla an der Regierung ablehnt.

Honduras ist am stärksten von den USA abhängig und Aufmarschbasis nicht nur für die Contras, sondern auch für die US-Truppen, die das Land mit Militäreinrichtungen übersät haben. Zwar wurde die Forderung, die Contras aus dem Land zu verweisen, immer lauter. Jedoch dürfte Honduras das Abkommen nur unterschrieben haben, weil es sich sonst isoliert hätte. Dies wurde auch durch die Weigerung der Regierung bestätigt, die Vereinbarungen in die Tat umzusetzen. Beflügelt durch den Friedensprozeß verstärkte sich jedoch der Druck von Volksorganisationen, Kirche, Parteien und Unternehmern derart, daß die Regierung sich gezwungen sah, einzelne Punkte des Abkommens umzusetzen. Ein Hinauswurf der Contras ist jedoch wegen der US-Weigerung bisher nicht abzusehen.

Die geringsten Probleme, den Vertrag zu unterzeichnen hatte Nicaragua. Das Abkommen erschwert die Interventionspolitik der USA und bedeutet, wenn es vollständig umgesetzt wird, das Ende der Contra. Darüber hinaus wurden die sandinistische Regierung und die Verfassung als legitim anerkannt.

Nicaragua hatte seit Beginn des Konflikts auf eine Verhandlungslösung gedrängt und war als einzige Regierung bereit, die Vertragsentwürfe der Contadora-Gruppe zu unterschreiben. Das Streben nach einer Verhandlungslösung ist für Nicaragua jedoch keine taktische, sondern eine strategische Frage. Unter Kriegsbedingungen ist eine Fortführung der Revolution nicht möglich, da die Wirtschaftskrise nicht aufgehalten wer-



den kann. Außerdem ist eine vollständige Vernichtung der Contra nicht zu erreichen, selbst wenn ihre Aktivitäten in Grenzen gehalten werden können. Da die Sandinisten trotz der Wirtschaftskrise noch immer über große Unterstützung in der Bevölkerung verfügen, konnten sie ein Abkommen erreichen, das keine Zugeständnisse in Grundsatzfragen beinhaltet.

Nicaragua hat bisher als einziges Land alle Vertragsbedingungen erfüllt. Einige, wie die Aufhebung des Ausnahmezustandes und eine umfassende Amnestie, treten entsprechend dem Gleichzeitigkeitsprinzip erst in Kraft, wenn die anderen Vertragspartner das Abkommen erfüllen, d.h. wenn die Contras nicht mehr von außerhalb unterstützt werden.

Die größte Gefahr bei der Umsetzung des Vertrages besteht in der Wirtschaftskrise, da sie soziale Unzufriedenheit erzeugt, die einen fruchtbaren Boden für die Agitation der rechten Parteien bietet. Diese haben bereits jetzt einen größeren Spielraum und werden mit Millionenbeträgen aus dem Ausland unterstützt. Deshalb kommt es vor allem darauf an, die Krise in den Griff zu bekommen, wofür jedoch erst nach Beendigung des Krieges

mens zu stimmen.

Nicht zuletzt die vorzeitige Umsetzung des Abkommens in Nicaragua und das Angebot indirekter Waffenstillstandsverhandlungen an die Contras haben die USA unter Druck gesetzt. Offiziell wird das Abkommen deshalb begrüßt, als „kühner Schritt in die richtige Richtung“² (US-Außenminister Shultz), aber gleichzeitig auf den mangelnden Demokratisierungswillen der Sandinisten und die Nichtberücksichtigung der US-Sicherheitsbelange im Abkommen verwiesen.

Nicaragua habe dem Abkommen ohnehin nur zugestimmt, weil es die Contras gäbe. Und deshalb, so Reagan am 7.10.1987 vor der OAS, „werde ich ein ... 270 Mio \$-Paket an neuer militärischer und humanitärer Hilfe für die Freiheitskämpfer fordern und erkämpfen. Diese neue Unterstützung wird so lange gewährt werden, wie die mit den Freiheitskämpfern in Verhandlung stehenden Sandinisten ein Abkommen für einen Waffenstillstand schließen und bis in Nicaragua vollständige Demokratie herrscht“.³

Einen Rückzug hat die Reagan-Administration bisher nur in Nebenfragen angetreten. Die Beantragung der 270 Mio \$ mußte sie auf die Zeit nach dem neuen Termin zur Erfüllung des Abkommens am 15.1.1988 verschieben. Und in Zugzwang gebracht durch die Bereitschaft Nicaraguas, indirekt mit den Contras über einen Waffenstillstand zu verhandeln, wurde dies in einer gemeinsamen Erklärung von Shultz und Wright begrüßt, obwohl das Weiße Haus bisher immer direkte Verhandlungen gefordert hatte.

Der in Washington ausgearbeitete Forderungskatalog an die Sandinisten zur Herstellung eines Waffenstillstandes zeigte dann erneut, was Washington will: die Selbstaufgabe der Revolution.

Um die Durchführung des Abkommens zu verhindern, wird zudem der Contra-Krieg verstärkt weitergeführt. Und es wird Druck auf El Salvador und Honduras ausgeübt, Versorgungsflüge an die Contras nicht zu verhindern und sie nicht des Landes zu verweisen – bisher erfolgreich.

Zwar dürfte unter der Reagan-Administration nicht mehr zu erwarten sein, daß es zu einer Übereinkunft mit den Sandinisten kommt. Allerdings könnte der Kongreß dem Präsidenten bei der Weiterverfolgung seiner aggressiven Politik Steine in den Weg legen. Angesichts der Isolation der USA sehen die Demokraten sich bestärkt, den Sturz der sandinistischen Regierung nicht mit militärischen, sondern mit politischen Mitteln zu bewerkstelligen. Sie gehen davon aus, daß der Contra-Krieg nur den Sandinisten nutze, da er von den wirtschaftlichen

Problemen ablenke. Und sie haben bereits im Kongreß der Bewilligung von 250.000 \$ für die innere Opposition zugestimmt.

Im Januar 1988 werden es die Demokraten in der Hand haben, Reagan einen Strich durch die Rechnung zu machen und entscheidend zum Gelingen des Friedensprozesses beizutragen, indem sie die Bewilligung der 270 Mio \$ ablehnen. Bisher haben sie weiteren „humanitären Überbrückungsgeldern“ an die Contras zugestimmt – zuletzt 9 Mio \$ am 11.12.1987 im Senat.

Sollte es Reagan und seinen Verbündeten in der Region gelingen, Nicaragua als Saboteur des Friedensabkommens hinzustellen, könnte die Entscheidung im Kongreß auch zu seinen Gunsten ausgehen. Dann wäre jedoch das Abkommen insgesamt in Frage gestellt und eine neue Runde der Kriegseskalation eingeleitet.

Anmerkungen:

- 1) Envio, Managua, spanische Ausgabe, Nr. 75/September 1987
- 2) USIS, Amerika Dienst, Dokumentation, Bonn, 21.10.1987
- 3) Ebd., 14.10.1987



Soldat des Sandinistischen Volksheeres

Chancen bestehen, und gleichzeitig Kräfte in die Verbesserung der Massenarbeit umzulenken.

Ob der Friedensprozeß gelingen wird, und das heißt vor allem die Beendigung des Krieges gegen Nicaragua, hängt einzig und allein vom Verhalten der USA ab. International haben sie sich vollständig isoliert. Das Friedensabkommen wurde von der OAS, der EG und der Sozialistischen Internationale unterstützt. Die Zustimmung in der UN-Vollversammlung war derart umfassend, daß nicht einmal der US-Vertreter es wagte, gegen eine Unterstützung des Abkom-

IKA
Zeitschrift für Kulturaustausch
Kulturkalender „Dritte Welt“
DM 5.00

Sol del Rio (El Salvador)
Imbuca (Brasilien)
El Hakawati (Palästina)
G.T.C. (Jamaica)
El Clu del Clau (Argentinien)
Theater der Schnecke (Mail)

KTUS (Chile)
Festival in Havanna (Kuba)
Juan Radrigan (Chile)
I.P.C. (Philippinen)
WOZA (Bundesrepublik)

Alles Theater!

Unser Thema:
Die „Dritte“ Welt in Literatur, Film, Grafik, Musik und Fotografie mit ausführlichem Kulturkalender

IKA 32 (Oktober 1987)
Theaterarbeit in der „Dritten Welt“

4 x im Jahr für DM 20,-
Einzelheft DM 5,- (zuzügl. Porto),
Probeheft DM 3,- (in Briefmarken)
IKA Vertrieb – Kulturbüro „3. Welt“
Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50



Friedens- abkommen der Präsidenten Mittelamerikas

Präambel

Die Staatspräsidenten von Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua und Costa Rica, die am 6. und 7. August 1987 in der Stadt Guatemala zusammengekommen sind,

● ermutigt durch die Weitsicht und den ungebrochenen Willen der Contadora- und der Unterstützungsgruppe, Frieden zu schaffen,
● bestärkt durch die anhaltende Unterstützung seitens aller Regierenden und Völker der Welt, der wichtigsten internationalen Organisationen, insbesondere der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und S.H. Papst Johannes Paul II.,

● gestützt auf die Erklärung von Esquipulas,
● in der Absicht, in Guatemala und in der Regierung von Costa Rica vorgelegten Friedensplan gemeinsam zu erörtern, sind übereingekommen,

● sich voll und ganz der historischen Herausforderung zu stellen, Mittelamerika eine friedliche Zukunft zu verschaffen;

● sich zu verpflichten, für den Frieden zu kämpfen und dem Krieg ein Ende zu bereiten;

● dem Dialog vor der Rachsucht Vorrang zu geben;

● diese Friedensbemühungen der Jugend Mittelamerikas zu widmen, deren berechtigtes Streben nach Frieden und sozialer Gerechtigkeit, nach Freiheit und Versöhnung viele Generationen lang enttäuscht wurde;

● ein mittelamerikanisches Parlament zu schaffen als Symbol der Freiheit und Unabhängigkeit, der Versöhnung, die wir in Mittelamerika erstreben.

Wir fordern die internationale Gemeinschaft auf, unsere Bemühungen zu achten und zu unterstützen. Uns stehen mittelamerikanische Wege für den Frieden und die Entwicklung offen, aber zur Verwirklichung dieser Ziele benötigen wir Hilfe. Wir fordern ein internationales Abkommen, das die Entwicklung gewährleistet, damit der Frieden, den wir wollen, von Dauer ist. Wir bekräftigen mit Entschlossenheit, daß Frieden und Entwicklung nicht voneinander getrennt werden dürfen. Wir danken Präsident Vinicio Cerezo Arévalo und dem Volk von Guatemala für ihre Gastfreundschaft. Die Großzügigkeit des Staatspräsidenten und des guatemalteckischen Volkes haben entscheidend zu dem Klima beigetragen, das die Annahme der Friedensbeschlüsse ermöglichte.

Verfahren zur Schaffung eines tragfähigen und dauerhaften Friedens in Mittelamerika

Die Regierungen der Republiken Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua haben eingedenk ihrer Verpflichtung, die in der Charta der Vereinten Nationen, der

Charta der Organisation Amerikanischer Staaten, dem Zieldokument, der Botschaft von Caraballeda für Frieden, Sicherheit und Demokratie in Mittelamerika, der Erklärung von Guatemala, dem Kommuniqué von Punta del Este, der Botschaft von Panama, der Erklärung von Esquipulas und dem Entwurf der Contadora-Akte für Frieden und Zusammenarbeit in Mittelamerika vom 6. Juni 1986 niedergelegten Ziele zu verwirklichen und Grundsätze zu entwickeln, folgendes Verfahren für die Schaffung eines tragfähigen und dauerhaften Friedens in Mittelamerika vereinbart:

1. Nationale Versöhnung

a) **Dialog.** In den Ländern, in denen tiefe Spaltungen innerhalb der Gesellschaft entstanden sind, müssen unverzüglich Maßnahmen für die nationale Versöhnung ergriffen werden, die die voll gesicherte Beteiligung des Volkes an echten politischen und demokratischen Prozessen auf der Grundlage von Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie erlauben. Zu diesem Zweck müssen Mechanismen geschaffen werden, die den Dialog mit den oppositionellen Gruppen im Einklang mit den Gesetzen ermöglichen. Die betreffenden Regierungen werden daher in einen Dialog mit allen unbewaffneten Gruppen der politischen Opposition im Lande und mit denen, die die Amnestie in Anspruch nehmen, eintreten.

b) **Amnestie.** In jedem mittelamerikanischen Land, außer in denen, in denen die internationale Überprüfungs- und Kontrollkommission feststellt, daß es nicht notwendig ist, werden Amnestiedekrete erlassen, die alle Bestimmungen festlegen müssen, die die Unverletzlichkeit des Lebens, die Freiheit in jeglicher Form, die materiellen Güter und die Sicherheit der Personen gewährleisten, auf die die Dekrete Anwendung finden. Gleichzeitig mit dem Erlass der Amnestiedekrete müssen die irregulären Streitkräfte des betreffenden Landes alle Personen, die sich in ihrer Gewalt befinden, freilassen.

c) **Nationale Versöhnungskommission.** Zur Überprüfung der von den fünf mittelamerikanischen Regierungen mit der Unterzeichnung dieses Dokuments im Hinblick auf die Amnestie, Feuereinstellung, Demokratisierung und freie Wahlen eingegangenen Verpflichtungen wird eine nationale Versöhnungskommission geschaffen. Sie hat die Funktion festzustellen, ob sich der nationale Versöhnungsprozeß tatsächlich vollzieht und alle in diesem Dokument garantierten bürgerlichen und politischen Rechte der mittelamerikanischen Bürger uneingeschränkt geachtet werden.

Die nationale Versöhnungskommission setzt sich aus einem ordentlichen Regierungsvertreter und dessen Stellvertreter, einem von der Bischofskonferenz vorgeschlagenen und von der Regierung aus einem Dreivorschlag von

Bischöfen ausgewählten Vertreter und dessen Stellvertreter zusammen; dieser Vorschlag muß innerhalb von 15 Tagen nach Erhalt der förmlichen Einladung vorgelegt werden. Die Einladung wird von den Regierungen binnen fünf Arbeitstagen nach Unterzeichnung dieses Dokuments vorgelegt. Das gleiche Verfahren des Dreivorschlags findet bei der Auswahl eines Vertreters der legal eingeschriebenen Oppositionsparteien und dessen Stellvertreter statt. Der Dreivorschlag muß innerhalb derselben Frist eingereicht werden.

Jede mittelamerikanische Regierung bestimmt ferner als Mitglied der Kommission einen angesehenen Bürger, der weder der Regierung noch der Regierungspartei angehört, und dessen Stellvertreter. Die Vereinbarung oder Verordnung, mit der die jeweilige nationale Kommission gebildet wird, wird den übrigen mittelamerikanischen Regierungen unverzüglich bekanntgegeben.

2. Aufforderung zur Einstellung der Feindseligkeiten

Die Regierungen fordern dringend dazu auf, in den Staaten der Region, die derzeit unter den Aktivitäten irregulärer oder aufständischer Gruppen leiden, die Einstellung der Feindseligkeiten zu vereinbaren. Die Regierungen der genannten Staaten verpflichten sich, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um eine wirksame Feuereinstellung innerhalb des verfassungsrechtlichen Rahmens zu erreichen.

3. Demokratisierung

Die Regierungen verpflichten sich, einen echten demokratischen, pluralistischen und auf Mitbestimmung gerichteten Prozeß voranzutreiben, der die Förderung der sozialen Gerechtigkeit, die Achtung der Menschenrechte, der Souveränität, der territorialen Unversehrtheit der Staaten und des Rechtes aller Nationen einschließt, ihr wirtschaftliches, politisches und soziales System frei und ohne jegliche Einmischung von außen zu bestimmen. Die Regierungen werden ferner nachprüfbar Maßnahmen treffen, die zur Schaffung und gegebenenfalls Vervollkommnung demokratischer, repräsentativer und pluralistischer Systeme führen, die die Bildung politischer Parteien und die wirksame Beteiligung des Volkes an dem Entscheidungsprozeß gewährleisten und die freie Beteiligung der verschiedenen Meinungsströmungen an ehrlichen und regelmäßig stattfindenden Wahlen auf der Grundlage der uneingeschränkten Achtung der Bürgerrechte sicherstellen. Um den guten Willen bei der Entwicklung dieses Demokratisierungsprozesses zu überprüfen, gilt folgendes als vereinbart:

a) Fernsehen, Rundfunk und Presse genießen volle Freiheit. Diese uneingeschränkte Freiheit umfaßt die Gründung und den Betrieb von Massenmedien durch alle ideologischen Gruppen; diese Medien werden keiner Vorzensur unterworfen.

b) Der parteipolitische Pluralismus muß vollständig zum Auserock kommen. Die politischen Gruppierungen erhalten diesbezüglich breiten Zugang zu den Massenmedien, kommen in den vollen Genuß der Organisationsfreiheit, des Rechts, öffentliche Kundgebungen durchzuführen, der uneingeschränkten Werbung in mündlicher und schriftlicher Form und über das Fernsehen sowie der Bewegungsfreiheit der Mitglieder der politischen Parteien, die Werbefunktion innehaben.

c) Ebenso müssen die Regierungen der mittelamerikanischen Staaten, in denen der Ausnahme-, Belagerungszustand oder Notstand

herrscht, diesen aufheben und einen Rechtsstaat, in dem alle in der Verfassung vorgesehenen Garantien voll gültig sind, herstellen.

4. Freie Wahlen

Nachdem die alle Demokratien kennzeichnenden Voraussetzungen geschaffen sind, müssen freie, pluralistische und ehrliche Wahlen abgehalten werden. Als Ausdruck des gemeinsamen Willens der mittelamerikanischen Staaten, für ihre Völker Versöhnung und einen dauerhaften Frieden herbeizuführen, werden Wahlen für das Mittelamerikanische Parlament stattfinden, dessen Schaffung in der „Erklärung von Esquipulas“ vom 25. Mai 1986 vorgeschlagen wurde.

Die Staatspräsidenten bekundeten in diesem Zusammenhang ihre Bereitschaft, beim Aufbau dieses Parlaments Fortschritte zu erzielen. Zu diesem Zweck muß die Vorbereitungskommission des Mittelamerikanischen Parlaments ihre Beratung abschließen und den mittelamerikanischen Präsidenten den entsprechenden Vertragsentwurf innerhalb von 150 Tagen vorlegen.

Diese Wahlen werden in der ersten Hälfte des Jahres 1988 in allen Ländern Mittelamerikas gleichzeitig stattfinden, zu einem von den Präsidenten der mittelamerikanischen Staaten zu vereinbarenden Zeitpunkt. Die Wahlen unterliegen der Aufsicht der entsprechenden Wahlorgane, wobei sich die Regierenden verpflichten, die Organisation Amerikanischer Staaten und die Vereinten Nationen wie auch Regierungen von Drittländern einzuladen, Beobachter zu entsenden, die darüber zu wachen haben, daß die Wahlen nach den striktesten Grundsätzen des gleichen Zugangs aller politischer Parteien zu den Massenmedien abgehalten und diesen umfassenden Möglichkeiten gewährt werden, öffentliche Kundgebungen und sonstige Formen der Wahlpropaganda durchzuführen.

Damit die Wahlen für das Mittelamerikanische Parlament innerhalb der unter diesem Passus genannten Frist durchgeführt werden können, muß der entsprechende Gründungsvertrag von den fünf Ländern verabschiedet und ratifiziert werden.

Nach der Durchführung der Wahlen für das Mittelamerikanische Parlament müssen in jedem Land im Beisein internationaler Beobachter und auf der Grundlage gleicher Garantien innerhalb der festgelegten Fristen und Zeiträume, die im Einklang mit den gültigen Verfassungsbestimmungen vorgeschlagen werden, gleichermaßen freie und demokratische Wahlen zur Bestimmung der Volksvertreter für die Kommunalparlamente, die Kongresse und gesetzgebenden Versammlungen und die Präsidentschaft der Republik stattfinden.

5. Einstellung der Unterstützung für irreguläre Kräfte oder aufständische Bewegungen

Die Regierungen der fünf mittelamerikanischen Staaten fordern die Regierungen innerhalb und außerhalb der Region, die irregulären Kräften oder aufständischen Bewegungen offen oder verdeckt militärische, logistische, finanzielle oder propagandistische Unterstützung gewähren, sie mit Truppen, Waffen, Munition und Ausrüstung versorgen, auf diese Unterstützung einzustellen, da dies unerläßliche Voraussetzung für einen stabilen und dauerhaften Frieden in der Region ist.

Davon ausgenommen ist die Hilfe für die Repatriierung oder die Neuansiedlung und notwendige Unterstützung zur Wiedereingliederung jener Personen in das normale Leben,

die diesen Gruppen oder Kräften angehört haben. Ebenso werden die irregulären Kräfte und aufständischen Gruppen, die in Mittelamerika tätig sind, aufgefordert, diese Unterstützung um eines echten lateinamerikanischen Geistes willen nicht anzunehmen.

Diese Forderungen werden erhoben im Einklang mit dem Zieldokument, in bezug auf die Beseitigung des Handels mit Waffen innerhalb oder von außerhalb der Region, die für Personen, Organisationen oder Gruppen bestimmt sind, die die Regierungen der mittelamerikanischen Staaten destabilisieren wollen.

6. Verbot der Benutzung des Hoheitsgebiets zum Zweck eines Angriffs auf andere Staaten

Die fünf Unterzeichnerstaaten dieses Dokuments bekräftigen ihre Verpflichtung, Personen, Organisationen oder Gruppen, die die Regierungen der mittelamerikanischen Staaten destabilisieren wollen, die Benutzung ihres Hoheitsgebiets zu verweigern und ihnen weder militärische noch logistische Unterstützung zu gewähren oder zu gestatten.

7. Verhandlungen auf den Gebieten Sicherheit, Überprüfung, Rüstungskontrolle und -begrenzung

Die Regierungen der fünf mittelamerikanischen Staaten werden mit Beteiligung der Contadora-Gruppe als Vermittler die Verhandlungen über ungeklärte Fragen auf den Gebieten Sicherheit, Überprüfung und Rüstungskontrolle in dem Entwurf der Contadora-Akte für Frieden und Zusammenarbeit in Mittelamerika fortsetzen. Diese Verhandlungen umfassen auch Maßnahmen für die Entwaffnung der irregulären Kräfte, die bereit sind, die Amnestiedekrete in Anspruch zu nehmen.

8. Flüchtlinge und Vertriebene

Die mittelamerikanischen Regierungen verpflichten sich, sich vordringlich der durch die regionale Krise entstandenen Flüchtlings- und

Vertriebenenströme anzunehmen, indem sie diesen Schutz und Betreuung, insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Arbeit und Sicherheit gewähren und ihre Repatriierung, Wiederansiedlung und Umsiedlung erleichtern, sofern diese freiwillig und auf individuellen Wunsch erfolgt.

Sie verpflichten sich ferner, sich bei der internationalen Gemeinschaft um Unterstützung für die mittelamerikanischen Flüchtlinge und Vertriebenen zu bemühen, und zwar direkt durch bilaterale oder multilaterale Übereinkommen wie auch indirekt über den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) und andere Organisationen und Stellen.

9. Zusammenarbeit, Demokratie und Freiheit für Frieden und Entwicklung

Die mittelamerikanischen Staaten werden in einem Klima der Freiheit, das die Demokratie gewährleistet, Beschlüsse zur Beschleunigung der Entwicklung fassen, damit in ihren Gesellschaften mehr Gleichheit herrscht und sie sich vom Elend befreien.

Die Festigung der Demokratie beinhaltet die Schaffung einer auf Wohlstand ausgerichteten Volkswirtschaft und einer wirtschaftlichen und sozialen Demokratie. Zur Erreichung dieser Ziele werden sich die mittelamerikanischen Regierungen gemeinsam um besondere Wirtschaftshilfe seitens der internationalen Gemeinschaft bemühen.

10. Internationale Überprüfung und Kontrolle

a) Internationale Überprüfungs- und Kontrollkommission. Es wird eine internationale Überprüfungs- und Kontrollkommission geschaffen, die sich aus dem Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten und dem Generalsekretär der Vereinten Nationen bzw. deren Stellvertretern sowie aus den Außenministern Mittelamerikas, der Contadora-Gruppe und der Unterstützungsgruppe zusammensetzt. Diese Kommission hat die Aufgabe, die Erfüllung der in diesem Dokument enthal-



ENFOPRENSA

AGENCIA CENTROAMERICANA DE NOTICIAS

ENFOPRENSA SCHWEIZ



POSTFACH



CH-8059 ZÜRICH



PC 80-59 877-5

ENFOPRENSA ist eine unabhängige, zentralamerikanische Nachrichtenagentur mit Schwerpunkt **GUATEMALA**.

ENFOPRENSA gibt wöchentliche Nachrichtenbulletins zur socio-politischen Situation heraus. Die Themen sind: Politik, Wirtschaft, Aufstandsbewegung, Volksbewegung, soziale Situation, Menschenrechte und Flüchtlingen.

ENFOPRENSA erscheint in deutscher, spanischer, französischer und englischer Sprache.

ENFOPRENSA veröffentlicht zu wichtigen Ereignissen und Themen Hintergrundberichte und Sonderbulletins.

ENFOPRENSA ist eine wichtige Informationsquelle für eine effektive Solidaritätsarbeit.

Jahresabonnement zum persönlichen Gebrauch: sFr. 150.--
Für Organisationen, Zeitungen und Presseagenturen: Sfr. 300.--
(schliesst das Recht auf Weiterverbreitung mit oder ohne Quellenangabe ein)

tenen Verpflichtungen zu überprüfen und zu kontrollieren.

b) **Unterstützung und Erleichterung für die Mechanismen für Versöhnung, Überprüfung und Kontrolle.** Um die Tätigkeit der internationalen Überprüfungs- und Kontrollkommission zu stärken, werden die Regierungen der fünf mittelamerikanischen Staaten Erklärungen abgeben, in denen sie ihre Unterstützung für die Arbeit der Kommission bekunden. Diesen Erklärungen können sich alle Nationen anschließen, denen die Förderung von Freiheit, Demokratie und Frieden in Mittelamerika ein Anliegen ist.

Die fünf Regierungen gewähren alle Erleichterungen, die für die vollständige Erfüllung der Überprüfungs- und Kontrollaufgaben der nationalen Versöhnungskommission jeden Landes und der internationalen Überprüfungs- und Kontrollkommission erforderlich sind.

11. Zeitplan für die Erfüllung der Verpflichtungen

Innerhalb von 15 Tagen nach der Unterzeichnung dieses Dokuments werden die fünf mittelamerikanischen Außenminister als Exekutivkommission zusammentreten, um die Erfüllung der in diesem Dokument enthaltenen Vereinbarungen zu regeln und zu unterstützen und die Arbeitskommissionen einzusetzen, damit ab diesem Zeitpunkt die Prozesse eingeleitet werden, die mittels Konsultationen, Maßnahmen und sonstigen für notwendig erachteten Mechanismen zur Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen innerhalb der festgelegten Fristen führen.

Innerhalb von 90 Tagen, gerechnet ab dem Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Dokuments, werden die Bestimmungen über die Amnestie, die Feuereinstellung, die Demokratisierung, die Einstellung der Unterstützung für irreguläre Kräfte oder aufständische Bewegungen und das Verbot der Benutzung des Hoheitsgebiets für Angriffe auf andere Staaten nach Maßgabe dieses Dokuments gleichzeitig und öffentlich in Kraft treten.

Innerhalb von 120 Tagen nach der Unterzeichnung dieses Dokuments wird die internationale Überprüfungs- und Kontrollkommission die Fortschritte bei der Erfüllung der in diesem Dokument vorgesehenen Vereinbarungen analysieren.

Innerhalb von 150 Tagen werden die fünf mittelamerikanischen Präsidenten zusammentreten, einen Bericht der internationalen Überprüfungs- und Kontrollkommission entgegennehmen und geeignete Entscheidungen treffen.

Schlußbestimmungen

Die einzelnen Bestandteile dieses Dokuments bilden ein geschlossenes und unteilbares Ganzes. Die Unterzeichnung dieses Dokuments beinhaltet die in gutem Glauben eingegangene Verpflichtung, die Vereinbarungen gleichzeitig innerhalb der festgelegten Fristen zu erfüllen.

In dem Wunsch, die Friedenssehnsucht ihrer Völker zu stillen, unterzeichnen die fünf mittelamerikanischen Präsidenten am 7. August 1987 dieses Dokument in Guatemala-Stadt, Oscar Arias Sánchez, Präsident der Republik Costa Rica; Vinicio Cerezo Arévalo, Präsident der Republik Guatemala; José Napoleón Duarte, Präsident der Republik El Salvador; José Azcona Hoyo, Präsident der Republik Honduras; Daniel Ortega Saavedra, Präsident der Republik Nicaragua.

(Quelle: Inforpress Centroamericana, Guatemala-Stadt, Nr. 751/13.8.1987)



Galoppierende Inflation in Nicaragua: 20-Cordoba-Scheine wurden in 20000-Cordoba-Scheine umgewandelt

Peter Imbusch

Im Würgegriff von Krieg und Weltmarkt Mittelamerikas Wirtschaft

Seit Anfang der 80er Jahre befinden sich die mittelamerikanischen Länder in einer schweren Wirtschaftskrise, die sich im Verlauf der letzten zwei Jahre weiter verschärft hat.

Die weltwirtschaftlichen Veränderungen seit Mitte der 70er Jahre, die anhaltende Rezession in den Industrieländern und die politisch-militärischen Konflikte in der Region führten zum Zusammenbruch des exportorientierten Entwicklungsmodells. Verbunden mit einer additiven importsubstituierenden Industrialisierung hatte diese Politik bis Ende der 70er Jahre nicht nur zu einer Diversifizierung der Wirtschaftsstrukturen geführt, sondern auch beträchtliche Wachstumsraten aufgewiesen.

Da die mittelamerikanischen Staaten stark vom Weltmarkt abhängig sind, funktionierte dieses Modell solange, wie über das Exportwachstum ausreichend Devisen für die notwendige Reproduktion der Volkswirtschaft erwirtschaftet werden konnten. Doch gegenwärtig bestimmen Zahlungsbilanzungleichgewichte, negativer Reservestand, Inflation, hohe Haushaltsdefizite und eine wachsende Verschuldung das Bild.

In Mittelamerika werden je nach Land 50-65% der Exporterlöse von den fünf wichtigsten Ausfuhrprodukten (Banane, Kaffee, Zucker, Baumwolle, Fleisch) erbracht, die alle den starken Schwankungen der Terms of Trade (Verhältnis von Export- und Importpreisen) unterliegen. In der Konjunktur 1983/84 verbesserten sie sich zwar. Es flossen mehr finanzielle und materielle Mittel von außen und die in einigen Ländern auslaufenden Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ermöglichten weniger restriktive Anpassungsmaßnahmen.

So konnte in allen Ländern (außer Nica-

ragua) ein realer Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erzielt werden (durchschnittlich 1,9%).¹ Allerdings reichte dies nur in Costa Rica aus, abermals einen Rückgang des BIP pro Kopf zu verhindern. In allen Staaten außer Honduras lag das BIP niedriger als 1979/80. Die leichte konjunkturelle Erholung war aber mit einer Ausweitung des Leistungsbilanzdefizits verbunden, das seinerseits wieder auf gestiegene Importe und einen teilweise hohen Schuldendienst rückführbar ist.

Besonders seit 1985 haben sich die stagnativen bzw. rezessiven Tendenzen in den mittelamerikanischen Ökonomien wieder voll durchgesetzt. Das BIP-Wachstum hat sich in allen Ländern

Das Elend wächst: Nahrungsmittelsuche auf einer Müllhalde in Tegucigalpa



deutlich abgeschwächt und war teilweise wieder negativ (El Salvador, Nicaragua, Guatemala).

El Salvador und Guatemala erlebten Inflationsrekordjahre (1986: 40% und 34%). Nicaragua stand schon vorher einsam an der Spitze (1985: 328%, 1986: 660% und 1987: 1.000%). Nur Honduras konnte aufgrund seiner deflationären Politik 1985/86 sehr geringe Raten (2,9%) verzeichnen, die allerdings 1987 ebenfalls hochgeschwungen sind (34%).²

Auch das Handelsbilanzdefizit hat sich seit 1985 aufgrund der gestiegenen Importe außer in Honduras und Nicaragua vergrößert. Stagnation oder weiterer Fall der Weltmarktpreise für die traditionellen Exportgüter, die Folgen des Rückzugs der United Brands Co. 1985 aus Costa Rica und die Produktionsverluste bei den Hauptexportgütern in El Salvador (Bürgerkrieg) und Nicaragua (Krieg der Contra/USA) haben die Exporterlöse teilweise drastisch eingeschränkt. Zudem sind die Quoten im neuen Kaffeeabkommen von 1987 für Mittelamerika gekürzt worden (besonders betroffen sind Nicaragua, El Salvador und Guatemala).³ Schließlich wirken Einfuhrbeschränkungen von Zucker und Fleisch für den bevorzugten US-Markt nicht gerade positiv auf die Handelsbilanzen. Die intraregionalen Exporte innerhalb des Mittelamerikanischen Gemeinsamen Marktes (MCCA) sind weiter zurückgegangen und boten ebenfalls keine Alternative.

Da sich gleichzeitig das Leistungsbilanzdefizit (außer in Guatemala) vergrößerte, stieg die Auslandsverschuldung in allen Ländern weiter an. Costa Ricas Auslandschulden überstiegen 1986 die 4-Mrd.-\$-Grenze. Im Sommer 1987 versuchte das Land, über ein IWF-Abkommen (Laufzeit 1987/88) neue Finanzressourcen in Höhe von knapp 50 Mio \$ zu mobilisieren.⁴

Mit dem „Plan de Reordenamiento Económico y Social“ in Guatemala (Auslandschulden 1987: 2,65 Mrd \$), der Mitte 1987 in Kraft trat, konnten zwar einige fiskalische und monetäre Erfolge erzielt werden, gleichzeitig vergrößerte er jedoch aufgrund seines unsozialen Zuschnitts das Elend weiter Teile der Bevölkerung.⁵

In Honduras (Verschuldung 1987 mehr als 3 Mrd \$, Tilgungen 175 Mio \$ = 27% des BIP) ist das von der US-Entwicklungsagentur AID empfohlene „Jahr des Exports“ vollständig gescheitert (Schließung der Mine El Mochito, Rückzug des US-Konzerns Rosario Resources Corp., Rückgang des Weltmarktpreises für Kaffee und extrem schlechte Wirtschaftsbeziehungen zwischen den mittelamerikanischen Staaten).⁶

Die Verschuldung El Salvadors beträgt

inzwischen 2,2 Mrd \$. Ohne Wirtschafts- und Militärhilfe der USA, die ungefähr die Höhe der Schäden durch den Bürgerkrieg von 2,5 Mrd \$ erreicht hat, und die Überweisungen der 1 Mio Salvadorianer in den USA, hätte Duarte den Krieg längst verloren.

In Nicaragua stieg die Auslandsverschuldung 1987 auf rund 5,5 Mrd \$. Der Wirtschaftsplan 1987 stellte zwar gegenüber den vorhergehenden einen Fortschritt dar, weil er auch eine mittelfristige (1987-90) Leitlinie zur Bewältigung der Wirtschaftskrise enthält,⁷ aber er konnte die Verschlechterung der Lebenssituation nicht bremsen. Das Land kämpft weiter ums Überleben.

Die teilweise hohen Nettozugänge in den Zahlungsbilanzen der Länder täuschen Spielräume vor, die effektiv nicht vorhanden sind. Denn zum einen werden Teile der Gelder für den Schuldendienst und Gewinntransfer gebraucht. Zum anderen handelt es sich um umgeschuldete Kredite oder Projektkredite von Weltbank/BID sowie die AID-Finanzierung, die weitgehend in der Verwendung festgeschrieben sind.

Hohe Auslandsschulden und rückläufiges Volkseinkommen gelten für die gesamte Region

Für den wirtschaftlichen Niedergang muß auch die Militarisierung der Region von seiten der USA verantwortlich gemacht werden. An der Spitze der „Wirtschafts-“ und Militärhilfe der USA stehen nach wie vor El Salvador, Honduras und Costa Rica.⁸ Die Militärausgaben der zentralamerikanischen Länder selbst binden immer mehr finanzielle Mittel: rund 2-4% des BIP. Für El Salvador und Nicaragua wurden sie 1986 auf 10% des BIP veranschlagt.

Die Aggression gegen Nicaragua hat 1987 die Verteidigungsausgaben auf rund 50% des Budgets hochgetrieben. Ihre direkten Schäden belaufen sich allein seit 1985 auf 650 Mio \$.⁹ Die Zahlen vermitteln einen Eindruck von der Tragweite der wirtschaftlichen Verluste für dieses Land.

Angesichts der Perspektivlosigkeit der US-Politik gegenüber Nicaragua und El Salvador dürfte der anhaltende wirtschaftliche Niedergang, der auch durch die US-Hilfe nicht voll wettgemacht werden kann, ein Grund gewesen sein, der die Befürworter einer Übereinkunft mit Nicaragua gestärkt und das Friedensabkommen vom 7. August 1987 möglich gemacht hat. Bereits am 10. September 1987 haben die Wirtschaftsminister Mittelamerikas in El Salvador beschlossen, den MCCA zu reaktivieren.

Entsprechend dem Friedensabkommen

PERIPHERIE

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND ÖKONOMIE IN DER DRITTEN WELT
Forum theoretisch orientierter Analyse und Diskussion zu Fragen der Dritten Welt

die letzten Nummern:

Nr. 25/26 Entwicklungspolitik „gewendet“
Nr. 27 Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung
Kulturelle Beziehungen

das neue Heft:

Nr. 28 Agrarproduktion, Staat und Weltmarkt

in Vorbereitung:

Nr. 29 „Ungleichzeitigkeit“
Nr. 30/31 Organisation von Frauen

in jedem Heft:

Buchbesprechungen, Eingegangene Bücher, Zeitschriftenschau

Bezug:

LN-Vertrieb
Gneisenaustraße 2
D-1000 Berlin 61

Vierteljahrszeitschrift (112 S.)

Einzelheft DM 9,- / Doppelheft DM 16,-
Abo Einzelperson DM 30,-
Abo Institutionen DM 60,-
Überseeabo (Luftpost) DM 47,- (77,-)

wollen sie „sich gemeinsam um eine außerordentliche Wirtschaftsunterstützung von der internationalen Gemeinschaft bemühen“. Die Wirtschaftsminister kamen in einem 6-Punkte-Plan überein, Zollschränken abzubauen, den Personen- und Warentransport zu erleichtern und Exporte auf Drittmärkten zu koordinieren. Im Industriebereich sollen ungenutzte Kapazitäten reaktiviert und in der Landwirtschaft ein Programm zur Stärkung und Integration des regionalen Agrarsektors formuliert werden.¹⁰

Ob diese Pläne jedoch gelingen werden, wird davon abhängen, ob sich die Befürworter des Friedensabkommens gegen die USA und ihre Freunde in der Region durchsetzen können. Zumindest für die Völker Mittelamerikas wird dies zu einer immer zwingenderen Notwendigkeit, da sie den Krieg und die Anpassungsprogramme von IWF und AID mit Lohnrückgang, Arbeitslosigkeit und Verelendung bezahlen müssen.

Anmerkungen:

- 1) Siehe: M. Minkner, Anpassungskrise in Zentralamerika?, in: Lateinamerika, Analysen-Daten-Dokumentation, Hamburg, Nr. 6/7, August 1986, S. 27
- 2) Angaben nach: Latin American Economic Report, London, Nr. 87-08/31.8.1987
- 3) Vgl. Inforpress Centroamericana, Guatemala-Stadt, 22.10.1987 und epd-entwicklungspolitik, Frankfurt, Nr. 19-20, 1987
- 4) Siehe: Inforpress Centroamericana, 14.5.1987 und pensamiento propio, Managua, Nr. 43/Juli-August 1987
- 5) Vgl. Inforpress Centroamericana, 15.10.1987
- 6) Siehe: Hondupress, Tegucigalpa, 25.7.1987; Informationsdienst El Salvador, Westberlin, Nr. 358/16.10. und 26.6.1987
- 7) Siehe: Envio, Managua, Nr. 70/April 1987
- 8) Vgl. die Zahlen für 1986 in: Lateinamerika, Analysen-Daten-Dokumentation, a.a.O., S. 126
- 9) Siehe: Mittelamerika Magazin, Nr. 63/September-Oktober 1987
- 10) Siehe: ANN-Wochenbulletin, Zürich, Nr. 74/22.9.1987

Regine Meyer

Die Sandinisten wollen keinen Frieden der Unterwerfung



Der Traum vom Frieden

Nicht ohne Grund sprach Nicaraguas Präsident, Daniel Ortega, in seiner Rede vor der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) am 11.11.1987 vom „wichtigsten Augenblick Lateinamerikas und der Karibik seit der ersten Unabhängigkeit“. Die – für viele überraschende – Einigung der fünf mittelamerikanischen Präsidenten über „Verfahren zur Schaffung eines tragfähigen und dauerhaften Friedens in Mittelamerika“ am 7. August 1987 in Esquipulas (Guatemala) hat eine politische Dynamik freigesetzt, deren Auswirkungen weit über den Rahmen des regionalen Konflikts hinausgehen. Überraschend war indes nicht so sehr die Unterschrift Nicaraguas, sondern die Tatsache, daß die übrigen vier Präsidenten diesmal die Pressionen und Verführungen Washingtons zu widerstehen wußten (siehe Beitrag von N. Biver).

Für Nicaragua ist Esquipulas II Kulminationspunkt einer konsequenten Friedenspolitik, die mit dem Sieg der Revolution begann und nur durch die Aggressions- und Obstruktionspolitik der US-Regierung torpediert wurde.

Stationen dieser Politik waren: Bilaterale Verhandlungen mit Honduras seit 1981; bilaterale Verhandlungen mit Costa Rica seit 1982; Unterstützung der

Contadora-Gruppe seit ihrer Gründung 1983 und der Contadora-Unterstützungsgruppe seit 1985 bis hin zum Vorschlag eines konkreten Abrüstungs- und Sicherheitsvertrags im Juni 1986; direkte Verhandlungen mit der US-Regierung in Manzanillo 1984/85, die von den USA einseitig abgebrochen wurden; Unterstützung der Erklärung von Caraballeda der Contadora- und Unterstützergruppe im Januar 1986, die bereits die wesentlichen Punkte von Esquipulas II enthielt; Teilnahme am ersten Treffen der fünf mittelamerikanischen Präsidenten in Esquipulas im Mai 1986.

Esquipulas I schloß mit der vielversprechenden, aber dennoch zunächst folgenlosen Erklärung: „Der Frieden in Mittelamerika kann nur Produkt eines authentischen, pluralistischen und partizipativen demokratischen Prozesses sein, der die Förderung sozialer Gerechtigkeit, die Respektierung der Menschenrechte, die Souveränität und territoriale Integrität der Staaten und das Recht aller Nationen einschließt, frei und ohne jegliche äußere Einmischung ihr ökonomisches, politisches und soziales Modell zu bestimmen, wobei unter letzterem der freie Wille der Völker verstanden wird.“¹

Der Durchbruch zu praktischen Konsequenzen im Sinne lateinamerikanischer

Einheit gegenüber dem Imperium war aber erst in einer Konstellation möglich, in der die folgenden Faktoren zusammentrafen: Einerseits betrifft dies die nicht mehr wegzuleugnende strategische Niederlage der Contra und der ungebrochene Rückhalt der Sandinisten unter den Massen. Andererseits waren dies die Einsicht in die schweren ökonomischen Folgen des Krieges für alle mittelamerikanischen Länder² und andere äußere Druckfaktoren.³

Für die sandinistische Regierung ist die Unterschrift unter den Friedensplan keine taktische Frage, sondern der Schlüssel zum Frieden und damit zur Herstellung der Rahmenbedingungen für die Verwirklichung des Projekts der sandinistischen Volksrevolution, den Aufbau einer neuen, einer menschenwürdigen Gesellschaft. Wenn auch der Krieg auf der militärischen Ebene längst gewonnen ist – Überfälle auf Kooperativen, Kindergärten, Gesundheitsposten usw. sind keine militärischen Siege –, hat die Abnutzungsstrategie doch im ökonomischen und sozialen Bereich immer dramatischere Folgen. Dabei ist klar, daß Nicaragua auch unter Friedensbedingungen aufgrund der importierten Krise des kapitalistischen Weltmarkts und der ererbten Unterentwicklung kein Schlaraffenland wäre.

Der Frieden ist unabdingbare Voraussetzung für die Rückkehr von der „Überlebenswirtschaft“, die der Bevölkerung fast unerträgliche Opfer auferlegt, zum ursprünglichen Entwicklungsmodell der Sandinisten, einem demokratischen, gerechten Aufbau im Gegensatz zum volksfeindlichen, repressiven und in der Praxis bereits als untauglich erwiesenen Modell des Weltwährungsfonds und der Chicago Boys.

Mit Esquipulas II ist auch die Hoffnung auf mehr Wirtschaftshilfe aus den kapitalistischen Ländern verbunden. Ein Gesetz über ausländische Investitionen wird zur Zeit beraten.

Aufgrund dieser vitalen Bedeutung des Friedensprozesses für die Weiterentwicklung der nicaraguanischen Revolution erklärt sich die schnelle, weitgehende und großteils einseitige Erfüllung der Abmachungen:

● Am 1. September wurde die Nationale

Versöhnungskommission unter Vorsitz des Kardinals Obando y Bravo offiziell konstituiert;

- am 5. Oktober begann der Nationale Dialog, der freilich aufgrund der internen Grabenkämpfe und der Winkelzüge der Opposition erst Ende November zur Vereinbarung einer Tagesordnung führte;

- am 22. September kündigte Innenminister Tomas Borge die Aufhebung der Vorzensur an; Ende September ging „Radio Católica“ wieder auf Sendung; seit dem 1. Oktober erscheint „La Prensa“ wieder;

- die bereits bestehende Amnestie für Contras, die die Waffen niederlegen, wurde bekräftigt; in den Kriegsgebieten entstanden mehr als 100 örtliche und regionale Friedenskommissionen;

- mehrere Grenzposten wurden neu eröffnet, die Rückführung von Flüchtlingen aus Honduras und Costa Rica über das Hochkommissariat für Flüchtlingsfragen der UNO wurde beschleunigt;

Militärische Stärke und großzügige Überzeugungsbereitschaft sind zwei Seiten einer Medaille

- Familienbegegnungen in Grenzorten zu Honduras und Costa Rica wurden ermöglicht, mußten aber nach heftigen Provokationen durch die Contras, die nicaraguanische Opposition und honduranische Militärs wieder eingestellt werden, im Falle Honduras auf Betreiben der dortigen Regierung;

- vom 7. Oktober bis 7. November wurde ein einseitiger Waffenstillstand in drei Kriegszonen von insgesamt 1.450 qkm erklärt, allerdings nicht weiterverlängert, da die Contras ihn im wesentlichen zur verstärkten Versorgung aus der Luft und zur Neugruppierung ihrer Einheiten mißbraucht hatte;

- das Gesetz zur Beschlagnahme des Vermögens von Personen, die das Land für mehr als 6 Monate verlassen, wurde aufgehoben;

- am 22. November wurden 985 Gefangene, darunter rund 200 Ex-Somozisten begnadigt.

Bereits am 5. November hatte Daniel Ortega auf einer Massenkundgebung zwei inzwischen vom Parlament verabschiedete Dekrete angekündigt, die die Aufhebung des Ausnahmezustands und eine breitere Amnestie für inhaftierte Contras vorsehen (siehe Kasten). Entgegen den Forderungen der USA, der Contras, der rechten Opposition und der Bischofskonferenz bleiben allerdings die ehemaligen Mitglieder der Nationalgarde Somozas und jene, die wegen Spionage sowie wegen Mord und Folter an der Zivilbevölkerung inhaftiert wurden, da-

von ausgenommen.

Entsprechend der im Friedensabkommen festgelegten Gleichzeitigkeit der Maßnahmen sollen die beiden Gesetze erst in Kraft treten, wenn die Internationale Überprüfungs- und Kontrollkommission bescheinigt hat, „daß in den Nachbarstaaten keine militärischen Infrastrukturen für Angriffe auf Nicaragua mehr bestehen und die konterrevolutionären Massenmedien in Costa Rica geschlossen sind“.⁴

Gleichzeitig kündigte Daniel Ortega die Bereitschaft zur Aushandlung eines bilateralen Waffenstillstands mit der Contra durch Vermittlung des Kardinals an. Politische Verhandlungen, wie sie noch am 29. Oktober 1987 von der Sandinistischen Versammlung, dem höchsten beratenden Gremium der FSLN, abgelehnt wurden, bleiben auch weiterhin ausgeschlossen. Das Friedensabkommen verlangt dies auch nicht, sondern lediglich das Herbeiführen eines Waffenstillstands.

Laut Präsident Ortega stimmte die Regierung indirekten Verhandlungen über einen Waffenstillstand zu, um „dem Feind jeden Vorwand zu entziehen und diejenigen zu entblößen, die erzählen, sie wollen den Frieden, ihn aber in Wirklichkeit nicht wünschen“.⁵ Mit den letzten Maßnahmen hat Nicaragua jetzt die Bestimmungen des Friedensabkommens vollständig erfüllt.

Nicaragua hatte aufgrund seiner Vorleistungen mit Sicherheit die geringsten Schwierigkeiten unter den Unterzeichnerstaaten, das Abkommen buchstabengetreu zu erfüllen. In Nicaragua existiert bereits seit November 1981 ein Begnadigungsgesetz⁶, seit Dezember 1983 eine Amnestie für Contras, die den Ethnien der Atlantikküste angehören und seit Januar 1985 eine allgemeine Amnestie für Contras, die die Waffen übergeben.⁷

Milde gegen die Contras: 985 Gefangene wurden amnestiert



Der Rückhalt der Sandinisten bleibt groß: Massenkundgebung zum Jahrestag der Revolution

Dies entspringt dem zutiefst humanistischen, auf Überzeugung und Toleranz basierenden Charakter der sandinistischen Revolution. So wie die sandinistischen Kommandanten die ersten waren, die nach dem Sieg 1979 Ausschreitungen und Racheakte der Bevölkerung gegen ihre früheren Peiniger verhinderten, sind auch die Grundprinzipien des Sandinismus, der politische Pluralismus und die gemischte Wirtschaft, – neben dem Antiimperialismus und der Nichtpaktgebundenheit – keineswegs nur taktisch gemeint oder aus naheliegenden geopolitischen Gründen zu erklären.

Das Geheimnis dieser oft übertrieben genannten „Generosität der Revolution“ ist ihre tiefe Verankerung unter den Massen, die ihre Verteidigung trotz schwierigster Bedingungen und schwerster Opfer möglich gemacht hat. So darf kei-

Rede von Präsident Daniel Ortega

Wir werden keinen politischen Dialog mit der Contra führen

Am 5. November 1987, dem Tag, an dem die Bestimmungen des Friedensabkommens von Esquipulas II in Kraft treten sollten, gab Nicaraguas Präsident Daniel Ortega auf einer Massenkundgebung in Managua Maßnahmen der nicaraguanischen Regierung zur vollständigen Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen bekannt. Wir dokumentieren Auszüge aus seiner Rede.

Am heutigen 5. November leite ich der Nationalversammlung zwei Dekrete zu, und zwar das Amnestie-Dekret, das alle diejenigen umfaßt, die seit Januar 1981 wegen ihrer Beteiligung an konterrevolutionären Aktivitäten in Haft sind. Das bedeutet, daß die Somoza-Gardisten, die beim Sieg der Revolution festgenommen wurden, nicht betroffen sind.

Wir übermitteln der Nationalversammlung ebenfalls ein Dekret, das eine Aufhebung des Ausnahmezustands im ganzen Land vorsieht, aber unter einer Bedingung. (...) Die Bedingung ist, daß die Aggression gegen das nicaraguanische Volk aufhören muß.

Wer wird entscheiden, wann das honduranische Territorium aufhören wird, eine Basis für die Angriffe gegen Nicaragua zu sein? Wer wird entscheiden, wann die logistische Unterstützung von Honduras aus, von diesem mittelamerikanischen Territorium aus, aufhören wird? Wer wird entscheiden, wann die Contra-Führer aufhören, frei in mittelamerikanischen Ländern wie Honduras, Costa Rica und anderen Ländern zu operieren?

In den Vereinbarungen von Esquipulas haben wir zugestimmt, daß eine internationale Überwachungs- und Folgekommission gebildet wird. Diese Kommission ist bereits gebildet. Wer gehört dazu? Der Generalsekretär der UNO, der Generalsekretär der OAS sowie die Außenminister der Contadora-Gruppe und der sie unterstützenden Gruppe, d.h. die Außenminister von acht lateinamerikanischen und den mittelamerikanischen Ländern.

Diese internationale Überwachungs- und Folgekommission muß die notwendigen Inspektionen vornehmen. (...) Wenn diese Kommission innerhalb von 30 Tagen sagt, wir haben Inspektionen vorgenommen und festgestellt, daß jegliche Aktivität gegen Nicaragua eingestellt ist, daß eine Gleichzeitigkeit vorliegt, weil sich in Honduras keine Camps mehr befinden, und daß die Contras keine Versorgungsgüter mehr erhalten, mit anderen Worten, wenn die Kommission uns sagt, daß all diese Schritte unternommen wurden, dann werden wir in demselben Augenblick diese Dekrete über die Aufhebung des Ausnahmezustands im ganzen Land und über die Amnestie wirksam werden lassen.

Wir sind verpflichtet, die Vereinbarungen von Esquipulas II einzuhalten. Aus diesem Grund legen wir der Nationalversammlung den Vertrag zur Schaffung eines mittelamerikanischen Parlaments vor. (...)

Die Vereinbarungen von Esquipulas II besagen ganz deutlich, daß eine Feuereinstellung vereinbart werden muß, um militärische Konfrontationen zu vermeiden. Wir haben den ersten Schritt zu einer Feuereinstellung unternommen und in einigen Gebieten unseres Territoriums – auf mehr als 1.450 qkm, in denen die FDN-Banden operieren – einseitig eine Feuereinstellung erklärt. Wir sprechen hier nicht von den 7.000 qkm, wo eine Feuereinstellung besteht, nämlich an der Atlantikküste. (...)

Wenn wir also von ... dem Abkommen über eine Feuereinstellung sprechen, beziehen wir

uns auf Konterrevolution, deren wirkliche Führerin die US-Regierung ist. Wir haben beschlossen, diese Maßnahmen zu treffen, um unseren Feinden alle Vorwände zu nehmen und um diejenigen zu demaskieren, die vorgeben, den Frieden zu wollen, ihn aber nicht wirklich wollen. (...)

Aus diesem Grunde unternehmen wir die entsprechenden Schritte, um mit Hilfe eines Vermittlers eine Feuereinstellung in die Wege zu leiten. (...) Wenn dann alle Voraussetzungen zu dieser Feuereinstellung geregelt sind, wird der Vermittler sicherlich unseren Vorschlag der Führung der Contras unterbreiten, ... so daß es zu einer Feuereinstellung kommen wird. Auf diese Weise halten wir uns 100prozentig an die Esquipulas-Abkommen. D.h. man kann uns



D. Ortega (r.) und der Vermittler bei den Contra-Gesprächen Kardinal Obando y Bravo in Washington

also nichts vorwerfen, was die Einhaltung der Abkommen anbelangt.

Das Übereinkommen hinsichtlich einer Feuereinstellung darf nicht mit einem politischen Dialog mit den Konterrevolutionären verwechselt werden..., einem Dialog, um über die Machtverhältnisse zu verhandeln. (...) Dies ist keine Voraussetzung der Esquipulas-Abkommen, und wir werden so etwas niemals tun. Darüber hinaus werden wir keine Verhandlungen über eine Machtverteilung mit der US-Regierung führen. Wir sehen keinen Grund darin, mit der US-Regierung über die innere Sicherheit Nicaraguas zu verhandeln. Hierüber hat das nicaraguanische Volk zu entscheiden.

Unserer Meinung nach ist es notwendig, mit der US-Regierung einen Dialog zu führen, ... da die Vereinigten Staaten betont haben, sie fühlen sich von Nicaragua bedroht. Und doch sind wir es, die wir uns von den Vereinigten Staaten angegriffen und bedroht fühlen. Aus diesem Grunde sind wir bereit, dieses Problem mit der US-Regierung zu erörtern, damit unsere Beziehungen sich wieder normalisieren. (...)

(Quelle: Radio Managua, 5.11.1987, nach: Monitor-Dienst, Lateinamerika, Köln, 9.11.1987)

neswegs übersehen werden, daß der Friedensprozeß begleitet wird von einer Verschärfung des Krieges „wie überhaupt noch nie zuvor“, so der Verteidigungsminister, General Humberto Ortega.

Militärische Stärke gegenüber dem Aggressor und großzügige Überzeugungsbereitschaft (wie sie sich auch in dem vorbildlichen, auf Resozialisierung basierenden Strafvollzugssystem manifestiert) sind zwei Seiten derselben Medaille. Es handelt sich um Stärke aus Prinzipientreue, die sich nicht vom Gegner das Gesetz des Handelns aufzwingen läßt und sich auch unter schwerstem militärischem und ökonomischem Druck nicht hat dazu hinreißen lassen, sich der von den Gegnern verbreiteten Karikatur der „sandino-kommunistischen totalitären Diktatur“ anzugleichen.

So kann Tomas Borge auf die Frage nach der Gefahr des Aufbaus einer inneren Front durch die amnestierten Contras antworten: „Es ist versucht worden, eine innere Front ... aufzubauen, seit der CIA und die Contra ihre Operationen in Nica-

ragua begannen. Aber der Grad der Kontrolle und Infiltration in die Reihen des Feindes und vor allem die Unterstützung der Bevölkerung haben die Formierung dieser inneren Front unmöglich gemacht. Die Versuche waren zahlreich und so groß angelegt, daß wir mehr als 50 t Plastiksprengstoff beschlagnahmen konnten... Dennoch ist hier nicht ein Molotow-Cocktail explodiert... Die Amnestierten haben absolute Bewegungsfreiheit und können jegliche politischen, religiösen, sozialen oder sonstigen Aktivitäten legaler Art entwickeln. Aber ich wage zu behaupten, daß wir in der Lage sind, Kontrolle auszuüben und jeglichen Versuch, eine innere Front in Nicaragua aufzubauen, zu neutralisieren. Die Tatsache selbst, daß diese Leute Contras waren, erleichtert die Möglichkeiten zu verhindern, daß sie sich illegal organisieren.“⁸

Diese Selbstsicherheit, die auf dem Rückhalt in den Massen beruht, hat es auch möglich gemacht, daß unter den

Begnadigten ein wegen Contra-Aktivitäten verurteilter Führer der Christlich-Sozialen Partei freigelassen werden konnte, der noch auf dem Weg aus dem Gefängnis verkündete, daß er fortfahren würde, „den Kommunismus in Nicaragua auszurotten. Wir werden mit der Waffe in der Hand und auf den Straßen demonstrieren, daß wir recht haben.“⁹ Die Reaktion, die natürlich Morgenluft wittert, mußte aber schon in der Frage der Amnestie zur Kenntnis nehmen, daß diese Flexibilität der FSLN nicht mit Schwäche zu verwechseln ist: In einem breiten Diskussionsprozeß mit den Massen, der in der Demonstration von über 100.000 Menschen am 5. November 1987 gipfelte, wußte sich die Regierung der Unterstützung für die Ablehnung einer Generalamnestie unter Einschuß aller Ex-Somozisten zu versichern.

Ebenso wenig werden die revolutionären Errungenschaften angetastet werden. Weder werden die Landreform rückgängig gemacht, noch die nationalisierten Betriebe reprivatisiert. „Was verteilt ist, ist uns heilig“, versicherte der Landreform-Minister, Revolutionskommandant Jaime Wheelock.

Die Sandinistische Versammlung stellt in einer Grundsatzklärung fest: „Wir verteidigen die Vereinbarungen von Esquipulas, weil sie die historischen Verpflichtungen unserer revolutionären Vorhut respektieren, die in unserer Politischen Verfassung festgeschrieben sind. Wir Sandinisten werden niemals unser Historisches Programm¹⁰ aufgeben, denn das wäre ein Attentat auf die Existenz der Revolution und ein Verrat an unseren Toten, an den Opfern, an dem enormen Preis, den wir in den Jahren des Kampfes gegen die somozistische Diktatur gezahlt haben und weiterhin zahlen, indem wir die Unantastbarkeit unserer nationalen Souveränität, die Würde unserer Nation verteidigen... Die FSLN weicht nicht einen Millimeter bei der kompromißlosen Verteidigung der Errungenschaften des Volkes zurück.“¹¹

Hiermit wird sich die Opposition auseinanderzusetzen haben, die die „Reform“, sprich: Kastrierung der Verfassung, in ihren Kernpunkten als Punkt 1 unter „Demokratisierung“ auf die Tagesordnung des Nationalen Dialogs gesetzt hat. Die sandinistische Regierung hat mit großer Langmut die — unmittelbar von CIA und US-Botschaft inspirierte — Obstruktionspolitik der Opposition in der Nationalen Versöhnungskommission hingenommen und ihre Position zu den 17(!) Verfassungsänderungsforderungen für den 1. Dezember 1987 angekündigt. Sie wird es wohl kaum zulassen, daß die Opposition das, was sie weder in den Wahlen noch in fast zwei Jahren Verfassungsberatung (unter breitester Einbeziehung der Massen und ihrer Organisa-



Schlangestehen für Fleisch in Managua

tionen) erreichen konnte, nun in einer auf keinerlei demokratische Gesetzgebungslegitimation gestützten Kommission durchsetzt.

Bisher haben sich die Befürchtungen, die Sandinisten würden aufgrund des erweiterten politischen Handlungsspielraums der Opposition durch Esquipulas II an Massenloyalität verlieren, als nicht begründet erwiesen. Die Opposition hat im November 1987 mit einem Aufruf fast aller ihrer politischen und sozialen Organisationen zu einer Demonstration auf nationaler Ebene keine 4.000 Leute auf die Beine gebracht. Auch die systematische Hetze von „La Prensa“ hat bislang kein Echo gefunden, was sie dazu veranlaßt hat, den Begriff der „unsichtbaren Massen“ zu kreieren, die hinter der Opposition stünden.¹²

Wenngleich die FSLN vor allem in den Hauptkriegsjahren 1983-85 die ideologische Auseinandersetzung vernachlässigt hatte — so selbstkritisch Tomas Borge¹³ —, zeigt sich doch heute, daß die Sandinisten quantitativ und qualitativ in der ideologischen Auseinandersetzung in der Vorhand sind.

Dazu der Revolutionskommandant Bayardo Arce, Vize-Koordinator der Exekutivkommission der FSLN: „Wir verfügen über ausreichende organisatorische und politisch-ideologische Grundlagen..., und zwar aus einem ganz einfachen Grund. Wir glauben, daß hier niemand dem Volk etwas Besseres bieten kann als wir inmitten der Probleme. Ein linkeres Programm als das unsere könnte nur ein vollkommen verstaatlichter Sozialismus sein, der nach unserer Meinung weder nötig noch möglich ist. Denn nicht einmal das gegenwärtige Programm akzeptieren die Gringos... Und Zurückweichen ist genauso illusorisch...“

„Wer könnte hier regieren, nachdem man den mehr als 100.000 Bauernfamilien die mehr als 3 Mio Manzanos¹⁴ Land genommen hätte, die ihnen die Landreform gegeben hat? Oder wer könnte

die Arbeiter zum Arbeiten bringen, wenn wir die Betriebe den alten Besitzern zurückgeben oder privatisieren? Mit welcher 'Begeisterung' würde das Volk die Gesundheits- und Bildungsprobleme anpacken, wenn diese wieder ein Privatgeschäft würden? Das erklärt auch, warum sich heute selbst die Ultrarechten um die Arbeiter und Bauern bemühen. Sie sagen, daß die Revolution gut ist, aber daß wir schlecht regieren. Die einzige Fahne, die heute selbst die eingefleischtesten Ausbeuter der Vergangenheit schwenken können, ist, daß sie es besser machen könnten, und das läßt sich natürlich diskutieren...“¹⁵

Obleich zweifellos der stark emotionalisierte Enthusiasmus der ersten Revolutionsjahre verflogen ist, kann sich die FSLN heute auf eine solide Basis stützen und kann Arce zurecht feststellen: „Ich ziehe — um in Zahlen zu sprechen — die heutigen 100.000 Mitglieder des Sandinistischen Gewerkschaftsbunds (CST) den 400.000 der ersten Monate nach der Revolution vor. Warum? ... Es gab viele Leute, die glaubten, die Revolution bedeute nicht mehr arbeiten und sei eine Zauberformel, um alle Probleme zu lösen. Wenn diese Leute merken, daß die Revolution kein Zaubertrickstück ist und daß man sogar mehr arbeiten muß als in der Vergangenheit, kühlt sich ihre Begeisterung ab.“

„Die dabeibleiben, haben ein Bewußtseinsniveau und eine revolutionäre Qualität entwickelt, die die Zukunft garantieren... Als die FSLN seinerzeit die Mitglieder auszeichnen wollte, die schon wenigstens 9 Monate vor dem 19. Juli mit der Frente verbunden waren, konnten wir gerade 1.432 Mitgliedsbücher ausgeben. Heute sind wir in der FSLN 30.000 Mitglieder. Aber die sandinistische Vorhut, das ist nicht nur diese Parteistruktur, sondern das ist auch die große Zahl von Nicaraguanern, die an der Spitze der Gewerkschaften, der Kooperations-, der Frauenbewegung, der Kir-

chen stehen. Wir sind heute 50- oder 100 mal mehr als zum Zeitpunkt des Sieges über die Diktatur."¹⁶

Diese ideologische und personelle Konsolidierung der Revolution, verbunden mit der Tatsache, daß die Opposition absolut keine Alternative zu bieten hat, erklärt auch, warum die Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage bisher nicht in eine Abwendung der Massen von der Revolution umgeschlagen ist. Damit ist jedoch der neuralgische Punkt bezeichnet, und die sandinistische Führung ist sich vollkommen im klaren darüber, daß hier der Hauptansatzpunkt der ideologischen Auseinandersetzung liegen muß; von daher auch das vitale Interesse an Esquipulas II, um endlich in Frieden die Wirtschaft wiederaufbauen zu können.

Dazu Tomas Borge in einer illusionslosen Einschätzung zu Beginn des Friedensprozesses: „Es gibt breite soziale Schichten, die aus ganz konkreten, aktuellen Anlässen unzufrieden sind, aber nicht mit der Revolution insgesamt; mit anderen Worten: Menschen, die revolutionär sind, die glühende Verfechter der Revolution sind, bereit, das Leben zu geben. Aber sie sind zutiefst irritiert, wenn sie auf ihre Forderungen nach Gesundheit, Wohnraum, Bildung, Arbeit, Lebensstandard keine Antwort bekommen...“ „Und diese Unzufriedenheit legt die Grundlagen für eine gewisse Anfälligkeit für die ideologischen Offensiven, die die militärischen ersetzen werden. Von daher müssen wir eine gewaltige Schlacht um das Bewußtsein der Menschen schlagen. Und wer diese Schlacht gewinnt, wird der Sieger sein. Wir haben große moralische, politische und ideologische Ressourcen, um diese Schlacht zu gewinnen, aber es wird nicht leicht sein. Es ist eine komplexe Auseinandersetzung, schwieriger als der militärische Kampf.“¹⁷

Freilich zeigt die Erfahrung vier Monate nach der Unterschrift unter das Abkommen, daß die FSLN – trotz einer weiteren Verschärfung der Versorgungskrise – gestärkt aus der ideologischen Ausein-

andersetzung hervorgegangen ist. Innenpolitisch ist es der Opposition weder gelungen, den Nationalen Dialog zu boykottieren noch die Massen zu mobilisieren.

Daniel Ortega konnte in einer Fernsehrunde mit Journalisten der Vertreterin von „La Prensa“ auf die Frage nach der Bereitschaft, Wahlen vor 1989 abzuhalten, selbstbewußt erwidern: „Ich wäre bereit, morgen Wahlen abzuhalten, aber was würde passieren? Anstelle der 67% der Stimmen, die die FSLN 1984 hatte, würden wir heute 90% bekommen. Lassen wir lieber der Opposition ein bißchen Zeit, damit sie sich organisiert und ein paar Stimmen gewinnt...“¹⁸

Kardinal Obando y Bravo als der ideologisch einflußreichste Exponent der Opposition ist als Vorsitzender der Nationalen Versöhnungskommission und designierter Vermittler eines Waffenstillstands eingebunden.

Außenpolitisch haben die Sandinisten – nach einigen anfänglichen Schwankungen in der Haltung des costaricanischen Präsidenten Arias – geradezu erdrutschartig Terrain gewonnen, was an den Reaktionen der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), der UNO, der EG (siehe Beitrag von N. Biver) und auch der USA ablesbar ist. So ist der Sprecher der demokratischen Mehrheit im US-Repräsentantenhaus, Wright, mit dem Heranrücken der Wahlkampagne um die Präsidentschaft auf die Unterstützung des Friedensprozesses eingeschwenkt. Noch im August 1987 hatte er gemeinsam mit Reagan einen „Alternativ“-Plan zur Verhinderung von Esquipulas vorgelegt. Unter diesen Umständen sah sich sogar US-Außenminister George Shultz genötigt, in einer gemeinsamen Erklärung mit Wright den Kardinal zur Vermittlung einer Feuerpause zu drängen.

Reagan und die Contra sind mithin vollkommen isoliert und jeglicher Vorwände entkleidet, und darüber hinaus läuft ihnen die Zeit weg. Wenn es auch „ein Mangel an Ernsthaftigkeit“ (T. Borge) wäre, eine direkte Intervention vollkom-



Contra beim Minenlegen

men auszuschließen, so wird sie doch mit jedem Tag, den die Präsidentschaftswahlen näherrücken, unwahrscheinlicher – Hunderte oder Tausende von Zinksärgen, die dann unweigerlich in den USA ankämen, wären kaum zur Wahlpropaganda geeignet.

Ist Esquipulas II zum Erfolg verurteilt? Fast scheint es so – wenn man sich nicht auf ganz bestimmte Fristen versteift. In weiser Voraussicht haben die Autoren das Abkommen so flexibel gestaltet, daß durchaus ein Verhandlungsprozeß vorstellbar ist, der über die jetzige Administration in Washington hinausgeht. Wenn es auch unbestreitbar ist, daß Nicaragua den Frieden seit vorgestern braucht, haben die Sandinisten bislang ausreichende politische Klugheit und Flexibilität bewiesen, um den Prozeß nicht am Zeitfaktor scheitern zu lassen.

Das schwierigste Stück Weg liegt allerdings noch vor ihnen, nämlich die Aushandlung des Waffenstillstands und die Aufnahme direkter Verhandlungen mit der US-Regierung. Hier ist die Sandinistische Versammlung kategorisch: „Das nicaraguanische Volk und die Sandinistische Nationale Befreiungsfront erklären, daß es unter keinen Umständen, nirgendwo und mit keinem Vermittler weder direkt noch indirekt einen politischen Dialog mit der Führung der Contra geben wird.“¹⁹

Und Revolutionskommandant Luis Carrión stellte einen Tag vor der Übergabe des sandinistischen Vorschlags zur Aushandlung des Waffenstillstands an Obando y Bravo klar: „Der Waffenstillstand ist kein Weg, um politisch zu ver-

Die nicaraguanische Rechte jubelt, als Jeane Kirkpatrick (Ex-UN-Botschafterin der USA) in der US-Botschaft zum Sturz der Sandinisten aufruft



handeln. Letzteres betrachten wir als inakzeptabel und außerhalb des Rahmens von Esquipulas.²⁰

Der Vorschlag sah für den 5. Dezember 1987 das Inkrafttreten eines Waffenstillstands vor, der bis zum 5. Januar 1988 andauern sollte. Zu diesem Zweck sollten sich die Contras in drei Gebiete im Norden, im Zentrum und im Süden des Landes begeben, die etwa 8% der Fläche Nicaraguas ausmachen. Während dieses Zeitraums sollten die Contras keine militärische Hilfe mehr erhalten, die Amnestie in Anspruch nehmen können und wenn es die Amnestierten wünschten, dann am Nationalen Dialog teilnehmen. Aufgrund der Verzögerungstaktik der Contras konnten die Verhandlungen über den Vermittler Obando y Bravo erst am 3. Dezember 1987 in der Dominikanischen Republik aufgenommen werden. Die Contras hatten am 1. Dezember ihren eigenen Vorschlag veröffentlicht, der von Präsident Ortega als „kaum ernst gemeint“ bezeichnet wurde. Die Contras verlangen als Vorbedingung für einen Waffenstillstand nicht nur die Aufhebung des Ausnahmezustands, die Amnestierung aller Gefängnisinsassen, die Abschaffung der Wehrpflicht und der Sandinistischen Verteidigungskomitees, sondern auch noch die Kontrolle über mehr als die Hälfte des Territoriums Nicaraguas.

Als Bedingung für eine Waffenniederlegung fordern sie nicht mehr und nicht weniger als die Auflösung des Sandinistischen Volksheeres. Diese Forderungen und die Entsendung einer drittklassigen Delegation aus gestandenen Somozisten nach Santo Domingo zeigen, daß die Contras, oder besser Washington, auf ein Scheitern der Verhandlungen hinarbeiten.

Daß sich die Reagan-Administration selbst auf Verhandlungen einläßt, ist indes nach allem Vorangegangenen höchst unwahrscheinlich, auch wenn sie sich gerade in der Frage des Waffenstillstands total demaskiert hat: Die Contraführung war angesprochen, und die Antwort kam – aus dem US-Außenministerium, wo, wie allgemein bekannt ist, auch das Gegenpapier der Contra ausgearbeitet wurde. Dies beweist vor aller Welt, wie recht die Sandinisten haben, wenn sie „mit dem Zirkusdirektor und nicht mit den Clowns“ verhandeln wollen. Möglicherweise bedarf es dazu aber erst der Wahl eines neuen US-Präsidenten.

Was könnte ein Friedensabkommen beinhalten? Von Seiten Nicaraguas ist die Wiederaufnahme des letzten Contadora-Vorschlags vom Juni 1986 denkbar: Bekräftigung der Nichtpaktgebundenheit Nicaraguas; Verpflichtung, keine Militärbasen des Warschauer Pakts zuzulassen (was im übrigen nie geplant

war); Verzicht auf alle Militärberater aus sozialistischen Ländern; Begrenzung und Kontrolle des Militärpotentials; Verpflichtung, keine ausländischen Guerilla-Bewegungen militärisch zu unterstützen – damit wäre die Frage der vielzitierten „nationalen Sicherheit“ der USA erledigt.

Genau das hätte Reagan aber schon 1984 in Manzanillo haben können. Darum geht es ihm aber gar nicht, und deshalb wurden die damaligen Verhandlungen auch einseitig abgebrochen. Der Reagan-Administration geht es darum, nach der CIA-Theorie des „faulen Apfels“ die sandinistische Revolution zu beseitigen, damit das Beispiel nicht Schule macht, der „faule Apfel“ nicht die „gesunden“ ansteckt. Deshalb ist die Invasionsgefahr auch immer noch nicht gebannt – ein in die Enge getriebenes Raubtier ist bekanntlich besonders unberechenbar. Innenpolitisch ist mit einer Absicherung des Handlungsspielraums der Opposition durch Veränderungen der Wahl- und Parteiengesetze, möglicherweise auch mit Verfassungsänderungen, aber nur in Form- und Verfahrensfragen, nicht in der Substanz, zu rechnen.

Klar ist, daß am Ende ein Verhandlungskompromiß stehen wird. Daniel Ortega erklärte in der schon zitierten Journalistenrunde ganz nüchtern, daß der Vermittlungsvorschlag der Sandinisten für den Waffenstillstand eben ein Vorschlag ist und kein Ultimatum. Und die Contra, mit dem US-Außenministerium im Rücken, pokert natürlich hoch. Auf der anderen Seite steht die Aussage der Sandinistischen Versammlung: „Die FSLN will Frieden, aber keinen Frieden von Feiglingen und Schwankenden, keinen Frieden, der Unterwerfung und Absage an unsere nationale Würde beinhaltet.“²¹

Verhandlungen über einen Waffenstillstand, aber kein politischer Dialog mit der Contra

Wenn es gelingt, unter Bewahrung der nationalen Souveränität den Krieg zu beenden und die Hände freizuhaben für den friedlichen Aufbau, wird sich eine politisch-soziale Dynamik entfalten, bei der die Gegner keine Chance gegen die Revolution haben. Vorrangig ist, den Frieden zu erreichen.

Entscheidend ist, die lateinamerikanische Einheit weiter zu festigen und damit die Gewichte im Nord-Süd-Verhältnis insgesamt zugunsten des Südens zu verschieben. Auch wird es sich der Westen im eigenen längerfristigen Interesse kaum leisten können, einen Friedensnobelpreisträger und einen hohen

Würdenträger der katholischen Kirche – beide alles andere als revolutionär – scheitern zu lassen.

Die vorsichtige Hoffnung ist berechtigt, daß sich zumindest mittelfristig auch in den kapitalistischen Ländern die besonneneren Kräfte gegenüber Reagan und seinen „Paladinen“ durchsetzen, jene die beginnen zu begreifen, daß der mittelamerikanische Konflikt Teil des Nord-Süd-Konflikts ist und daß hier – wie bei der Gefahr eines Atomkriegs – eine globale Gesamtverantwortung existiert. Die „Alternative“ wäre eine Eskalation des Kriegs und der ökonomischen Katastrophen, die sich nicht mehr auf die Region begrenzen ließe.

Anmerkungen:

- 1) Barricada (Bar.), Managua, 8.6. 1986
- 2) So erklärte z.B. der costaricanische Landwirtschaftsminister und Bankenpräsident Fernando Naranjo vor der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds: „Die mittelamerikanischen Staaten befinden sich in einer tiefen Wirtschaftskrise... Der Krieg muß aufhören und der Frieden wiedererstehen. Anstelle der Waffen und der Repression brauchen wir mehr Freiheit, mehr Respektierung der politischen Rechte und mehr Brot. Es kann keinen dauerhaften Frieden geben ohne ökonomische und soziale Entwicklung.“ Ebd., 28.11. 1987
- 3) Vgl. Envio, Managua, spanische Ausgabe, Nr. 75/September 1987 und Beitrag von N. Biver in diesem Heft; d. Red.
- 4) ANN-Wochenbulletin, Zürich, Nr. 81/10.11. 1987
- 5) Ebd.
- 6) Seit dem Sieg der Revolution sind 1.105 Gefangene begnadigt worden, darunter auch viele Ex-Somozisten. Siehe: El Nuevo Diario (END), Managua, 14.11. 1987
- 7) Bis Juli 1987 haben insgesamt 9.614 Personen von der Amnestie Gebrauch gemacht. Davon waren 6.120 Repatriierte und 3.494 Contras, die die Waffen niedergelegt hatten. Vom 5.8.-3.11. 1987 übergaben weitere 595 Contras die Waffen. Siehe: Barricada Internacional (BI), Managua, 19.11. 1987
- 8) Exklusiv-Interview mit „Prensa Latina“ (Kuba), „Excelsior“ (Argentinien) und „Proceso“ (Mexiko) mit dem bezeichnenden Titel „Nicaragua: Ramirez und Borge erläutern den 'exzessiven' sandinistischen Friedenswillen“. Nach: Bar., 4.10. 1987
- 9) END, 23.11.1987
- 10) Erstes umfassendes politisch-soziales Programm der FSLN, das u.a. vorsah: die Verstaatlichung der Multi-Filialen und des Vermögens der Somoza-Dynastie, staatliche Kontrolle der Naturschätze und des Außenhandels, Landreform und eine tiefgreifende soziale und politische Umgestaltung der Gesellschaft.
- 11) Zit. nach: BI, 5.11.1987
- 12) La Prensa, Managua, 18.11.1987
- 13) Siehe: Interview mit T. Borge in: AIB, 12/1985, S. 13ff.
- 14) Flächenmaß = 0,705 ha
- 15) Bar., 20.10.1987
- 16) Ebd.
- 17) Ebd., 4.10.1987
- 18) Ebd., 19.11.1987
- 19) BI, 5.11.1987
- 20) BI, 19.11.1987
- 21) BI, 5.11.1987

Erklärung der Nationalen Leitung der FSLN

Den Krieg beenden durch strikte Erfüllung des Abkommens

Eine Woche vor dem geplanten Inkrafttreten der Bestimmungen des Friedensabkommens von Esquipulas trat am 29. Oktober 1987 die Sandinistische Versammlung, das höchste beratende Gremium der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN), zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, um über weitere Schritte zur Durchsetzung des Abkommens zu beraten. Wir dokumentieren Auszüge aus der Erklärung der Nationalen Leitung der FSLN, die sie vor der Versammlung abgab.

Seit dem Beginn ihres Kampfes schrieb die FSLN in ihr revolutionäres Programm, die Macht zu erringen, um in Nicaragua eine demokratische, freie, gerechte und friedliche Gesellschaft aufzubauen.

Seit die Siegesfahnen durch die Hände des Volkes auf dem Platz der Revolution am 19. Juli 1979 hochgehalten wurden..., begannen die reaktionärsten Kreise der USA eine permanente und gezielte Verdrehungs- und Verleumdungskampagne gegen Nicaragua.

Mit der Erarbeitung des Dokuments von Santa Fe wurden die Richtlinien der US-Außenpolitik gegenüber Nicaragua festgeschrieben... Seit der Wahl Reagans zum Präsidenten (1980, Amtsantritt 1981; d. Red.) begann die wortgetreue Umsetzung des Dokuments von Santa Fé. Es wurden die ersten Schritte unternommen, um die zerschlagene Nationalgarde Somozas wieder aufzubauen. (...)

In Erfüllung ihres Programms begann die revolutionäre Regierung eine Alphabetisierungskampagne, mit der die Demokratisierung des Erziehungswesens eingeleitet wurde. Die Agrarreform wurde in Angriff genommen und damit ein Traum des nicaraguanischen Volkes und insbesondere der Landarbeiter realisiert. (...)

Die Nationale Leitung der FSLN betonte, daß die gemischte Wirtschaft, der politische Pluralismus und die Nichtpaktgebundenheit wesentliche Elemente der nicaraguanischen Revolution sind.

Auf die historische Entscheidung, eine neue, durch und durch humane Lebensform zu schaffen, die sich an den besonderen Bedingungen Nicaraguas orientiert, antworteten der Imperialismus und seine Verbündeten in Nicaragua mit dem Krieg, der Dekapitalisierung, dem Handelsembargo, der Wahlenthaltung der Parteien, die sich dem Imperialismus besonders stark untergeordnet haben, und mit dem expliziten Druck auf eine Vielzahl von Regierungen mit dem Ziel, Nicaragua zu isolieren.

Aus dem Zusammenspiel dieser äußeren Faktoren entstand der mittelamerikanische Konflikt. Aber der Instinkt Lateinamerikas für das

eigene Überleben fand seinen Ausdruck in der Bildung der Contadora- und der Unterstützungsgruppe mit dem Ziel, die angekündigte direkte Intervention der USA gegen Nicaragua zu erschweren bzw. zu verhindern.

1984, als die Contadora-Gruppe die Unterzeichnung eines Friedensabkommens für Mittelamerika vorschlug, war die nicaraguanische Regierung die einzige der Region, die beschloß, es insgesamt zu unterzeichnen.

Als der costaricanische Präsident Oscar Arias sein Programm für die Befriedung Mittelamerikas vorschlug, wurde es von der Regierung Nicaraguas als Verhandlungsgrundlage akzeptiert. Als die mittelamerikanischen Präsidenten sich in Guatemala trafen, war unserer bereit, ein allgemeines Friedensabkommen zu unterzeichnen. Am 17. August 1987 hat die FSLN in einer Erklärung die Bedeutung des Abkommens herausgestellt und sich verpflichtet, es genau einzuhalten. (...)

Ausgehend von den Abkommen von Esquipulas hat die Regierung von Nicaragua redlich und mit der Unterstützung des Volkes bedeutende und konkrete Schritte unternommen, um zum regionalen Frieden beizutragen und um mit Taten die Erfüllung dieser Abkommen zu ratifizieren. (...)

Nicaragua war offensichtlich an der Spitze bei der Erfüllung dieser Abkommen. Im Vergleich zu den anderen mittelamerikanischen Ländern hat Nicaragua die Verpflichtungen eindeutig vorbildhaft erfüllt, während die nordamerikanische Administration sie vollständig sabotiert hat. (...)

Wir betonen noch einmal: Die Abkommen von Esquipulas verlangen die gleichzeitige Erfüllung sämtlicher eingegangener Verpflichtungen. Solange die Söldnertruppen weiterhin unsere Brüder töten, kann keine Amnestie gewährt werden. Der Ausnahmezustand kann nicht aufgehoben werden, solange unsere Bauern, Alten, Frauen und Kinder feige ermordet werden und solange die Angriffe, die von den USA organisiert werden – und die der eigentliche Grund für den Ausnahmezustand sind – andauern. (...)



Im Widerspruch zu den Abkommen von Esquipulas bestehen die USA darauf, daß wir in einen politischen Dialog mit der Führung der Konterrevolution treten, was im wesentlichen bedeuten würde, die nationalen politischen Parteien durch die Söldnervertretung der US-Regierung zu ersetzen. (...) Es ist allgemein bekannt, daß die Konterrevolution von der US-Administration organisiert, finanziert, gelenkt und bewaffnet wird. (...)

Das nicaraguanische Volk und die FSLN erklären hiermit, daß es unter keinen Umständen und an keinem Ort zu einem politischen Dialog, sei es direkt oder indirekt, mit den konterrevolutionären Führern kommen wird, auch nicht durch irgendeinen Vermittler.

Es gibt jedoch einen Weg, um den Krieg zu beenden: Die strikte Erfüllung der Abkommen von Esquipulas. Die Beachtung dieser Abkommen – und dies ist ganz deutlich hervorzuheben – setzt die Einstellung sämtlicher Unterstützung der Konterrevolution von seiten der USA und der mittelamerikanischen Regierungen voraus, ohne jegliche Tricks oder Verzögerungstaktiken. Solange die Ausgangspunkte für die Aggression gegen Nicaragua in den Nachbarländern liegen, solange die Konterrevolution nicht die Anweisung erhält, den Krieg gegen die legitime Regierung Nicaraguas einzustellen, sind die Abkommen von Esquipulas nicht erfüllt.

Mit dem gleichen Glauben und Vertrauen in die Friedensperspektiven bekräftigt die Sandinistische Front ihre Unterstützung der Abkommen von Esquipulas und ihren Willen, diese als einzige Möglichkeit einer friedlichen Lösung in Mittelamerika zu verteidigen. Die FSLN betrachtet die Verpflichtungen als „ein unteilbares und harmonisches Ganzes. Ihre Unterzeichnung umfaßt die guten Willens akzeptierte Verpflichtung, simultan das Abgemachte zu den festgelegten Zeitpunkten zu erfüllen.“

Mit der gleichen Entschlossenheit und der gleichen Unnachgiebigkeit wie sie die Erfüllung der Abkommen von Esquipulas verteidigt und verteidigen wird, wird die Sandinistische Front ihr Recht verteidigen, keine einzige Forderung zu akzeptieren, die nicht dem Wortlaut und dem Geist von Guatemala entspricht. (...)

Wir Sandinisten werden unser historisches Programm niemals verleugnen, da dies ein Angriff auf die Revolution selbst wäre und ein Verrat an dem Märtyrertum, dem Opfer, dem hohen Preis, den wir in den Jahren des Kampfes gegen die Somozas-Tyrannie gezahlt haben, und den wir weiterhin zahlen, um die Integrität unserer Souveränität und die Würde der Nation zu verteidigen. (...)

(Quelle: Barricada, Managua, 30.10.1987)

Rückkehr eines Reserve-Bataillons nach 3-4 Monaten in den Bergen



Wir verschenken

Bücher . . .

. . . an alle, die uns eine/n **neue/n Abonnenten/in** nennen oder das AIB verschenken.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten aktuellen Dritte-Welt-Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).



Adrian Geiges
China im Aufbruch
Stationen einer Reise
Weltkreis
272 Seiten, 14,80 DM

Peter Schütt
**. . . wenn fern hinter der Türkei
die Völker aufeinander schlagen**
Bericht einer Reise in den Iran
Weltkreis
240 Seiten, 14,80 DM

Ernesto Che Guevara
Kubanisches Tagebuch
Weltkreis
302 Seiten, 16,80 DM

Informationsbüro Nicaragua e.V.

Arbeitsschwerpunkte 1988 und Publikationen

Das Informationsbüro Nicaragua koordiniert seit 1978 die über 300 Nicaragua- bzw. Mittelamerika-Solidaritätskomitees in der BRD und West-Berlin. Seit 10 Jahren informieren wir die Öffentlichkeit in diesem unseren Lande über die politische, kulturelle und soziale Realität in den Ländern Mittelamerikas, mit dem Schwerpunkt auf Nicaragua.

In diesen 10 Jahren haben sich in Mittelamerika enorme Umbrüche vollzogen: in Nicaragua hat eine Revolution des Volkes gesiegt, die sich seitdem unter großen Entbehrungen und Opfern gegen die Konterrevolution behauptet, und in El Salvador bringt die politisch und militärisch organisierte Bevölkerung das Regime trotz enormer US-Hilfe immer wieder in substantielle Schwierigkeiten. Unser Interesse geht über die Information hinaus: Unsere Solidaritätsarbeit in diesen zehn Jahren verstand sich immer als eine gemeinsame, langfristige Anstrengung der Völker Mittelamerikas und der Menschen hier für eine neue, menschenwürdige Gesellschaft. Das In-

formationsbüro Nicaragua e.V. arbeitet deshalb mit anderen Basisbewegungen eng zusammen, wie etwa der Friedensbewegung, der Frauenbewegung, mit Basisgruppen aus den Bereichen der Kirche, den Gewerkschaften und der Parteien, sowie den verschiedenen entwicklungspolitischen Organisationen.

Unsere Arbeit besteht konkret aus: der Unterstützung und Koordination von Solidaritätsaktivitäten und Kampagnen, dem Versand von Informationsmaterialien an die Solidaritätsgruppen, der Vermittlung und Finanzierung von Projekten in Nicaragua, der Vermittlung von Referenten für Veranstaltungen und Seminare, sowie der Archivierung von Originaldokumenten und Sekundärliteratur.

Im folgenden Text beschreiben wir unsere Arbeitsschwerpunkte für Jahr 1988, und die Materialien, die dafür in unserem Verlag, der Edition Nahua, zur Verfügung stehen.

Der Friedensprozeß in Mittelamerika

Am 7. August 1987 unterzeichneten die mittelamerikanischen Staaten einen Friedensplan für Mittelamerika, daß sogenannte "Abkommen von Esquipulas (II)". Costa Rica, Nicaragua, El Salvador, Honduras und Guatemala formulieren in diesem Abkommen zum ersten Mal in der jüngeren Geschichte ein gemeinsames Interesse gegenüber der Hegemonialmacht USA; nämlich ihre Angelegenheiten selbst zu regeln und die militärische Lösung zu verhindern. Die USA werden jedoch alles unternehmen, um diese Gemeinsamkeit wieder aufzulösen, und sie besitzt für diesen Versuch mächtige Hebel.

Der Kampf um die Zuwendung des "schwarzen Peters" in der Frage, an wem das Abkommen scheitern wird, hat schon begonnen, und wird auch hier in der Bundesrepublik geführt. Angesichts der Vorleistungen Nicaraguas (z.B. in der Wiederzulassung von *La Prensa*, obwohl sie im weiten Sinne Contra-Propaganda betreibt), sind die Karten nicht ungünstig verteilt, und in diesem Zusammenhang kann es Nicaragua auch gelingen, die Bewilligung der Contra-Gelder durch die Regierung Reagan aufzuschieben oder gar zu verhindern. Wichtig für uns wird es sein, die qualitativen Unterschiede in den Prozessen, die sich in den einzelnen Ländern vollziehen, nachzuzeichnen, um der konservativen Propaganda, wo diese von den "Demokratien" El Salvador, Guatemala, Honduras und Costa Rica im Gegensatz zu dem "totalitären Regime" in Nicaragua spricht, den Spiegel der Fakten entgegenzuhalten.

Jochen Hippler (Red.)

Das Modell El Salvador

Hrsg.: Informationsstelle El Salvador e.V., Edition Nahua, Wuppertal 1987, 128 Seiten, DM 16,60. Best.-Nr. 170

Wulf Driessler u.a.

Garnison Honduras - Ein bitterarmes Land im Griff des Pentagon
Edition Nahua, Wuppertal 1987, 216 Seiten, DM 32,80. Best.-Nr. 171

Contra-Terror, Menschenrechte

Obwohl das Friedensabkommen von Esquipulas (II) dies nicht vorsieht, werden die Sandinisten von seiten der US-Regierung und der Konservativen in Europa unter Druck gesetzt, mit der Contra zu verhandeln. Demgegenüber werden wir auch 1988 versuchen müssen publik zu machen, wer die Contra ist, und welche Greuelthaten sie an der Zivilbevölkerung begeht, Greuelthaten, an die man sich bei uns im Lande schon allzusehr gewöhnt hat. Zudem erlebt die Öffentlichkeit in der BRD eine Menschenrechtskampagne von seiten der CDU, die die Contra-Opfer in der Zivilbevölkerung schlichtweg "vergibt", um

die politischen und juristischen Verteidigungsformen der Sandinisten gegen die legal arbeitenden Contra-Freunde im Inneren Nicaragua zu geißeln und für ihre hiesigen Profilierungszwecke zu nutzen. Dem muß von unserer Seite ein positiver Begriff von Menschenrechten und, wenn nötig, auch eine Kritik nicaraguanischer Praxis gegenüberstehen.

Teóilo Cabestrero

Unschuldiges Blut - Zeugenaussagen aus dem Contra-Krieg gegen Nicaragua
Edition Nahua, Wuppertal 1987, 148 Seiten, DM 14,80. Best.-Nr. 183

Jenseits der Propaganda - Die Lage der Menschenrechte in Mittelamerika
Edition Nahua, Wuppertal 1987, 80 Seiten, DM 8,-. Best.-Nr. 194

Contra in der BRD

Es gibt einen fließenden Übergang von der konservativen, aber um "Seriosität" bemühten Menschenrechtsarbeit hin zur kaum oder gar nicht verhüllten Propaganda für die Contra. In der Bundesrepublik wurde letzteres vom Ex-Sozialdemokraten (!) Kriele, insbesondere aber von Organisationen wie der "Internationalen Arbeitsgemeinschaft Freiheit und Demokratie" und der "Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte" betrieben, deren Entwicklungsgeschichte zum Teil bis in den antikommunistischen Kampf der Vor- und Nachkriegszeit zurückreicht. Diese Propagandisten der weltweiten Konterrevolution haben es gelernt, ihre Arbeit gut zu vermitteln. Umso wichtiger ist unsere Auf-

gabe, in diesem Bereich gute Recherchen vorzulegen und bekanntzumachen, damit sich gegen dieses Tendenzen nennenswerter Widerstand entwickelt, und an die Kontinuität jener Strömungen in unserer Geschichte zu erinnern.

Arbeitskreis Nicaragua

Propagandisten des Krieges - Hintermänner der Contra: "Internationale Gesellschaft für Menschenrechte"
Selbstverlag, Frankfurt 1987 (3. erweiterte Auflage), DIN-A4, 84 Seiten, DM 7,-. Best.-Nr. 847

Heinrich Albertz/Erich Fried

Wo liegt Nicaragua - Gedichte und ein Gespräch
Hrsg. vom Informationsbüro Nicaragua e.V.
Edition Nahua, Wuppertal 1987, 86 Seiten, DM 12,80. Best.-Nr. 194

Kampagnen: "Nicaragua muß überleben" und IWF/Weltbank-Tagung in Berlin/West 1988

Die Nicaraguaner haben unter den heutigen Bedingungen des Krieges und der sich verschlechternden Weltmarktbedingungen keine Entwicklungschance, ja, sie müssen um das nackte wirtschaftliche Überleben kämpfen. Deshalb hat die Mittelamerika-Solidaritätsbewegung auf ihrem letzten Bundestreffen auch beschlossen, sowohl zur binnenwirtschaftlichen Lage in Nicaragua zu arbeiten und Spenden innerhalb der Kampagne "Nicaragua muß überleben" zu sammeln, als auch zur Kampagne anläßlich der IWF/Weltbank-

Tagung im Herbst 1988 in Berlin beizutragen. Hier geht es darum, am Beispiel der mittelamerikanischen Region deutlich zu machen, wie mit den Mechanismen des Weltmarktes und der internationalen Finanzorganisationen die Abhängigkeits- und Ausbeutungsstrukturen in der 3. Welt erzeugt und aufrecht erhalten werden. Da es aber darum gehen muß, über grundlegende Strukturen des Weltmarktes und die darin verkörperten Machtverhältnisse nicht nur zu informieren, sondern auch sie zu verändern, unterstützen wir die sozialen und politischen Bewegungen, die der Dritten Welt und hier die Macht von Multinationalen Konzernen und Finanzinstitutionen in Frage stellen.

Informationsbüro Nicaragua e.V.

Nicaragua muß überleben

Wuppertal 1987, 32 Seiten, DM 2,50.

Weltwirtschaft und Schuldnerkartell Mittelamerika im Würgegriff internationaler Finanzinstitutionen

Hrsg. vom Informationsbüro Nicaragua e.V.

Edition Nahua, Wuppertal 1985, Format DIN-A4, 88 Seiten, DM 9,-. Best.-Nr. 168

Projekte und Brigaden

Die sandinistische Revolution hat trotz des Krieges und der Anfeindungen, mit denen sie von außen überzogen wird, erhebliche Erfolge aufzuweisen. Besonders deutlich wird dies auf dem Land, von dessen Bebauung noch immer die große Mehrheit der Nicaraguaner lebt. Das Informationsbüro Nicaragua e.V. hat lange Zeit Projekte im Rahmen einer integrierten (ökonomischen, sozialen und kulturellen) Entwicklung im Tal von Pantasma, gelegen im Nordosten Nicaraguas, durchgeführt. Unter dem Motto: "Wir bauen wieder auf, was die Contra zerstört", haben wir für diese Projekte auch Arbeitsbrigaden vermittelt, um direkte Erfahrungen zu ermöglichen, die nach der Rückkehr der Brigadisten wieder in die Solidaritätsarbeit eingehen können. Auch 1988 wird es Arbeitsbrigaden geben: Einerseits wiederum im Nordosten des Landes, im integrierten Projekt *La Paz del Tuma* (Aufbau einer Kaffeeverarbeitungsanlage und entsprechender sozialer Infrastruktur), und andererseits an der nicaraguanischen Atlantikküste. Für die Durchführung dieser Projekte suchen wir noch jede Menge finanzieller Unterstützer.

Joseph Collins

Nicaragua: Was hat sich durch die Revolution verändert? Agrarreform und Ernährung im neuen Nicaragua
Edition Nahua, Wuppertal 1986, 232 Seiten, DM 24,80. Best.-Nr. 172

Günther Weber

Die trotzigsten Mühlen um die Freiheit: Nicaraguas Bauern kämpfen um ihr Land
Hrsg. Informationsbüro Nicaragua e.V.
Edition Nahua, Wuppertal 1986, 120 Seiten, DM 10,-. Best.-Nr. 175

BESTELLCOUPON

ANZAHL	BEST.NR.	TITEL	DM/STÜCK
	171	GARNISON HONDURAS	32,80
	170	MODELL EL SALVADOR	16,80
	195	JENSEITS DER PROPAGANDA	8,00
	183	UNSCHULDIGES BLUT	14,80
	847	PROPAGANDISTEN DES KRIEGES	7,00
	194	FRIED: GEDICHTE/GESPRÄCH	12,80
	172	COLLINS: AGRARREFORM	24,80
	175	DIE TROTZIGEN MÜHEN	10,00
	168	WELTWIRTSCHAFT	9,00
	017	NICARAGUA MUSS ÜBERLEBEN	2,50
		VERSANDKOSTENPAUSCHALE	3,00

Ich möchte regelmäßig Informationen kostenlos zugeschickt bekommen

NAME/ADRESSE _____

DATUM _____ UNTERSCHRIFT _____

Informationsbüro Nicaragua e.V. · Hofaue 51 · 5600 Wuppertal 1
Konto 976738 · Stadtparkasse Wuppertal · BLZ 330 500 00

Für die Vermittlung eines Neu-Abonnements bzw. für ein Geschenk-Abonnement gibt es bei uns eine der folgenden Prämien:

- ★ Rainer Falk: **Nelson Mandela**. Biographisches Portrait mit Selbstzeugnissen. 288 Seiten, 12,80 DM
- ★ Ernesto Che Guevara: **Der neue Mensch**. 192 Seiten, 12,80 DM
- ★ Ernesto Che Guevara: **Guerillakampf und Befreiungsbewegung**. 216 Seiten, 14,80 DM
- ★ Bahrmann, Jacobs, Links: **Killerkommando**. Schwarzbuch: CIA und Contra. 216 Seiten, 16,80 DM
- ★ Dieter Boris (Hrsg.): **Schuldenkrise und Dritte Welt**. Stimmen aus der Peripherie. 240 Seiten, DM 14,80
- ★ Adrian Geiges: **China im Aufbruch**. Stationen einer Reise. 272 Seiten, 14,80 DM
- ★ Edith Laudowicz (Hrsg.): **Befreites Land – Befreites Leben?** Frauen in Befreiungsbewegungen und Revolutionen. 304 Seiten, 16,80 DM
- ★ Edgar Gärtner: **Grünbuch Ökologie V**. Ein Jahrbuch. Chronik laufender Umweltskandale. ca. 260 Seiten, 14,80 DM
- ★ **Wir Frauen**, Frauenkalender '88, herausgegeben von der Demokratischen Fraueninitiative

NICARAGUA

KAROLA-BLOCH-BRIGADEN FÜR NICARAGUA

Eine Sonderausgabe des Tübinger Stadtmagazins TÜTE

Mit Beiträgen von Karola Bloch, Gerhard Zwerenz, Norbert Greinacher, Ernesto Cardenal, Rose Gauger, Roberto Fernandez Retamar (Kuba), Xavier Chamorro ('El Nuevo Diario' Managua).

Vor allem aber mit Berichten und Erfahrungen aus der Arbeit der KAROLA-BLOCH-BRIGADEN in Nicaragua und des Zentralamerika-Komitees Tübingen.

Die Sonderausgabe ist zum Preis von 9 DM erhältlich an unseren Verkaufsstellen oder direkt bei: Stadtmagazin TÜTE, z.Hd.v. Welf Schröter, Rümelinstr. 8, 7400 Tübingen gegen Überweisung von 9,00 DM zzgl. 1,50 DM Porto auf das Konto Volksbank Tübingen 55941001 BLZ 341 901 10.

Ich bestelle:

- ein AIB-Normal-Abo
- ein AIB-Förder-Abo
- ein AIB-Probe-Abo
- ab Nr. _____ / ab sofort.

Jahresabo: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabo (50 DM oder mehr): _____ DM. Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

Probe-Abo: 4 Ausgaben für 10 DM; das Probe-Abo wird nicht automatisch verlängert, d. h. es muß nicht gekündigt werden.

Gewünschte Zahlweise (bitte ankreuzen):

- Bankeinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

in

Kto.-Nr. BLZ

- Rechnung

Name, Vorname

Straße

Beruf

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

Tel.

Unterschrift

Datum

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen bei AIB, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Unterschrift

Datum

AIB - Geschenkabo

Ja, ich möchte das AIB zum jährlichen Bezugspreis von 33 DM ab _____ verschenken.

- befristet für ein Jahr
- unbefristet*

*) Das Abonnement verlängert sich jeweils um 12 Monate, wenn dem Verlag nicht bis zum 15. November des Jahres oder sechs Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes eine schriftliche Kündigung mitgeteilt wird.

Meine Adresse:

Name, Vorname: _____

Straße, Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

Gewünschte Zahlweise (bitte ankreuzen):

- Bankeinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.

Konto-Nr. Bankleitzahl

Bank/Geldinstitut Ort

- Rechnung

Datum

Unterschrift

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen bei AIB, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Datum

Unterschrift

Ich möchte folgende **Prämie** aus dem AIB-Angebot:

Schicken Sie das **Geschenkabo** bitte an folgende Adresse:

Name, Vorname: _____

Straße, Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

AIB
Die Dritte-Welt-Zeitschrift
LeserInnenservice
Postfach 51 08 68
5000 Köln 51

Der/Die umseitig aufgeführte neue AIB-AbonnentIn
wurde von mir

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Ich möchte folgende **Prämie** aus dem **AIB**-Angebot:



Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

AIB
Die Dritte-Welt-Zeitschrift
LeserInnenservice
Postfach 51 08 68
5000 Köln 51

Ich bitte um Zusendung von Probe-
exemplaren an:

(Name) _____

(Straße/Hausnummer) _____

(Ort) _____

(Name) _____

(Straße/Hausnummer) _____

(Ort) _____

(Name) _____

(Straße/Hausnummer) _____

(Ort) _____

Aus einer
„enteigneten
Geschichte“
wird die Geschichte
Nicaraguas.

Unsere Bücher zum Thema:

Frank Niess

Das Erbe der Conquista

Geschichte Nicaraguas

KB 406, 498 Seiten, zahlreiche Abb., DM 19,80

Anita Wörlein

Weil wir Christen sind

Kirche in Nicaragua

KB 444, 212 Seiten, DM 14,80

Cordelia Dilg

NICARAGUA

Bilder der Revolution



Pahl-Rugenstein

Cordelia Dilg

NICARAGUA

Bilder der Revolution

Fotoband, 150 s/w-Fotos, Format 23 x 26 cm,
128 Seiten, DM 29,80

Unsere Bücher
sind Lebens-Mittel.

PAHL-RUGENSTEIN

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

AIB
Die Dritte-Welt-Zeitschrift
LeserInnenservice
Postfach 51 08 68

5000 Köln 51

Der/Die umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnentin
wurde von mir geworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Ich möchte folgende **Prämie** aus dem **AIB**-Angebot:

Heidi Czapek

Duarte laviert

Als Ruben Zamora, Vizepräsident der Revolutionären Demokratischen Front (FDR), am 22. November 1987 nach über sieben Jahren Exil wieder nach El Salvador zurückkehrte, küßte er am Flughafen der Hauptstadt die salvadorianische Flagge und erklärte: „Dies ist die einzige Amnestie, an die ich mich halte.“

Eine symbolträchtige Geste, hatte doch der salvadorianische Präsident Napoleon Duarte einen Monat zuvor bei einem Besuch in den USA demonstrativ das Sternenbanner abgeküßt. Von Zamora und dem FDR-Präsidenten Guillermo Ungo, der zwei Tage später in sein Land zurückkehrte, hatte er verlangt, sich einer Amnestie zu unterwerfen, welche für Angehörige der Befreiungsbewegung gilt, die ihre Waffen niederlegen.

Doch Duarte mußte in dieser Frage zurückstecken, wollte er nicht den Schein der Demokratie und der Dialogbereitschaft seines Regimes ad absurdum führen. Während er ihre Rückkehr als Beweis für die Demokratie im Lande propagandistisch zu nutzen suchte, läßt er dennoch weiterhin das Damoklesschwert der Repression über den FDR-Führern schweben.

Am Tag der Rückkehr von Zamora gab er sie praktisch zum Abschluß durch die Todesschwadronen frei, indem er erklärte, daß niemand die Sicherheit der beiden garantieren könnte. In Zeitungsanzeigen sprachen Todesschwadronen bereits Morddrohungen aus, und von ihnen Ermordete wurden als Warnung mit der Abkürzung FDR bemalt. Die extreme Rechte forderte die sofortige Verhaftung der FDR-Führer. Duarte verlangte von ihnen, ihre Allianz mit der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) zu brechen, sonst würden sie, „wenn die FMLN neue Verbrechen verübt“, vor Gericht gestellt.

Ob diese Drohung jedoch ausreicht, den Wunschtraum Duartes einer Spaltung zwischen FDR und FMLN in Erfüllung gehen zu lassen, kann bezweifelt werden. „Die Spekulationen, die manche Leute bezüglich der Trennung zwischen den beiden Fronten äußern“, so Zamora, „sind nichts weiter als der Traum des nordamerikanischen Außenministeriums, die demokratischen und progressiven Kräfte El Salvadors getrennt zu sehen... Ich betone, daß die FDR ihre Allianzen nicht brechen wird.“¹

Zwar könnte mit der Rückkehr von Ungo und Zamora das Gewicht der FDR in der Allianz wachsen, jedoch sind Gründe für eine Trennung von FMLN und FDR bisher nicht auszumachen. Schließlich wurde die Rückkehr der FDR-Führer erst durch die größeren Spielräume möglich, welche von der FMLN, die zu ihrer Begrüßung einen Waffenstillstand bis zum 30. November 1987 verkündete, erkämpft wurden. Zudem verfolgen die FDR-Führer mit ihrer Rückkehr Ziele, wie sie auch von der FMLN vertreten werden.

„Gerade weil jeder Demokratisierungsversuch in einem Land wie El Salvador auf den heftigen Widerstand der Regierung stößt, sind wir gekommen, um mit allen politischen Kräften inklusive der Rechtsparteien wie ARENA einen nationalen Dialog zu initiieren, der zur Bildung einer Koalitionsregierung führen soll.“ Dies unterstrich Ungo bei seiner Rückkehr.² Dabei soll es sich nach Aussagen Zamoras um eine Übergangsregierung handeln, „die allen Salvadorianern Garantien gibt und man auf diese Art und Weise zu einem wirklichen Wahlprozeß kommt, bei dem das Volk entscheidet, welches Regimes es in El Salvador haben will.“³

Um dieses Ziel zu erreichen, soll auch der Dialog zwischen Regierung und FMLN/FDR (siehe AIB 11/1987, S. 43f.), der nach dem Mord an dem Men-

schenrechtskämpfer Herbert Anaya von der FMLN abgebrochen worden war, fortgesetzt werden. Ungo unterbreitete ein entsprechendes Angebot bei seiner Rückkehr.

Um den Druck für eine politische Lösung zu verstärken, haben sich die Revolutionäre Nationalistische Bewegung (MNR) Ungos, die Christlich-Soziale Volksbewegung (MPSC) Zamoras und die 1985 gegründete Sozialdemokratische Partei (PSD) Reni Roldans, welche nicht der FDR angehört, Ende November 1987 zur Bewegung der Demokratischen Konvergenz zusammengeschlossen.

Diese Entwicklung kommt Duarte ungelogen, da dadurch eine weitere Stärkung der Volksbewegung und eine Ausweitung der demokratischen Spielräume möglich erscheint. Dies schließlich könnte auf Kosten der Christdemokratie zu einem breiteren Zusammengehen aller Kräfte führen, die ein Interesse an einer Verhandlungslösung und einer Erfüllung des Friedensabkommens der mittelamerikanischen Präsidenten haben.

Deshalb nimmt es nicht Wunder, daß Duarte gerade am 23. November den Führer der ultrarechten ARENA, Roberto d'Aubuisson, anklagte, für die Ermordung von Erzbischof Oscar Romero im Jahr 1980 verantwortlich zu sein, eine Tatsache, die bereits seit Jahren bekannt war. Damit ging es Duarte nicht nur darum, sein Image als Kämpfer für die Menschenrechte aufzupolieren, sondern auch von der Rückkehr der FDR-Führer und den mangelnden Fortschritten bei der Erfüllung des Friedensabkommens abzulenken.

Verteidigungsminister V. Casanova (r.) mit seinem Präsidenten Duarte





Kolonnen der FMLN in den kontrollierten Gebieten

In Übereinstimmung mit der Regierung Reagan hatte der salvadorianische Präsident nämlich bisher alles versucht, die Unterzeichnung des Friedensplanes zu verhindern (siehe AIB 11/1987, S. 43f.) und durch ein Nichtzustandekommen des Dialogs in El Salvador zum Scheitern zu bringen.

Er verlangte als Vorbedingung für einen Dialog mit der Guerilla gleichzeitige Verhandlungen der Sandinisten mit den Contras. Als Beweis für die Anerkennung des Friedensplanes sollte die FMLN die Waffen niederlegen und sich zusammen mit der FDR in den „demokratischen Prozeß“ eingliedern, da der Guatemala-Vertrag, so Duartes bestechende Logik, nur Verhandlungen mit der unbewaffneten Opposition verlange.

Schon im Vorhinein war klar, daß weder die nicaraguanische Regierung noch die Guerilla El Salvadors nach Duartes (sprich: Reagans) Pfeife tanzen würden. Die Sandinisten bestanden auf Verhandlungen mit den USA, und auch die FMLN/FDR ließ sich nicht auf diesen leicht durchschaubaren Trick ein. Denn die Annahme der Vorbedingungen wäre einer vollständigen Kapitulation gleichgekommen. Doch die Sündenböcke waren erst einmal ausgemacht: Weder die Sandinisten noch die salvadorianische Guerilla seien willens zum Frieden in der Region.

Dabei hatte Duarte selbst in einer Fernsehansprache am 11. August 1987 die wahren Hintergründe seiner Taktik klargelegt. Er rechnete schon damals fest damit, daß die Guerilla die Bedingungen nicht akzeptieren werde, wodurch sie sich national und international isolieren würde. Die USA müßten bei einer Weiterführung des Krieges der salvadorianischen Regierung und Armee zur Zerschlagung der angeblichen Brandstifter noch mehr Unterstützung zukommen lassen und die Position Duartes würde

gestärkt.

Daß der Dialog im Oktober 1987, nachdem das erste in Panama geplante Treffen am 15. September aufgrund der unannehmbaren Vorbedingungen geplatzt war, doch noch zustande kam, war nur dem massiven Druck aus dem In- und Ausland zu verdanken.

Die Sandinisten dachten gar nicht daran, die ihnen zugedachte Rolle des Saboteurs zu übernehmen und begannen als erste in der Region, große Teile des Guatemala-Abkommens umzusetzen, womit sie ihren feindlichen Nachbarn einen gewaltigen Strich durch die Rechnung machten. Die übrigen mittelamerikanischen Staatschefs gerieten durch das Vorbild Nicaraguas in Zugzwang. Und auch Duarte mochte nicht vor der Weltöffentlichkeit und dem eigenen Volk als Vertragsbrecher dastehen.

Von verschiedenen Seiten hagelte es Proteste gegen die Gleichsetzung der US-Söldner mit der salvadorianischen Guerilla. Zahlreiche lateinamerikanische und europäische Staatschefs, ja sogar Papst Johannes Paul II. drängten den Christdemokraten zur Aufnahme des Dialogs. Erzbischof Rivera y Damas bot seine Dienste als Vermittler an. In einer Umfrage befürworteten rund 90% der Bevölkerung einen Waffenstillstand.

Um das Maß voll zu machen, sprachen sich acht Oppositionsparteien, einschließlich der extremen Rechten, für einen Dialog ohne Vorbedingungen mit der unbewaffneten wie der bewaffneten Opposition aus. Daß ausgerechnet die faschistische ARENA – ganz entgegen ihrer bisherigen Forderungen nach schnellstmöglicher militärischer Ausrottung der Rebellen – diesen Aufruf mitunterzeichnet hatte, stellt keine Kehrtwendung ihrer Politik dar. Schon eher war dieser bislang einzige „Ausrutscher“ ein Versuchsballon, um Duarte bei den im nächsten Jahr anstehenden Parla-

mentswahlen, Wähler zu entziehen.⁴

Auch die Auseinandersetzungen innerhalb der Christdemokratie El Salvadors gaben den Anstoß für Duarte, seine Neinsagerhaltung zumindest scheinbar aufzugeben. Rey Prendes, Minister für Kommunikation und Kultur und ein potentieller Präsidentschaftskandidat der Christdemokraten, rückte schon Anfang September von der Position des Präsidenten ab, nicht mit der bewaffneten Opposition verhandeln zu wollen. Um nun den Rückhalt dieses Flügels der Partei nicht zu verlieren, mußte Duarte seine Ablehnung revidieren.

In den Reihen der Streitkräfte setzte ebenfalls ein vorsichtiger Umdenkungsprozeß ein. Der moralische Verfall aufgrund der Zwangsrekrutierungen, des nicht absehbaren Endes des nun seit fast acht Jahren andauernden Bürgerkrieges und der gestiegenen Kampfkraft der Guerilla führten dazu, daß einige Angehörige der Armee den von der FMLN/FDR im Mai 1987 vorgelegten 18-Punkte-Vorschlag zur Humanisierung des Krieges positiv aufnahmen. Duarte und die Mehrzahl der Offiziere lehnten ihn jedoch ab.

Solch starkem Druck von verschiedenen Seiten ausgesetzt, war Duarte dann doch noch bereit, einem neu angesetzten Treffen am 4. Oktober 1987 in der Apostolischen Nuntiatur von San Salvador zuzustimmen. Die FMLN/FDR und die Regierung einigten sich über die Bildung von zwei gemischten Kommissionen mit je vier Vertretern der FMLN/FDR und der Regierung. Ein Gremium sollte die Bedingungen für den Waffenstillstand aushandeln, das andere die Umsetzung der weiteren Aspekte von Esquipulas II. Duarte versprach auch, eine Amnestie zu verkünden und, wenn es bis zum 7. November 1987 (dem vorläufigen Termin zur Herstellung der Waffenruhe in Mit-

Schußbereit gegen die wachsende Volksbewegung



telamerika) zu keiner Einigung über eine zweiseitige Feuerpause gekommen sein sollte, einen einseitigen Waffenstillstand der Armee zu veranlassen.

In San Salvador war der Anfang für die Umsetzung des Friedensplanes gemacht. Doch die weiteren Entwicklungen verliefen nicht so positiv, wie erhofft. Das Treffen der „Waffenstillstandskommission“ am 23. Oktober in Caracas (Venezuela) endete ergebnislos. Die Vertreter der FMLN/FDR bestanden darauf, nicht nur den Waffenstillstand, sondern allgemeine Friedensbedingungen und zu allererst die Beteiligung aller politischen und sozialen Kräfte an der Regierung auf die Tagesordnung zu setzen. Da die Regierungsseite dies kategorisch ablehnte und lediglich über die Einzelthemen Waffenstillstand und Amnestie reden wollte, wurden weitere Verhandlungen, die dann in Mexiko stattfinden sollten, auf den 30. Oktober verschoben.

Die Ermordung Anayas machte aber die Hoffnungen auf eine Fortführung der Gespräche zunichte. Die Guerilla setzte den Dialog aus und verstärkte ihre militärischen Aktionen. Erstmals gelang es der FMLN Anfang November, einen dreitägigen vollständigen Verkehrsboykott durchzusetzen. Außerdem wurden die schwersten Angriffe seit Jahren gegen die Elektrizitätswirtschaft durchgeführt. Bereits Ende Oktober überstiegen die Verluste der Armee die des gesamten Jahres 1986 (über 6.000 Tote und Verwundete).

Die bisherigen Ergebnisse des Dialogs und die Maßnahmen, die die Regierung im Rahmen des Friedensabkommens getroffen hat, machen deutlich, daß Duarte gerade soviel tut, wie noch vertretbar ist, um nicht als Totengräber des Friedensprozesses zu erscheinen.

Zwar hat Duarte 4.600 nach Honduras geflohenen Salvadorianern die Rückkehr

erlaubt, doch befinden sich weiterhin insgesamt 1,5 Mio Einwohner im In- und Ausland auf der Flucht. Entsprechend dem Abkommen wurde eine nationale Versöhnungskommission gebildet, aber ihre Mitglieder stehen auf Positionen der Regierung oder rechts von ihr. Zwar wurden 424 politische Gefangene freigelassen, jedoch wurden außer den Mördern von Romero und Anaya alle Angehörigen der Todesschwadronen ebenfalls amnestiert. Ein „einseitiger Waffenstillstand“, den die Regierung für den 5.



G. Ungo nach seiner Rückkehr (begleitet u. a. von H. J. Wischniewski (r.))

November 1987 erklärt hatte, wurde von den Streitkräften selbst am 10. November bereits wieder gebrochen.⁵

Ob Duarte, der 1984 die Wahlen gewonnen hatte, weil sich viele von ihm ein Ende des Krieges erhofften, durch die genannten Maßnahmen diese Hoffnungen auch für die Wahlen 1988 wieder wecken und in Stimmen für die Christdemokratie ummünzen kann, ist unwahrscheinlich.

Der Präsident verliert schon seit 1985 zunehmend die eigene soziale Basis (vor allem den Mittelstand und die christdemokratischen Gewerkschaften), die sich verstärkt der Oppositionsbewegung anschließt. Der Grund ist nicht nur, daß er den Krieg nicht beenden will (oder aufgrund der Abhängigkeit von den USA nicht kann), sondern auch die weitere Vertiefung der Wirtschaftskrise und des sozialen Elends.

Nach einem leichten Aufschwung 1983/84 – dank umfangreicher US-Hilfe in Form von direkter und kreditierter Wirtschaftshilfe und Nahrungsmittellieferungen⁶ – setzte sich ab 1985 der Niedergang der Wirtschaft fort. Und dies, obwohl die US-Wirtschafts- und Militärhilfe 1987 den Rekordumfang von 770 Mio \$ erreichte und die vor Krieg und Krise in die USA geflohenen Salvadorianer jährlich etwa 600-700 Mio \$ an ihre Familien überweisen.⁷ Der Gesamtumfang der US-Hilfe überstieg in diesem Jahr sogar die Einnahmen der Regierung El Salvadors.

Diese ist aufgrund der zerstörten Industrie, des hohen „Verteidigungs“haushaltes (etwa 40-50% der Gesamtaus-

gaben werden dafür verwendet) und geringerer Exporterlöse für die Hauptexportprodukte Kaffee und Baumwolle vom „Koloß im Norden“ total abhängig. Sie kann deshalb auch politisch nicht souverän entscheiden.

Trotz all dieser Finanzspritzen ist das Brutto sozialprodukt pro Einwohner zwischen 1979 und 1985 um 32% auf das Niveau von 1965 gesunken. 1986 ging es um weitere 1,3% zurück. In den letzten sechs Jahren haben sich die Preise verdreifacht. Nach offiziellen Angaben ging der Mindestlohn der Arbeiter in Industrie und Dienstleistungen von 1980-86 um 45% zurück und stieg die Arbeitslosenrate auf 33%.⁸

Die wachsende Verelendung war mit ein Grund für das Wiedererstehen einer Massenbewegung, die von Duarte nicht nur soziale Verbesserungen verlangt, sondern auch auf eine Verhandlungslösung des Krieges drängt. In dieser Situation ist Duarte gezwungen, zwischen den unterschiedlichen Kräften zu lavieren.

Auf der einen Seite sind dies die FMLN/FDR und ihre bewaffneten Kräfte und die legale Massenbewegung, auf der anderen Seite die extreme Rechte und die mit ihnen verbündeten Todesschwadronen und rechte Armeekreise. Diese könnten bei einem zu weiten Eingehen auf die Forderungen der FMLN/FDR und des Friedensabkommens von Esquipulas II einen Putsch gegen Duarte unternehmen oder zumindest den Terror der Todesschwadronen weiter steigern.

Washington schließlich ist auf Duarte angewiesen, um überhaupt die Aufstandsbekämpfung fortführen zu können. Auch wenn der Reagan-Administration der Druck von rechts und das Morden der Todesschwadronen durchaus willkommen ist, sofern im Kongreß die Schmerzgrenze nicht überschritten wird, kann ihr doch an einem Rechtsputsch solange nicht gelegen sein, wie die Christdemokratie nicht zwischen den Fronten zerrieben wird. Und selbst dann wäre die Überlebensfähigkeit eines solchen Regimes sehr gering, da es sich international isolieren würde und Unterstützung durch Washington schwer möglich wäre. Bereits jetzt ist der US-Kongreß nicht gewillt, einer weiteren Erhöhung der Wirtschafts- und Militärhilfe zuzustimmen. Diese Entwicklungen versucht Duarte zu verhindern, indem er die extreme Rechte mit der Amnestie besänftigte, scheinbar auf die Friedensvereinbarungen einging und geringe Zugeständnisse an die FMLN/FDR machte. Deshalb beeilt sich Duarte auch jetzt schon, die Verantwortlichen für ein Scheitern des Friedensprozesses auszumachen. Einerseits schiebt er sie der FMLN/FDR zu, die sich nicht kampfflos ergeben will. Andererseits beschuldigt er nach alter Manier Nicaragua,



Kuba, Libyen, die Sowjetunion und Vietnam, Waffen an die FMLN zu liefern und damit gegen das Friedensabkommen zu verstoßen.⁹

Die militärische Antwort hält er auch schon parat. Der Chef des Generalstabs der Streitkräfte, M. Vargas, verkündete bereits im Oktober 1987 den baldigen Beginn der Operation „Concordia“, die mit 40.000 Soldaten (d.h. 80% der Gesamtstärke der Armee) im ganzen Land durchgeführt werden soll. Mit diesem bisher größten militärischen Aufgebot seit Beginn des Krieges will die salvadorianische Armee, so Vargas, die „strategische Initiative wiedergewinnen und die Strukturen und die Kampfkraft der FMLN endgültig zerstören“.¹⁰

Diese großspurigen Erklärungen wurden bisher stets Lügen gestraft, und die wach-



Hand in Hand mit den Todesschwadronen: salvadorianische Armee

sende Kampfkraft der FMLN deutet auch heute wieder darauf hin. Wahrscheinlicher dürfte sein, daß Duarte mittelfristig die Veränderung des Kräfteverhältnisses zur Kenntnis nehmen und eine Übereinkunft mit der FMLN/FDR suchen muß.

Anmerkungen:

- 1) El Pais (EP), Madrid, 23.11.1987
- 2) Die Tageszeitung, West-Berlin, 25.11.1987
- 3) EP, 23.11.1987
- 4) Vgl. Informationsbüro Nicaragua/Informationsstelle El Salvador, Rundbrief, Nr. 9/26.10.1987
- 5) Vgl. Erklärung der FMLN/FDR zum Waffenstillstand vom 25.11.1987
- 6) Vgl. E. Arnesen, El Salvador. Reminders of war, in: Monthly Review, London, Nr. 5/Okttober 1987
- 7) Vgl. Interview mit FMLN-Kommandant Jorge Shafick Handal in: Sendung von Radio Venceremos vom 15./16.10.1987
- 8) Angaben nach: Inforpress Centroamericana, Guatemala-Stadt, 8.10.1987; Latin America Economic Report, London, 31.12.1987 und Mittelamerika Magazin, Kiel, Nr. 63/September-Oktober 1987
- 9) Siehe: International Herald Tribune, Paris, 7./8.11.1987
- 10) Informationsdienst El Salvador, West-Berlin, 9.10.1987

Interview mit Nidia Diaz (FMLN/FDR)

Kein Frieden ohne Demokratie und Gerechtigkeit

Nidia Diaz (35) ist Mitglied der politisch-diplomatischen Kommission der FMLN/FDR und Vorsitzende der Union Salvadorianischer Frauen für die Befreiung „Melida Anaya Montes“. Sie hat an der Dialogrunde mit dem Duarte-Regime am 15.10.1984 teilgenommen und wurde im April 1985 bei Kampfhandlungen von einem US-Militärberater festgenommen. Im Austausch gegen die von der FMLN entführte Tochter von Duarte kam sie am 24.10.1985 frei.

Im folgenden Interview, das Franz Bushin für das AIB mit ihr führte, erläutert sie die Positionen der FMLN/FDR zum Friedensabkommen von Esquipulas und zur Politik des Duarte-Regimes.

FRAGE: Warum hat Duarte im August 1987 das Friedensabkommen unterschrieben, wo er es doch noch im Juni zu verhindern trachtete? War die Unterschrift Duartes ein taktischer Schritt mit Blick auf Nicaragua oder war sie ein Ergebnis äußerer und innerer Drucks?

N. DIAZ: Duarte war einer der ersten, die die Friedensinitiative der Contadora- und der Unterstützerguppe behinderten und damit die Interessen der Reagan-Administration zum Ausdruck brachten. Im Februar 1987, als Präsident Arias seinen Friedensplan vorstellte, war Duarte im Grundsatz damit einverstanden, weil der Contra ein politischer Spielraum eingeräumt wurde. Außerdem wurde Nicaragua ins Abseits gestellt und wir wurden nicht berücksichtigt.

Als sich die vier Präsidenten trafen (am 15.2.1987 ohne Nicaragua; d. Red.), sagte Guatemalas Präsident Cerezo, daß man Nicaragua berücksichtigen müsse. Da man der Konterrevolution in dem Dokument jetzt nicht mehr so viel Platz einräumte, wollte Duarte nicht mehr unterschreiben. Er begann, den Plan immer offener in Frage zu stellen. Und er war einer der ersten, die dem für Juni geplanten Gipfel Hindernisse in den Weg legten. Außerdem stellte sich auch die Reagan-Administration gegen den Plan.

Arias ging nach Europa und erhielt Unterstützung für seine Vorschläge. Dies war ein Faktor dafür, daß auch andere Kräfte begannen, das Dokument zu befürworten. Die Contadora- und die Unterstützerguppe nahmen es auf, um es in ihren Friedensvorschlägen zu berücksichtigen. Es war auch die Haltung unserer Fronten, daß der Arias-Plan eine Initiative sei, um den Frieden zu erreichen und daß er in die Vorschläge der Contadora- und der Unterstützerguppe eingearbeitet werden sollte.

Außerdem übte der Dachverband der Lateinamerikanischen Christdemokratie (ODCA), der am 19.7.1987 in El Salvador tagte, Druck auf Duarte aus, dem Gipfel am 6./7. August zuzustimmen.

Duarte hat das Dokument unterschrieben, weil der internationale Druck groß war. Und Duarte sah sich isoliert, da seine einzige Unterstützung die der Reagan-Administration war.

Von der Unterschrift unter das Dokument erhoffte sich Duarte, uns zu isolieren. Wir sind auf diplomatischer Ebene vorangekommen, was die Anerkennung unserer entstehenden revolutionären Macht angeht. Wir haben es erreicht, daß wir einen Platz in der internationalen Arena behaupten und Hilfe bekommen.

Duarte sagt, daß die im Dokument enthaltene Bestimmung „Keine Unterstützung aufständischer Bewegungen und irregulärer Kräfte“ sich nicht nur auf die Regierungen Mittelamerikas beziehe, sondern auf die ganze Welt. Wir wurden aufgefordert, diese Hilfe nicht mehr anzunehmen.

Auf der anderen Seite versucht Duarte, das Ansehen seiner Regierung und der Christdemokratie zu verbessern im Hinblick auf die Wahlen 1988/89 und auf die Hilfe, die er später von den Regierungen Europas fordern will. Weiterhin will er eine Übereinstimmung zwischen Demokraten und Republikanern in den USA für weitere Hilfe erreichen und auf militärischem Gebiet Vorteile erzielen.

Es gab also einige objektive Vorteile, die er glaubte nutzen zu können. Und dazu gehörte auch der Faktor des Drucks auf Nicaragua: Verhandlungen mit der Konterrevolution würden den Spielraum der Contra erweitern. Duarte hat sich in dem Abkommen verpflichtet, in einem Dialog mit allen Kräften zu sprechen und die nationale Versöhnung in El Salvador voranzubringen. Das Abkommen von Esquipulas ist für uns deshalb unbestreitbar ein Akt der Unabhängigkeit von den USA. Es ist eine Anstrengung der mittelamerikanischen Präsidenten, ein Verfahren zur Erreichung des Friedens zu schaffen.

Wir schätzten ein, daß der Rahmen der durch das Abkommen geschaffen wurde, den Wiederbeginn der Gespräche mit der Regierung begünstigen und daß die darin enthaltenen Forderungen einen wirklich dauerhaften Frieden ermöglichen würden, wie es auch in unserem Angebot einer politischen Lösung vorgesehen ist.

Der Unterschied liegt in den vorgeschlagenen Mechanismen: Amnestie, Waffenstillstand und Einstellung der Unterstützung. In El Salvador kommt es jedoch nicht nur auf Mechanismen an, sondern man muß die Ursachen des Krieges beseitigen. Wir sagten deshalb, daß die Mechanismen für jedes Land verschieden sind und die konkreten Bedingungen eines jeden Landes berücksichtigt werden müssen.

Massenkundgebung zur Begrüßung der FMLN/FDR-Führer in San Salvador am 4.10.1987





Z.B. wird in El Salvador vom Dialog mit allen nationalen Kräften gesprochen, von sozialer Gerechtigkeit, vom Demokratisierungsprozeß, von der Beachtung der Menschenrechte. Dies sind Punkte, die auch wir in unseren Vorschlägen zu einer politischen Lösung angeboten haben.

In den Vereinbarungen mit der Regierung, die beim Treffen vom 4./5. Oktober 1987 erzielt wurden, wird in einem Artikel gesagt, daß man sich den Forderungen von Esquipulas II anschließt. Aber wir sind der Meinung, daß die Mechanismen zu ihrer Erreichung in jedem Land verschieden sind. Deshalb haben wir auch die Vorbedingung Duartes für eine erste Gesprächsrunde am 15. September abgelehnt, auf Gewalt zu verzichten und den vollständigen Text von Esquipulas II zu akzeptieren.

Der Text verneint unsere Selbstverteidigung. Es verlangt von uns, um die Einstellung der Hilfe von außen zu bitten. Und er verneint, daß ein Volk das Recht auf Aufstand hat. Wir können uns nicht selbst alle Spielräume absprechen, die wir im Laufe der Zeit errungen haben. Deshalb unterstützen wir nicht den Text in seiner Gesamtheit, sondern nur seine allgemeinen Ziele.

FRAGE: Warum hat sich Duarte zu einem Dialog mit der FMLN/FDR bereit erklärt, den er vor Unterzeichnung des Abkommens noch abgelehnt hatte?

N. DIAZ: Da sie sich mit ihrer Unterschrift verpflichtet haben, beginnen sie einen Prozeß der Aussöhnung. Duarte hat uns zum Dialog aufgerufen, wobei er Bedingungen gestellt hat.



Der innere Druck der gesellschaftlichen und politischen Kräfte hat ihn dazu genötigt, einen Dialog ohne Bedingungen zu führen. Er hat ihn gezwungen, sich zu wandeln. Im Friedensabkommen ist Duarte nicht verpflichtet, mit uns in einen politischen Dialog einzutreten, weil dort gefordert wird, einen Dialog mit nicht bewaffneten Kräften zu führen.

FRAGE: Wie beurteilen Sie andere Maßnahmen der Regierung wie die Amnestie und den Waffenstillstand?

N. DIAZ: Einige Maßnahmen, die Duarte im Rahmen von Esquipulas II getroffen hat, ergeben sich aus der Dynamik, die der Friedensprozeß ausgelöst hat. Zugleich erhofft sich Duarte dadurch einen politischen Vorteil.

Mit dem Amnestiedekret soll nicht nur Druck auf Nicaragua ausgeübt werden, alle Kriminellen der Somoza-Zeit freizulassen. Zugleich werden alle Verantwortlichen für die Massaker und Morde in El Salvador freigesprochen. Schließlich sollen durch das Dekret diejenigen freikommen, die für Akte der politischen Gewalt verantwortlich sind. Jedoch hatte die Mehrheit derjenigen, die freikamen und die angeklagt waren, mit uns zu sympathisieren, nichts mit dem Krieg zu tun. Nur fünf von 100 Gefangenen sind Mitglieder der FMLN.

Der einseitige Waffenstillstand war dazu bestimmt, den Eindruck zu erwecken, daß es in El Salvador keine zwei Armeen gibt. Und er wurde bereits nach fünf Tagen beendet, weil dieser Krieg zwischen zwei Armeen existiert. Duarte versucht, Scheinmaßnahmen zu treffen, damit die internationale Überprüfungs- und Kontrollkommission sagt: Duarte hält sich an das Abkommen.

Die politischen Parteien sind jetzt aus der Nationalen Versöhnungskommission ausgetreten, weil sich die Lage 90 Tage nach Unterzeichnung des Abkommens nicht entspannt, sondern sich weiter verschärft und polarisiert hat und es keinen Friedensprozeß gibt. Aus dem gleichen Grund nahmen wir nicht an den Gesprächen vom 30. Oktober teil. Wir wollten im Volk keine Erwartungen wecken, daß Duarte einen wirklichen Friedenswillen hat.

Die wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Rechte des Volkes werden weiterhin verletzt, ebenso wie die Menschenrechte. Dies wurde besonders deutlich durch die Ermordung des Präsidenten der Menschenrechtskommission, Anaya, am 26. Oktober 1987 (siehe AIB 11/1987, S. 43-44; d. Red.).

Zusätzlich hat sich nach dem Treffen mit der Regierung der Krieg intensiviert. El Salvador erhielt 9,5 Mio \$ für die Polizei, um das Anwachsen der Volksbewegung in den Städten zu bremsen. Außerdem lieferten die USA eine Hubschrauberflotte im Rahmen des neuen Aufstandsbekämpfungsplans. Nachdem wir in aller Breite darüber diskutiert hatten, daß die USA und ihre Militärhilfe den Frieden und die Unabhängigkeit behindern, fuhr Duarte in die USA und küßte mit einer liebdienerischen Geste das Sternenbanner.

Es gibt aber auch andere reale politische Tatsachen, die nicht unberücksichtigt bleiben dürfen. So lehnte es die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) ab, uns auf Wunsch Duartes zu verurteilen, weil wir ein neues Treffen am 30.10.1987 abgelehnt hatten.

Am 30. November nahm die UN-Vollversammlung eine Resolution der Contadora- und Unterstützerguppe an, die sich auf die Lage in El Salvador bezieht. Darin wird anerkannt, daß man den begonnenen Dialog zwischen der Regierung und der FMLN/FDR fortsetzen muß, um eine politische Verhandlungslösung zu erreichen, d.h. einen politischen Ausweg wie er von uns vorgeschlagen wird, und nicht das

Angebot des Feindes, auf Gewalt zu verzichten, alles zu vergeben und zu vergessen, die Verfassung anzuerkennen, aus den Bergen herunterzukommen, sich einer Amnestie zu unterwerfen und verschiedene Maßnahmen wie einen Waffenstillstand zu vereinbaren.

Wir brauchen keinen Waffenstillstand von drei Tagen wie ihn die Regierung vorgeschlagen hat, um den Eindruck zu erwecken, daß sie den Willen zum Frieden hat, solange die Ursachen des Krieges nicht beseitigt sind und wir damit ermöglichen, daß der Krieg wieder fortgesetzt wird.

Wir haben der Regierung deshalb einen Vorschlag zur Wiederaufnahme der Gespräche am 5.12.1987 unterbreitet. Aber die Regierung hat öffentlich „nein“ gesagt. Darum werden wir unsere Anstrengungen fortsetzen. Wir vertrauen darauf, daß es den patriotischen Kräften mit uns zusammen gelingen wird,



Rückkehr nach sieben Jahren in Flüchtlingslagern ins ausgebombte Las Vueltas

eine nationale pluralistische Regierung mit breiter Beteiligung zu errichten, die die Souveränität wiedererlangt.

FRAGE: Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang die Rückkehr der FDR-Führer Ruben Zamora und Guillermo Ungo nach El Salvador?

N. DIAZ: Die Rückkehr von Ungo und Zamora wurde durch die Unterstützung internationaler Kräfte erleichtert, die für eine politische Lösung und Entspannung sind. Sie werden den Spielraum, den Esquipulas II geschaffen hat, nutzen. Strategisch gesehen, bleiben FDR und FMLN im Bündnis.

Als sie zurückkehrten, nutzten Ungo und Zamora die Gelegenheit zur Bildung der Demokratischen Konvergenz zwischen der Christlich-Sozialen Volksbewegung (MPSC), der Revolutionären Nationalistischen Bewegung (MNR) und der Sozialdemokratischen Partei (PSD). Diese gründet sich hauptsächlich auf die Suche nach einer politischen Verhandlungslösung, ein Wirtschaftsprogramm, die Einleitung des demokratischen Prozesses und die Wiedererlangung der Souveränität.

Ungo und Zamora nahmen Kontakte zu Parteien auf, die starke wirtschaftliche Interessen vertreten, sowie mit der Gewerkschaft UNTS, mit den Universitäten, mit der Presse usw.

Franz Bushin

Dialogchance in Guatemala?

Guatemalas Regierung unter dem christdemokratischen Präsidenten Vinicio Cerezo zeichnet mitverantwortlich für das Zustandekommen des Friedensabkommens von Esquipulas. Dies wurde u.a. durch die bereits vom vorherigen Regime eingeleitete aktive Neutralitätspolitik ermöglicht. Dessen ungeachtet kam die Vertragserfüllung in Guatemala im Gegensatz zu Nicaragua nur sehr zögernd in Gang. Anfang Oktober 1987 wurden dann jedoch in Madrid überraschend Gespräche zwischen der Regierung und der bewaffneten Opposition, der Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas (URNG), aufgenommen, fast zur gleichen Zeit wie zwischen den beiden Konfliktparteien in El Salvador.

Ende Mai 1986 hatte Präsident Cerezo seine vier mittelamerikanischen Amtskollegen nach Esquipulas geladen, um erste Schritte zur Schaffung eines mittelamerikanischen Parlamentes einzuleiten, ohne damit aber die Contadora-Gruppe ersetzen zu wollen.

Die moderate Außenpolitik Cerezos, die die Anerkennung der Souveränität Nicaraguas beinhaltet, hat drei Erklärungsgründe: die relative Unabhängigkeit der guatemalteken Armee von direkter US-Militärhilfe; die Absicht, eine Regionalisierung des Konflikts zu vermeiden und den Handel mit der Region zu beleben, der für Guatemalas Wirtschaft eine wichtige Rolle spielt. Diese Außenpolitik sowie die politische Öffnung für eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung und für die Sozialistische Demokratische Partei (PSD), ein Mitglied der Sozialistischen Internationale, verschafften Cerezo Sympathien und Finanzzuflüsse aus Westeuropa.

Einen Dialog mit den Aufständischen hatte Cerezo auf seiner Europareise im Oktober 1986 in Aussicht gestellt, worauf die URNG am 25.10.1986 mit konkreten Verhandlungsvorschlägen reagierte. Die URNG-Vorschläge wurden von der verbotenen Kommunistischen Partei (PGT) unterstützt, die wiederholte Legalisierungsangebote der Regierung wegen fortgesetzter Menschen-

rechtsverletzungen und fehlender demokratischer Bedingungen ablehnte.¹

Nach der Unterzeichnung von Esquipulas 2 interessierte, wie und wann die dort von den Regierungen eingegangenen Verpflichtungen nach innen hin verwirklicht würden. In Guatemala wurde diese Frage als minder wichtig eingestuft. Innenpolitisch begann im August und September 1987 ein anderes Thema die Schlagzeilen zu beherrschen: die Steueranpassung.

Sie wurde Mitte September parlamentarisch mit der Stimmenmehrheit der Christdemokraten (DC) beschlossen, war jedoch offensichtlich nicht mit den Interessen des großen Unternehmerverbandes CACIF abgestimmt. Das neue Steuergesetz sieht im wesentlichen eine Effektivierung der Steuereintreibung, so insbesondere bei der Einkommensteuer, die Einführung der Kfz-Steuer sowie Veränderungen bei der Zoll- und Vermögenssteuer vor.

Zunächst als Steuerreform ausgegeben, wurde der Begriff Reform jedoch sehr schnell ad acta gelegt. Der CACIF, der unter den beiden vorherigen Militärregierungen geplante Steuerpakete zu Fall gebracht hatte, bestand beharrlich darauf, daß die Steueranpassung nachverhandelt werden müsse, und zwar an der Legislative vorbei direkt zwischen Regierung und CACIF. Mit einem dreitägigen Un-

ternehmer-Ausstand vom 7.-9. Oktober 1987 setzte er die Nachverhandlung gegenüber der Regierung durch.²

Währenddessen kam die Regierung den Esquipulas-II-Verpflichtungen nur zögernd nach. Erst im Oktober 1987 wurde die nationale Versöhnungskommission gebildet. Ihr gehören der Vizepräsident Roberto Carpio (DC), Bischof Rodolfo Quezada Toruno, als unabhängige Persönlichkeit die Miteigentümerin der konservativen Zeitung „Prensa Libre“, Teresa de Zarco, sowie der ehemalige Vorsitzende des Staatsrates unter General Ríos Montt, Jorge Serrano Elías, von der rechtsgerichteten MAS-Partei an.

Am 2. Oktober 1987 platzte dann die Bombe: Die Regierung und die URNG beschlossen, ein Treffen zwischen dem 7. und 10. Oktober in Madrid abzuhalten. Erstmals nach 27jährigem internem Konflikt setzten sich Regierung und Guerilla unter den Auspizien der spanischen Regierung an einen Tisch. Hohe Spannung umgab das Treffen, denn die Regierung hatte die Abmachung eines Waffenstillstands während des Treffens gebrochen.

Während die URNG mit ihrer obersten Garnitur antrat, d.h. mit einem ihrer Chefkommandanten, Gaspar Ilom, dem Sohn des Literaturnobelpreisträgers M.A. Asturias, war die Regierungsdelegation auf niedrigem Niveau angesiedelt. Sie wurde von Roberto Valle Valdizán, dem stellvertretenden Parlamentspräsidenten angeführt. Kein Mitglied des Regierungskabinetts nahm an ihr teil, was bedeutete, daß die Delegation über keine Entscheidungskompetenz verfügte. Die Regierungsdelegation wurde von militärischen Beobachtern begleitet.³

Auffällig an dem Treffen war, daß es die

Cerezo (l.) ist an der Regierung, das Militär behält die Macht



als öffentlichkeitsscheu geltende URNG verstand, freimütig mit den Medien umzugehen. Hierin – wie an den Vorschlägen der URNG – kann man die Probe aufs Exempel für die Flexibilisierung ihrer Haltung sowie für den von ihr angestrebten öffentlichen Dialog mit der Regierung sehen, dem sich ihren Vorstellungen gemäß ein nationaler Dialog anschließen soll, an dem alle gesellschaftlich relevanten Kräfte teilnehmen.

Das Madrider Treffen gestaltete sich zu einem Meinungsaustausch, der nach drei Tagen ohne jegliche konkrete Übereinkunft, d.h. auch ohne einen neuen Gesprächstermin bzw. eine Möglichkeit, beendet wurde. Die URNG legte zum Abschluß der Gespräche einen Vorschlag vor, in dem sie ihre Bereitschaft zu einer Waffenstillstandsvereinbarung, ausdrückt, in der entmilitarisierte Pufferzonen zwischen den Guerillagebieten und dem restlichen Land festgelegt werden (siehe Kasten).

Als Demokratisierungsmaßnahmen schlug die URNG den Abbau der militarisierten ländlichen Strukturen, die volle Achtung der Menschenrechte, einen nationalen Dialog und die Humanisierung des Krieges vor. Sie lehnte es ab, die Waffen niederzulegen, solange die den Konflikt verursachenden Gründe fortbestehen. Die Regierungsvertreter sagten zu, diesen Vorschlag zu studieren.⁴

Bereits auf einem Anfang Dezember 1986 durchgeführten Forum zum Thema des Dialogs mit der URNG hatte es außer bei den Vertretern rechtsextremer Positionen und der Armee überwiegend vorsichtig positive Meinungsäußerungen zum Dialog gegeben. Nach dem Madrider Treffen blieben indes aufgrund der mageren Ergebnisse die positiven Stimmen im Hintergrund. Darüber hinaus fiel das Treffen in eine ungünstige Zeit, nämlich die der Kraftprobe zwischen Regierung und Unternehmerverband.

Die Auseinandersetzungen um das Steuergesetz und das Madrider Treffen zeitigten Konsequenzen innerhalb der Armee. Seitens einer Gruppe sich selbst so bezeichnender „Offiziere der Berge“ kam es zu Putschbestrebungen gegen die DC-Regierung. Diese Gruppe ist mit den rechtsextremen Parteien liiert, die die Armee öffentlich als eigentlichen Verlierer des Madrider Treffens bezeichneten.

Verteidigungsminister General Gramajo erwiderte in einer Presseerklärung als oberster militärischer Vertreter darauf, daß derjenige, der solches behauptete, damit die Armee zu destabilisieren versuche. Von Erklärungen abgesehen, reagierte die Armeeführung in zweifacher Weise auf die Differenzen in den eigenen Reihen. Zum einen wurden 84 Offiziere befördert.

Die kontroverseste Beförderung war die von Pablo Nuila Hub, einem ehemaligen Vertrauten von Ex-Staatschef Mejía Víctores, zum Brigadegeneral. Sie wurde als ein Zugeständnis an eine von ihm angeführte Gruppe von Militärs gewertet, die gegen die aktuelle Militärspitze, die die DC-Regierung stützt, opponiert.⁵ Ende November ist Nuila Hub jedoch auf den Posten des Militärattachés in Ekuador abgeschoben worden.

Zum anderen leiteten die Militärs in dieser Vertrauenskrise eine der größten militärischen Offensiven der letzten Jahre ein, zu der Truppen aus drei Militärzonen und aus der Hauptstadt in El Quiché zusammengezogen wurden. Ferner führte die Armee Bombardements in

der genannten Region durch.

Etwa gleichzeitig fanden militärische Aktionen gegen den seit Mai 1987 im Betrieb befindlichen URNG-Sender „Voz Popular“ statt, die jedoch erfolglos blieben. Mit den genannten Offensivaktionen sollte den Kritikern die Kampffähigkeit und Einheit der Armee bewiesen und gezeigt werden, daß die Armee die Situation beherrscht. Die URNG antwortete auf die Armeeooffensive mit einer gleichfalls spürbaren Zunahme ihrer militärischen Aktivitäten.⁶

Im offiziellen Sprachgebrauch hieß es nach dem Madrider Treffen sowohl seitens der Zivilregierung wie seitens der Militärs, daß die Guerilleros die Waffen niederlegen müßten, sich amnestieren lassen und in das politische Leben zu-

Erklärung der URNG

Vorschlag an die Regierung Guatemalas nach der Beendigung der Gespräche zwischen beiden Parteien in Madrid am 9.10.1987

Die Guatemaltekeische Nationale Revolutionäre Einheit (URNG) beurteilt den Rahmen, der durch die Abmachungen von Esquipulas II geschaffen wurde, als positiv.

Dennoch schätzt sie ein, daß die konkrete Anwendung dieser Abmachungen entsprechend den besonderen Bedingungen eines jeden Landes und seines spezifischen Konflikts erfolgen muß.

Deshalb hält sie im Falle Guatemalas die folgenden Maßnahmen, die die Grundlage für eine wirkliche Lösung der wichtigsten Themen bilden, die erforderlich sind für die Erreichung des Friedens, für wesentlich und unverzichtbar.

1. Bedingungen und Erfordernisse für die Demokratisierung des Landes.

1.1. Abbau der Strukturen zur Kontrolle der Bevölkerung, insbesondere: zivile Selbstverteidigungspatrouillen, Modelldörfer, Entwicklungspole, volle Garantie der Bewegungsfreiheit auf dem Land.

1.2. Volle Beachtung der Menschenrechte sowie wirksame und nachprüfbar Umstrukturierung der Repressionsapparate. Dies schließt die Beendigung des Verschwindenlassens von Menschen, die Beseitigung von geheimen Gefängnissen, das Ende außergerichtlicher Exekutionen, die Achtung des Lebens, der menschlichen Integrität und die Abschaffung der Folter ein. Beachtung der wirtschaftlichen und sozialen Rechte des Individuums, insbesondere: Recht auf Arbeit, Bildung, Gesundheit und Wohnung.

1.3. Aufklärung und Feststellung der Verantwortlichkeiten für die 38.000 verschwundenen Verhafteten.

1.4. Volle Gültigkeit der Organisationsfreiheit des Volkes ohne Einschränkungen irgendeiner Art.

1.5. Wir betrachten die oben genannten Elemente als unabdingbar für die Existenz eines wirklichen Rechtsstaats.

2. Ein erster Schritt zu einem Waffenstillstand soll durch ein Abkommen zwischen der URNG und der Regierung über eine Humanisierung des internen Konflikts gemacht werden, um auf der Grundlage des Genfer Abkommens und überwacht durch die Nationale Versöhnungskommission Kosten für die Zivilbevölke-

rung zu vermeiden.

3. Durchführung eines nationalen Dialogs, dessen Ziel die Erstellung der Grundlagen für eine nationale Übereinkunft sein soll mit allen politischen und sozialen Kräften, um die Schaffung des Friedens und der Demokratie zu garantieren und die unabhängige Entwicklung des Landes zu fördern.

4. Um die Bedingungen für diese nationale Übereinkunft zu schaffen und als Beweis für den guten Glauben und politischen Willen der URNG, unterbreiten wir bezüglich des Waffenstillstands, wie er im Rahmen von Esquipulas II ins Auge gefaßt wird, folgenden Vorschlag, wobei wir zugrundelegen, daß das Wesen und der Charakter des bewaffneten internen Konfliktes in Guatemala komplexer und grundlegender Lösungen bedarf.

Vorschlag

A) Um die Errichtung der Demokratie und die Erringung des Friedens auf dem gesamten Territorium Guatemalas möglich zu machen, sind wir mit einer Waffenstillstandszeit einverstanden. Dieser Waffenstillstand muß innerhalb von genau und präzise bestimmten Zeiträumen stattfinden. Er bedeutet weder, daß wir uns ergeben oder unsere Waffen abgeben, noch, daß die Gebiete und Regionen, in denen die von der URNG geführte revolutionäre Bewegung momentan ihre Operationen durchführt und Einfluß hat, aufgegeben werden.

B) Bestimmung von entmilitarisierten Zonen zwischen Konfliktgebieten und kontrollierten Territorien.

Es ist notwendig geographische Gebiete abzugrenzen, wo weder militärische Einheiten der URNG noch des Regierungsheeres operieren, um den Waffenstillstand wirklich zu garantieren.

C) Festlegung von genauen Fristen für die Erfüllung der bezüglich der Demokratisierung vorgeschlagenen Maßnahmen, die die einzigen wirklichen Grundlagen der Befriedung des Landes darstellen und so den Beginn eines Weges für den Pfad der demokratischen Entwicklung garantieren.

Diese Fristen und Termine werden von der Nationalen Versöhnungskommission überprüft.

URNG, Madrid, den 9. Oktober 1987

rückkehren sollten; neue Treffen würde es nicht geben. Auch Cerezo und General Gramajo benutzen diese Formulierung. Cerezo hat den Meinungs austausch in Madrid jedoch auch als positiv eingeschätzt⁷, und Gramajo, der vor den Madrider Gesprächen zukünftige Treffen andeutete, wies darauf hin, daß zu akzeptieren sei, daß „die Aufständischen am demokratischen guatemaltekischen System teilnehmen, wenn sie die Waffen niederlegen“.⁸ Diese Äußerungen deuten eventuell die Möglichkeit der Wiederaufnahme von Gesprächen mit der URNG an.

Die URNG verschickte ihrerseits Ende Oktober 1987 an verschiedene Persönlichkeiten des Landes und an die Presse einen öffentlichen „Politischen Brief zur Nationalen Rettung“. Dort wiederholte sie ihren Vorschlag, „dem internen bewaffneten Konflikt eine politische Lösung zu verschaffen“, den Dialog zwi-

schen Regierung und URNG erneut aufzunehmen, um diesen später in einen nationalen Dialog mit verschiedenen politischen Kräften einmünden zu lassen. Auf diese Weise sollen die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Forderungen des Volkes in das institutionelle Gefüge gebracht werden.⁹ Von dem genannten nationalen Dialog verspricht sich die URNG offenbar eine Breitenwirkung.

Abschließend kann gesagt werden, daß Guatemalas Regierung mit einem am 5.11.1987 in Kraft getretenen Amnestiegesetz¹⁰, mit der Schaffung einer Versöhnungskommission sowie mit dem Madrider Treffen einige der Esquipulas-II-Bedingungen formal erfüllt hat. Inhaltlich hinkt sie mit der Umsetzung der vertraglichen Verpflichtungen in wichtigen Aspekten jedoch stark hinterher. Insbesondere würden Verhandlungen über einen Waffenstillstand mit der

URNG einen nächsten Schritt auf dem Weg zu einer politischen Lösung in Guatemala darstellen. Die Möglichkeiten für einen solchen Schritt scheinen nicht ausgeschlossen zu sein.

Anmerkungen:

- 1) Siehe: Inforpress Centroamericana (IC), Guatemala-Stadt, 16.7. und 1.10.1987
- 2) Vgl. Die Tageszeitung, Westberlin, 10.10.1987
- 3) Vgl. El Pais (EP), Madrid, 8.10.1987
- 4) Siehe: EP, 10.10.1987 und Enfo Prensa, Zürich, 8.-14.10.1987
- 5) Vgl. IC, 15.10.1987
- 6) Vgl. IC, 29.10.1987
- 7) Siehe: Cerigua, Managua, 12.10.1987
- 8) IC, 15.10.1987
- 9) IC, 12.11.1987
- 10) Die Amnestie soll für Kämpfer der URNG gelten, die die Waffen niederlegen. Politische Gefangene, die unter die Amnestie fallen könnten, gibt es anscheinend nicht. Politische Gegner verschwinden in der Regel spurlos oder werden später tot aufgefunden (allein 463 im Jahr 1986).

„Voz Popular“ Radiosender der URNG



„Voz Popular“ in Betrieb

Am Freitag, dem 22. Mai 1987, war zum ersten Mal eine Sendung von „Voz Popular“, dem offiziellen Radiosender der Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas (URNG), zu hören. Seit diesem Tag strahlt „Voz Popular“ regelmäßig jeden Freitag um 18.15 Uhr Ortszeit, auf der Frequenz zwischen 6,95 und 7 MHz im 41m Band, eine ca. einstündige Sendung aus.

Diese Sendungen können im ganzen Land sowie im angrenzenden Ausland empfangen werden. Neben aktuellen Meldungen über Politik, Menschenrechtsverletzungen, Zwangsrekrutierungen, Kriegsberichterstattung aus den Konfliktzonen informiert das Radio auch über die Situation der Frauen, die Streiks und Kämpfe

der Volksorganisationen, die Rolle des Soldaten in der Armee usw.

Francisco, einer der drei Europa-Vertreter der URNG, berichtet, warum „Voz Popular“ gerade jetzt in Betrieb ging und welche Bedeutung dieses Radio für den Kampf in Guatemala hat:

„Voz Popular als Radio des guatemaltekischen Aufstandes ist ein altes Projekt, das in Etappen umgesetzt wurde. Es bedeutete, die technischen Mittel und die Sicherheitsmaßnahmen zu organisieren, um es in Betrieb nehmen zu können.“

„Zusätzlich war es eine politische Entscheidung, den Moment festzulegen, an dem es an die Öffentlichkeit treten sollte. Vor allen Din-

gen trat 'Voz Popular' genau zu dem Zeitpunkt zum ersten Mal in Erscheinung, als es wichtig wurde, daß das Volk Guatemalas ein besseres Verständnis für die Vorgänge im Land bekommt. Ein besseres Verständnis deshalb, weil propagandistische Prozesse ablaufen, die im Rahmen der psychologischen Kriegführung zum Ziele haben, Meinungen über ideologische und kulturelle Aspekte zu schaffen, die Verwirrung und Spaltungen innerhalb der Bevölkerung hervorrufen sollen. So soll das guatemaltekische Volk von seinem unmittelbaren Ziel abgebracht werden, für seine eigenen Bedürfnisse, seine unmittelbaren Forderungen zu kämpfen, diese Forderungen in einen größeren Zusammenhang zu stellen und sich damit in den revolutionären Prozeß einzureihen.

'Voz Popular' trat gerade zu dem Zeitpunkt auf, als von der Regierung eine Propagandakampagne gestartet wurde, um sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene zu zeigen, daß die revolutionäre Bewegung zerstört worden sei und nur noch aus einzelnen kleinen Grüppchen bestehe.“

Seit jenem Freitag im Mai, als sich „Voz Popular“ zum ersten Mal von seinem geheimen Sendeort aus, irgendwo in den Bergen der Sierra Madre, gemeldet hatte, erklingt diese „Stimme des guatemaltekischen Volkes“ zum Ärger der Armee und Regierung pünktlich, immer wieder, jeden Freitag abend um 18.15 Uhr Ortszeit.

Im Juni und Juli 1987 hoffte die Armee mit einer massiven Aufstandsbekämpfungsoffensive „Voz Popular“ zum Schweigen zu bringen. Da ihr dies nicht gelang, versucht sie nun mit teurem technischen Gerät die Sendungen des Radios der URNG zu stören.

Am Treffen der bundesdeutschen und schweizerischen Guatemala-Komitees in Stuttgart, im September 1987, wurde beschlossen 1988 eine Kampagne zu starten, die zum Ziel hat, „Voz Popular“ in der BRD und der Schweiz bekanntzumachen und gleichzeitig Geld zu sammeln, um dieses wichtige politische Instrument der URNG auch materiell zu unterstützen.

Spenden auf das Konto der Informationsstelle Guatemala, Postscheckamt Köln, Nr. 311580-508, BLZ 370 100 50, Stichwort „Voz Popular“



Friedensnobelpreisträger Arias (r.) mit dem nicaraguanischen Präsidenten Ortega

Rolf Radke

Friedensstifter Costa Rica?

Am 13. Oktober 1987 entschied das gewiß nicht linkslastige Stockholmer Nobelpreiskomitee, Costa Ricas Präsidenten Oscar Arias den Friedensnobelpreis 1987 zu verleihen, und zwar für seine Bemühungen um die Befriedung Mittelamerikas. Zum Leidwesen der Reagan-Administration und aller geschworenen Antisandinisten wurde damit der Friedensprozeß in der Region gefördert, ein weiterer Nagel in den Sarg der Contra geschlagen und das Überleben des freien Nicaragua wahrscheinlicher gemacht.

So klang denn auch Reagans Gratulation sehr formal und gequält. Und sie war verbunden mit der Forderung in Richtung Kongreß, der Contra müßten neue Gelder zur Verfügung gestellt werden. Gerade dagegen hatte Arias sich seit dem 14.2.1987, als er seinen 10-Punkte-Plan vorlegte, der dann dem Friedensabkommen der Präsidenten Mittelamerikas (Esquipulas 2) zugrundegelegt wurde, immer wieder gewandt.

Wie kam nun gerade Arias in die Rolle eines weltweit – und wenn auch mit starken Abstrichen von Nicaragua – geschätzten Friedensstifters? Hatte doch der bestenfalls rechtssozialdemokratische Technokrat Arias, der schon eine steile Karriere in Wirtschaft und Politik hinter sich hatte, im costaricanischen Präsidentschaftswahlkampf an der Jahreswende 1985/86 scharf antisandinistische Töne angeschlagen.

Er hatte damals wie Reagan eine „Demokratisierung“ gefordert und, dem festgefühten antikommunistischen und antisandinistischen nationalen Konsens entsprechend, Nicaragua der Angriffslust gegenüber Costa Rica bezichtigt. Seine

Partei der Nationalen Befreiung (PLN) hatte innerhalb der Sozialistischen Internationale (SI) stets die FSLN attackiert und das rechte Sperrfeuer gegen die Mittelamerikapolitik der SI effektiv unterstützt.

Arias' Vorgänger, Parteifreund und politischer Mentor, Luis Alberto Monge, hatte in seiner Amtszeit (1982-86) stets mehrere tausend Contras an der Grenze zu Nicaragua geduldet. Ähnlich der honduranischen Regierung hatte er einfach ihre Existenz gelehnet bzw. behauptet, daß die Contras, wie z.B. Eden Pastora und seine Truppe, von costaricanischem Boden aus nicht militärisch operierten. Im Gegenteil sei es Nicaragua, das ständig die costaricanische Souveränität verletze. Auch Arias hielt an dieser, die Tatsachen auf den Kopf stellenden, Demagogie fest – bis zum Ausbruch der Iran-Contra-Affäre in den USA im Herbst 1986. Dabei wurde auch die Verwicklung Costa Ricas in den Contra-Krieg aktenkundig.

In den Jahren 1982-86 waren es Monge, bzw. seine dem extrem konservativen Flügel der PLN angehörenden Außenminister, die zusammen mit den Regierenden El Salvadors und Honduras' mit unschöner Regelmäßigkeit die Bemühungen der Contadora-Gruppe, eine politische Lösung in Mittelamerika zu erreichen, auf Geheiß Washingtons im letzten Augenblick durchkreuzten.

Sie warfen dabei das internationale Gewicht Costa Ricas, als angeblich absolut friedlicher Staat, der seit 1948 ohne Armee ist, und als mustergültig angesehene Demokratie gegen Nicaragua in die Waagschale.

Daß man Washingtons Befehle befolgt,

liegt auch an der wirtschaftlichen Situation. Costa Rica hängt am Tropf der transnationalen Banken und westlichen Regierungen, darunter vor allem der USA. Von 1978-87 stieg die Auslandsverschuldung von 1,175 Mrd \$ auf ca. 4,5 Mrd \$. Theoretisch müßte das Land fast 50% seiner Exporteinkünfte für den Schuldendienst aufwenden. Mit seinen 3 Mio Einwohnern zählt es zu den Entwicklungsländern mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung.

Zwar ist Costa Rica aufgrund der unter der Führung der PLN eingeschlagenen keynesianischen Wirtschaftspolitik in einer günstigeren Lage als seine Nachbarn, doch haben die rückläufige Nachfrage und der Preisverfall bei den Hauptexportgütern Fleisch, Kaffee, Bananen und Zucker zusammen mit verteuerten Importen und der Hochzinspolitik der USA in den 80er Jahren zu einem wirtschaftlichen und sozialen Desaster geführt.

Zwar weist das „Modell Costa Rica“ mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 70 Jahren und einer Alphabetenrate von 10% relativ vorbildliche soziale Indikatoren auf, doch sind seit den Kriseneinbrüchen von 1978 und 1981/82 ca. 70% der Bevölkerung unter die Armutsgrenze gerutscht.

Das „Modell Costa Rica“, das auch häufig als die „Schweiz Mittelamerikas“ bezeichnet wurde, stützt sich auf drei Pfeiler:

Wirtschaftspolitisch ist dies eine starke Staatsintervention, die dem Kapital neue Anlagesphären bot durch Vorleistungen bei der Infrastruktur, günstige Kredite und Exportförderung. Gleichzeitig schuf der Staat direkt Arbeitsplätze in den Bereichen Verkehr, Energieversorgung, Bildung und Gesundheitswesen und indirekt im Privatsektor, versorgte die Bevölkerung mit staatlichen Dienstleistungen und gewährte eine gewisse soziale Sicherheit.

In der Vergangenheit unterstützte Costa Rica vorbehaltlos den Krieg der Contras

Innenpolitisch war das Modell mit einer relativ großen Liberalität verbunden. Es beinhaltete aber auch immer ein gewisses Maß an Repression gegen die Linke. Diese richtete sich vor allem gegen die größte Linkspartei, die kommunistische Partei der Volksavantgarde (PVP) und die ihr nahestehende bedeutendste Gewerkschaft Einheitszentrale der Werktätigen (CUT), deren Kern die vormals mächtige Bananenarbeiter-Gewerkschaft bildet.

Außenpolitisch war das Modell durch eine nichtpaktgebundene, gegen die lateinamerikanischen Diktaturen gerichtete



Die Militarisierung schreitet voran: US-Militärberater bilden Angehörige der „Zivilgarde“ aus (1985)

tete Linie gekennzeichnet. Dabei kam es immer wieder zu Konflikten mit den USA.

Die wirtschaftliche Dauerkrise seit den 70er Jahren hat das Modell zunehmend unterhöhlt. Die ökonomische Steuerungsfähigkeit des Staates wurde drastisch verringert. Die soziale Integrationskraft hat abgenommen. Der Repressionsapparat wurde ausgebaut und gegen Streiks und Demonstrationen verstärkt eingesetzt. Durch die Abhängigkeit vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und der US-Entwicklungsbehörde AID wurde Costa Rica in das Fahrwasser der Politik Reagans gebracht.

Es bildete sich eine politische Strömung heraus, die für die volle Durchführung der IWF-Programme, eine autoritäre Innenpolitik und die Beseitigung der sandinistischen Revolution mit allen Mitteln eintritt. Hauptträger dieser Orientierung sind die Finanzoligarchie und die weitgehend aus den Familien derselben stammenden Manager der Niederlassungen transnationaler Konzerne.

Von dieser Gruppe wird auch die Industrie- und Handelskammer, ohne deren Zustimmung kein Wirtschaftsminister ernannt und kein Haushalt verabschiedet wird, dominiert. Mit der Partei der Christlich-Sozialen Union (PUSC) verfügen diese Kräfte über eine starke Interessenvertretung. Sie ging 1984 aus einem Konzentrations- und Radikalisierungsprozeß der Parteien rechts von der PLN hervor. Bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Februar 1986 erreichte sie 41,4 bzw. 45,6% gegenüber 47,1 bzw. 52,4% für die PLN. Dies bedeutet eine Steigerung von jeweils 12% gegenüber 1982.

Auch innerhalb der PLN verfügen die extrem konservativen, neoliberalen und reaganistischen Kräfte über starken Einfluß. Bei der Bewegung der Präsidentschaftskandidaten innerhalb der PLN erhielt ihr Kandidat 97.000 Stimmen der Mitglieder, gegenüber 147.000 für den

zentristischen Kandidaten Arias, für den die Parteilinke zähneknirschend votiert hatte. Dem Kräfteverhältnis entsprechend erhielt die Rechte 40% der Kabinettsposten und nahm – wie unter Monge – die Schlüsselpositionen des Vizepräsidenten, des Wirtschafts- und des Außenministers ein.

Durch Massenaktionen konnten bisher unsoziale Maßnahmen wie Massenentlassungen im öffentlichen Dienst, Streichung von Lebensmittel- und Agrarpreissubventionen und Verweigerung von Krediten an kleine und mittlere Unternehmen abgemildert werden. Auf die Streiks im öffentlichen Dienst und die erste Massenaktion der Klein- und Mittelbauern gegen ihre drohende Existenzvernichtung im September 1986 reagierte die Regierung immer nach demselben Muster: zuerst brutale Tränengas- und Knüppelinsätze, dann Teilzugeständnisse wegen einsetzender Solidarisierung mit den Opfern.

Obwohl die Bauernorganisationen durch gemeinsame Aktionen im September d.J. die Regierung zum Eingehen auf ihre Forderungen zwangen und Gewerkschaften, Organisationen der Studenten und der Elendsviertelbewohner sich in der Nationalen Koordination zusammengeschlossen haben, leidet die Massenbewegung unter der Schwäche der Linken.

Diese beruht auf der tiefverwurzelten sozialpartnerschaftlichen Orientierung der Bevölkerung, den demoralisierenden Effekten von Arbeitslosigkeit, Verelendung und Repression und vor allem auf der gewerkschaftlichen und parteipolitischen Zersplitterung der Linken. Diese wurde noch verschärft, als sich die PVP 1984 und anschließend auch die CUT und das Linksbündnis Vereintes Volk spalteten. Letzteres hatte noch 1982 bei den Parlamentswahlen 6,4% der Stimmen erhalten.

Nun waren und sind Monge und Arias zwar prinzipielle Gegner jeglicher Links-

entwicklung, noch dazu direkt vor der eigenen Haustür. Doch sie setzten andere Prioritäten als die extreme Rechte und verfolgen eine andere Strategie gegenüber Nicaragua. Oberste Ziele ihrer Politik sind die Vermeidung von Krieg und Bürgerkrieg, Profite für die costaricanische Bourgeoisie als Ganze, und nicht nur für die mit dem transnationalen Kapital verbundene und auf dem Weltmarkt überlebensfähige Finanzoligarchie, und die Wahrung eines „sozialen Friedens“, um eine herrschaftsgefährdende Polarisierung zu vermeiden.

Schon Monge versuchte, gestützt auf die Empörung eines Teils der Weltöffentlichkeit über die US-Invasion in Grenada, Costa Rica aus der Verstrickung in den schmutzigen Krieg der USA mit der ihm innewohnenden Eskalationsgefahr zu lösen. Er proklamierte am 17.11.1983 feierlich die „ewige unbewaffnete Neutralität“ seines Landes und legte der Contra Beschränkungen auf. Acht Monate später kapitulierte er vor den USA, die den Geldhahn zugekehrt hatten, und vor der Handelskammer, die ultimativ eine neoliberale, autoritäre und antinicaraguanische Politik forderte und die Möglichkeit eines Putsches durchschimmern ließ.

Fortan wurde die Polizei (Zivil- und Landgarde) mit steigender Militärhilfe Washingtons und US-Militärberatern aufgestockt und mit Waffen ausgerüstet, wie sie sonst von Armeen benutzt werden. Pioniereinheiten der US-Streitkräfte bauten Flugplätze und Straßen, um den Zugang der Contras nach Nicaragua zu erleichtern und sie besser versorgen zu können.

Die Rechte überzog, als der Kandidat der PUSC während des Wahlkampfes im Herbst 1985 eine Truppe der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) unter Beteiligung Costa Ricas zur „Befrei-



Heidi Kückelhaus

Hinhaltetaktik der Regierung Azcona

ung" Nicaraguas forderte. Arias gewann als Kandidat des Friedens, der trotz scharfer Angriffe gegen die Sandinisten immerhin gegen die Eskalation der Aggression gegen Nicaragua, gegen die Duldung der Contra in seinem Land, eintrat. Mehrere Entwicklungen haben Arias zum Umdenken veranlaßt. Dazu gehört die Perspektivlosigkeit des Contra-Krieges, die vor allem durch ihre strategische Niederlage und die Zerschlagung der Truppen Eden Pastoras deutlich wurde. Damit einher ging die Schwäche der US-Politik, die durch die Iran-Contra-Affäre noch weiter zunahm. Ein weiterer Faktor ist die destabilisierende Wirkung, die der Krieg auf die Wirtschaft der Region ausübt und die auch durch die US-Wirtschaftshilfe nicht vollständig wettgemacht werden konnte. Die Konsequenz daraus zog Arias, indem er im Februar 1987 seinen Friedensplan vorlegte.

Arias setzt darauf, eine Konsolidierung der Revolution in Nicaragua durch die Stärkung der dortigen zivilen Rechtskräfte und durch die Einbindung des Nachbarn in einen wiederzubelebenden Gemeinsamen Mittelamerikanischen Markt (MCCA) zu verhindern. Das Handelsvolumen zwischen den Mitgliedern der MCCA war in den 80er Jahren von 1,2 Mrd \$ auf 400 Mio \$ gesunken. Dabei behilflich sein sollen die SI und die EG, mit der bereits zwei Konferenzen über eine Kooperation mit dem MCCA in San José abgehalten wurden.

Dieses Abweichen von der US-Strategie wurde von Washington prompt mit wirtschaftlichen Repressalien quittiert. Seit der Vorlage des Friedensplans von Arias hat Costa Rica, das in den vergangenen Jahren von den USA mit jeweils über 200 Mio \$ Wirtschaftshilfe für seine Judasdienste bedacht wurde, keinen Cent mehr erhalten. Handelspräferenzen wurden gestrichen und der Import bestimmter Waren aus Costa Rica untersagt oder eingeschränkt.

Die sonst übliche Unterstützung der USA bei Umschuldungsverhandlungen mit den internationalen Banken blieb aus. Der Minister des Präsidialamtes, John Biehl, der maßgeblich an der Ausarbeitung und Propagierung des Arias-Plans beteiligt war, wurde durch eine vom CIA lancierte Medien-Kampagne gestürzt.

Ob Costa Rica diesem wirtschaftlichen Druck, der von keiner der beiden Seiten zugegeben wird, standhalten kann, wird entscheidende Bedeutung für das Gelingen des Friedensabkommens haben. Denn sollte der mit dem Friedensnobelpreis gesalbte Arias sich beugen und Nicaragua die Schuld für ein eventuelles Scheitern der Friedensbemühungen in die Schuhe schieben, könnte sich das Kräfteverhältnis erneut zugunsten der Interventionspolitik Washingtons verschieben.

„Honduras ist das Land, das am wenigsten Probleme haben wird, das Abkommen von Guatemala zu erfüllen!“ Dies verkündete Präsident José Azcona nach seiner Rückkehr von der Unterzeichnung des mittelamerikanischen Friedensabkommens, das auch von der honduranischen Bevölkerung begeistert begrüßt wurde.¹

In der Praxis zeigte sich jedoch sehr bald, daß Honduras — derzeit der treueste Verbündete der USA in der Region — mit der Einhaltung des gegen den Willen der Reagan-Administration zustande gekommenen Vertrages keineswegs problemlos klarkam. Von Anbeginn handelte die Regierung Azcona nach der Devise, die Bedeutung des Vertrages herunterzuspielen, seine Erfüllung zu verschleppen und ansonsten auf weitere Instruktionen aus Washington zu warten.

So hielt z.B. Außenminister Carlos López Contreras in einer Rede vor dem Nationalkongreß die Ratifizierung des Abkommens durch die Volksvertretung für nicht erforderlich, da es sich nicht um ein internationales Abkommen, sondern nur um ein vorläufiges Dokument handele.² Er maß auch der Verpflichtung, 1988 Wahlen zu einem mittelamerikanischen Parlament abzuhalten, keine besondere Bedeutung bei.

Als sich seine Amtskollegen am 19./20. August 1987 versammelten, um Einzelheiten der Vertragsdurchführung zu diskutieren, erschien er erst kurz vor Schluß der Besprechungen.³ Im Oktober fuhr er gemeinsam mit Azcona und Militärführer Regalado Hernandez nach Washington, um bei Ronald Reagan und Caspar Weinberger persönlich Verhaltensmaßregeln einzuholen.

Die Obstruktionspolitik von Regierung und Militärführung — die Streitkräfte sind der wichtigste Machtfaktor im Land — offenbarte sich besonders in zwei Punkten: der Einberufung einer Nationalen Versöhnungskommission und der Entwaffnung und Ausweisung der von Honduras aus gegen Nicaragua operierenden Contra-Verbände.

Azcona weigerte sich zunächst, die Kommission einzuberufen, mit der Begründung, in Honduras bestehe dafür kein Bedarf, da es keine Guerilla und keine politischen Gefangenen gebe, kein Aus-



Honduras am Strick von Onkel Sam: Protest in Tegucigalpa

nahmerecht in Kraft sei und absolute Pressefreiheit herrsche.⁴ Damit widersprach er der vom costaricanischen Präsidenten Oscar Arias vertretenen allgemeinen Auffassung, wonach die Kommission auch in den Ländern zu bilden sei, in denen keine offenen militärischen Konflikte bestehen. Der Vertragstext sieht die Aufgabe der Kommission auch in der Überprüfung der Einhaltung der politischen und individuellen Rechte in den jeweiligen Ländern.

Warum sich Regierung und Militär trotz der angeblich so friedlichen und demokratischen Verhältnisse im Lande gegen die Etablierung der Kommission wehrten, ist leicht einzusehen. Denn eine ihrer wesentlichen Aufgaben bestünde in der Untersuchung der zahlreichen Fälle von Menschenrechtsverletzungen, die in den letzten Jahren von den „Sicherheitskräften“ und den ihnen angegliederten Todesschwadronen begangen wurden. Allein in den Jahren 1981-84 (der Amtszeit des berüchtigten Armeechefs Gustavo Alvarez) wurden nach Unterlagen des Menschenrechtskomitees CODEH mindestens 117 Menschen zum „Verschwinden“ gebracht.⁵

Vier dieser Fälle wurden jetzt vor dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte in Costa Rica aufgerollt. Damit wurde erstmals ein Staat vor diesem Gericht wegen Menschenrechtsverletzungen angeklagt, und die hondu-



US-Truppen bei einer Invasionsübung in Honduras

ranische Regierung müßte im Falle einer Verurteilung den Angehörigen der Opfer eine Entschädigung zahlen.⁶

Aber auch seit Alvarez' Sturz haben Folter, Verschleppungen und Morde an Oppositionellen keineswegs aufgehört. Die Versöhnungskommission könnte solche Übergriffe zwar kaum verhindern, würde aber sicherlich eine breite Öffentlichkeit über die erschreckenden Fakten informieren. Dabei käme vermutlich auch die Verwicklung des CIA in Aufbau und Arbeit der Repressionsorgane zur Sprache – woran weder die honduranische noch die nordamerikanische Regierung ein gesteigertes Interesse haben.

Ebenso stur gebärdete sich Honduras in der Frage der Contras, von denen nach Schätzungen etwa 10.000-15.000 in verschiedenen Lagern im Grenzgebiet zu Nicaragua stationiert sind. Der Friedensplan sieht deren Entwaffnung und Ausweisung binnen 90 Tagen vor.

Die Präsenz der Contra ist seit längerem schon in Honduras ein umstrittenes Thema. Durch ihre brutalen Übergriffe auch gegen die honduranische Bevölkerung, haben sich die Antisandinisten nicht gerade beliebt gemacht.

Zwar haben Regierung und Militär die Konterrevolutionäre jahrelang geduldet und – im Rahmen der US-Kriegsstrategie – auf verschiedene Weise unterstützt. Auch profitieren viele Geschäftsleute und Offiziere kräftig von den Lieferungen an die Contras. Auf der anderen Seite sind jedoch Teile der Bourgeoisie und wohl auch der Streitkräfte zunehmend besorgt darüber, was langfristig mit den „Freiheitskämpfern“ geschehen soll, wenn es diesen – was abzusehen ist – nicht gelingt, stabile Operationsbasen in Nicaragua aufzubauen, oder wenn Washington gar eines Tages den Geldhahn zudreht.

Aus dieser ambivalenten Interessenlage resultieren die oft widersprüchlichen Aussagen und Maßnahmen honduranischer Politiker und Militärs in der Contra-Frage, die auch jetzt wieder für Verwirrung sorgten. So erklärte General Re-

galado im September 1987, er sehe keinen Anlaß zur Ausweisung der Contras, da diese sich gar nicht in Honduras aufhielten. Azcona hatte zunächst angekündigt, bis November würden die „Rebellen“ aus Honduras abgezogen sein.⁷

Im Oktober machte er jedoch die Demokratisierung Nicaraguas zur Vorbedingung für die Ausweisung und verlangte sogar eine weitere Unterstützung der Contras durch die USA, falls das Nachbarland seine vertraglichen Pflichten nicht erfülle.⁸ Alles deutet darauf hin, daß Honduras nicht bereit ist, die Contras vertragsmäßig auszuweisen, solange deren Präsenz in Honduras von den USA weiterhin gewünscht wird.

Die vertragswidrige Haltung der Regierung blieb jedoch nicht unwidersprochen. In der honduranischen Bevölkerung hatte das Abkommen große Hoffnungen auf eine friedliche Lösung der Krise und die Rückgewinnung der nationalen Souveränität geweckt. Um wo empörter reagierte praktisch die gesamte Öffentlichkeit auf die von Washington diktierte Verschleppungspolitik der sowieso schon unbeliebten Regierung Azcona.

In den Monaten seit Unterzeichnung des Vertrages kam es zur Mobilisierung eines breiten Spektrums gesellschaftlicher Gruppen vom Unternehmerverband COHEP und der katholischen Kirche über die Universität, die bürgerlichen Oppositionsparteien, Berufs-, Gewerkschafts- und Cempesinoverbände bis hin zu Gruppen der bewaffneten Linken.⁹ Diese besetzten u.a. mehrere Radiostationen, um ihre Forderungen bekanntzugeben und damit die Behauptung Azconas, in Honduras gebe es keine Guerilla, Lügen zu strafen.

Einig sind sich alle Organisationen in der Forderung nach Erfüllung des Friedensabkommens. Darüber hinaus verlangen die im Koordinationskomitee der Volksorganisationen (CCOP) zusammengeschlossenen linken Massenorganisationen den völligen Abzug der US-Streitkräfte (die im Zuge permanenter Manö-

ver faktisch immer mit mehreren tausend Soldaten in Honduras präsent sind) sowie grundlegende gesellschaftliche Reformen, ohne die sich das Land nicht aus Unterentwicklung und Abhängigkeit befreien kann.

Daß die Forderung nach Erfüllung des Friedensabkommens bis hin zu Unternehmerverbänden unterstützt wird, hat auch wirtschaftliche Beweggründe. Die durch den mittelamerikanischen Konflikt hervorgerufene Instabilität hat in den letzten Jahren zu einer Kapitalflucht von 3,5 Mrd \$ geführt. Die Investitionen gingen allein von 1981-84 um 69% zurück. Trotz einer US-Hilfe von 1 Mrd \$ in den letzten sechs Jahren bleibt Honduras nach Haiti und Bolivien das drittärmste Land Lateinamerikas. 50% der Bevölkerung sind Analphabeten und 42% arbeitslos.¹⁰

Zum allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang gesellt sich außerdem eine direkte Betroffenheit durch die Anwesenheit der Contras. Nach Aussagen von Mauricio Hernandez, des Führers der mächtigen Vereinigung der Honduranischen Kaffeeproduzenten, wurden 12.000 Bauern im Department El Paraiso von den Contras vertrieben und damit Verluste von 14 Mio \$ verursacht.¹¹

Jedoch auch international gerät die Regierung zunehmend in Bedrängnis. Dies rührt nicht nur daher, daß die Nachbarstaaten zumindest formal mit der Erfüllung des Abkommens vorankommen und so Honduras in Zugzwang bringen. Die Regierung versteht auch die Weigerung des Bewilligungsausschusses des US-Repräsentantenhauses, die von Reagan geforderte Wirtschafts- und Militärhilfe für 1987/88 in Höhe von 100 bzw. 80 Mio \$ in voller Höhe zu bewilligen, als Wink mit dem Zaunpfahl. Der Ausschuß will lediglich 75 bzw. 35 Mio \$ locker machen.

Noch 1986/87 hatten die USA eine Ge-

Bananen bleiben der wichtigste Exportartikel



samthilfe von 270,7 Mio \$ gewährt. Kein Wunder, daß die Herrschenden in Honduras sich mehr und mehr isoliert fühlen: „Niemand will uns unterstützen außer Reagan, und dieser ist jetzt schwächer als je zuvor“, beklagte sich ein Führer der rechten Nationalen Partei.

Angesichts des massiven Drucks aus dem In- und Ausland stellte die honduranische Regierung am 5. Oktober doch noch die Bildung der Versöhnungskommission in Aussicht.¹² Allerdings wurden der Kommission (Vorsitzender: Erzbischof Santos) von vornherein weitgehend die Hände gebunden.

Azcona gab zu verstehen, es gehe nur um die formale Erfüllung der Vertragsbestimmungen. Die Kommission habe keine spezifische Funktion zu erfüllen und sei insbesondere nicht befugt, zurückliegende oder aktuelle Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen.

**Die Hilfgelder der USA
wiegen die durch den Konflikt
verursachten wirtschaftlichen
Verluste nicht auf**

In der Frage einer durch das Abkommen geforderten Amnestie verwickelte sich die Regierung in ähnliche Widersprüche wie in der Frage der Nationalen Versöhnungskommission und der Contras. Im August 1987 hatte Azcona erklärt: „Wir brauchen keine Generalamnestie zu gewähren. Wozu sollen wir sie gewähren, wenn es keine politischen Gefangenen gibt?“¹³

Bei seinem Besuch in den USA im Oktober 1987 erklärte er jedoch bereits, daß eine Amnestie verkündet würde, damit niemand sagen könne, die Regierung erfülle das Abkommen nicht. Er gab dann auch zu, daß es politische Gefangene gäbe. Es sind jedoch wenige, denn, so der prominente Rechtsanwalt Julio Reyes Caballero, „wovon es mehr gibt, sind politische Tote...“¹⁴

Ende November 1987 verabschiedete der honduranische Kongreß schließlich eine Amnestie, die für Zivilisten und Militärs gilt, welche in politische Delikte verwickelt sind. Alle Gefangenen sollen sofort freigelassen, Gerichtsverhandlungen eingestellt werden. Zudem werden Anklagen gegen 300 Bauern, die an Landbesetzungen beteiligt waren, fallen gelassen.¹⁵

Auch in der Contra-Frage geriet die Regierung allmählich immer mehr in Zugzwang, vor allem deshalb, weil Nicaragua seine vertraglichen Verpflichtungen pünktlich erfüllte. Damit entfiel für Honduras jeder Vorwand zur Beharrung auf der bisher geübten Taktik. Und die Regierung sah sich gezwungen, einige kosmetische Zugeständnisse zu machen:

Anfang November 1987 mußten die offiziellen Vertreter der Contra-Organisationen ihre Büros in Tegucigalpa schließen und wurden offiziell ausgewiesen. Die Contra-Lager wurden teilweise abgebaut und auf ein Operationsniveau reduziert, das es möglich macht, sie in kurzer Zeit (vorübergehend?) aufzulösen, wenn die internationale Verifizierungskommission, die mit der Kontrolle der Vertragserfüllung betraut ist, das Land besucht.¹⁶

Offen bleibt die Frage, ob Honduras wirklich unter Umständen bereit sein könnte, die Contras zu verbannen, wie man in letzter Zeit – einem Bericht der International Herald Tribune zufolge – anscheinend in Tegucigalpa munkelt. Angesichts der massiven Abhängigkeit von den USA scheint dies – solange die Reagan-Administration auf einer Unterstützung der Contra beharrt – immer noch sehr unwahrscheinlich.

Eine Meldung läßt allerdings aufhorchen: In einem Newsweek-Interview erklärte Daniel Ortega Mitte November,¹⁷ Honduras habe sich bereit erklärt, die Contras zu entwaffnen und eine weitgehende Entmilitarisierung der Grenzregion vorgeschlagen, die sogar die Präsenz von US-Militäreinrichtungen ausschloß. Dafür müsse Nicaragua sich verpflichten, das Grenzgebiet nicht zu verminen, die schwere Artillerie zurückzuziehen und die Contras nicht mehr nach Honduras hinein zu verfolgen (wozu allerdings kein Anlaß bestünde, wenn diese tatsächlich entwaffnet würden).

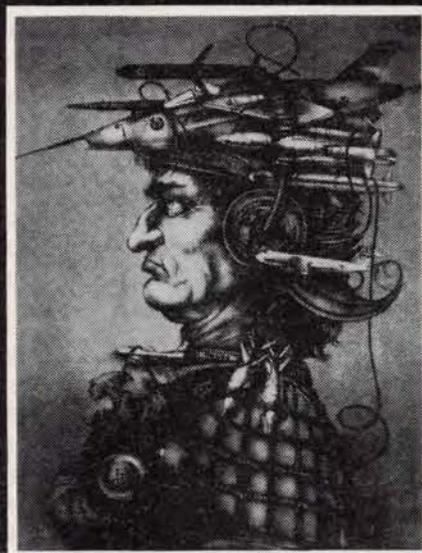
Es bleibt abzuwarten, ob der Friedensprozeß, der bereits Erstaunliches in Gang gebracht hat, auch in Honduras ein kleines Wunder auslöst.

Anmerkungen:

- 1) Boletín del CEDOH, Honduras, Nr. 76/August 1987
- 2) Vgl. Pensamiento Propio (PP), Managua, Nr. 46/November 1987
- 3) Boletín..., a.a.O.
- 4) Vgl. Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 18./19.10.1987 und Boletín ..., Nr. 77/September 1987
- 5) Vgl. Barricada Internacional (Bar. Int.), Managua, 24.9.1988
- 6) Siehe: Inforpress Centroamericana (IC), Guatemala-Stadt, 15.10.1987 und International Herald Tribune (IHT), Paris, 10./11.10.1987
- 7) Vgl. Boletín..., Nr. 76 und Nr. 77
- 8) Siehe: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.10.1987
- 9) Vgl. die Verlautbarungen verschiedener Organisationen in: Boletín ..., Nr. 76 und 77; IC, 22.10.1987 und Informaciones, Yoro, Nr. 9/August-Oktober 1987
- 10) Angaben nach: PP, a.a.O. und IC, 26.11.1987
- 11) PP, a.a.O.
- 12) Vgl. IC, 29.10.1987; Bar. Int., 5.11.1987 und Boletín..., Nr. 78/Oktober 1987
- 13) Informaciones, a.a.O.
- 14) Ebd.
- 15) NZZ, 3.12.1987
- 16) Vgl. IHT, 16.11.1987
- 17) Vgl. Frankfurter Rundschau, 17.11.1987

Informationsdienst
Wissenschaft & Frieden

Der Informationsdienst ist die einzige Publikation in der Bundesrepublik und Berlin (West), die sich kontinuierlich mit dem Fragenkomplex Wissenschaft – Frieden – Krieg befaßt. Er wird herausgegeben von Ulrich Albrecht * Jürgen Altmann * Armin Bechmann * Ger- not Böhme * Ulrich Briefs * Egbert Brieskorn * Helga Genrich * Jutta Held * Jörg Huffschild * Robert Jungk * Knut Krusewitz * Hans Jürgen Krysmanski * Helmut Ridder * Rainer Rilling * Jürgen Schneider * Ekkehard Sieker * Jörg Siekmann * Gert Sommer * Gerda von Staehr * Peter Starlinger * Marie Veit * Herbert Wulf * Der Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) fungiert als Verlag * Die Zeitschrift erscheint fünf mal im Jahr (40-50 Seiten) und kostet 5,- DM. im Jahresabonnemenent 25,- DM für Berufstätige, 20,- für Schüler, Studenten, Arbeitslose und Zivildienstleistende. Redaktion: Paul Schäfer (verantwortl.), Rainer Rilling. Anschrift: Reuterstraße 44, 5300 Bonn, Telefon 02 28 / 210 744. **Kostenloses Probeexemplar anfordern!**



Themen 30 Jahre Göttinger Erklärung * B- und C-Waffen: Neue Impulse durch die Gentechnik * Computer und Krieg * EUREKA * Euro-SDI * Feindbilder * Frauen und Frieden * Friedensarbeit in Betrieben u. Großforschung * Friedensforschung in der DDR * Friedenspädagogik * Hippokrates und Holo-caust * Katastrophenmedizin * Kriegswaren und gute Industrieform * Kultur & Krieg * Laserwaffen im Weltraum * Logik der Abschreckung * Mathematik und Militärwesen * Militarisierung der Psychologie * Navigationssatelliten und Atomkriegsstrategie * Nuklearnacht – Nuklearwinter * Pentagon und Datenschutz * Philosophie des Friedens * Pugwash-Nachrichten * Friedenswissenschaft an den Hochschulen * Rüstung und Wissenschaftsfreiheit * Rüstungsethik der Naturwissenschaften * Rüstungsforschung und Dritte Welt * Rüstungswirtschaft-Konversion * SDI und Rüstungsökonomie * SDI-Aufträge in der Bundesrepublik * SDI-Software * SIPRI – Ein Portrait * SPIN-OFF der Rüstungsforschung: die IABG-Studie * Sowjetische Rüstung * Sozialabbau und Aufrüstung * Test-stopp * US-Raumstation und Militär * Umweltzerstörung durch Militär * Wie friedlich ist die Soziologie? * Zivilschutzgesetz ... und vieles andere mehr

Rüdiger Theune/Reiner Rischmüller

Kampagne für das „gesamte Projekt Nicaragua“

Seit Ende 1985 läuft auf Wunsch der nicaraguanischen Regierung weltweit die Kampagne „Nicaragua muß überleben“. Sie hat zum Ziel, Nicaragua mit dringend erforderlichen Importgütern zu versorgen.

In der Bundesrepublik kommt die Kampagne eher schleppend voran. Zwar wurden seit Ende 1986 rund 700.000 DM gesammelt, aber die örtlichen Bündnisse, die die Spendensammlung vorantreiben könnten, sind rar.

Eine Ausnahme bildet Hamburg. Für den Nicaragua-Verein Hamburg begründen Rüdiger Theune und Reiner Rischmüller die Notwendigkeit der Kampagne. Und sie zeigen anhand der Hamburger Erfahrungen die Möglichkeiten auf, die sie zur Verstärkung der politischen und materiellen Solidarität mit Nicaragua bietet.

Ein wesentliches Merkmal von Solidarität scheint uns zu sein, diejenigen anzuhören, die unsere Solidarität fordern und brauchen. Solidarität sollte also nicht unseren Wünschen, sondern ihren Bedürfnissen genügen.

Die Völker Mittelamerikas haben auch am Beispiel Nicaragua gelernt, daß die Unterdrückung der Menschen dieses Kontinents durch US-gestützte Regimes sehr wohl zu durchbrechen ist, daß die Bauern ihren Boden bekommen, daß man „Lesen und Schreiben“ lernen kann, daß Gesundheit kein Luxus ist.

Alle Erfolge, die mit der Revolution erzielt wurden, alle Bemühungen, der armen Bevölkerung in Stadt und Land ein menschenwürdiges Leben zu sichern, wurden seit dem Amtsantritt der Regierung Reagan 1981 versucht zu zerstören. Diese Erfolge und ihre Ausstrahlung auf die anderen Völker nennt die US-Regierung „Revolutionsexport“. Und ihre Antwort zeigt Wirkung: Krieg und Kriegszerstörung, Wirtschaftsembargo, Druck auf internationale Finanzorgani-

sationen und der Verfall der Weltmarktpreise für Rohprodukte aus den „unterentwickelten“ Ländern.

Im Dezember 1985 trat die nicaraguanische Regierung an die Weltöffentlichkeit mit dem dringenden Aufruf zu einer weltweiten Kampagne „Nicaragua muß überleben“. Die Botschaft Nicaraguas in Bonn schrieb damals: „Angesichts der Verarmung unserer Nation und der Ausbeutung, unter der wir Jahrzehnte lang gelitten haben, angesichts der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Aggression der US-Regierung, der wir Tag für Tag ausgesetzt sind, wenden wir uns heute an die internationale Solidarität und fordern sie auf, die Kampagne „NICARAGUA MUSS ÜBERLEBEN“ zu ihrer Kampagne zu machen und dadurch ganz konkret den Überlebenskampf Nicaraguas zu unterstützen.“ Nicaragua fehlen jährlich mehr als 200 Mio Dollar zur Versorgung der Bevölkerung.

In Nicaragua wurde eine „interministerielle Institution“ gegründet, die „Comision Coordinadora de la Campana

Nicaragua debe sobrevivir“ (CCNDS), die versuchte, mit Hilfe der Basisorganisationen (Gewerkschaften, Stadtteilkomitees, Verbänden, Kirchengruppen, Schulen) eine Mängelliste zu erstellen. Örtlich und regional wurden danach Prioritäten besprochen, um möglichst einvernehmlich mit dem Mangel umzugehen.

Und so schwer es fiel: Die Einsicht in eine geplante, gerechte Verteilung war groß. Ein Regierungsdekret von Ende 1986, das die Anmeldung von Devisen und Spenden verlangt, zielt in die gleiche Richtung: Nicht wer zufällig einen „Geber“ hat, soll empfangen, sondern die gemeinsame Entscheidung über die Bedürftigkeit ist von Bedeutung.

Die Kampagne „Nicaragua muß überleben“ wird in Europa und in der BRD zentral organisiert: Das ergibt eine maximale Nutzung der Devisen, durch Großeinkäufe, minimale Transportkosten und organisatorische Vereinfachungen. Die für die Versorgung der Bevölkerung Nicaraguas notwendigen Güter wurden auf die Solidaritätsbewegungen der verschiedenen Länder aufgeteilt.

Aus der Liste von ca. 170 Posten sind damals 9 herausgesucht worden, deren Finanzierung allen Gruppen und Freunden Nicaraguas in der BRD angetragen wurde: Medikamente, landwirtschaftlicher Bedarf, Bau- und Unterrichtsmaterial – jeweils in großen Mengen.

In der Solidaritätsbewegung mit Nicaragua in der BRD war diese Kampagne trotzdem umstritten: Viele Gruppen und Organisationen hatten bereits „ihr“ Solidaritätsprojekt, hatten Menschen über die „Anschaulichkeit“ „ihrer“ Schule, Kooperative oder Gesundheitsstation an die Problematik Nicaragua herangeführt.

Die Vertreter Nicaraguas haben zu diesem Problem immer wieder betont, daß es gilt, die Kampagne „Nicaragua muß überleben“ nicht gegen die vielen kleinen Projekte durchzuführen, sondern als zusätzliche, von allen gemeinsam getragene Anstrengung. Es ging ihnen darum, einen Teil der für die Bevölkerung notwendigen Grundversorgung – der weder durch Exporteinnahmen noch durch Kredite finanziert werden kann – durch die internationale Solidaritätsbewegung zu erhalten – ohne Bedingungen und nach ihren Erfordernissen.

Selbst zum Häuserbau fehlen die wichtigsten Materialien

Nicaragua



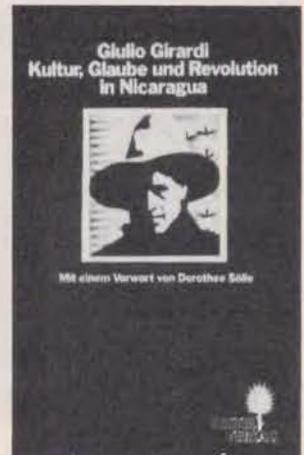
Die Hamburger Solidaritätsbewegung hat mit der Initiative des Nicaragua-Komitees und Nicaragua-Vereins versucht, diesem Anspruch nachzukommen. Wir waren der Meinung, daß es sich um eine höchst politische Kampagne handelt, weil sie:

1. Solidarität mit der ganzen Revolution und Vertrauen in die Verantwortlichen in Nicaragua und in ihre Entscheidungen bedeutet, und
2. die Möglichkeit bietet, zu demonstrieren, daß die Solidarität mit dem bedrängten Nicaragua unsere gemeinsame Angelegenheit ist, unabhängig vom hiesigen politischen und gesellschaftlichen Standort.

Die Erfahrungen, die wir in den letzten 12 Monaten in Hamburg mit der Kampagne gemacht haben, bestätigen uns darin, daß es richtig ist, neben den vielen Einzelprojekten diese Kampagne durchzuführen: Nicht nur die 170.000 DM, die gespendet wurden, zählen dabei, sondern ebenso wichtig ist, daß ein großes Bündnis der unterschiedlichsten Organisationen und Gruppen entstanden ist, die neben den wichtigen Einzelprojekten diese Kampagne nutzen, um die gemeinsame Solidarität propagandistisch wirkungsvoll zu demonstrieren.

Wir haben in Hamburg gemeinsam Unterschriften gegen die Contra-Finanzierung gesammelt, wobei jede Unterschrift mit einer Spende von mindestens 3 DM verbunden war. Wir haben gemeinsame große Veranstaltungen durchgeführt, um die Gemeinsamkeit und die Vielfalt der Nicaragua-Solidarität zu demonstrieren. Wir werden weitere gemeinsame Aktionen, wie eine symbolische „Geldumtausch-Aktion DM gegen Cordoba“ durchführen und die Diskussion zwischen den unterschiedlichsten Gruppen und Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und Initiativen verstärken. Auch gemeinsam vertriebene Kalender, Aufbausteine, Feuerzeuge – unter dem Motto „Nicaragua muß überleben“ – sind ein Beitrag zu einer einplanbaren, nicht an Bedingungen geknüpften Hilfe. Sie erleichtern eine Diskussion jenseits von eigenen Identifikationsobjekten in Nicaragua. Eine weitere Erfahrung, die wir in Hamburg gemeinsam gemacht haben: Die materielle und ideelle Unterstützung der Einzelprojekte hat nicht ab-, sondern zugenommen – gerade durch eine gemeinsame Arbeit für das „gesamte Projekt Nicaragua“.

Aktions- und Materialspiegel



Bücher und Broschüren

Da mittlerweile eine unüberschaubare Zahl an Publikationen vor allem zu Nicaragua und El Salvador erschienen sind und Neuerscheinungen im AIB regelmäßig vorgestellt werden, sei hier – mit wenigen Ausnahmen – nur auf Bücher und Broschüren verwiesen, die 1987 erschienen sind.

Mittlerweile zum dritten Mal wurde 1987 das Standardwerk zu Mittelamerika Dieter Boris/Renate Rausch (Hg.), Zentralamerika. El Salvador, Guatemala, Nicaragua, Honduras, Costa Rica, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1987, 3. Aufl., 405 S., 14,80 DM aufgelegt. Dieser Band bietet eine Gesamtübersicht über die Region Mittelamerika unter besonderer Berücksichtigung der historischen Hintergründe.

Aus der Weissen Reihe, die die Edition Nahua seit 1986 verlegt, sind 1987 folgende Schriften erschienen:

Teofilo Cabestrero, Unschuldiges Blut. Zeugenaussagen aus dem Contra-Krieg gegen Nicaragua, Edition Nahua, Wuppertal 1987, 146 S., 14,80 DM.

Die Aussagen der Contra-Opfer, die T. Cabestrero, ein in Panama lebender Priester, während seines Aufenthaltes in Nicaragua aufgeschrieben hat, spiegeln die traurige Realität des schmutzigen Contra-Krieges gegen die Zivilbevölkerung wider.

Christliche Initiative Romero u.a. (Hg.), Jenseits der Propaganda. Die Lage der Menschenrechte in Mittelamerika, Edition Nahua, Wuppertal 1987, 80 S., 8 DM.

Der Band beschäftigt sich mit der „Menschenrechtskampagne“ der CDU, der Unabhängigen Menschenrechtskommission in Nicaragua (CPDH) sowie der Lage der Menschenrechte in El Salvador, Guatemala und Nicaragua. Helmut Frenz schrieb das Vorwort.

Heinrich Albertz, Erich Fried, Wo liegt Nicaragua? Gedichte und ein Gespräch, Edition Nahua, Wuppertal 1987, 80 S., ca. 10 DM.

„Nicaraguas Handel stockt“ sagen die, die ihn blockieren
 „Nicaraguas Wirtschaft ist krank“ sagen die, die sie vergiften

„In dem Land wird blutig gekämpft“ sagen die Waffenschieber

„Man lebt dort nicht wirklich frei“ sagen die, die die Mörder besolden

„Die Gutinformierten“ nennt Erich Fried dieses Gedicht, das dem obengenannten Band entnommen ist. Neben seinen prosaischen Gedanken über Nicaragua findet sich am Schluß des Buches ein Gespräch, daß der in London le-

bende Fried mit Pastor Albertz und Albert Luther vom Infobüro Nicaragua im März 1987 führte.

Reinhard Pohl (Hg.), Brigaden für Nicaragua, Magazin-Verlag, Kiel 1987, 48 S., 4 DM.

Werner Kosak schrieb Anfang 1986 eine Diplomarbeit über Solidaritätsbrigaden in Nicaragua. Im 17. Band der Reihe „BRD und Dritte Welt“ wurden im April 1987 wichtige Ergebnisse seiner Untersuchung veröffentlicht. Sind die Brigaden auch eine neue Form des Tourismus in Nicaragua? Diese und andere Fragen klärt die Broschüre.

Anita Wörlein, Weil wir Christen sind – Kirche in Nicaragua, Pahl-Rugenstein, Köln 1987, 212 S., 14,80 DM.

Die Autorin, der Nicaragua durch zahlreiche Aufenthalte gut bekannt ist, analysiert in ihrem Buch die Position der Kirche des kleinen mittelamerikanischen Landes. „Weil wir Christen sind, sind wir Revolutionäre“, sagen die Gläubigen, die die Revolution mittragen.

Ihnen gegenüber steht die Amtskirche, die die neue Politik kritisiert. Dieser Konflikt wird neben der historischen Entwicklung der Kirche Nicaraguas herausgearbeitet. Anita Wörlein geht dabei auch auf die Folgen des Papstbesuches vom März 1983 ein.

Giulio Girardi, Kultur, Glaube und Revolution in Nicaragua, Distel Verlag, Heilbronn 1987, 85 S., 14 DM.

Girardi, der in Kairo geborene ehemalige Salesianer-Priester, veröffentlichte schon mehrere Bücher zum Thema Glaube und Revolution. In seinem neuen Buch reflektiert er die „Beziehung zwischen Christentum und Marxismus“, wie Dorothee Sölle es in einem Vorwort formuliert.

Frank Niess, Das Erbe der Conquista. Geschichte Nicaraguas, Pahl-Rugenstein, Köln 1987, 498 S., 19,80 DM.

Der Untertitel des neuen Niess-Buches „Geschichte Nicaraguas“ faßt das Anliegen des Autors treffend zusammen. Die umfassende Beschreibung reicht von der Eroberung durch die Spanier über den Kampf Sandinos bis hin zum neuen Nicaragua. Es ist ein Standardwerk für alle, die sich fundiertes historisches Wissen über das heutige Nicaragua aneignen wollen.

Eduardo Galeano/Tomás Borge, Verteidigt Nicaragua!, Edition Nuevo Hombre, Wuppertal 1987, 32 S., 3 DM.

Tomás Borge, der einzige noch lebende Mitbegründer der FSLN, heute Innenminister Nicaraguas, und Eduardo Galeano, uruguayischer Schriftsteller, verdeutlichen in diesem Bändchen, wie wichtig es ist, weiterhin für ein freies Nicaragua zu kämpfen und den revolu-

Spendenkonto 527 055-602
Postgiro Frankfurt

ASK Sonderkonto Erich Wulff
 Stichwort: „Nicaragua muß überleben!“



tionären Prozeß am Leben zu halten. Christliche Arbeiterjugend u.a., Nicaragua Libre, Edition Nahua, Wuppertal 1987, 48 S., 16,80 DM.

Dieser Band, der in drei Sprachen (Deutsch, Englisch, Spanisch) verfaßt wurde, streift wichtige Lebensbereiche des nicaraguanischen Volkes und untermalt sie mit einprägsamen Schwarz-Weiß-Fotos.

Ein zweiter Bildband Cordelia Dilg, Nicaragua. Bilder der Revolution, Pahl-Rugenstein, Köln 1987, 128 S., 29,80 DM

illustriert eindrucksvoll die alltägliche Realität Nicaraguas. „Ich versuche zu verstehen, was die Revolution ausmacht, und meine Fotos sollen dies vermitteln“, sagt die Autorin über ihren Band.

Informationsstelle El Salvador (Hg.), Das Modell El Salvador, Edition Nahua, Wuppertal 1987, 128 S., 16,80 DM.

Verschiedene Autoren arbeiteten an diesem Buch mit, das in zwei Teile gegliedert ist: Teil I beschäftigt sich mit der historischen Entwicklung des Landes; Teil II geht auf die aktuelle Situation ein. So schreibt Gaby Gottwald beispielsweise über die Politik der Bundesregierung gegenüber El Salvador.

John MacLean, El Salvador. Der Krieg gegen die Zivilbevölkerung, Schmetterling Verlag, Stuttgart 1987, 104 S., 9,50 DM

ist eine komprimierte Darstellung eines Krieges „niederer Intensität“, der auf allen gesellschaftlichen Ebenen geführt wird. Das Buch läßt Betroffene zu Wort kommen und liefert eine aktuelle Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kräfteverhältnisse in El Salvador.

Wolfgang Dietrich, Honduras, Heidelberger Dritte Welt Studien 22, Heidelberger Verlagsanstalt, Heidelberg 1987, 322 S., 29 DM.

„Ein Demokratisierungsversuch zwischen Repression, Revolution und Resignation“, unterteilt der Autor sein umfangreiches Buch. Bevor Dietrich auf die gegenwärtige politische Lage Honduras eingeht, umreißt er vorab die „Geschichte von der Entdeckung bis zu den Wahlen 1982“.

Ricardo Andino u.a., Gamison Honduras. Ein bitterarmes Land im Griff des Pentagon, Edition Nahua, Wuppertal 1987, 216 S., 25 DM. Dem Autorenteam ist es mit diesem Buch gelungen, eine komplexe Darstellung des Zusammenspiels zwischen Honduras und den USA auf den Markt zu bringen. Honduras, heute einer der treuesten Vasallen der Reagan-Administration, transformierte in einem langen Prozeß zum souveränitätslosen Satelliten der Vereinigten Staaten. Die spezifische Entwicklung dieses „größten Flugzeugträgers Washingtons in Mittelamerika“ zeigt die Ver-

öffentlichung detailliert auf. Horst-Eckart Gross, Guatemala. Bericht über einen verdeckten Krieg, Weltkreis-Verlag, Dortmund 1986, 245 S., 14,80 DM.

Gross' Recherchen im „Land der Vulkane“ bringen dem Leser die politische und gesellschaftliche Lage des heutigen Guatemala nahe. In seinen zahlreichen Gesprächen mit Guatemalteken konnte er sich unverblümt über die Realität informieren. Dabei sprach er nicht nur mit der Zivilbevölkerung, sondern auch mit Guerilleros und Angehörigen des Militärs.

Regenbogenfraktion im Europa-Parlament, Grün Alternatives Europäisches Bündnis (GRAEL) (Hg.), Guatemala. Nach der „Demokratischen Öffnung“, o.O. 1987, 168 S.

Vier Frauen aus der Stuttgarter Guatemala-Solidaritätsgruppe und eine Delegation der GRAEL verarbeiten in dieser Broschüre ihre Erfahrungen nach einem Aufenthalt in Guatemala. Sie gehen der Frage nach, inwieweit die Wahl Cerezos zum Präsidenten des Landes, dem Demokratisierungsprozeß förderlich ist. Bezug: Informationsstelle Guatemala (s.u.) Manfred Ernst/Söhnke Schmidt (Hg.), Demokratie in Costa Rica. Ein zentralamerikanischer Anachronismus?, FDCL, West-Berlin 1986, 222 S., 19,80 DM.

In 17 Beiträgen gibt das Buch einen umfassenden Überblick über die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme des Landes. Es untersucht vor allem die Auswirkungen der Wirtschaftskrise und des mittelamerikanischen Konflikts auf das politische System, die Beziehungen zu den USA und stellt soziale und politische Gegenbewegungen dar.

Kontakte, Materialien, Spenden

Das Informationsbüro Nicaragua e.V. (Hofaue 51, 5600 Wuppertal, Tel. 0202/ 4936305) koordiniert die Tätigkeit von Nicaragua- und Mittelamerikagruppen, informiert über die Entwicklungen in Nicaragua und organisiert Kampagnen und Brigaden.

Bücher, Broschüren, Plakate, Buttons, die Zeitschrift „Envio“ (Abo halbjährlich 28 DM) und andere Materialien zu Nicaragua und anderen mittelamerikanischen Ländern vertreibt Edition Nahua (Postfach 101320, 5600 Wuppertal, der Verlag des Infobüros.

Spenden für die Kampagne „Nicaragua muß überleben“ und das Kaffeeverarbeitungsprojekt „La Paz del Tuma“ gehen auf das Konto des Infobüros Nr. 976738, Stadtparkasse Wuppertal.

Edition Nuevo Hombre (Siegfriedstr. 50, 5600 Wuppertal, Tel. 0202/ 744193) hat sich auf Publikationen zu Nicaragua spezialisiert. Dazu

gehören Kunstkalender, vierfarbige Bücher zur nicaraguanischen Malerei, Plakate, Postkartenserien und Bücher nicaraguanischer Autoren. Die Informationsstelle El Salvador e.V. gibt zusammen mit dem Infobüro Nicaragua, mit dem sie dasselbe Büro teilt (s.o.), einen monatlichen Rundbrief heraus. Sie koordiniert die Aktivitäten der El-Salvador-Komitees. Diese unterstützen gemeinsam den Aufbau der neuen Front der FMLN/FDR im Südwesten El Salvadors. Spendenkonto: Mittelamerika-Sekretariat, Postgiroamt München, Kto. Nr. 72060-802. Zu dieser Kampagne ist eine Broschüre erschienen, die für 5 DM bei der Infostelle bezogen werden kann.

Die FMLN/FDR unterhält eine Vertretung in der Bundesrepublik (Schumannstr. 13, 5300 Bonn, Tel. 0228/ 222201). Sie gibt monatlich den „El Salvador Report“ (Abo 20 DM) und andere Materialien der FMLN/FDR heraus. Spendenkonto: Cornejo, Ribera, FMLN/FDR El Salvador, Kto. Nr. 1205378300, BfG Bonn. Die Informationsstelle Guatemala e.V. (Heerstr. 205, 5300 Bonn, Tel. 0228/ 634552) koordiniert die Guatemala-Solidarität und gibt einen monatlichen Rundbrief heraus. Die Infostelle sammelt u.a. Spenden für die kämpferische Gewerkschaft UNSIRAGUA und den URNG-Sender „Voz Popular“. Spendenkonto Nr. 311580-508, Postscheckamt Köln.

Die Christliche Initiative Romero e.V. betreibt vor allem Öffentlichkeitsarbeit zu Mittelamerika. Sie gibt regelmäßig das Bulletin „Presente“, die Zeitungen „Brennpunkt Mittelamerika“ und „Nicaragua heute“ heraus. Sie vertreibt und publiziert Bücher und Broschüren. Sie unterstützt Basisgemeinden in Nicaragua, El Salvador und Guatemala sowie ein Wasserversorgungsprojekt in San Carlos (Nicaragua). Spenden auf das Konto Nr. 3112200, Darlehenskasse im Bistum Münster. Stichworte „Basisgemeinden“ mit dem jeweiligen Ländernamen, „San Carlos – Wasserversorgung“ und „Öffentlichkeitsarbeit“.

Zum Arbeitsbereich des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK) (Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, Tel. 069/ 709060) für Afrika, Asien und Lateinamerika gehört auch die Mittelamerika-Solidarität. Das ASK beteiligt sich an und organisiert Spendenkampagnen und verbreitet Informationsmaterialien, die beim Solidaritätsshop Dritte Welt (gleiche Adresse, Tel. 069/ 778863) bezogen werden können. Hier sind auch Plakate, Anstecker, Broschüren, Bücher, Schmuck, Kunstgegenstände sowie Kaffee aus Nicaragua erhältlich. Das ASK beteiligt sich an der Kampagne „Nicaragua muß überleben“. ASK-Sonderkonto Erich Wulff, Nr. 527055-602, Postscheckamt Frankfurt, Stichwort: „Nicaragua muß überleben“.

Mapa de

Map of

Landkarte von

NICARAGUA

Escala
Scale
Maßstab

1:1 000 000

Con texto en castellano, inglés y alemán
With text in spanish, english and german
Mit Text in Spanisch, English und Deutsch

Instituto Nicaragüense de Turismo
Apartado Postal 122
Managua/Nicaragua libre

Edition Nuevo Hombre
Siegfriedstr. 50
D-5600 Wuppertal 1/ RFA
ISBN 3-88943-052-X



W. Bröner, Inhaftierung und Folterung von Kindern	10/14
J. Becker, Offensive Angolas gegen Destabilisierung	11/47
M. Kolter, James Madhlope Philipps ist tot	11/35
BRD-Infodienst	1-2/77, 3/45, 4/53, 6/52, 6/53, 7/77, 8/53, 9/45, 10/49, 11/57
Kurzinformationen	10/50, 11/58

Sudan	
Kurzinformation	9/47

Südkorea	
A. Krajczek, Neuaufschwung der Oppositionsbewegung	5/14
R. Werning, Reportagen aus Südkorea	8/34, 9/12, 10/26
N. Biver, Arbeiter fordern ihr Recht	9/14
A. Krajczek, Adler läßt Federn	10/28
BRD-Infodienst	1-2/77
Kurzinformationen	4/54, 6/54, 7/78, 11/58

Surinam	
Kurzinformationen	1-2/79, 10/50

Syrien	
L. Burhani, Schafft Syrien den inneren Frieden im Libanon?	4/19
Kurzinformation	8/54

Tschad	
Kurzinformationen	1-2/78, 3/46, 5/59, 9/ 3

Tunesien	
Kurzinformation	1-2/78

Türkei	
C. Pauli, Vom Folter- zum Urlaubsland	11/23
BRD-Infodienst	3/44, 5/58, 7/77, 8/53, 11/57
Kurzinformationen	5/60, 8/54, 9/46

Uruguay	
A. Gonzales, Bewährungsprobe für die Demokratie	9/30
Kurzinformation	4/54

Vietnam	
G. Giesenfeld, 6. Parteitag der KP Vietnams	3/16
E. Kempf, Vietnams Kampf gegen das Ökozid	3/31
G. Giesenfeld, Vietnamfilm „Platoon“	6/49

Westsahara	
L.A. Heinrich, Wiederaufflammen des Westsaharakrieges	7/16
Kurzinformation	5/59

Zaire	
N. Biver, US-Militärstützpunkt in Zaire	7/36

Regionen

Afrika/Südlisches Afrika	
J. Becker, Der RNM und seine Sponsoren	1-2/10
J. Becker, Banda – Südafrikas Komplize	3/ 8
Erdöl/Afrika (KI)	4/54
Südlisches Afrika (KI)	4/55
M. Schuck, Kirchentag gegen Apartheid	5/ 4
Sonderheft 2/1987: Hunger ist kein Schicksal	5/15
F. Makumbi-Kidza, AIDS in Afrika	6/41
Sonderheft 3-4/1987: Frontstaaten im Südlichen Afrika	7/23

J. Becker, Destabilisierung im Süden Afrikas	7/25
S. Harris, Die SADCC-Allianz für Eigenständigkeit	7/30
OAU (KI)	8/55
Contra-Pakt gegen Mosambik-Simbabwe	10/18
J. Becker, Offensive gegen die Destabilisierung (Angola)	11/47

Lateinamerika	
C. Pauli, Verschuldungskrise	7/68

Mittelamerika/Karibik	
W. Bröner, Bonner Liebesdienste für die Contras	1-2/24
Mittelamerika (KI)	3/46
Mittelamerika (KI)	4/54
K. Ege, US-Kirchen aktiv gegen die Reagan-Doktrin	6/36
Arias in Bonn (ID)	7/77
N. Biver, Ein Schritt zum Frieden	8/17
Kernpunkte des Friedensabkommens	8/18
Broschüren zu Mittelamerika (ID)	8/53
N. Biver, Wer hintertreibt das Friedensabkommen?	10/ 5
H.E. Gross, Che Guevara – nichts als ein Mythos?	10/42
Mittelamerika-Bundestreffen (ID)	10/49

Naher und Mittlerer Osten	
Libanon/Palästina (KI)	1-2/78
L.A. Heinrich, Husseins Westbank-Krieg gegen die PLO	3/20
Islamische Konferenz (KI)	3/47
Nahostkonflikt (KI)	4/55
Hungerstreik gegen Golfkrieg (ID)	4/58
L. Burhani, Der PLO-Nationalrat von Algier	6/ 5
Diskussionsforum Palästina/Nahost-Konflikt	6/12, 8/44, 10/22, 11/22
L. Burhani, Grundpositionen zu einer Nahostkonferenz	7/10
Persischer Golf (KI)	7/78
W. Bröner, Golfkrise – Reagans Spiel mit dem Feuer	8/42
E. Olms/D. Schulze-Marmeling, Militärmacht Israel	9/24
Persischer Golf (KI)	10/51
W. Bröner, „Verständnis in Bonn für Reagans Golfaktion (K)“	11/ 3
D. Schulze-Marmeling, NATO-Strategie zum Golfkrieg	11/ 8

Süd- und Ostasien, Pazifik	
W. Bello, P. Hayes/L. Zarsky, Erstschlagsregion Nordwestpazifik	4/12
Südpazifik (KI)	4/55
UdSSR-Südostasien (KI)	5/60

Stichworte

Ausländerpolitik	
G. Diederichs, Alltag Abschiebungen	1-2/71
Broschüren, Dias zu Asyl (ID)	4/53
Asylrechtskongreß (ID)	5/58
AG gegen Frauenhandel (ID)	6/53
IAF-Protest gegen AIDS-Erlaß (ID)	7/77
G. Diederichs, Wahlrecht für Ausländer ai zu Asylrecht (ID)	9/34
	10/49

BRD und Dritte Welt	
W. Bröner, Waffenschieber-Affäre in Washington und Bonn (K)	1-2/ 3
M. Kolter, Die U-Boot-Affäre	1-2/ 4
Betrugskampagne zu Südafrika, Namibia	1-2/ 8
W. Bröner, Bonner Liebesdienste für die Interventen	1-2/24
Solidarische Entwicklungshilfe (ID)	1-2/76
W. Bröner, Dämpfer für Bonner Hardliner (K)	3/ 3
E. Wolf, Von der Städte- zur	

Länderpartnerschaft?	3/27
Broschüre zur IGM (ID)	3/44
KAS gegen die GRÜNEN (ID)	3/45
BRD-Libanon (ID)	3/45
Iran-Protest gegen Satire (ID)	4/53
U-Boot-Affäre (ID)	4/53
Broschüre: Daimler Benz in Südafrika (ID)	4/53
R. Falk, Die Mehrzweckwaffe des FJS (K)	5/ 3
J. Becker, Umschuldung für Südafrika	5/ 8
B. Schulte, Keine Rüstungszusammenarbeit mit Südafrika	5/ 9
F. Bushin, Der Weizäcker-Besuch in Guatemala	5/12
GSG-9-Hilfe für Türkei (ID)	5/58
M. Schuck, Wende in der kirchlichen Entwicklungspolitik	6/38
Israelischer Staatsbesuch (ID)	6/53
BRD-Rüstungsexporte (ID)	6/53
M. Kolter, Die Bonner Namibia-Sabotage (K)	7/ 3
Arias in Bonn (ID)	7/77
H. Czapek, Kein Bonner Handlungsbedarf zu Chile? (K)	8/ 3
H. Denk, Duarte in Bonn	8/22
BRD-Nicaragua (ID)	8/53
BRD-Nicaragua (ID)	8/53
W. Bröner, Der BMZ-Jahresbericht – ein Armutszeugnis	9/39
BAYER: Prozeß gegen Kritiker (ID)	9/45
Interview mit B. Brinkmann	10/3
P. Imbusch, Streik durchkreuzt VW-Pläne	10/11
U-Boot-Affäre (ID)	10/49
W. Bröner, „Verständnis in Bonn für Reagans Golfaktion (K)“	11/ 3
BRD-Türkei (ID)	11/57
GRÜNEN-Besuch in Israel (ID)	11/57

Entwicklungsländer: wirtschaftliche, soziale und globale Probleme

E. Kempf, Vietnams Kampf gegen das Ökozid	3/31
Verschuldung (KI)	4/47
J. Becker, Verschuldungskrise – Sturmzeichen aus Brasilia (K)	4/ 3
U. Rupp, Braucht die Dritte Welt AKWs?	4/50
Sonderheft 2/1987: Hunger ist kein Schicksal	5/16
P. Wahl, Hunger: das Übel an der Wurzel packen!	5/16
M. Kolter, Hunger – kein bloßes Katastrophenthema	5/17
G. Diederichs, Hungerfaktor Waldvernichtung	5/18
H. Czapek, Hungerfaktor Verschuldung	5/21
P. Sittig, Nahrungsmittel als Waffe	5/22
J. Becker, Agrobusiness in Afrika	5/25
H. Denk, Kenia: Multigeschäfte untergraben die Selbstversorgung	5/27
G. Diederichs, Hungernothilfe und das UNO/FAO-Konzept	5/33
R. Braumann, Sonderfall Äthiopien	5/36
J. Ziegler, Umsiedlung nicht isoliert sehen	5/38
J. Becker, Fallbeispiele Mosambik/Simbabwe	5/40
C. Liebst-Marion, Burkina Faso – Selbstversorgung hat Vorrang	5/42
Hunger und Afrikahilfe – eine Literaturübersicht	5/44
D. Boris, Lösungsvarianten der Schuldenkrise	5/48
Ausstellung zur Verschuldung (ID)	5/58
F. Makumbi-Kidza, AIDS in Afrika	6/41
F. Makumbi-Kidza, Debatte um den AIDS-Ursprung	6/42
C. Pauli, Verschuldungskrise – Die Konjunktur der Verelendung	7/69
Weltwirtschaft (KI)	7/78, 11/58
P. Imbusch, UNCTAD VII – Brosamen für die Dritte Welt	8/49

Positionen der Entwicklungsländer zu UNCTAD VII	8/50	Teatro Vivo aus Guatemala (ID)	8/53	AG gegen Frauenhandel (ID)	6/53
H. Bömer, Das weltweite Energieproblem	9/35, 10/37, 11/51	Interview mit Nadine Gordimer	9/41	Beat! Apartheid (ID)	6/53
C. Pauli, Die Krise wird vermarktet (IMF/Weltbank-Tagung)	10/31	Interview mit Róger Sánchez	10/46	BRD-Rüstungsexporte (ID)	6/53
G. Diederichs, Alternativer Energieträger Biogas	11/52	L.A. Heinrich, Marcel Khalife – Stimme des Libanon	11/55	Aktionsprogramm des Bonner Namibia-Workshops	7/45
Frankreich und Dritte Welt		Religion/Kirche		Hunger-Nothilfe für Mosambik	7/53
N. Beaugregard, Das Scheinreferendum in Neukaledonien	10/30	22. Evangelischer Kirchentag (ID)	3/45	J. Becker, Bankenaktionstage '87	7/67
Interview mit J.-M. Tjibaou (FLNKS)	10/30	M. Schuck, Kirchentag gegen Apartheid	5/ 4	N. Biver, 11. BUKO – Startschuß für „IWF/Weltbank-Kampagne '88“	7/71
Französisch-Polynesien (KI)	11/59	A. Feid, Der Papst bei Pinochet (K)	6/ 3	Fuldaer Erklärung des BUKO	7/72
Frauen		A. Krims, Theologie der Befreiung	6/25	Schulpartnerschaften mit Nicaragua (ID)	7/77
ANC-Frauen an vorderster Front	3/39	Strategische Allianz USA-Vatikan	6/26	D. Peschke, Ziel: Kirchentag gegen Apartheid	8/25
F. Hervé, Frauen unter dem Ausnahmezustand	4/38	Gespräch F. Betto/F. Castro, Die Armen sind in die Kirche eingedrungen	6/31	M. Kolter, Die Apartheid-Morde stoppen! (K)	9/46
AG gegen Frauenhandel (ID)	6/53	Interview mit L. Carrion, Christen in der sandinistischen Revolution	6/32	Chile-Solidarität (ID)	9/44
IAF-Protest gegen AIDS-Erlass (ID)	7/77	M. Kolter, Kirchen in Südafrika	6/34	Interview mit B. Brinkmann, Die Solidarität hat mir Kraft gegeben	10/ 3
F. Hervé, Moskauer Weltkongreß – ein „rückständiges“ Bild?	8/47	K. Ege, US-Kirchen aktiv gegen die Reagan-Doktrin	6/36	C. Sodemann, Erstes Treffen gewerkschaftlicher Solidaritätsgruppen	10/41
Abschlußerklärung des Weltfrauenkongresses	8/48	M. Schuck, Wende in der kirchlichen Entwicklungspolitik?	6/38	Mittelamerika-Bundestreffen (ID)	10/49
Internationale Organisationen und Konferenzen		D. Peschke, Ziel: Kirche gegen Apartheid	8/25	ai zu Asylrecht (ID)	10/49
Islamische Konferenz (KI)	3/47	A. Boesak, Apartheid – kein Zuhause für Gott	8/31	IWF/Weltbank-Kampagne (ID)	11/58
Asylrechtskongreß (ID)	5/58	Rezensionen		Sanktionen gegen Apartheid (ID)	11/57
L. Burhani, Grundpositionen zu einer Nahostkonferenz	7/10	I.C. Vanly, Kurdistan und die Kurden, Band 2	1–2/76	Sport	
Weltwirtschafts-Gipfel (KI)	7/78	H.E. Gross, Guatemala	3/43	Korea Olympia Kampagne '88 (ID)	1–2/77
P. Imbusch, UNCTAD VII – Brosamen für die Dritte Welt	8/49	G. Verheugen, Apartheid	4/51	UdSSR und Dritte Welt	
W. Brönnner, Bericht vom Internationalen Forum zum Golfkrieg	9/21	T. Kruchem, Brücken über die Apartheid	4/52	Diskussionsforum UdSSR-Dritte Welt	1–2/73
Golf-Resolution 598 des UN-Sicherheitsrats	9/23	ISP (Hrsg.), Aufstand gegen Apartheid	4/52	Indien-UdSSR (KI)	1–2/78
W. Brönnner, Inhaftierung und Folterung von Kindern (Konferenz von Harare)	10/14	N. Alexander, Wer Wind sät, wird Sturm ernten	4/52	P. Wahl, Die sowjetischen Rüstungstransfers	3/34, 4/46
Interview mit Y. Arafat, Konsens für eine Nahostkonferenz	10/20	R. Falk, Südafrika. Widerstand und Befreiungskampf	4/52	G. Meyer, Entkolonialisierung auf sowjetisch	5/52, 6/45
C. Pauli, Die Krise wird vermarktet (IMF/Weltbank-Tagung)	10/31	R. Weiß/H. Oesterle-Schindler, Mandelas zornige Erben	4/52	Dokumente zu den Anfängen sowjetischer Dritte-Welt-Politik	5/55
W. Brönnner, UNO-Konferenz für Abrüstung und Entwicklung	10/33	J. Frederikse, Von Soweto nach Pretoria	4/52	UdSSR-Südostasien (KI)	5/60
UNESCO (KI)	11/59	Alltag der Apartheid – Bilder aus Südafrika	4/52	J. Ziegler, Zentralasien – die glückliche Dritte Welt	6/46
Japan und Dritte Welt		N. Greinacher, die Kirche der Armen	6/40	M. Gorbatschow, Fehler der Nationalitätenpolitik überwinden	7/65
W. Bello/P. Hayes/L. Zarsky, Erstschießregion Nordwestpazifik	4/12	N. Greinacher (Hrsg.), Konflikt um die Theologie der Befreiung	6/40	Lehren der Dezember-Ereignisse in Alma-Ata	7/66
Krieg/Frieden und Dritte Welt		P. Rottländer, Theologie der Befreiung und Marxismus	6/40	Abrüstungsverhandlungen (KI)	8/55
P. Wahl, Die sowjetischen Rüstungsexporte	3/34, 4/46	J. Hippler, Krieg im Frieden	7/75	USA und Dritte Welt	
W. Brönnner, Reagan-Doktrin. Die weltweite Intervention	4/ 6	E. Reimann, Ich war ein Contra	7/75	W. Brönnner, Waffenschieber-Affäre in Washington und Bonn (K)	1–2/ 3
T. Barry, Konflikt niedriger Intensität	4/ 8	IMSF/ASK (Hrsg.), Die Dritte Welt in der Schuldenkrise	8/51	N. Biver, Facetten der Aggression	1–2/26
W. Bello/P. Hayes/L. Zarsky, Erstschießregion Nordwestpazifik	4/12	J. Bortz/F. Castro/F. Mandel/W. Wolf, Schuldenkrise	8/51	J. Hippler, Der Contra-Krieg	1–2/28
W. Brönnner, Cruise Missiles – „Todesvögel“ mit Tarnkappe	4/14	S. Pater (Hrsg.), Geld für die Welt	8/51	N. Biver, Iran-Contra-Affäre	4/ 4
Südpazifik (KI)	4/55	D. Boris/N. Biver/P. Imbusch/U. Kampmann (Hrsg.), Schuldenkrise und Dritte Welt	8/51	W. Brönnner, Reagan-Doktrin	4/ 6
UdSSR-Südostasien (KI)	5/60	F. Meyer, Nach dem Sturm erhebt sich der gebeugte Bambus	9/43	T. Barry, Konflikt niedriger Intensität	4/ 8
Friedensbewegung	6/51	A. Geiges, China im Aufbruch	9/44	W. Bello/P. Hayes/L. Zarsky, Erstschießregion Nordwestpazifik	4/12
Abrüstungsverhandlungen (KI)	8/55	F. Kremb, Reportagen aus China	9/44	K. Ege, US-Kirchen aktiv gegen die Reagan-Doktrin	6/36
W. Brönnner, UNO-Konferenz für Abrüstung und Entwicklung	10/33	E. Laudowicz, Befreites Land – Befreites Leben?	10/45	G. Giesenfeld, Vietnamfilm „Platoon“	6/49
Kultur		New Internationalist (Hrsg.), Frauen – ein Weltbericht	10/45	L. Burhani, Grundpositionen zu einer Nahostkonferenz	7/10
H. Werner, Heinemann-Preis für A. Feid	1–2/74	Solidaritätsbewegung		J. Becker, Destabilisierung im Süden Afrikas	7/25
Zensur gegen Karkutli (ID)	1–2/76	E. Wolf, Städtepartnerschaften – ein neues Element der Solidarität	1–2/54	N. Biver, US-Militärstützpunkt in Zaire	7/36
Interview mit Isabel Allende	3/41	Korea Olympia Kampagne '88 (ID)	1–2/77	N. Biver, Ein Schritt zum Frieden	8/17
Philippinisches Volkstheater (ID)	3/45	Aktion „Boykottiert Apartheid!“ (ID)	1–2/77	E. Amin, Kein „Endsieg“ im Golfkrieg	8/40
N. Mina, Reza Machsadi – Dichter auf der Flucht	5/56	E. Wolf, Von der Städte-zur Länderpartnerschaft?	3/27	W. Brönnner, Golfkrise – Reagans Spiel mit dem Feuer	8/42
G. Giesenfeld, Vietnamfilm „Platoon“	6/49	Beatriz Brinkmann freilassen! (ID)	3/44	E. Olms/D. Schulze-Marmeling, Militärmacht Israel	9/24
Chile-Fotoausstellung (ID)	6/52	Bankenaktionstag 21. Mai 1987	4/35	N. Biver, Wer hintertreibt das Friedensabkommen?	10/ 5
Beat! Apartheid (ID)	6/53	Palästina-Demonstration (ID)	4/53	F. Braßel „Aquino beugt sich dem Militär“	10/24
Interview mit Luis Enrique Mejia-Godoy	7/73	M. Schuck, Kirchentag gegen Apartheid	5/ 4	C. Pauli, Die Krise wird vermarktet	10/31
		B. Schulte, Keine Rüstungszusammenarbeit mit Südafrika!	5/ 9	W. Brönnner, UNO-Konferenz für Abrüstung und Entwicklung	10/33
		Hungerstreik gegen Golfkrieg (ID)	5/58	USA-Geheimdienste (KI)	10/50
		AAB-Mitgliederversammlung (ID)	6/52	W. Brönnner, Reagans Umfluggang des Golfes – ein Spiel mit dem Krieg	11/ 4
				D. Schulze-Marmeling, NATO-Strategie zum Golfkrieg	11/ 8

Özals Wahl Eine „Prise Demokratie“

Wenn bürgerliche Journalisten und bürgerliche Politiker den Begriff „Demokratie“ benutzen, wird oft sehr schnell deutlich, was sie unter Demokratie keineswegs verstehen. Die Herrschaft des Volkes meinen sie damit nicht, nicht bei uns und auch nicht anderswo. Was dieser Begriff alles zuläßt, zeigte sich erneut an den Parlamentswahlen in der Türkei vom 29.11.1987.

Die Vorgeschichte dieser Wahlen ist auch die Geschichte der Verbreitung von Meldungen über die Wiederherstellung demokratischer Zustände. Die erste völlig vom Militär unbeeinflusste Wahl seit dem Putsch 1980 finde da statt, konnte man in der hiesigen Presse lesen. Und dabei widerlegt doch schon allein das Ergebnis dieser Wahl diese Ansicht gründlich.

Die regierende Mutterlandspartei (AnaP) des Ministerpräsidenten Özal erhielt für rund 36% der abgegebenen Stimmen 64% der Parlamentssitze (= 292 Sitze) und damit eine satte absolute Mehrheit, nicht weit entfernt von der 2/3-Majorität. Die Sozialdemokratische Volkspartei (SHP) brachte es mit 25% der Stimmen auf 99 Sitze und die Partei des Rechten Weges (DYP) von Ex-Premier Demirel auf 19% und 59 Sitze. Die restlichen drei Parteien gingen leer aus.

Man lasse sich in diesem Zusammenhang folgende Überschrift durch den Kopf gehen, die in der Süddeutschen Zeitung (SZ) vom 1.12.1987 zu lesen war: „Ein demokratischer Sieg mit undemokratischen Gesetzen.“ Laut SZ-Korrespondent Buchalla bestehen in Westeuropa Zweifel, ob die Festigung der Demokratie mit undemokratischen Wahlgesetzen der richtige Weg sei.

Aber ein möglicher Weg scheint es doch zu sein, die Demokratie durch deren Abschaffung zu stärken, weswegen die SZ auch schreibt: „Die westeuropäischen Staaten, insbesondere die USA und Japan (wir können nichts dafür, daß die USA und Japan zu den westeuropäischen Staaten gezählt werden, es steht da so!) – die Staaten, auf die es Özal ankommt –, können auf politische und wirtschaftliche Stabilität bauen. Daß diese Wahl von Özal auch mit einer gehörigen Prise anatolischer Demokratie, einigem wahltaktischen 'Corriger la fortune' und balkanesischer Unbekümmertheit gewonnen wurde, werden sie geflissentlich übersehen.“

Das hauptsächliche Argument, das die „Demokratisierungshypothese“ untermauern soll, besteht in der Feststellung, daß sich seit den Wahlen von 1983, die mit drei von den Militärs akzeptierten

und teilweise erst geschaffenen Parteien durchgeführt wurden, eine Differenzierung des türkischen Parteiensystems ergeben hat.

Es bildeten sich mit der SHP und der Demokratischen Sozialistischen Partei (DSP) zwei an der westlichen Sozialdemokratie orientierte Parteien heraus. Auch im Lager der Rechten führten „alte Politiker“, die vor dem Putsch eine wichtige Rolle gespielt hatten, trotz Politikverbots wieder Parteien an.

Bei den Nachwahlen zum Parlament im September 1983, bei denen diese Organisationen zur Kandidatur zugelassen wurden, ergaben sich vor allem für die DYP unerwartet hohe Stimmenanteile. Damit wurde klar, daß das Politikverbot für die politischen Größen der 70er Jahre nur schwer zu halten war und es für die Regierung Özal ein Legitimationsproblem darstellte.

Özal versuchte diesem Druck zu entkommen, indem er ein Jahr später, im September 1987 eine Volksabstimmung über die Aufhebung des Politikverbots durchführen ließ. Dabei konnte er letztlich nur gewinnen: Entweder die türkischen Wähler bestätigten das Politikverbot und hätten Özal damit „demokratisch“ einiger Konkurrenten entledigt, oder sie stimmten mehrheitlich gegen das Verbot, mit dem Effekt, damit vor

Wiedergewählter Ministerpräsident Özal (3. v. l.) beim NATO-Gipfel im November 1986, flankiert von Außenminister Halefoglu (2. v. l.) und der britischen Vertretung (r.)



allem Demirel seine Märtyrerrolle zu nehmen und die Hauptparole Demirels „für eine Türkei ohne Verbote“ gegenstandslos zu machen.

Dazu kam, daß Özal sich mittels dieses Referendums im Ausland demokratisches Verhalten bescheinigen lassen konnte. Da er ernsthaft versucht, den EG-Beitritt der Türkei voranzutreiben, spielte das eine nicht unerhebliche Rolle. Der Ausgang der Volksabstimmung ermöglichte mit einer hauchdünnen Mehrheit den „Alten“ die volle Rückkehr ins

politische Leben.

Özal kündigte daraufhin vorgezogene Neuwahlen an. Dem lag die Absicht zugrunde, den Konkurrenten, die sieben Jahre lang nur beschränkt in der Öffentlichkeit auftreten konnten, keine Zeit zu lassen, sich wieder aufzubauen. Außerdem waren die Kassen Demirels und Ecevihs durch die Ausgaben für die Referendums-Kampagne leer, während die AnaP noch über Geldmittel verfügte.

Im folgenden zeigte sich dann erneut, wie wenig der Verweis auf die Verände-

rungen in der türkischen Parteienlandschaft als Argument für eine „Demokratisierung“ dienen kann: Zum vierten Mal innerhalb seiner bisherigen Amtszeit ließ Özal das Wahlgesetz ändern, diesmal nach dem Motto aus 1 mach' 2, oder besser gesagt aus 36% mach die absolute Mehrheit: Landesweit galt eine 10%-Klausel, wer darunter blieb, konnte keine Sitze im Parlament bekommen.

Für die einzelnen Wahlkreise gab es eine noch schwerer zu nehmende Hürde. Sie besteht darin, daß eine Partei prozentual mehr Stimmen bekommen muß, als 100% geteilt durch die Anzahl der im Wahlkreis zu vergebenden Sitze.

Ein Beispiel, was das bedeutet: In vielen Kreisen waren drei Sitze zu vergeben, d.h. um einen Sitz zu bekommen, muß eine Partei eine 33,3%-Klausel schaffen (100% : 3). Theoretisch kann im Extremfall folgendes passieren: Zwei Parteien bleiben bei je 33,0%, eine dritte erhält den Rest von 34% und damit alle 3 Sitze, während die anderen leer ausgehen. Zudem wurde die jeweils stärkste Partei in einem Wahlkreis mit einem zusätzlichen Sitz belohnt.

Dieser Wahlmodus wurde vom Staatspräsidenten und Putschgeneral Evren demonstrativ gebilligt und in Kraft gesetzt. Auch diese Tatsache zeigt, wer nach wie vor im Hintergrund die bestehenden Verhältnisse überwacht und absichert.

Die Quintessenz all dessen ist, daß das Starren auf die türkische Parteienlandschaft ohnehin nur einen begrenzten Erkenntniswert hat, was die tatsächliche politische Situation in der Türkei angeht. Die Existenz einiger Parteien bedeutet keineswegs Meinungsfreiheit, Organisationsfreiheit und Freiheit der politischen Betätigung.

Die Parteien spielen lediglich vom Militär und vom in- und ausländischen Kapital geduldete Vereinigungen zur Ausgestaltung der Verfassung und des Staatswesens, das nach 1980 durch den Putsch entstanden ist und sich unverändert aggressiv gegen jede wirkliche Opposition und gegen jede Formierung der Arbeiterbewegung richtet. Nach wie vor stehen Revolutionäre und Gewerkschafter vor Militärtribunalen, nach wie vor gibt es keine freien Gewerkschaften und nach wie vor nehmen die Verfassung und die Polizeigesetze dem Einzelnen jeden Schutz vor dem Staatsapparat.

Jüngstes Beispiel hierfür ist die Verhaftung und der geplante Prozeß gegen die Generalsekretäre der Türkischen Arbeiterpartei und der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP), Nihat Sargin und Haydar Kutlu, die Anfang November 1987 aus ihrem Exil zurückkehrten, um eine legale Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei zu gründen (siehe Kasten).

Proteste gegen die Verhaftung von Kutlu und Sargin

Die Verhaftung des Generalsekretärs der seit 65 Jahren verbotenen Kommunistischen Partei der Türkei (TKP), Haydar Kutlu, und des Generalsekretärs der seit sieben Jahren ebenfalls verbotenen Türkischen Arbeiterpartei (TIP), Nihat Sargin, am 16. November 1987 auf dem Flughafen von Ankara hat erneut deutlich gemacht, wie weit die Türkei von demokratischen Verhältnissen entfernt ist. Sie ist der einzige Signatarstaat der KSZE-Schlußakte, in dem kommunistische Parteien verboten sind.

Kutlu und Sargin waren in die Türkei zurückgekehrt, um am Vorabend der allgemeinen Wahlen vom 29. November 1987 den Zusammenschluß ihrer Parteien zur legalen Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei zu vollziehen. Damit sollte der Prozeß des Zusammenschlusses einer „linken Einheit“ fortgesetzt werden, den sechs türkische und kurdische Linksparteien, unter ihnen die TKP und die TIP, 1984 eingeleitet hatten. Zugleich wollten die beiden Parteiführer mit ihrer Rückkehr aus dem Exil Ministerpräsident Turgut Özal beim Wort nehmen, der mit Blick auf den angestrebten EG-Beitritt der Türkei „mehr Demokratie“ im Land versprochen hatte.

Doch Haydar Kutlu und Nihat Sargin konnten trotz solcher Absichtserklärungen nur wenige Schritte nach Verlassen des Flugzeugs auf heimlichem Boden zurücklegen. Dann drängten sie Polizisten zu einem quergestellten Bus, Geheimdienstmänner packten sie, zerrten sie ins Innere des Fahrzeugs, fesselten sie mit Handketten und legten ihnen Augenbinden

Rückkehrer Sargin (l.) und Kutlu während ihres Fluges nach Ankara



um. Seitdem sind die beiden Linkspolitiker in Haft, wurden sie strengen Verhören unterworfen und nach eigenen Angaben gefoltert. Haydar Kutlu soll zudem bereits einen Herzanfall erlitten haben. Inzwischen wurden die beiden offiziell in Haft genommen. Ende November/Anfang Dezember 1987 wurden zwei Anwälte, mehrere Gewerkschafter und ca. 30 angebliche Kommunisten verhaftet.

Mit eindringlichen Appellen haben führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Parteien, Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften in ganz Europa gegen die Verhaftungen protestiert und die unverzügliche Freilassung der beiden Oppositionspolitiker gefordert.

So appellierte das SPD-Präsidiumsmitglied Heidemarie Wiczorek-Zeul an die türkische Regierung, zurückkehrenden politischen Emigranten die vollen bürgerlichen Rechte und Freiheiten zu garantieren. Die Türkei habe die Europäische Menschenrechtskonvention unterzeichnet, woraus sich entsprechende Verpflichtungen für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ergäben.

Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Renate Schmidt schrieb an den türkischen Botschafter in Bonn, daß die „Willküraktion“ durch nichts zu rechtfertigen sei. Und in einer öffentlichen Erklärung, die u.a. von Fernsehmoderator Franz Alt, Liedermacher Wolf Biermann, dem SPD-Politiker Björn Engholm sowie dem Autor Günther Wallraff unterzeichnet wurde, wird die Rückkehr Kutlus und Sargin als „ein Beispiel für eine gewaltfreie Wiederherstellung der demokratischen Rechte“ gewürdigt und zur Unterstützung der beiden inhaftierten Generalsekretäre aufgerufen.

Auch das EG-Parlament hat zwischenzeitlich die Verhaftung verurteilt und die sofortige Freilassung der beiden Politiker gefordert. Amnesty international hat gar eine Protest-Telegramm-Aktion gestartet und weist darauf hin, daß Kutlu und Sargin wegen gewaltfreier politischer Aktivitäten verfolgt würden.

Mikis Theodorakis, weltbekannter griechischer Sänger und Komponist, schließlich schrieb einen persönlichen Brief an den türkischen Ministerpräsidenten Özal: „...in der festen Überzeugung, daß die Zukunft unserer beiden Länder sich zum größten Teil auf das brüderliche Näherkommen unserer Völker stützt, richte ich an Sie den dringenden Appell, die beiden türkischen Politiker Haydar Kutlu und Nihat Sargin, die Anhänger und Kämpfer für Frieden und Freundschaft zwischen beiden Völkern sind, unverzüglich freizulassen. Ihre sofortige Freilassung würde ein Beweis dafür sein, daß diese Freundschaft sich auf nichts anderes aufbauen kann, als auf die Prinzipien der nationalen Souveränität, der Freiheit und der Demokratie.“

Georg Diederichs

Einstieg in den nationalen Dialog?



Begegnung von Prinz Sihanouk (l.) und Premierminister Hun Sen in Fère-en-Tardenois

In der Diplomatie Südostasiens gibt es seit einigen Monaten einen Begriff, der nicht so recht zu den ernsthaften und schwierigen Problemen passen will, für deren Lösung er geprägt wurde. „Cocktail-Party“ ist die Bezeichnung für einen Plan, mit dem der Kamputschea-Konflikt einer politischen Lösung näher gebracht werden soll.

Gemeint ist damit ein inoffizielles, durch kein Protokoll beeinträchtigtes Treffen der verschiedenen kamputscheanischen Parteien weit weg vom Schauplatz der Auseinandersetzungen. Dieser Plan, der von der indonesischen Regierung vorgelegt wurde, bedeutet nichts anderes als die Konsequenz aus der Erkenntnis, daß erstens keine andere als eine politische Lösung dieses Konflikts in Frage kommt, und daß zweitens eine solche Lösung das direkte Gespräch zwischen den Repräsentanten der verschiedenen politischen (und militärischen) Gruppen voraussetzt. Dieses ist nun, für viele Beobachter überraschend, schneller als vorausgesehen, in Gang gekommen.

Dieser Neubeginn auf dem Feld der Verhandlungen ist jedoch nicht aus dem Nichts entstanden. Der Grundstein für das, was man jetzt im Zusammenhang mit dem Treffen Anfang Dezember 1987 in Fère-en-Tardenois, nahe

Paris, zwischen dem Prinzen Sihanouk und dem kamputscheanischen Regierungschef Hun Sen als ein „historisches Ereignis“ bezeichnet, wurde schon vor zwei Jahren gelegt, als kamputscheanische und vietnamesische Truppen einen entscheidenden Sieg über die Streitkräfte der antivietnamesischen Koalition des „Demokratischen Kamputschea“ errungen und ihre Terrorgruppen aus dem Land vertrieben hatten (siehe: AIB 4/1985, S. 31-35). Militärisch praktisch von der Einwirkung ins Landesinnere ausgeschaltet, politisch untereinander verfeindeter als je und international isoliert, hatten diese Gruppen danach noch nicht einmal den angekündigten Guerillakampf, den Terror gegen die Bevölkerung in Kamputschea in nennenswertem Umfang aufrechterhalten können.

Ihre verschiedenen Schutzmächte (die Staaten der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN), vor allem Thailand und Singapur, die VR China und die USA) mußten erkennen, daß sie auf wenig glaubwürdige und ineffektive, von der Bevölkerung gehaßte Verbündete gesetzt hatten, und daß der Versuch, Kamputschea mit militärischen Mitteln zu destabilisieren, zwar die Aufbauarbeit dort erheblich behindern, nicht aber die Konsolidierung der

politischen Verhältnisse und das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung in Phnom Penh verhindern konnte.

Es war zunächst eine Phase der Ruhe eingetreten, in der unter spürbar sichereren Bedingungen die Aufbauarbeit in Kamputschea selbst fortgesetzt werden konnte. Ruhe herrschte aber auch eine Zeitlang an der diplomatischen Front, wo die ASEAN-Staaten unflexibel an ihrem 8-Punkte-Vorschlag festhielten, der den Abzug der vietnamesischen Truppen als bedingungslose Vorgabe für Verhandlungen sowie die vollberechtigte Beteiligung Pol Pots an der vorgesehenen Regierung der nationalen Einheit in Phnom Penh verlangte.

Seit dem Frühjahr 1987 ist nun zu beobachten, daß von zwei Seiten her Bewegung in die Bemühungen um eine politische Lösung gekommen ist, daß wohl langsam die entscheidende Phase wirklicher Verhandlungen näher rückt. Im Mai 1987 war der indonesische Außenminister Mochtar Kusumatmadja wieder einmal in Hanoi mit seinem vietnamesischen Kollegen Thach zusammengetroffen. Mochtar hatte zuvor mit dem Prinzen Sihanouk in Pjöngjang über die Möglichkeit eines vorbereitenden inoffiziellen Treffens der kamputscheanischen Parteien gesprochen und gab diese Anregung weiter. Sie wurde sofort von vietnamesischer und kam-

**Mochtars Mission
und Sihanouks „Urlaub“ machten
die Idee einer „Cocktail-
Party“ möglich**

putscheanischer Seite aufgegriffen und unterstützt.

Damit war die Idee der „Cocktail-Party“ auf dem Tisch, der Vorschlag eines Treffens, das in Djakarta stattfinden und zu dem die indonesische Regierung einladen sollte. In einem halb-privaten Rahmen sollten die verschiedenen Parteien des Kamputschea-Konflikts ohne die Hürde eines offiziellen Protokolls sich einfinden und miteinander reden können – ohne Vorbedingungen und ohne ein Erfolgswang produzierendes festgelegtes Ziel, ohne vor allem die Frage der gegenseitigen Anerkennung erörtern zu müssen.

Das Neue an dieser Situation war, daß Mochtar im offiziellen Auftrag seiner Regierung und der ASEAN-Staaten¹ mit Verhandlungsvollmacht nach Hanoi gekommen war – bei früheren Gelegenheiten eher sondierender Gespräche hatte er es erleben müssen, daß seine Einschätzungen und Vorschläge sogar von der eigenen Regierung gelegentlich offiziell desavouiert worden waren.

Abgesehen davon ist es kein Zufall, daß gerade er mit dieser Mission betraut wurde. Die indonesische Regierung betreibt seit einiger Zeit in bezug auf Vietnam eine nicht mehr ganz der ASEAN-Linie entsprechende Politik: Offen wird in Djakarta schon seit einiger Zeit die Befürchtung geäußert, ein weiterhin isoliertes und geschwächtes Vietnam würde eine Expansion Chinas in den südostasiatischen Raum begünstigen. Angesichts der immer engeren Zusammenarbeit mit den USA seien auch in anderen Ländern der Region „tiefe Ängste in bezug auf die langfristigen Absichten Beijings zu spüren“, wird immer wieder berichtet.²

Die Erfolge, die Mochtar in Hanoi erzielte, setzten die ASEAN-Staaten in einen gewissen Zugzwang, und es wurde deutlich, daß nur noch Singapur und Thailand uneingeschränkt die harte Position der VR China mittragen. Der thailändische Außenminister beriet sich mit der Beijinger Regierung und veröffentlichte dann im Namen der ASEAN Bedingungen für die Zustimmung zur „Cocktail-Party“, die ihr den wichtigen inoffiziellen Charakter nehmen sollten und sie damit für Vietnam unannehmbar machten: Hanoi soll unmittelbar nach Eröffnung hinzugezogen werden, außerdem soll auf der Basis des 8-Punkte-Vorschlages der ASEAN vom Vorjahr verhandelt werden.

Eine weitere neue Initiative ging von Prinz Sihanouk aus, der schon seit längerer Zeit Unzufriedenheit mit seiner Funktion und Rolle als Oberhaupt der Dreieckskoalition des „Demokratischen Kamputschea“ geäußert hatte. Denn diese Funktion gab ihm keine freie Hand für die Gespräche und Verhandlungen, die er gern mit der vietnamesischen und mit der kamputscheanischen Regierung geführt hätte: Mehrmals hatten die Roten Khmer im Auftrag Beijings solche Versuche Sihanouks vereitelt.

Im Mai 1987 erklärte er nun, er nehme ab sofort für ein Jahr „Urlaub“ von seiner Funktion als Oberhaupt der Exilregierung. Es war klar, daß er sich damit die Freiheit zu diplomatischen Schritten verschaffen wollte. Wenig später kam dann die Idee der „Cocktail-Party“ auf.

Trotzdem machte Sihanouk noch im September, begleitet von Son Sann und

Khieu Samphan, einen offiziellen Besuch in Beijing – wie immer kurz vor der jährlichen Kamputschea-Debatte in der UNO. Er setzte dazu seinen „Urlaub“ für einige Tage aus. Aber seine öffentlichen Erklärungen machten klar, daß er nur unter erheblichem Druck aus Beijing zu dieser Geste der Solidarität mit seinen Koalitionspartnern bereit gewesen war. Daß er dies öffentlich aussprach und zugleich ankündigte, mit seinen Partnern bei dieser Gelegenheit nicht einmal reden zu wollen, war ein bewußter diplomatischer Affront gegen Beijing.

Auf die praktische Ablehnung der Idee des informellen Gesprächs durch die ASEAN-Staaten reagierte Phnom Penh mit einem neuen Zugeständnis: Man sei bereit, auch mit einem hohen Vertreter der Roten Khmer zu verhandeln – au-

Das erste Treffen von Hun Sen und Sihanouk hat Hoffnungen geweckt

ßer Pol Pot und Ieng Sary. Dies konnte nur bedeuten – was prompt bestätigt wurde –, daß jetzt als Verhandlungspartner auch Khieu Samphan von Phnom Penh akzeptiert wird. Gleichzeitig kündigte die vietnamesische Regierung ihre Absicht an, dieses Jahr an der UNO-Sitzung über Kamputschea teilzunehmen, die sie in den vergangenen Jahren boykottiert hatte. Und sie lud gleichzeitig eine große Anzahl westlicher Beobachter ein, in Kamputschea dem diesjährigen Teilabzug vietnamesischer Truppen als Beobachter beizuwohnen.

Schließlich wurde ein neuer Vorschlag Phnom Penhs bekanntgemacht, in dem westliche Beobachter ein wichtiges Zugeständnis entdeckten: Es war dort von einem zukünftigen Kamputschea die Rede, das nicht nur unabhängig, demokratisch und nichtpaktgebunden sein sollte, sondern ausdrücklich auch neutral – ein demonstratives Signal an den Prinzen, der stets diese Bedingung gestellt hatte.

Ebenfalls im Vorfeld zu erwartender Gespräche waren auch neue Präzisierungen aus Hanoi über die Rolle der Roten Khmer in einer Regierung der nationalen Einheit erfolgt. Die einzige Bedingung für einen vollständigen Truppenabzug aus Kamputschea, nämlich die „Ausschaltung Pol Pots und seiner Gruppe“, wurde, wie viele Beobachter meinen, weiter abgeschwächt.

Es wird jetzt nur noch verlangt, daß Pol Pot und Ieng Sary ins Exil gehen (sie sind ja in Kamputschea zum Tode verurteilt). Die kamputscheanische Regierung erklärte gleichzeitig, die Anhänger

der Roten Khmer könnten nach der Entwaffnung zurückkehren und sich in Kamputschea nach einer politischen Lösung und in der Vorbereitung international überwachter Wahlen auch politisch betätigen, das heißt Kandidaten aufstellen.

Sihanouk hatte den „Cocktail-Party“-Vorschlag von Anfang an positiv aufgegriffen und im Oktober 1987 darüber Gespräche mit US-Außenminister Shultz und UNO-Generalsekretär de Cuellar in New York geführt. Da die ASEAN-Staaten sich weiterhin ablehnend verhielten, kam es zunächst zu dem spektakulären Treffen Sihanouks mit Hun Sen. Dabei hat sich erwiesen: Solche inoffiziellen Gespräche sind sicherlich der im Augenblick aussichtsreichste erste Schritt zu einer politischen Lösung. Dazu, daß sie nun zustande kamen, hat aber sicher auch eine globalere Entspannungsatmosphäre beigetragen – etwa die erfolgreichen Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion.

Auf dem Treffen bei Paris, das am 3. und 4.12.1987 in einer „unerwartet herzlichen Atmosphäre“³ verlief, wurde zwar gemeinsam gespeist und zum Abschluß Champagner getrunken – der ursprünglichen Idee der „Cocktail-Party“ entsprach es nicht, weil die Vertreter der anderen beiden antivietnamesischen Gruppen nicht dabei waren. Der Effekt, den diese Abstinenz hatte, richtete sich indessen eindeutig gegen die Fehlgänger.

Son Sann, der Führer der rechtsbürgerlichen Kräfte und Ex-Ministerpräsident, hatte sich zwar mit dem Treffen an sich einverstanden erklärt,⁴ war aber wohl von Sihanouk nicht sonderlich nachhaltig bedrängt worden, zu kommen. Und die Roten Khmer hofften, wie auch die Pekinger Führung, auf ein Scheitern der Gespräche, die sie diesmal nicht mehr hatten verhindern können.

In der Sache sind die konkreten Ergebnisse dieser zwei Tage kaum sensationell. Die von Sihanouk apostrophierte „Atmosphäre der Freundschaft und Brüderlichkeit“,⁵ die sich bei den beiden so verschiedenen Partnern offensichtlich spontan entwickelt hat, ist aber an sich ein großer politischer Gewinn für die Sache des kamputscheanischen Volkes.

Vor allem die Konzilianz Hun Sens⁶ und sein Verhandlungsgeschick haben einen sichtlich starken Eindruck hinterlassen. In einem 4-Punkte-Kommuniqué (siehe Kasten) wird bekräftigt, was beide Parteien schon vorher zugestanden hatten. Auffallend ist der „nationalistische Zug“ der Formulierungen, die Betonung auf der Autonomie des kamputscheanischen Volkes und die Tatsache, daß die vietnamesischen Truppen

nicht einmal erwähnt werden.

Presseäußerungen Sihanouks im Umkreis des Gesprächs sind da wesentlich deutlicher: Das zukünftige Kamputschea solle „nicht volksdemokratisch, nicht kommunistisch und nicht sozialistisch sein, sondern eine parlamentarische und 100% unabhängige Demokratie nach französischem Muster“.⁷

Sein Gesprächspartner hat sich zu diesem Punkt nicht geäußert. Es ist anzunehmen, daß Hun Sen ein formaler Erfolg des Treffens wichtiger war als die Akzentuierung der ja nach wie vor großen Differenzen. Der Grund hierfür war wohl nicht allein der Prestigegewinn, den seine Regierung durch dieses Treffen zweifellos hat verbuchen können. Berichten von Besuchern zufolge sind in der Bevölkerung Kamputscheas große Hoffnungen durch diese Annäherung geweckt worden: „Das Kamputschea Hun Sens schwankt zwischen Angst und Hoffnung. Der Angst, das Treffen zwischen dem jungen Herrn aus Phnom Penh und dem früheren Khmer-König könnte keinen Erfolg haben, daß die Verhandlungen, die jetzt in Paris begonnen werden, nur ein erneutes Betrugsmanöver sein könnten. Und der Hoffnung, daß alles in Ordnung geht, daß

ein normales Leben wieder Platz greifen könnte, ohne Zwischenfälle, ohne Truppenrekrutierungen, ohne Gewehr-schüsse.“⁸

Solche Hoffnungen „seines“ Volkes, und damit auch dem kaum in Gang gekommenen Prozeß der politischen Lösung hat nun, kaum eine Woche nach Abschluß der Gespräche, der Prinz einen erheblichen Rückschlag versetzt. Ohne ersichtlichen Grund annullierte er die vereinbarten Treffen im Januar 1988 in Paris und später in Pjöngjang mit Hun Sen und warf diesem vor, „mit leeren Händen nach Frankreich gekommen zu sein“ zu dem einzigen Zweck, „seine eigene Propaganda zu machen“.⁹ Außerdem habe die vietnamesische Regierung in der letzten Zeit ihm gegenüber eine „arrogante“ Haltung gezeigt. Man kann viel darüber spekulieren, was in diesen wenigen Tagen wohl passiert ist, welchem Druck der Prinz ausgesetzt war, seine spontane Sympathie für Hun Sen zu widerrufen. In der Sache enthalten die neuerlichen Formulierungen seiner Forderungen nichts wesentlich Neues. Sie betonen nur in auffälliger Weise nunmehr alle strittigen und differierenden Punkte.

So kündigt der Prinz, der sich schon als neuen Herrscher in Phnom Penh sieht, an, er werde sämtliche inzwischen geschlossenen Abkommen mit Vietnam annullieren, vor allem die Vereinbarungen über den Grenzverlauf zwischen beiden Ländern. Kündigt sich da ein neues Gebietsanspruchsdenken an, im Sinne und in der Nachfolge Pol Pots? Jedenfalls macht Sihanouk nun eine neue Gesprächsrunde von der Bereitschaft der beiden mit ihm verbündeten Gruppen abhängig, an ihr teilzunehmen. Er legt damit die Entscheidung über den Fortgang des Prozesses einer politischen Lösung weitgehend in die Hände derjenigen, die diesen, so wie er bis jetzt verlaufen ist, eher ablehnen.

Diese Kehrtwendung ist aber wohl nicht allein mit dem Druck aus Beijing zu erklären.¹⁰ Wer die politische Biographie Sihanouks kennt, weiß, daß er nie einen gleichrangigen nationalistischen Partner neben sich geduldet hat, und daß er seiner egozentrischen Sucht, stets der einzige und größte Retter und Führer seines Vaterlandes sein zu müssen, schon viele politische Handlungsmöglichkeiten geopfert hat.¹¹

Sollte er in Hun Sen post festum einen möglichen Konkurrenten um diese Rolle erblicken zu müssen glauben? Seine immer schärfer formulierte Forderung, in Kamputschea eine parlamentarische „liberale Demokratie à la française“¹² einzurichten, ist fragwürdig, wenn man bedenkt, wie er in der Zeit seiner eigenen Herrschaft in Phnom Penh mit solchen politischen Instrumenten umge-

gangen ist. Sie steht überdies in eklatantem Widerspruch zu der auch von ihm verbal vertretenen Autonomie des kamputscheanischen Volkes, seine politische Zukunft selber zu gestalten.

Sihanouks neuerliche Pirouette wird die weiteren Verhandlungen zusätzlich erschweren. Ihr Anfang hat soviel Zustimmung von den verschiedensten Seiten, vor allem von den Betroffenen erhalten, daß sie im ganzen jedoch wohl nicht gefährdet sind.

Anmerkungen:

- 1) Mochtar wurde mit diesen Vorgesprächen auf der 20. Außenministertagung der ASEAN-Staaten am 16.6.1987 beauftragt.
- 2) International Herald Tribune (IHT), Paris, 2.12.1987. Offen spricht der indonesische Generalstabschef Murdani Vietnam eine wünschenswerte „Pufferstaat“-Funktion zwischen China und Südostasien zu.
- 3) Le Monde (LM), Paris, 6.12.1988
- 4) „Wir öffnen die Tür zu Verhandlungen und bekämpfen die Vietnamesen, damit die Tür durchschritten wird.“ Mit diesen Worten hat der Führer der „bürgerlichen Nationalisten“ nicht nur seine Kräfte grotesk überschätzt, sondern auch eine politische Haltung verraten, die an die amerikanische Rede vom An-den-Verhandlungstisch-Bomben erinnert. Das Zitat: Süddeutsche Zeitung (SZ), 27.10.1987
- 5) LM, 4.12.1987
- 6) Er hatte sich zwar nicht, wie Sihanouk, von seinem Regierungsamt „beurlauben“ lassen, war aber offiziell nur „als einfacher kamputscheanischer Bürger“ nach Frankreich gekommen, um die Gespräche nicht durch das Problem der Anerkennung seiner Regierung zusätzlich zu belasten.
- 7) LM, 4.12.1987
- 8) LM, 2.12.1987
- 9) IHT, 11.12.1987. Wenn dies die Absicht Hun Sens gewesen sein sollte, so müßte sich der Prinz eigentlich über ihr Scheitern freuen. Es wurde kein einziges Interview mit Hun Sen in der großen internationalen westlichen Presse veröffentlicht!
- 10) Über die chinesische Reaktion auf die Gespräche gibt es widersprüchliche Erklärungen. Einerseits hatte Deng Xiaoping in Peking noch im September 1987 von einem „Sieg über Vietnam“ gesprochen, andererseits gibt es Anzeichen, die auf eine gemäßigte Haltung schließen lassen könnten: Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Laos am 1.12.1987 und bei diesem Anlaß bekanntgewordene Erklärungen zu einem Gipfel Gorbatschow – Deng Xiaoping (vgl. Libération, Paris, 2.12.1987), sowie Äußerungen chinesischer Politiker zu dem sowjetischen Asien-Beauftragten Rogatschew (vgl. TAZ, 4.12.1987). Demgegenüber hat, parallel zu Sihanouks letzten Erklärungen, die chinesische Presse den unversöhnlichen Forderungen Son Sanns breiten Raum gegeben (SZ, 8.12.1987).
- 11) Verwiesen sei auf sein Verhalten gegenüber dem bürgerlichen anticolonialistischen Widerstand in den 50er Jahren sowie auf sein Verhalten nach dem Putsch 1970.
- 12) So im Telegramm an Hun Sen, nach: LM, 31.12.1987

Hun Sen – Sihanouk Pariser Vereinbarung

Prinz Norodom Sihanouk und der kamputscheanische Premierminister Hun Sen unterzeichneten am 4. Dezember 1987 in Fère-en-Tardenois ein gemeinsames Communiqué in dem es heißt, daß sie „bewegt vom gemeinsamen Wunsch, den kamputscheanischen Konflikt mit friedlichen Mitteln zu beenden und zu einer nationalen Versöhnung zu kommen“, zur folgenden Übereinkunft gelangt sind:

1. Die Lösung des Konflikts in Kamputschea muß notwendigerweise auf politischem Wege erfolgen.
 2. Das kamputscheanische Problem muß notwendigerweise vom kamputscheanischen Volk selbst durch Verhandlungen zwischen allen Konfliktparteien geregelt werden (...), um dem Krieg und dem Blutvergießen ein Ende zu bereiten und um ein unabhängiges, demokratisches, souveränes, neutrales und nichtpaktgebundenes Kamputschea wiederaufzubauen.
 3. Sobald ein Abkommen zwischen den kamputscheanischen Parteien erreicht sein wird, wird eine internationale Konferenz einberufen werden, um dieses Abkommen, die Unabhängigkeit Kamputscheas und den Frieden und die Stabilität in Südostasien zu garantieren.
 4. Die beiden Parteien stimmen darin überein, sich erneut im Laufe des Jahres 1988 in Fère-en-Tardenois (Frankreich) zu treffen. Die beiden Parteien verpflichten sich ebenfalls, sich ein drittes Mal im Palast Chang Sou On des Prinzen Sihanouk in Pjöngjang zu einem Zeitpunkt zu treffen, der noch festgelegt werden muß.
- Schließlich, auf Grundlage der genannten Übereinkunft und im höchsten Interesse der kamputscheanischen Nation, laden die beiden Parteien die anderen kamputscheanischen Parteien ein, sich ihnen am Verhandlungstisch anzuschließen, um zu einer schnellen Lösung des kamputscheanischen Problems zu kommen und somit zu Frieden und Stabilität in Südostasien beizutragen.
(Humanité, Paris, 5.12.1987)

Interview mit Jose Maria Sison

Putschversuche bringen Aquino auf US-Kurs

Jose Maria Sison ist eine der herausragendsten Persönlichkeiten der philippinischen Linken und Mitbegründer der 1986 entstandenen Volkspartei (PnB). Im folgenden Interview, das Rainer Werning für das AIB führte, nimmt er Stellung zu den jüngsten Ereignissen in seinem Land und zur Politik der revolutionären Bewegung.

Im Frühjahr 1988 wird im Pahl-Rugenstein Verlag ein Buch erscheinen, in dem Sison umfassend zur Entwicklung in seinem Land Stellung nimmt: **Philippinen. Die Innenansicht einer Revolution.** Jose Maria Sison im Gespräch mit Rainer Werning (Arbeitstitel), ca. 220 Seiten.

FRAGE: Was sind die Hintergründe des Putschversuchs vom 28. August 1987, der von einer Militärgruppe unter Oberst Gringo Honasan unternommen wurde (vgl. AIB 10/1987, S. 24ff.; Honasan konnte erst am 9.12.1987 verhaftet werden; d. Red.)?

J.M. SISON: Sowohl die Aquino-Fraktion als auch die Enrile-Fraktion sind Werkzeuge der USA. Die Aquino-Fraktion hat weiterhin die Unterstützung des US-Außenministeriums. Aber die Enrile-Fraktion hat guten Zugang zu Teilen des Pentagon und des CIA gehabt.

Die Enrile-Fraktion, zu der die bewaffnete Gruppe von Honasan gehört, legte Beweise vor und beschwerte sich beim Pentagon und CIA über massive Wahlfälschungen durch die Aquino-Fraktion. Sie erhielten wohlwollende Erklärungen vom Pentagon-General Richard Stilwell, von den US-Militär-Attachés und dem Chef der CIA-Station in Manila, Norbert Garrett.

Diese wohlwollenden Erklärungen wurden als grünes Licht für einen Putschversuch aufgefaßt. Und so kam es zur Affäre vom 28. August 1987. Es gab Aspekte, die darauf hindeuteten, daß man über die Ziele der üblichen Scheinputsche hinausgehen wollte.

FRAGE: Glauben Sie, daß die Regierung Reagan oder bestimmte US-Behörden oder -Teilstreitkräfte in die Reihe von Putschversuchen seit Juli 1986 verwickelt waren? US-Botschafter Nicholas Platt hat mehrmals indirekt bestätigt, daß er und seine Männer Kontakt mit Honasan während des mißlungenen Putsches vom 28. August hatten. Und kürzlich haben beide Häuser des Kongresses eine „Untersuchung“ über eine angebliche US-Verwicklung in diesen Zwischenfall angekündigt. Was denken

Sie, ist der wirkliche „Spielplan“ der USA gegenüber der Regierung Aquino und wie versuchen sie dem wachsenden, kommunistisch geführten bewaffneten Kampf zu begegnen?

J.M. SISON: Bis zum 28. August hat es nur Scheinputsche und Putschgerüchte gegeben, um Druck auf Aquino auszuüben.

Die USA steckten dahinter, um den Austritt der Menschenrechtsanwälte aus dem Aquino-Kabinett zu erreichen, um Aquino das Versprechen zu entlocken, die Pachtdauer für die US-Militärbasen zu verlängern, um die Unterwerfung unter die politischen Diktate des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank zu verstärken und um die Politik des Konfliktes niedriger Intensität voranzubringen.

Die Erreichung eines strategischen Gleichgewichts zwischen Regierung und Guerilla ist kein Traum mehr

Der wirkliche US-Spielplan auf der Ebene des Weißen Hauses und des Nationalen Sicherheitsrats besteht darin, Aquino im Amt zu halten und abzusichern, daß sie auf Linie bleibt.

Aquino wird von den USA so weit wie möglich gegen die revolutionäre Bewegung benutzt. Aber die USA halten sich auch ihre Optionen offen, eingeschlossen die, sie fallen zu lassen, wenn sie sich dennoch als ineffektives Werkzeug erweisen sollte. Das weitere Wachstum der revolutionären Bewegung kann dazu führen, daß die USA Aquino die ganze Schuld dafür zuweisen.

FRAGE: Wie weithin zugestanden wird, bleiben die US-Militärbasen das wich-



tigste strategische Interesse der USA in den Philippinen. Sie sind außerdem das unangenehmste Problem in der Außenpolitik der Regierung Aquino. Was denken Sie, wie dieses Problem schließlich gelöst werden wird?

J.M. SISON: Schon am Morgen des 10. November 1986 hat Aquino den USA über Philip Habib versprochen, die US-Militärbasen nach 1991 beizubehalten. Dies war anscheinend Teil eines Kompromißübereinkommens zwischen Aquino und Enrile (ehemaliger Verteidigungsminister; d. Red.).

Das Aquino-Regime wird sicherlich die Beibehaltung der US-Militärbasen nach 1991 damit rechtfertigen, daß sich die Philippinen in finanziellen Nöten befänden und der Ausgleichszahlungen bedürften.

FRAGE: Wie bewerten Sie die Entwicklung der bewaffneten und unbewaffneten Opposition gegen die Aquino-Administration, seit diese an die Macht kam?

Schätzen Sie noch immer, wie Sie es früher getan haben, daß die revolutionären Kräfte ein „strategisches Gleichgewicht“ mit den Regierungskräften innerhalb von drei bis fünf Jahren erreichen können? Würde diese Schätzung nicht hinfällig, wenn die USA sich entscheiden sollten, mit Kampftruppen und hochentwickelteren Waffen zu intervenieren?

J.M. SISON: Die Schätzung, daß die revolutionären Kräfte ein strategisches Gleichgewicht in drei bis fünf Jahren (von 1986 an gerechnet) erreichen können, ist momentan eine konservative Schätzung. Es gibt Leute, die optimistischer denken, daß es in zwei bis drei Jahren möglich ist.

Man muß in Betracht ziehen, daß das

herrschende System sich in einem Auflösungsprozeß befindet, wobei größere politische Fraktionen der Ausbeuterklassen, mit bedeutender bewaffneter Unterstützung, gegeneinander vorgehen. Dann muß man das gegenwärtige Kräfteverhältnis zwischen der bewaffneten Revolution und dem konterrevolutionären Staat in Betracht ziehen. Es gibt jetzt 10.000 Vollzeit-Guerillakämpfer mit automatischen Gewehren; zusätzlich weitere 20.000 Guerillakämpfer; einige tausend Milizionäre, die für den Kampf ausgebildet sind und einige zehntausend Milizionäre, die Unterstützungsaufgaben übernehmen können. Die Massenbasis beträgt 10 Mio Menschen unter Organen der politischen Macht und in Massenorganisationen.

Die andere Seite hat 40.000 Mann Kampftruppen in 86 Manöverbataillonen, verstärkt durch 120.000 Mann Unterstützungstruppen, 50.000 Polizisten und 50.000 Mann paramilitärisches Personal.

Um das strategische Gleichgewicht zu erreichen, genügt es schon, daß die revolutionären Kräfte nur 25.000 Vollzeit-Guerillakämpfer mit automatischen Gewehren und anderen Waffen mit großer Feuerkraft haben.

Wie ich bereits vorher sagte, ist eine Steigerung von 10.000 auf 25.000 kein Traum mehr. Das Wachstum der bewaffneten revolutionären Bewegung ist kumulativ.

FRAGE: Ist es richtig zu sagen, daß das Stadium der strategischen Defensive sich noch in einem Entwicklungsprozeß befindet? Wird eine Taktik des Konfliktes „niedriger Intensität“ nicht das Voranschreiten der revolutionären Bewegung beenden?

Demonstration gegen die US-Militärbasen in Manila im September 1987

J.M. SISON: Sie haben recht, wenn Sie sagen, daß das Stadium der strategischen Defensive sich noch in einem Entwicklungsprozeß befindet. Nach dessen Vollendung, führt dieses Stadium zu dem des strategischen Gleichgewichts und danach zu dem der strategischen Offensive. Wenn man über diese Stadien redet, heißt dies, den wahrscheinlichsten Entwicklungsweg zu entwerfen.

Ich glaube nicht, daß die Politik des Konfliktes „niedriger Intensität“ erfolgreich sein wird. Die Idee der USA besteht darin, Filipinos zu benutzen, um Filipinos zu töten sowie die Kader und die Massenbasis der revolutionären Bewegung auszumerzen und darin, die psychologische Kriegführung – einschließlich Morden und Massakern – zur Einschüchterung der Bevölkerung extensiv zu praktizieren.

Die revolutionären Kader und Kräfte sind nicht schutzlos vor dem Feind und können nicht zerstört werden. Das Töten und die Zwangsumsiedlungen werden nur das Marionettenregime diskreditieren und mehr Leute davon überzeugen, sich der revolutionären Bewegung anzuschließen.

FRAGE: Die CIA-Station in den Philippinen hat 10 Mio \$ mehr erhalten für langfristige Überwachung, psychologischen Krieg und um Vigilantengruppen und Todesschwadronen zu finanzieren. Wie würde die revolutionäre Bewegung auf die verdeckten CIA-Operationen antworten?

J.M. SISON: Die USA, insbesondere der CIA und das Pentagon, wollen die revolutionäre Bewegung ausmerzen, indem die Aktivisten der legalen Massenorganisationen und Allianzen getötet werden. Die logische Antwort der revolutionären Bewegung besteht darin, den Untergrund zu stärken und Aktivisten zu absorbieren, die nicht mehr in der Legalität arbeiten können, die legale demokratische Bewegung sich selbst erhalten und stärken zu lassen, die Morschheit des Systems aufzudecken und gegen die Imperialisten zurückzuschlagen.

Die revolutionäre Bewegung kann US-Militärpersonal, Behörden und Einrichtungen angreifen, weil die USA sich an erster Stelle bemühen, die erzielten Erfolge der andauernden Aggression zu wahren und verdeckte Operationen zu leiten, um sogar unbewaffnete Führer und Mitglieder fortschrittlicher legaler Organisationen zu töten.

Die bewaffnete revolutionäre Bewegung ist sich der Tatsache bewußt, daß die US-Regierung aufgrund des öffentlichen Drucks beschloß, sich aus Vietnam zurückzuziehen, erst nachdem die US-Truppen Verluste von 50.000 Toten und hunderttausenden Verwundeten erlitten hatten.

FRAGE: Sind Ihnen gewisse Ideen, die zirkulieren, bekannt, daß der richtige Weg zum vollständigen Sieg der revolutionären Bewegung, bewaffnete Erhebungen in den Städten seien und daß der verlängerte Volkskrieg passé sei? Und die andere ist, den parlamentarischen Kampf als die Hauptkampfform unter dem Aquino-Regime zu führen und dann zu Aufständen überzugehen, wenn die faschistische Herrschaft wiederhergestellt wird. Was halten Sie von diesen Ideen?

J.M. SISON: Ob wir es mögen oder nicht, der Volkskrieg in den Philippinen ist langfristig. Er dauert schon 18 Jahre. Auf bewaffnete Aufstände in den Städten zu drängen mit nur 10.000 automatischen Gewehren als hartem Kern, heißt um die Zerstörung der bewaffneten revolutionären Bewegung zu bitten.

Tatsache ist, daß viele Guerillafronten sich bereits soweit ausgedehnt haben, daß sie Stadtzentren und Hauptstädte der Provinzen abdecken. Bewaffnete Stadtpartisanen operieren bereits in vielen städtischen Gebieten.

Das herrschende System ist sichtlich in einem Desintegrationsprozeß. Aber das Problem ist, daß die revolutionäre Bewegung noch nicht genug Mittel hat, um die politische Macht in den Städten zu ergreifen und zu halten.

Die Revolutionäre in El Salvador versuchten den nicaraguanischen Erfolg nachzuahmen. Aber die USA und die einheimischen Reaktionäre waren bereits darauf vorbereitet, die bewaffneten Aufstände in den Städten zu verhindern. In den Philippinen waren die USA und die einheimischen Reaktionäre immer auf der Hut. Eine impulsive Aktion, die von einem harten Kern von nur 10.000 Guerillakämpfern angeführt wird, hat keine Chance, erfolgreich zu sein.

Was die Idee angeht, zur Vorbereitung bewaffneter Aufstände den parlamentarischen Kampf zur Hauptkampfform zu machen, würde ich sagen, daß die bewaffnete revolutionäre Bewegung nie in der Lage sein wird, bewaffnete städtische Aufstände anzuführen, wenn sie nicht damit fortfährt, durch taktische Offensiven Waffen anzusammeln.

Wenn gesagt wird, daß der bewaffnete Kampf die revolutionäre Hauptkampfform ist, heißt das, daß er der wichtigste und effektivste Weg ist, um die zentrale Aufgabe der Ergreifung der politischen Macht zu lösen. Das heißt nicht, legale Formen des Kampfes einzuschränken. Diese können so weit wie möglich gehen. Sie sind hilfreich für das Voranschreiten der bewaffneten revolutionären Bewegung. Aber, um die Ergreifung der politischen Macht zu erreichen, können legale Kampfformen nicht ausreichen.





Ermordeter Wähler auf einer Straße von Port-au-Prince (l.); Schlange von Wählern vor einem Wahllokal am Morgen des 29. 11. 1987 (r.)

Ulrich Rupp

Die Militärs verhindern erste freie Wahlen

Am 29.11.1987 waren in Haiti die ersten freien Präsidentschafts- und Parlamentswahlen innerhalb der letzten 30 Jahre vorgesehen. Doch sie wurden durch eine Terrorkampagne der Tonton Macoutes, den Angehörigen der Miliz der 1986 gestürzten Familiendiktatur der Duvaliers, und des Militärs verhindert.

Während schon in den frühen Morgenstunden hunderte Menschen vor den noch geschlossenen Wahllokalen in der Hauptstadt Port-au-Prince warteten, fuhren Bewaffnete vor und eröffneten wahllos das Feuer. Sie verfolgten die Fiehenden in Häuser hinein, wo sie teilweise bestialisch massakrierten. Über 30 Menschen wurden ermordet.

Der unabhängige Wahlrat (CEP) annullierte daraufhin die nicht mehr ordnungsgemäß durchführbaren Wahlen. Seine Mitglieder suchten vor möglicher Verfolgung Schutz in ausländischen Botschaften.

Generalleutnant Henri Namphy, Vorsitzender des Nationalen Regierungsrates (CNG), erklärte den CEP unter der fadenscheinigen Anschuldigung für aufgelöst, daß er ausländische Einmischung in Form von Wahlbeobachtern und Geldern zur Organisierung der Wahl zugelassen habe. Das Militär, so Namphy, würde nun selbst alles dafür tun, daß am

7.2.1988, dem zweiten Jahrestag der Flucht des Diktators Jean-Claude Duvalier, ein gewählter Präsident die Amtsgeschäfte übernehmen könne.

Der CEP stellte dazu fest, daß ein solches Unterfangen verfassungswidrig sei, da die Verfassung eindeutig die Vorberei-



General Namphy

Hand in Hand. In Gonaïves z.B. war es der Obrist Gambetta Hippolite selbst, der am Wahlsonntag das Militär bei einem Angriff auf das Wahlhauptquartier befehligte.¹

Der CEP stellte dazu fest, daß ein solches Unterfangen verfassungswidrig sei, da die Verfassung eindeutig die Vorberei-

Hand in Hand. In Gonaïves z.B. war es der Obrist Gambetta Hippolite selbst, der am Wahlsonntag das Militär bei einem Angriff auf das Wahlhauptquartier befehligte.¹ Bereits am 23.7.1987 hatte der CNG einen Versuch unternommen, Wahlen unter Militärkontrolle abhalten zu lassen. Er batte aber dieses Ansinnen angesichts eines Generalstreiks aufgeben und sein Wahldekret sowie das während der Proteste ausgesprochene Verbot der Autonomen Zentrale der Haitianischen Arbeiter (CATH) aufheben müssen.²

Am 2.8.1987 wurden Louis-Eugène Athis, Präsident der Demokratischen Bewegung zur Befreiung Haitis (MODEL), und am 13. Oktober der Präsident der Christdemokratischen Versammlung (RDC), Yves Volel, bezeichnenderweise vor dem Polizeihauptquartier der Hauptstadt ermordet. Beide Politiker waren Präsidentschaftskandidaten.

Reverend Alain Rocourt, Schatzmeister des CEP erklärte: „Dies sind keine spontanen Aktionen. Sie sind dazu bestimmt, eine Situation zu schaffen, in der die Menschen Angst haben, sich registrieren zu lassen und zur Wahl zu gehen.“³

Trotzdem gingen die Wahlvorbereitungen weiter, 2,25 Mio Haitianer oder 75% der Wahlberechtigten trugen sich ins

In den folgenden Tagen wurde die Repression nämlich noch ausgedehnt. Slumviertel wurden systematisch durchkämmt. Soldaten durchsuchten Häuser und verhafteten im Slumviertel Carrefour-Feuille 50 Menschen, über deren Verbleib nichts bekannt ist.

Aus Furcht vor weiteren Übergriffen übernachteten Hunderte von Menschen nicht in ihren Stadtteilen oder flohen aufs Land.

Der CNG rief die Organisationen, die die Mitglieder des CEP ernannt hatten, auf, neue Ernennungen vorzunehmen. Er stieß damit jedoch auf den Widerstand der Menschenrechtsgruppen, der politischen Parteien und der Kirche, die nur Wahlen unter dem alten CEP akzeptieren. Die Bischofskonferenz lehnte es ab, in einem neuen CEP repräsentiert zu sein und bezeichnete die Verhältnisse in Haiti als noch „entsetzlicher“ als früher. Sie erklärte, das haitianische Volk „bis zum Ende bei seinem Verlangen nach Freiheit“⁴ zu begleiten.

Am 7. Dezember begann ein Generalstreik, der die Unterstützung der wichtigsten Gewerkschaften, Parteien und Präsidentschaftskandidaten hatte. Über das Ziel des Streiks – nur freie Wahlen oder auch Rücktritt des CNG – und seine Dauer – zwei Tage oder unbegrenzt – herrschte jedoch Uneinigkeit.

Trotz dieser Gegenaktionen hat der CNG einen eigenen Wahlrat bestimmt und neue Wahlen für den 17.1.1988 anberaumt.

International hat der CNG sich vollständig isoliert. Die USA suspendierten ihre Wirtschafts- und Militärhilfe. Die Rea-

gan-Administration, die 1986 Duvalier ins Exil geschickt und das jetzige Regime installiert hatte, forderte Regierung und Opposition auf, den „demokratischen Prozeß wieder in Gang“ zu bringen.

Zwar forderte etwa der christdemokratische Präsidentschaftskandidat Sylvio Claude von den USA, den CNG zum Rücktritt zu zwingen oder andernfalls eine Interventionstruppe der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) oder der UNO dies erledigen zu lassen. Zwar verlangte auch der Leiter der US-Wahlbeobachterdelegation, Walter Fauntroy, ähnliches. Dennoch lehnte das Weiße Haus derartige Schritte ab.

Ob das auch in Zukunft so bleiben wird, ist fraglich, wenn es nicht gelingt, mit wirtschaftlichem Druck den CNG zur Schaffung der stabilen Verhältnisse zu zwingen, die man sich mit der Ablösung Duvaliers versprochen hatte.

Bereits am 2. Dezember hatte die Organisation Karibischer Staaten, dasselbe Gremium, das sich 1983 an der US-Invasion Grenadas beteiligte, die Entsendung einer Interventionstruppe nach Haiti zwar abgelehnt, jedoch mit der Begründung, daß das Land eine Regierung habe und kein Chaos existiere. D.h., sollten Generalstreik und Massenaktionen zum „Chaos“ führen, wäre Haiti reif, um unter dem Vorwand, die Demokratie herzustellen, eingenommen zu werden.

Anmerkungen:

- 1) The Independent, London, 2.12.1987
- 2) Vgl. AIB 8/1987, S. 13f.
- 3) International Herald Tribune, Paris, 16.10.1987
- 4) Liberacion, Paris, 7.12.1987

Zeitschriftenschau

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 121/November 1987

Schwerpunkt: Olympia-Land Korea ● Zum Stand der Diskussion um die grün-nahe Stiftung ● Bericht vom bundesweiten IWF-Bündnistreffen in Frankfurt am 17.10.1987

Einzelpreis 3 DM; Abo 36 DM

Bezug: FORUM, c/o ISW, Lingener Str. 9, 4400 Münster

Entwicklungspolitische Korrespondenz, Nr. 3/1987

Thema: Vom Staatshaushalt zur Haushaltskasse. Frauenarbeit, Weltwirtschaft, Verschuldungskrise ● Dieses Heft beschäftigt sich mit der spezifischen Betroffenheit von Frauen durch die weltweite Verschuldungskrise. Die Zusammenhänge werden anhand von Fallbeispielen z.B. zu Jamaica, Peru, Kolumbien, Chile und den USA untersucht. Außerdem werden Möglichkeiten, diesem Dilemma zu entinnen, dargestellt.

Einzelpreis 4 DM; Abo 22 DM

Bezug: EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 20

Brasilien-Nachrichten, Nr. 95/1987

Schwerpunkt: Wohnen in Brasilien ● Schattenseiten – Wohnen in Armut: Bilder aus einer brasilianischen Großstadt ● Banco Nacional de Habitação – BNH: Brasiliens Neue Heimat ● Brasiliens Großstädte wachsen unaufhörlich ● Wohnen in Brasília – 30jähriger Traum von einer neuen Hauptstadt

Einzelpreis 7 DM; Abo 28 DM

Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 165/Dezember 1987

Dialog zwischen Guerilla und Regierung in El Salvador ● Der Arias-Plan hat seinem Urheber den Nobel-Preis verschafft. Ob er mehr erreichen kann wird am Beispiel der antisandinistischen Propaganda in den mittelamerikanischen Nachbarländern in Frage gestellt ● Eskalation des Terrors in Kolumbien ● 600.000 fordern ein Plebiszit über 12 Jahre Staatsterrorismus in Uruguay ● Die Weltwirtschaft in einer Übergangsphase mit offenem Ende ● Interview mit dem argentinischen Gewerkschafter Francisco Gutiérrez.

Einzelpreis 4,50 DM; Abo 50 DM

Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Peripherie, Nr. 28/1987

Schwerpunkt: Agrarproduktion, Staat und Weltmarkt ● Henry Bernstein: Kapitalismus und kleinbürgerliche Produktion. Klassenverhältnisse und gesellschaftliche Arbeitsteilung ● Werner Biermann, Jean-Marc Fontaine: Bauern und Bürokraten. Die Krise des tanzanischen Transformationsmodells ● René E. Ofreño: Agrarkrise, Deregulierungs-Programm und Agribusiness auf den Philippinen ● Detlev Haude: Von Agrikultur zur Agroindustrie

Einzelpreis 7 DM; Abo 30 DM

Wahlregister ein, überall wurden Vorbereitungen zur Wahl getroffen – der CEP schaffte sogar Maulesel an, um auch die entferntesten Gebirgsdörfer rechtzeitig mit den Wahlunterlagen versorgen zu können.

Gestützt auch auf die entsprechenden Verfassungsartikel strich der CEP am 2.11.1987 12 von 35 Präsidentschaftskandidaten, weil sie nachweislich unter der Duvalier-Diktatur hohe Ämter bekleidet hatten. Dies war die willkommene Gelegenheit für die Duvalieristen und Tontons Macoutes zum letzten Schlag auszuholen und Angst und Schrecken zu verbreiten.

Parteibüros wurden angegriffen, Sender überfallen und die Einrichtung zerhackt, Wahlzettel gestohlen und verbrannt, Fahrer von LKWs, die die Wahlzettel transportierten, ermordet, Großmärkte geplündert, Passanten wahllos verprügelt und die Zentrale des CEP in Brand gesteckt. Das Militär, das dem tatenlos zusah, tat ein übriges: Es verbot die von der Bevölkerung gebildeten Selbstschutzverbände.

Um dem CEP die Arbeit unmöglich zu machen, zog das Militär einen Tag vor der Wahl seine Zusage zurück, dem CEP zwei Helikopter zur Versorgung entlegener Gebiete mit Stimmzetteln u.ä. zur Verfügung zu stellen. Deshalb und weil die Überlandstraßen durch Straßensperren der Tontons Macoutes blockiert waren, mußten die Wahlen schon am 28.11.1987 in 20% der Wahllokale abge sagt werden. Die Wahlen am nächsten Tag auch in der Hauptstadt und anderen großen Städten zu unterbinden, war dann der Tragödie vorletzter Akt.





Warnsignal Tschernobyl: Löschhubschrauber über dem zerstörten Reaktorblock

Hermann Bömer

Das weltweite Energieproblem (IV)

Bestandsaufnahme, Prognose, Lösungsstrategien

III. Energiepolitik in Entwicklungsländern: Länderbeispiele

Beispiel Brasilien

1. Zunächst zur Atomenergie.

Kurt Mirow, Autor des bekannten Buches „Die Macht der Kartelle“, hat auch ein Buch zum Thema Atomgeschäft BRD-Brasilien geschrieben.¹ Das ist ein Krimi.

Dieses Geschäft, das die Kraftwerks-Union (KWU) mit Brasilien angeschlossen hat, war eines der größten ökonomischen Verbrechen der Geschichte.

Da ist bekanntlich 1975 folgender Vertrag geschlossen worden: Siemens liefert bis zu acht Atomkraftwerke, eine Fabrik für Atomkraftwerke, eine Fabrik für die Entwicklung von Brennelementen, eine Fabrik für die Anreicherung und eine Wiederaufbereitungsanlage im Gesamtwert von ca. 50 Mrd \$.

Als erstes wurde die Fabrik für Atomkraftwerke gebaut, die inzwischen nicht genutzt werden kann. (In ihr sollten die 50-60 Kernkraftwerke gebaut werden, die die größtenwahnsinnigen Militärs bis zum Jahre 2010 in Brasilien selbst bauen wollten.)

Dann haben sie angefangen, eines der acht Atomkraftwerke zu bauen, Angra II südlich von Rio. Man hat einen Standort direkt an der Küste gewählt, auf Sand! Es ist natürlich schwierig, ein Atomkraftwerk auf Sand zu bauen, man mußte Pfahlgründungsarbeiten riesigen Aus-

maßes vornehmen. Man hat 1.680 Betonpfähle bis zu 40 m tief in die Erde gegründet. Kostenpunkt: 250 Mio \$.

So fing dieses Geschäft von Siemens an. Und wenn Siemens-Manager uns erzählen, sie würden verantwortlich mit den Problemen der Dritten Welt umgehen, dann muß man ihnen dieses Geschäft heute rechts und links um die Ohren hauen. Es ist ungeheuer, was da gelaufen ist. Zum Glück, kann man jetzt sarkastisch sagen, kam die Verschuldungskrise dazwischen. Die Brasilianer konnten nicht mehr bezahlen.

Folglich hat die berühmte brasilianische Bürokratie ihre Taktik angewandt, mit bürokratischen Schikanen das Geschäft abzuwürgen. Und jetzt werden keine Atomkraftwerke mehr gebaut. Brasilien hat ja ganz andere Energiereserven, z.B. die Wasserkraft.

2. Aber auch mit der Wasserkraft wurde lange nach dem Motto „Warum billig, wenn's auch teuer geht?“ verfahren. Statt zunächst viele mittlere und kleine Kraftwerke zu bauen und dann erst in einem späteren Stadium (wenn überhaupt!) die Größtkraftwerke, wurden Größtkraftwerke gebaut, deren Strom über hunderte und tausende Kilometer in die Verbrauchszentren transportiert werden muß. Dennoch liefern diese Wasserkraftwerke die Kilowattstunde (KWH) nach Mirow noch wesentlich billiger als die (auf dem Reißbrett befindlichen) Atomkraftwerke.

Das **Alkoholprogramm** verschärft unter

den gegebenen sozialökonomischen Bedingungen in Brasiliens ländlichen Regionen die Schwierigkeiten der Selbstversorgung mit Lebensmitteln.

Wasserkraft, Biomasse sowie eine energisch voranzutreibende Rohstoff-Prospektion versetzen jedoch Brasilien in die Lage, das Energiedefizit (kommerzieller Primärenergieverbrauch 1982: 89,4 Mio t SKE (= 0,704 t pro Kopf); Erzeugung 42,5 Mio t SKE) langfristig zu decken. Wenn es gelingt, die eigene (vorhandene!) Industrie in den Aufbau dieser Kapazitäten einzubeziehen, statt sich die jeweiligen globalen Größtprojekte von den internationalen Monopolen des Elektrokartells (Mirow) aufzwingen zu lassen, hat Brasilien energetisch eine gesicherte Zukunft.

Beispiel VR China

a) Daten 1982²

Stromerzeugung (Mrd KWh): Wasser 74,4, AKWs 0, Wärmekraftwerke 253,2,

Land	Atomkraft	
	in Betrieb/MW	im Bau
Argentinien	2/1015	1/ 745
Brasilien	1/ 657	2/2618
Indien	6/1320	4/ 940
Iran		2/2586
Südkorea	6/4893	3/2850
Kuba		2/ 880
Mexiko		2/1350
Pakistan	1/ 137	
Philippinen		1/ 680
Südafrika	2/1930	
Taiwan	6/5144	

(Quelle: Atomwirtschaft März und Juli
Aktiengesellschaft, Nr. 15/1987: IAEA)

Gesamtleistung 327,68 Mrd KWh. Kraftwerksleistung 76.000 MW. Energieverbrauch: 586,1 Mio t SKE, was 0,581 t pro Kopf entspricht. Erzeugung: 636,7 Mio t SKE (1985: ca. 0,7 Mrd t), davon 463,1 Mio t Steinkohle.

China war damit in der ersten Hälfte der 80er Jahre noch Nettoexporteur von kommerzieller Energie.

b) Informationen aufgrund eines Gesprächs mit Wilo Wang, z.Zt. Dortmund

- Derzeitige Produktionsstruktur: 71% Kohle; 23% Öl/Gas; 6% Wasser.

Der Anteil Wasserkraft kann maximal auf 10% ausgedehnt werden. Die in ländlichen Regionen massenhaft genutzten Biogasanlagen (ca. 7 Mio) produzieren ca. 20-25% der kommerziell genutzten Energiequellen.

Das Hauptproblem der chinesischen Energiewirtschaft ist das Transportsystem für die Kohle.

- Perspektiven und Planung 2000:

- weiterer Ausbau der Biogas- und kleinen Wasserkraftwerke;
- Sonne und Wind in den Wüstenregionen;

- der Primärenergieverbrauch soll laut Perspektivplan von 0,7 auf 1,8 (Min) - 2,4 (Max) Mrd t SKE ansteigen.

- Fernwärme wird z.Zt. nur in Peking genutzt. In den Großstädten werden die Kohleinzelfeuerungsanlagen schrittweise durch Stadtgas auf der Basis von Steinkohle ersetzt. Damit werden sich die Umweltbedingungen in den Städten verbessern.

- Atomkraftwerke werden bei Hongkong (2 x 900 MW mit Hilfe der Franzosen) sowie bei Schanghai (China, Siemens) geplant. Perspektivisch werden ca. 10% der Stromerzeugung auf Kernkraftwerksbasis einkalkuliert.

Beispiel Indien

Indien ist ein Land mit teilweise hochentwickeltem industriellem Potential und gleichzeitig unglaublich zurückgebliebenen Regionen, und damit entsprechenden Problemen.

Indien ist ein Land, das im Jahr 1982 einen Energieverbrauch von 143 Mio t SKE, eine Energieerzeugung von 132 Mio t SKE hatte und von daher bislang ein Energie-Importland ist. Weil es

gleichzeitig über eine relativ hoch entwickelte Industrie verfügt, setzt Indien auf eigene Entwicklungen im Bereich der Kernenergie, natürlich auch aus militärischen Gründen. Offensichtlich betreibt Indien nach wie vor ein relativ ambitioniertes Ausbauprogramm für die Kernenergie.

Dies wird verständlich, wenn man weiß, daß Strom ein echter Engpaßfaktor für die Industrieentwicklung ist und Schwierigkeiten wie die Steigerung der Steinkohlen- und Ölproduktion bestehen. Bis zu regional 40% der Industriekapazitäten können zeitweilig nicht genutzt werden, weil die Stromversorgung nicht ausreicht.³

Daten 1982⁴

Stromerzeugung (Mio KWh): Wasser 52,6, AKWs 3,2, Wärme 82,7. Gesamtleistung 138,6 Mio KWh. Kraftwerksleistung 38,8 MW.

Energieverbrauch: 143,8 Mio t SKE, entsprechend 0,2 t SKE pro Kopf.

Energieerzeugung: 132,5 Mio t SKE.

Es gibt einige hunderttausend Biogasanlagen. Es fällt auf, daß China diese Energiequelle viel intensiver nutzt. (Darauf weist auch G. Cremer⁵ hin, der diesen Unterschied auf die Gesellschaftssysteme zurückführt.) Es muß allerdings berücksichtigt werden, daß der Dung zugleich Düngemittel ist und deshalb nicht völlig beliebig für energetische Zwecke zur Verfügung stehen kann!

Atomenergie: 1985 1,03 MW, Planung 1995 1,9 MW. Vier Reaktoren sind im Bau; 14 sind bestellt bzw. werden geplant.

Vergleicht man die chinesischen und indischen Verhältnisse, dann fällt auf, daß in der Perspektive die sehr unterschiedlichen Wachstumsraten der Bevölkerung die Schwäche des kapitalistischen Entwicklungstyps immer deutlicher hervortreten lassen wird, obwohl Indiens Wirtschaftsentwicklung auf verschiedenen Gebieten bemerkenswerte Fortschritte gemacht hat. Dies ist nicht zuletzt auf einen starken Staatssektor zurückzuführen, der die Entwicklung von Schlüsseltechnologien unter nationaler Kontrolle erlaubt.

Beispiel Kuba

Der Pro-Kopf-Energieverbrauch (in kg Öleinheiten) ist von 1965-84 von 604 auf 1.083 gestiegen. Der Gesamtverbrauch betrug 1984 ca. 10 Mio t, für die Stromproduktion wurden (1985) ca. 3 Mio t Erdöl verbraucht.⁶

4.1. Ergebnisse 1981-85

Der Energieverbrauch pro Peso Produktion (d.h. die Energieintensität des Nationaleinkommens) verringerte sich von 1981-1985 um 25%.⁷

Die Energieerzeugung stieg 1981-1985 mit einer jährlichen Wachstumsrate von 4,3% (Bruttosozialprodukt (BSP): 7,3%; Industrieproduktion: 8,8%). 1985 wur-

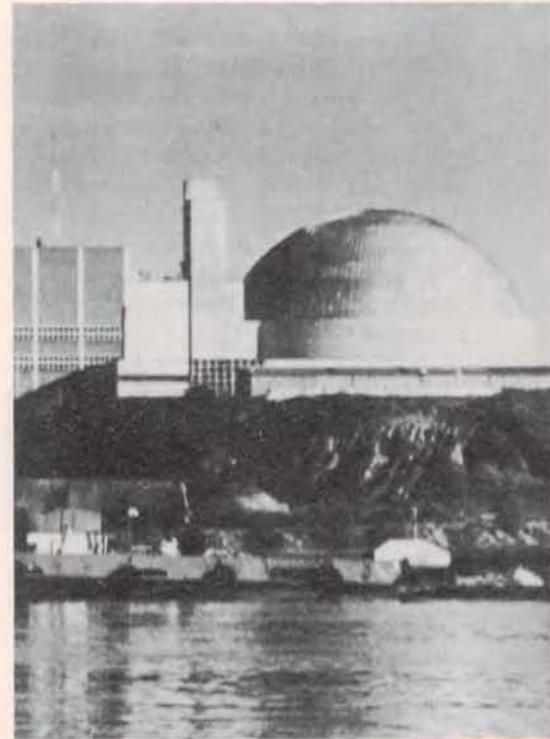
den 5% BSP-Wachstum ohne Verbrauchszuwachs von kommerziellen Primärenergieträgern erzeugt.⁸

Damit steuert Kuba mit großen Anstrengungen auf den intensiv erweiterten Reproduktionstyp zu. Dies war nicht zuletzt das Ergebnis des am 4.12.1984 abgehaltenen Nationalen Energie-Forum.⁹ Die Kraftwerkskapazität stieg 1981-85 um 25%, seit 1959 um ca. 700%. Der spezifische Brennstoffverbrauch pro KWh verringerte sich von 275,3 Gramm (g, 1980) auf 260,0 g (1985).

Die Explorationsarbeiten wurden um 33% erhöht. Bis 1985 waren ca. 32% der Fläche erkundet. Von 1981-85 wurde die Erdöleigenförderung verdoppelt.¹⁰ 4.2. Zum Fünfjahresplan 1986-90 (durchschnittliche jährliche Wachstumsraten)¹¹

BSP-Wachstum 5%, Exporte 5%, Importe 1,5%, Strom 4,3%.

Bis 1990 soll der spezifische Energieverbrauch weiter um 10% gesenkt werden. Die Erdölförderung soll 1990 2 Mio t betragen. In der Perspektivplanung



Atucha II, von Siemens in Argentinien errichtetes AKW

2000¹² wird schwerpunktmäßig auf Spartechnologien, Recycling, die Fortsetzung der Industrialisierung, auf moderne Technologien einschließlich der Atomenergie gesetzt.

4.3. Zu Cienfuegos sind zwei Kernkraftwerksblöcke im Bau, zwei weitere sind projektiert.¹³

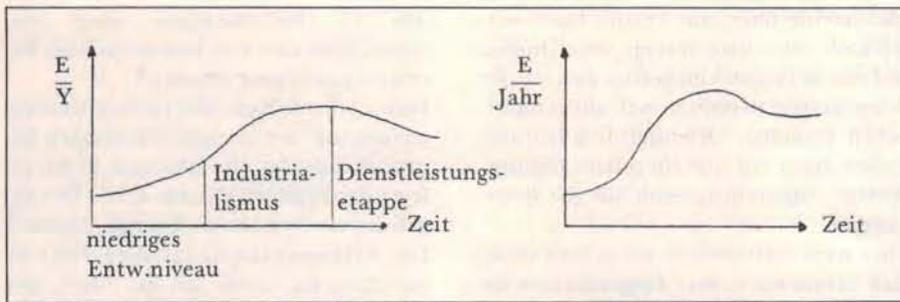
4.4. Besonderheiten von Sparmöglichkeiten in tropischen und subtropischen Ländern.

Da die Notwendigkeit der Niedertemperaturwärmeerzeugung für Heizzwecke entfällt, kann die Wärmekraftkopplung hierfür nicht genutzt werden (wohl na-

Dritten Welt

Mlt/MW	Anteil an Stromproduktion (%)	
	1985	1986
	11,3	11,3
30	1,7	0,1
10	2,2	2,7
30	22,1	43,6
	0,9	1,8
1	4,2	6,8
	53,1	43,8

h: Energienachrichten Main-Kraftwerke 1987, zit. nach: Das Parlament, 29.8.1987)



türlich für industrielle Zwecke!). Im Gegenteil: Man braucht elektrischen Strom für die Klimaanlage. Wenn also der Wohnungsbau nicht in intelligenter Form erfolgt (und hier ist mit der Übernahme z.B. der Plattenbauweise im Massenwohnungsbau sicherlich auch gesündigt worden!), wird viel Strom für die Energiefresser Klimaanlage verbraucht. Die zunehmende Nutzung der Sonnenenergie setzt natürlich ein hochentwickeltes Wissenschafts- und Technologiepotential voraus. Kuba unternimmt diesbezüglich größte Anstrengungen. Es hat das am weitesten entwickelte Bildungssystem in der Dritten Welt!

4.5. Ausführlich beschäftigt sich Castro mit dem Problem der Lebensweise. Die neuen Generationen, die das Massenelement nicht mehr aus eigener Erfahrung kennen, entwickeln natürlich ihre Bedürfnisse extrem schnell, dies auch angesichts der Nähe und Präsenz der USA (z.B. im Fernsehen). Es ist eine schwierige Aufgabe, daß der Konsumismus sich nicht zu einem Massenproblem entwickelt.

IV. Möglichkeiten und Probleme der Energieversorgung für sozialistische Entwicklungsländer

a) Das Kapitalverhältnis ist keine Schranke der inneren Marktausweitung mehr. Die Wachstumsraten der Produktion sind daher in der Regel höher als in den Ländern mit kapitalistischem Entwicklungsweg. (Ausnahmen sind möglich: Südkorea, Taiwan usw.). Werden nun keine besonderen Energiesparstrategien gefahren (Erkenntnis- und Planungsproblem), so kann es sein, daß gerade die Erfolge der sozialistischen Grundbedürfnisstrategie die Wachstumsraten des Energieverbrauchs hochschnellen lassen.

b) Nach der Befriedigung der elementaren Grundbedürfnisse erfolgt eine beschleunigte, auf die jeweils konkreten inneren und äußeren Verhältnisse zugeschnittene Industrialisierungsstrategie. Diese Phase ist durch in der Regel steigende Energieintensität charakterisiert (Aufbau der Industrie, der Infrastruktur, der Städte (Wohnungsproblem)).

Je schneller und früher folglich zum Wachstumstyp der intensiv erweiterten Reproduktion übergegangen werden kann, desto langsamer kann der Pro-Kopf-Verbrauch ansteigen. Dieses Ergebnis ist dann nicht Ausdruck der Armut und der radikalen Einkommensdisparitäten der breiten Volksmassen wie in den Entwicklungsländern mit kapitalistischem Entwicklungstyp.

c) Für Länder mit geringen eigenen fossilen Energiere Ressourcen wie Kuba wird jedoch noch für Jahrzehnte eine hohe Energieimportabhängigkeit bestehen bleiben. Deshalb wird für sie das Energiepreisniveau eine erstrangige Rolle spielen (dies betont Cremer ebenfalls!). Es wäre zudem natürlich vernünftig, daß z.B. Mexiko oder Venezuela Erdöl nach Kuba exportierten statt in die riesige Verschwendungsmaschine USA. Dazu sind jedoch entspannte Verhältnisse in der Karibik erforderlich.

d) Da der Sozialismus die Grundbedürfnisse schnell befriedigen kann sowie die Aufforstung usw. systematisch anpackt, kann das Bevölkerungswachstum schneller unter Kontrolle kommen: vgl. China-Indien bzw. Kuba-Mittelamerika. Deshalb war der Holz- bzw. Waldraub hier schneller überwunden. Zugleich schlägt das niedrige Bevölkerungswachstum langfristig zugunsten eines geringeren Energieverbrauchs durch.

Vieles spitzt sich deshalb zu auf die Frage, welches Gesellschaftssystem am schnellsten ein dauerhaftes und humanes Sinken der Wachstumsrate der Bevölkerung durchsetzen kann. Prognose: China

1975-2000: + 25,4%, Indien 1975-2000: + 56,0%.

e) Das Schlüsselproblem: intensiv erweiterte Reproduktion: Ausschöpfung aller spezifischen Landespotentiale; kein schematisches Kopieren anderer Wege! Aber: dazu braucht man gute Revolutionäre.

E. Das globale Energieproblem als zusätzliche Triebkraft für demokratische und revolutionäre Entwicklungen

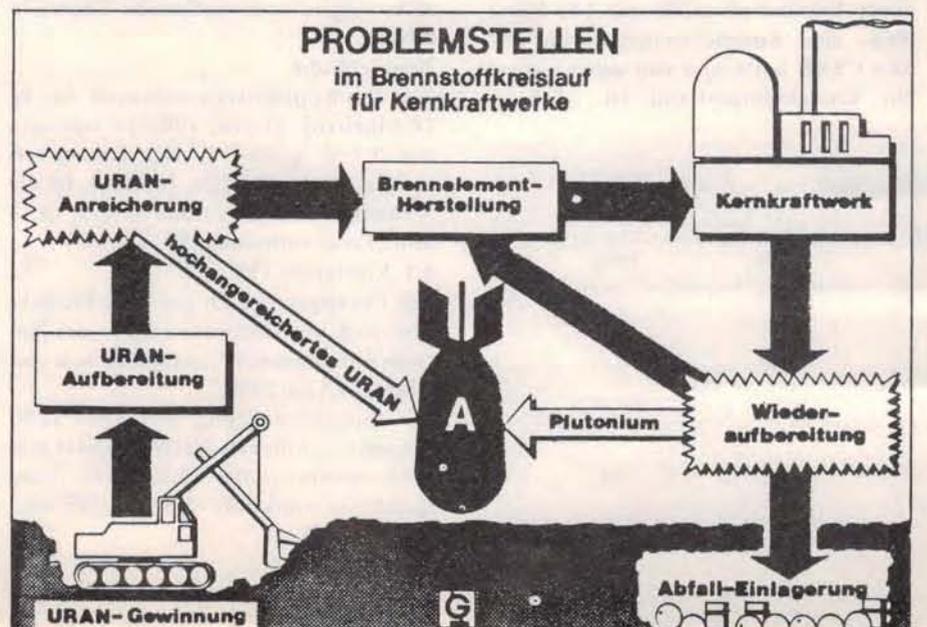
1. Die Erfordernisse der internationalen Zusammenarbeit erhöhen sich sprunghaft. Entspannung und Abrüstung werden elementare Überlebensbedingung. Es bedarf einer globalen strategischen Energieplanung.

Diese Planung muß integriert erfolgen, d.h. nicht isoliert nach einzelnen Energiearten. Es ist deshalb zu überlegen, ob die UNO nicht eine Energiebehörde aufbauen müßte. (Cremer erwähnt, daß die USA sich geweigert haben, im Rahmen der Weltbankgruppe eine Energiebank zu gründen.) Würde die Weltbank demokratisiert (etwa durch Umwandlung in eine UNO-Bank sowie durch Dezentralisierung), so könnte hier ein Ansatz liegen.

2. Zur Lösung der Probleme bedarf es eines progressiven Technologietransfers. Die Abrüstung kann ein wirksamer Hebel für die Freisetzung einer großen Zahl von hochqualifizierten Kadern sein, die in die Energieplanung einsteigen. Natürlich müßten zunächst qualifizierte Umschulungsprogramme entwickelt werden, die dem interdisziplinären Charakter des Energieproblems Rechnung tragen und dem Technokratismus entgegenwirken.

3. Für ein globales Ausstiegskonzept aus der Kernenergie eröffnen sich damit neue Bündnismöglichkeiten. Allerdings sind die Zeiträume und Etappen exakt zu bestimmen.

3.1. Die Priorität liegt bei der Nicht-



weiterverbreitung von Atomwaffen und damit bei der Verlängerung des Atomwaffensperrvertrages. Erforderlich hierzu sind Abrüstungsvereinbarungen der Großmächte. Speziell ist der Export von WAA's und Anreicherungsanlagen zu stoppen (Pakistan, Südafrika usw.).

3.2. Die Möglichkeiten des Ausstiegs sind regional und politisch sehr ungleichmäßig verteilt. Aufgrund der spezifischen Konstellationen sind sie in der BRD noch mit am günstigsten. Die Bundesrepublik könnte somit in dieser Frage Vorbildfunktionen erfüllen. Dies würde jedoch nur glaubwürdig, wenn sie zugleich auf eine radikale Einsparung von Erdöl und (später) von Erdgas orientiert und einen viel größeren Beitrag zur tatsächlichen Entwicklungshilfe leistet.

Dies wäre im Rahmen einer demokratischen und antimonopolistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik generell möglich, die auf die produktive und umweltschonende „Inwertsetzung“ brachliegender Ressourcen, vor allem der über 3 Mio Arbeitslosen, sowie der großen Natur- und Energiepotentiale setzt und einen Teil dieser zusätzlichen Ressourcen der Dritten Welt im Rahmen einer neuen Weltwirtschaftsordnung zur Verfügung stellt.¹⁴

F. Offene theoretische Fragen

1. Die Theorie der Produktivkraftentwicklung muß weiter ausgearbeitet werden. Gibt es einen „sozialistischen Industrialismus“? Welche Produktivitätsbegriffe sind erforderlich?¹⁵

2. Die Theorie der Bedürfnisentwicklung und Bedürfnisplanung(?!) muß ausgearbeitet werden (Bestushew-Lada). Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang z.B. der Aufenthalt von Studenten der Dritten Welt in den hochentwickelten Ländern des Kapitalismus und Sozialismus für ihr Modell von Lebensweise usw.

3. Überwindung von Schwächen in der Theorie sektoraler Krisen wie der Energiekrise:

Früher betonten die Marxisten in erster Linie das Moment der Überproduktionskrise bzw. der Unterproduktion, gemessen an den Bedürfnissen (K. Marx: Der letzte Grund der Krisen ist die Unterkonsumtion der Massen.)

Diese richtige These wurde aber selbst in der 73er Energiekrise auf die hochentwickelten Länder angewandt! Damals wurden die Monopole wegen der wenigen autofreien Sonntage kritisiert, statt die Chancen für ein neues Energie- und Umweltverhalten in den Metropolen herauszuarbeiten.

Heute lautet die Frage: Wie kann das notwendige Energiedienstleistungsange-

bot gesichert, der Nord-Süd-Konflikt überwunden und zugleich das ökologische Problem gelöst werden?

4. Der Stand der Theorie des nichtkapitalistischen und sozialistischen Entwicklungsweges ist unbefriedigend. Die neuen Erfahrungen mit den veränderten Wirtschaftsstrategien in der VR China sowie in Vietnam, in Kuba und anderen Ländern, z.B. Burkina Faso, dem ehemaligen Obervolta, sind aufzuarbeiten und zu verallgemeinern.

Der rationale Kern des Konzepts der angepaßten Technologie und des angepaßten Technologietransfers ist aufzuarbeiten und in diese Strategie zu integrieren. Die Rolle des Staates in den Entwicklungsländern ist neu zu durchdenken.¹⁶

Schluß

Anmerkungen:

- 1) K. Mirow, Das Atomgeschäft mit Brasilien. Ein Milliardenfiasco, Frankfurt/M. 1980
- 2) Nach: VIK, 1985/86
- 3) Vgl. K. Natorp, Die Energie wird zum Engpaß für Indiens Wirtschaft, in: Frankfurter Allgemeine (FAZ), 30.3. 1987
- 4) Nach: VIK, 1985/86
- 5) G. Cremer, Mangel und Verschwendung. Energieprobleme im Nord-Süd-Konflikt, Freiburg 1986
- 6) Errechnet aus: Fidel Castro, Rechenschaftsbericht an den 3. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas, Havanna 1986, S. 5. Er gilt auch als Quelle für die folgenden Daten.
- 7) Ebd., S. 2
- 8) Ebd., S. 5
- 9) Ebd., S. 34
- 10) Ebd., S. 5
- 11) Ebd., S. 43ff.
- 12) Ebd., S. 52ff.
- 13) Le Monde, Paris, 20.5.1986, nach: epk, Nr. 4/1986
- 14) Vgl. hierzu: IMSF/ASK (Hg.), Protokollband der Konferenz zu den Verschuldungsproblemen, Frankfurt/M. 1986
- 15) Vgl. dazu:
K.H. Tjaden, Gesellschaftliche Produktivkraft und ökonomische Gesellschaftsformation. In: Dialektik 9. Beiträge zu Philosophie und Wissenschaften. Ökologie-Naturaneignung und Naturtheorie, Redaktion: E. Gärtner/A. Leisewitz, Köln 1984
Forschungsgruppe Produktivkraftentwicklung Nordhessen (FPN), Projekt Naturbezogene Entwicklungspotentiale: Potentiale Regionaler Reproduktion: Entwurf eines theoretischen Rahmens, Kassel, November 1986
H. Bömer, Ökologie und Politik in der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse heute, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag, Heft 2/1987, S. 220-227
Ders., Metropolen und Unterentwicklung, Kampf dem Industrialismus oder Antiimperialistische Solidarität? Diskussionsbeitrag zur IMSF-Tagung „Zukunft der BRD“ am 23./24.11.1985 in Frankfurt/M. Als Kopie beim IMSF erhältlich.
- 16) Vgl. als klassische Einführung S.I. Tjulpanow, Politische Ökonomie und ihre Anwendung in den Entwicklungsländern, Frankfurt 1972. Als neue Arbeit: Faulwetter/Stier, Entwicklungsländer am Scheideweg, Frankfurt 1984



... das kritische Monatsmagazin
für Leute in Gesundheits-
und Sozialberufen.

dg aktuell:

Markttransparenz im Imperium der Pharmamultis:

Drittweiländer zeigen, wo es lang geht

„Ich möchte betonen, daß dies ein Bericht von einer einzigen Station ist. Aber sie ist keine Ausnahme“:

Psychiatrie lebenslänglich

Streitgespräch mit dem Leiter der Tschernobyl-Untersuchungskommission in der Sowjetunion:

„Die Radioaktivität bleibt“

dg zum Kennenlernen:

für 10 DM (Vorauskasse: Verrechnungsscheck/bar/Briefmarken) können Sie dg 3 Monate lang probelesen.

demokratisches gesundheitswesen. Bisher gibt es das nur als Zeitschrift ...

Senden an: Pahl-Rügenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51



Ich möchte:

- kostenlos eine ältere Ausgabe von dg
 3 Monate lang dg kennenlernen. 10 DM anbei

Name _____

Straße/Nr. _____

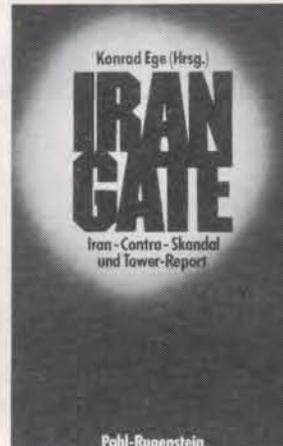
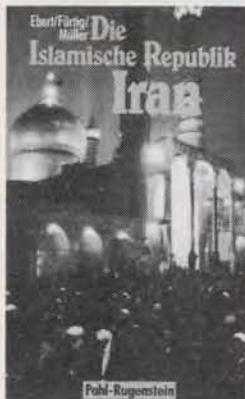
PLZ/Ort _____

Unterschrift _____

Mir ist bekannt, daß ich die Bestellung innerhalb von 10 Tagen schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist reicht die rechtzeitige Absendung des Widerrufs

Unterschrift _____

Neue Bücher über den Iran



In den letzten zweieinhalb Jahren wurden auf Deutsch besonders viele Bücher über den Iran veröffentlicht. Der Grund für dieses plötzliche Interesse ist nicht ganz klar, denn aus den in ihnen dargelegten Fakten geht deutlich hervor, daß sich am Charakter des Regimes der Islamischen Republik zumindest seit der verfassungsmäßigen Festschreibung des „Velayat-e Faghih“-Prinzips, d.h. des Prinzips der Herrschaft der religiösen Schriftgelehrten, seit Dezember 1979 also, nichts Wesentliches geändert hat. Insofern, als es nicht um eine stets fortzuschreibende Chronologie der Ereignisse geht, sondern um eine notwendige Hilfe für den Leser, vergangene und zukünftige Ereignisse einzuschätzen, sind die hier zu besprechenden Bücher mehr oder weniger zu spät auf dem Markt angelangt.

Ungeachtet gewisser Überschneidungen kann man die vorliegenden Bücher in drei Gruppen unterteilen. Zur Gruppe der allgemeinen Einführungen gehören „Die Islamische Republik Iran“ und „Iran-Irak: Bis die Gottlosen vernichtet sind“. Bei den Büchern „Iran – hinter den Gittern verdorren die Blumen“ und „...wenn fern hinter der Türkei die Völker aufeinander schlagen“ handelt es sich um politische Erlebnisberichte. Zwischen beiden Kategorien ist „Der geschundene Pfau“ angesiedelt.

Zur dritten Gruppe gehören jene Bücher, die schwerpunktmäßig einen besonderen Aspekt des Problems behandeln. Dazu gehören als wichtigste die beiden Khomeini-Biographien von Amir Taheri und B. Nirumand/K. Daddjou, die gleichzeitig eine Geschichte und Vorgeschichte der gesamten iranischen Revolution sind, sowie die Memoiren des US-Generals R.E. Huyser und K. Eges Buch über „Iran Gate“, obwohl dieses mehr Informationen über die Herrschenden in den USA als über den Iran vermittelt.

Den umfassendsten Charakter hat zweifellos H.G. Ebert/H. Fürtig/H.G. Müller, „Islamische Republik“. Das Original dieser Lizenzausgabe ist im Akademie Verlag (DDR) erschienen. Die Autoren stellen die Geschichte des Landes seit der konstitutionellen Revolution von 1905 bis Ende 1983 dar und widmen insbesondere der Analyse der Wirtschaftspolitik des Schah-Regimes wie auch der Islamischen Republik und, damit verbunden, der Frage nach dem Klassencharakter der jeweiligen Herrschaftssysteme großen Raum in ihrer im Stil wissenschaftlichen Darstellung. Der letzte 100 Seiten umfassende Teil ist der staatsrechtlichen und ideologischen Ausrichtung der Islamischen Republik Iran gewidmet.

Dieses Buch enthält eine besonders große Zahl von Einzelinformationen zu fast allen relevanten Aspekten. Es ist aber auch durch gewisse Mängel gekennzeichnet, darunter die Unterschlagung interessanter Fakten. So wird zwar des öfteren aus Dokumenten der internationalen kommunistischen Bewegung zitiert; seit Jahren vorliegende Dokumente und Analysen iranischer Linkskräfte mit Ausnahme solcher der Tudeh-Partei werden hingegen fast völlig ignoriert. Eine der zentralen Fragen, nämlich die nach der Zukunft der revolutionären Kräfte Irans und damit des Landes selbst, wird so vielleicht nicht objektiv falsch, aber zumindest wissenschaftlich nicht untermauert beantwortet.

Hans-Georg Ebert/Henner Fürtig/Hans-Georg Müller, Die Islamische Republik Iran, Pahl-Rugenstein Verlag (PRV), Köln 1987, 505 S., 24,80 DM

Konrad Ege (Hg.), Iran Gate: Iran-Contra-Skandal und Tower-Report, PRV, Köln 1987, 246 S., 14,80 DM

Bruno Funk, Der geschundene Pfau – Der Iran unter den Ayatollahs, Rasch & Röhring, Hamburg 1985, 352 S., 36 DM

Robert E. Huyser, Putschen Sie, Herr General! Wie Washington den Iran retten wollte, Rowohlt Verlag, Reinbek 1986, 338 S., 28 DM

Anja Malanowski/Marianne Stern (Hg.), Iran-Irak: Bis die Gottlosen vernichtet sind, roro-aktuell, Reinbek 1987, 180 S., 9,80 DM

Bahman Nirumand, Iran – Hinter den Gittern verdorren die Blumen, roro-aktuell, Hamburg 1985, 253 S., 9,80 DM

Bahman Nirumand/Keywan Daddjou, Mit Gott für die Macht – Eine politische Biographie des Ayatollah Chomeini, Rowohlt Verlag, Hamburg 1987, 384 S., 38 DM

Peter Schütt, ... Wenn fern hinter der Türkei die Völker aufeinander schlagen – Bericht einer Reise in den Iran, PRV, Köln 1987, 212 S., 14,80 DM

Amir Taheri, Chomeini und die Islamische Revolution, Hoffmann und Campe, Hamburg 1985, 416 S., 38 DM

Das Buch „Bis die Gottlosen vernichtet sind“ besteht aus 13 Einzelbeiträgen aus den Federn deutscher und iranischer überwiegend links orientierter Autoren über militärische, politische und ideologische Aspekte des iranisch-irakischen Krieges, darunter aus drei Beiträgen

über den Irak und einen über die Rolle der Kurden in diesem Konflikt. Dieses Buch ist dank verschiedener tabellarischer Darstellungen, z.B. über Waffenlieferungen an die kriegführenden Parteien oder eine Chronologie des Krieges bis Mai 1986, als handliches Nachschlagewerk zu empfehlen, zumal auch die aus marxistischer Sicht geschriebenen Beiträge zur Ideologie des Islamismus und des arabischen Nationalismus in ihrer Kürze die Sache bestens auf den Punkt bringen.

Nachdem der Interessierte schon in den Jahren davor ausreichend Gelegenheit hatte, verschiedene allgemeine mehr oder weniger wissenschaftliche Bücher und Zeitschriftenartikel über den Iran zu lesen, sind nun die erwähnten politischen Erlebnisberichte umso interessanter für alle diejenigen, die nicht die Möglichkeit haben, selbst längere Zeit im Iran zu verbringen. Bahman Nirumand, seit 20 Jahren in der BRD als aktiver Schah-Gegner und Autor eines für die 68er-Bewegung wichtigen Buches über das kaiserliche Regime bekannt, schildert seine Rückkehr in den Iran nach dem Sturz des Schahs, seine mit vielen Exilanten geteilten Hoffnungen und die Wirklichkeit, die diese Hoffnungen in kürzester Zeit völlig zunichte machte und ihn als Mitglied der „Nationaldemokratischen Front“ und der „Vereinigten Linken“ 1981 wieder in die BRD zurücktrieb. Er schildert mit großer Einfühlsamkeit minutiös die politische und ideologische Entwicklung in dieser ausschlaggebenden Zeit und weist auch auf die Hauptschwäche eines großen Teils der iranischen Linken hin, ihre Mißachtung demokratischer Rechte, denen der eindimensional außenpolitisch bezogene vermeintliche „Antiimperialismus“ gerade der unter der Bezeichnung „Linie des Imam“ ihr Unwesen treibenden reaktionärsten Teile des Regimes entgegeng gehalten wurde, solange bis sich der Imam selbst seiner linken Hilfstruppen endgültig entledigte.

Von gleicher Intensität in der Schilderung ist auch der Bericht des Hamburger Schriftstellers und DKP-Mitglieds Peter Schütt, dem es gelang, 1987 für 14 Tage den Iran – primär die Städte Teheran, Maschad und Ghom – zu besuchen. Zu den Höhepunkten dieses sehr persönlich geschriebenen Buches gehört sicher die Schilderung des Besuches des „Martyrer“-Friedhofs Behescht Sahra im Süden Teherans. Der schwächste Abschnitt ist hingegen der über die Tudehis. Die dort geäußerte Meinung über deren Bündnis mit den religiös fundamentalistischen Kräften findet im Rest des Buches keinerlei sachliche Rechtfertigung. Eine Verbindung zwischen beiden Kategorien

Bankenaktionen in Aachen

BRD-Südafrika

stellt das Buch des ZDF-Journalisten Bruno Funk dar. In diesem Buch, das in der Grundeinschätzung mit allen übrigen übereinstimmt, wird der internationalen und vor allem regionalen Politik besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Von hervorragender Bedeutung für das Verständnis der aktuellen Lage sind m.E. die beiden Biographien Ayatollah Khomeinis. Dabei macht insbesondere die möglicherweise mit einigen Sachfehlern behaftete, aber mit größerem Einfühlungsvermögen und daher auch spannender zu lesenden Arbeit des früheren „Kayhan“-Journalisten und heutigen Mitarbeiters von „International Herald Tribune“, „Washington Post“ und dgl., Amir Taheri, die hervorragende Rolle deutlich, die Khomeini für die islamische Revolution spielte und spielt.

Es wird unzweifelhaft deutlich, daß Khomeini ein Erzreaktionär und blutrünstiger Tyrann ist; gleichzeitig ist er aber weit und breit die einzige Persönlichkeit, die taktische Flexibilität mit Jahrzehnte überdauernder strategischer Unbeugsamkeit verband. Ohne diese Eigenschaften wäre es ihm nicht gelungen, ein in der Geschichte selten erlebtes breites oppositionelles Bündnis zu schaffen und sich gleichzeitig alle Kräfte außerhalb seiner Fraktion der Kaste der schiitischen Geistlichkeit zu unterwerfen. Im Hinblick auf die Sachinformationen besteht zwischen beiden Biographien kein wesentlicher Unterschied. Nirumands Darstellung geht historisch etwas weiter und enthält mehr theoretische Überlegungen, während Taheri eine dichtere Atmosphäre schafft. Für die Zeit nach der Revolution deckt sich Nirumands Darstellung in vielem mit dem, was er bereits in seinem 1985 erschienenen Buch geschrieben hat.

Die Persönlichkeit Khomeinis wird besonders deutlich, wenn man sie mit der seiner Gegenspieler vergleicht: der des Schah, seiner Generäle, der Präsident Carters und seiner mit dem Iran befaßten Mitarbeiter. Dieser Gegenseite ist das als Tagebuch aufgebaute Buch des US-Generals Huysen gewidmet. Er war Anfang Januar 1979 in den Iran geschickt worden, um dort für den Zusammenhalt der iranischen Armee zu sorgen, die Militärs zur Unterstützung der Regierung Bakhtiar zu bewegen und – falls diese scheitern sollte – einen Militärputsch zu organisieren.

Huysers Tagebuch macht folgendes deutlich: Die US-Regierung zerfiel in ihrer Einschätzung der iranischen Situation in zwei sich gegenseitig lahmlegende Fraktionen und einen entscheidungsunfähigen Präsidenten; der Schah war von physischer Krankheit gezeichnet, depressiv und wartete auf die Stimme seines Herrn in Washington; die Generäle, ihr Leben lang nichts anderes als Laufburschen des Schah, verfolgten einander mit Neid und Intrige, richteten als Opfer ihrer eigenen Propaganda ihren Blick mehr auf die Tudeh und die UdSSR als auf Khomeini. Und sie waren charakterlich völlig unfähig, sich zu irgendetwas durchzuringen – alles Eigenschaften, die sich angesichts der Gewalt der Volksbewegung und der Zielstrebigkeit und Härte Khomeinis noch verstärkten.

Für den, der nicht als Spezialist ohnehin alles lesen sollte, können als Lektüre insbesondere eine der Khomeini-Biographien und der Band über den Golfkrieg empfohlen werden.

Lothar A. Heinrich

250 Konten sind nunmehr in Aachen aus Protest gegen die Unterstützung deutscher Banken und Sparkassen für die rassistische Regierung gekündigt worden. Bei der erneuten Übergabe von Kündigungen am Weltspartag riß einigen Banken der Geduldsfaden: Die Deutsche Bank ließ ihre Schalterhalle polizeilich räumen, die Stadtparkasse Aachen verwehrte Demonstranten und Kündigern gar den Einlaß.

In einer ersten Phase der Kündigungskampagne hatten Bankkunden, die mit ihren Einlagen keinen Rassismus stützen wollten, bei ihrer Bank angefragt, in welchem Umfang die Bank an Kredit-, Anleihen- und Goldgeschäften mit dem rassistischen Regime in Südafrika beteiligt ist. In der zweiten Phase kam es nun aufgrund dieser Unterstützung bei allen Aachener Banken – bis auf Pax-Bank und BfG – zu weiteren Kontokündigungen.

Im Zentrum der Aktionen stand diesmal die Deutsche Bank, vor der sich um 15 Uhr die kritischen Bankkunden sammelten, um mit Theaterszenen, Flugblättern und Plakaten auf die Situation am Kap und über das Engagement deutscher Banken in Südafrika aufmerksam zu machen. Deutsche Banken – so die Demonstranten – gehören nach den Rückzügen vieler US-amerikanischer Banken zu den letzten Geldgebern des Apartheidregimes. „Sie finanzieren über ihre Kreditvergabe den Staatshaushalt der Rassisten und ermöglichen damit den Fortbestand der Apartheid“, hieß es.

Während eine Gruppe vor und in den Banken mehrstimmige afrikanische Choräle gegen Rassismus und Diskriminierung intonierte, entrollte eine andere Gruppe vor den Filialen Fotos von Schwarzen, um auf die zunehmende Unterdrückung und auf die Festnahmen von tausenden Kindern aufmerksam zu machen. „Als Kunde dieser Bank trete ich die Rechte dieser Menschen mit Füßen“, stand auf einem riesigen Menschenteppich zwischen den Fotos der Farbigen.

Die kritischen Bankkunden appellierten an „ihre“ Geldinstitute, die verzweifelten Forderungen der betroffenen Farbigen in Südafrika nach Boykott ernst zu nehmen und der Apartheidsregierung keine neuen Gelder zur Verfügung zu stellen.

Einzelne Banken rechtfertigten ihr Engagement und vermeinten die Möglichkeit, über wirtschaftliche Beschränkungen politischen Druck zu erzeugen. Während die Kontokündiger einen Boykott als eines der letzten friedlichen Mittel sehen, die südafrikanische Regierung zur Aufgabe der Apartheid zu bewegen und ein Blutbad zu vermeiden, wurde von den Banken betont, daß ihr Handeln sich nicht an politischen Aspekten orientieren könne.

Auf die Übergabe der zentral gesammelten Kontokündigungen und die neuen, inzwischen über 1.000 Anfragen reagierten die einzelnen Banken und Sparkassen unterschiedlich:

Einzelne Filialleiter ließen sich auf eine sachliche Diskussion über das Für und Wider der Kreditvergabe ein, andere reagierten gereizt auf die erneuten Kontokündigungen. Die Deutsche Bank ließ ihre Schalterhalle räumen als die „kritischen Kunden“ südafrikanische Choräle intonierten und mit einigen Theaterszenen die Auswirkungen der Kreditvergabe darstellen wollten. Die Stadtparkasse schließlich, die mit 174 Kündigungen die Hauptlast

der Kampagne tragen muß, verwehrte den Demonstranten sogar den Einlaß, so daß die unzufriedenen Kunden ihre Konten zunächst nicht auflösen konnten.

Im Verlauf der Auseinandersetzung um Hausrecht und Kundeninteresse erhielt eine Kundin Hausverbot. Erst nach 20minütiger erregter Diskussion ließ die Stadtparkasse die Menschen ein, die sich mittels Kontokarte oder Sparbuch als ihre Kunden ausweisen konnten. Erst jetzt konnten die Kündigungen übergeben und die Konten aufgelöst werden.

Lediglich bei der Pax-Bank und der BfG zeigte die Aktion erste Wirkung und Entgegenkommen. Diese haben z.B. den Verkauf des Krügerland eingestellt. Die BfG gibt aufgrund des innergewerkschaftlichen Drucks schon seit 13 Jahren keine Kredite mehr an südafrikanische Adressen und beteiligt sich seit dieser Zeit auch nicht mehr am Plazieren von Anleihen für die südafrikanische Regierung.

Die Veranstalter betonten, daß erst bei konstanten und über Jahre fortgeführten Kündigungskampagnen ernsthafte Konzessionen der Banken und Sparkassen zu erwarten sind. Dies zeigen Erfahrungen, die in anderen Ländern mit dieser Aktionsform gemacht wurden. Deshalb wurde zum Abschluß der Demo an alle Bankkunden appelliert, sich an der nächsten Anfrageaktion (Mai 1988) zu beteiligen und mit Bankeinlagen keinen Rassismus zu finanzieren.

„Südafrika ist zwar nicht das einzige Land, in dem Unterdrückung und Folter herrschen, aber es ist das einzige Land, in dem dies zum Verfassungsprinzip erhoben wird“, hieß es zum Abschluß der Demonstration, „und es ist das einzige Land, in dem man sich strafbar macht, wenn man Menschen unterschiedlicher Hautfarbe gleich behandelt.“

Kurt Lennartz/Bankenaktionsgruppe

Buch-Tip

LänderBilderLeseBuch Cuba

Einen spannenden Einblick in das geschichtliche, politische und kulturelle Leben auf Kuba vermittelt der neue, in der Reihe LänderBilderLeseBuch erschienene Band



Dorothea Boyer/Rüdiger Liedtke/Günter Mletzko (Hg.), Cuba. Menschen, Landschaften, Elefant Press Verlag, West-Berlin 1987, 128 S., 29,80 DM.

Insgesamt 25 Beiträge und eine Vielzahl eindrucksvoller Schwarz-Weiß-Fotos begleiten den Leser auf dieser literarischen Reise. Die Stationen führen von Kubas Entdeckung, dem Sklavenalltag, der kubanischen Revolution bis hin zu aktuellen Berichten über Architektur oder Ökologie. Martí, Fidel und andere Persönlichkeiten werden portraitiert, Menschen und deren tägliche Lebenssituation beschrieben, Sympathie geweckt.

Der Leser erfährt Wissenswertes zur sozialpolitischen Gegenwart Kubas (Landwirtschaft, Tourismus, Rolle der Frau, Religion). Andere Autoren führen in die kubanische Musik- und Kulturszene ein.

Die gut lesbaren und abwechslungsreichen Reportagen, Erzählungen und Interviews machen diesen Text-Bild-Band zu einem echten Lesevergnügen für jede(n) Kuba-Interessierte(n).

Entwicklungspolitik

Forum der Jungsozialisten

Der Eindruck, daß die Internationalismus-Problematik bei den Jungsozialisten dabei ist, von einem Schattendasein zu einem wichtigen Politikfeld erhoben zu werden, wurde von ihrem „Entwicklungspolitischen Forum – Bundesrepublik und 'Dritte Welt' " am 21. November 1987 in Mannheim bestätigt. Rund 300 Teilnehmer befaßten sich mit der Rolle der Bundesrepublik in der Weltwirtschaft (Referent Elmar Altwater), der bundesdeutschen Nord-Süd-Politik und Entwicklungshilfe sowie mit der Solidaritätsbewegung. Abschließend stand das entwicklungspolitische Konzept der SPD zur Diskussion.

Das Mannheimer Forum führte das weiter, was der „Entwicklungspolitische Kongreß" der Jusos vom Oktober 1986 in Düsseldorf begonnen hatte. Jener mit 600 Teilnehmern größte Fachkongreß des sozialdemokratischen Jugendverbandes seit Anfang der 70er Jahre war die erste, das Mannheimer Forum die zweite wichtige Station auf dem Wege zu einer Neubestimmung seiner Position zur Internationalismusbewegung und Entwicklungspolitik in der BRD auf dem Juso-Bundeskongreß im Jahr 1988.

Das Juso-Bundesvorstandsmitglied Hans Sens hob in seinem Mannheimer Eröffnungsbeitrag hervor, daß der Aufschwung für die Solidaritätsarbeit in der Organisation mit dem praktischen Engagement für das befreite Nicaragua

Podiumsdiskussion auf dem Juso-Forum: Hans Sens (l.) und Hans Koschnick (r.)



Aktionen

**3. UNIMOG-
Umrüstung für die SWAPO**

Erneut soll im Jahr 1988 ein gebrauchter Militär-LKW des Typs UNIMOG aus dem Hause Daimler-Benz umgerüstet werden. Herauskommen soll eine fahrbare Klinik der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO). Anders als im Fall der Vorläuferaktionen UNIMOG I und II in den Jahren 1985 und 1986, die auf die Bundesrepublik begrenzt waren, handelt es sich diesmal um ein europäisches Projekt. Es wird von Anti-Apartheid-Bewegungen und Friedensgruppen gemeinsam getragen. Auch UNIMOG III soll in das Flüchtlingslager Cuanza Sul in Angola gebracht werden. Hauptträger der Aktion in der BRD sind wiederum die Anti-Apartheid-Bewegung und der Service Civil International (SCI). Kontakte: SCI, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1.

verbunden sei. Den erhöhten Stellenwert der Dritte-Welt-Problematik gelte es auch gegenüber der SPD einzufordern.

Das Mannheimer Forum trug dem Bedürfnis Rechnung, sich stärker mit den strukturellen Ursachen von Armut und Unterentwicklung in der Dritten Welt zu beschäftigen, die als Produkt einer zutiefst ungerechten, ausbeuterischen und gewalttätigen Weltwirtschaftsordnung ebenso benannt wurden wie die Negativrolle von bundesdeutschen Konzernen und Regierung.

Darüber hinaus thematisierte Hans Seus in seinem Disput über die entwicklungspolitische Programmatik mit Hans Koschnick, der die SPD-Abteilung für Internationales vertrat, auch den Konflikt der Jusos mit „den weltmarktfixierten Wirtschaftskonzeptionen der SPD". Er forderte den Abschied von „der unbedingten Weltmarktorientierung" und eine veränderte BRD-Außenwirtschaftskonzeption in Richtung neue Weltwirtschaftsordnung, da durch die zügellose Konkurrenz der Starken die Entwicklungschancen der Schwachen von außen stranguliert würden.

Auch Koschnick befand die reine „freie Marktwirtschaft" als schlecht für die Entwicklungsländer, verstand unter eigenen Veränderungen aber lediglich die Öffnung der westlichen Märkte für die Schwachen und „eine klare Antwort in der Schuldenfrage". Hingegen stimmte er ein in Seus' Kritik an der expan-

siven Rüstungsexportpolitik der sozialliberalen Regierung Schmidt, die insbesondere unter der jungen Generation zu einem Glaubwürdigkeitsverlust der Nord-Süd-Politik der SPD geführt habe. Seus kritisierte ferner, die SPD habe „mit wenigen Ausnahmen keine eigene Praxis internationaler Solidarität, die über ... Resolutionen hinausgeht" und „kaum Mobilisierungsfähigkeit", was durch einen SPD-Solidaritätsfonds und einen „Nord-Süd-Zuschlag zum Mitgliedsbeitrag ... als ersten Schritten zur Rückgewinnung von Handlungsfähigkeit" abgebaut werden könnte. Dem widersprach Koschnick, da zuerst eine „Bewußtseinsweiterung" unter Mitgliedern und Wahlvolk, und zwar über eine kritische Auseinandersetzung und die Aufwertung der Nord-Süd-Problematik als Wahlkampfthema, vorzuschalten sei. Ansonsten hielt er die Jusos an, ihre Kritik stärker in die SPD-Diskussion für einen Programmwurf einzubringen, der 1989 verabschiedet werden soll.

Nicht angesprochen wurden im Disput die weiter inkonsequente Haltung der SPD in der Sanktionsfrage gegenüber Apartheid-Südafrika. Ausgespart blieb auch die 1986 debattierte SPD-Forderung nach Abzweigung von Geldern (rund 1,7 Mrd DM!) aus dem Rüstungsetat für Entwicklungshilfe. Und nicht thematisiert wurde, worin die Essentials einer alternativen SPD-Entwicklungspolitik gegenüber jener der Regierung Kohl eigentlich zu bestehen hätten.

Dennoch lassen der kritische Tenor des entwicklungspolitischen Forums von Mannheim und die Juso-Absichtserklärung, nachträglich in die IWF-Kampagne einzusteigen, auf einen künftig aktiveren Beitrag der Jungsozialisten zur Entfaltung der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung hoffen. **Wolfram Brönnner**

Klein gegen IWF-Kampagne

In einer Gesprächsrunde mit Repräsentanten kirchlicher Entwicklungsdienste erhob Entwicklungshilfeminister Hans Klein (CSU) Anfang Dezember 1987 die Anforderung, man möge der Bundesregierung für einen „ungestörten Ablauf" der im September 1988 in West-Berlin anstehenden Tagung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank Unterstützung andeihen lassen. Klein beschwor die Gefahr, „daß sich seriöse Organisationen und wohlmeinende Personen in das Netz grün-kommunistischer Radikaler einspinnen lassen".

Die Geschäftsstelle des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) wies die Verlautbarungen Kleins als „Stimmungsmache" zurück, die darauf ziele, „von vornherein jede Kritik an der IWF-Tagung in eine bestimmte Ecke zu drängen". Die im Mai 1987 auf dem BUKO in Fulda vorangekündigten Proteste gegen die IWF/Weltbank-Tagung hätten nichts mit Gewaltandrohung oder „Veränderung mittels Straßenschlachten" gemein.

Offensichtlich versucht die Regierung Kohl mit solchen Vorstößen, die Formierung einer Protest-Kampagne zum IWF/Weltbank-Gipfel zu stören und ihrer angestrebten Verbreiterung (SPD, Gewerkschaften u.a.) entgegenzuwirken. Einen solchen Erweiterungskurs hatte die Kampagne auf ihrem ersten Vorbereitungstreffen vom 17.10.1987 in Frankfurt, das der BUKO initiierte, anvisiert.

Ihr 2. Treffen findet am 23./24. Januar d.J. in Bonn (Gesamtschule Bonn-Beuel) statt (Beginn 10 Uhr). Bereits am 22. Januar findet dort um 20 Uhr eine Podiumsdiskussion zum Thema statt. Anmeldungen an: Bundesgeschäftsstelle Die Grünen, z.Hd. H. Peters, Colmantstr. 36, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/692021.

Kein Kurswechsel nach Tod Kountchés

Niger

Mit der Mitte November 1987 erfolgten Ernennung von Oberst Ali Seibou zum neuen Staatsoberhaupt der westafrikanischen Republik Niger scheint für das erste die Kontinuität in der Führung des in der Sahelzone gelegenen Binnenlandes gewährt zu sein. Seibou gehört seit 1974 dem Obersten Militärat an und zählte zum engeren Kreis um den am 10. November 1987 in Paris an einem Hirntumor verstorbenen Ex-Präsidenten General Seyni Kountché.

Der von Oberst Seibou zwischenzeitlich ernannten Regierung gehören sechs Militärs und 17 Zivilisten an. Er selbst übernahm zusätzlich das Verteidigungs- und das Innenministerium. Seibou erklärte, daß „die Ideale“ des verstorbenen Präsidenten „weiter verfolgt werden“. Am 20. November wurden 31 Personen amnestiert, die an Putschversuchen gegen Kountché beteiligt gewesen waren.

Wie sein Amtsvorgänger General Kountché will auch Oberst Seibou die Regierungsbemühungen vor allem darauf richten, die Versorgung der Bevölkerung mit landwirtschaftlichen Grundnahrungsmitteln zu sichern. Der Agrarsektor, von dem über 80% der etwa 6,1 Mio Nigrer leben, erwirtschaftet rund 50% des Bruttosozialprodukts. Hauptanbauprodukt ist die exportorientierte Monokultur Erdnuß. Durch die Erweiterung der Anbaufläche für Grundnahrungsmittel und die Einschränkung der Erdnußproduktion um 50% gelang es allerdings, das 1977 noch bestehende Nahrungsmitteldefizit von 250.000 t Getreide bereits bis 1982 auf 30.000 t zu verringern.

Als 1983 viele afrikanische Länder von einer verheerenden Dürre heimgesucht wurden, befand sich Niger dank seiner Landwirtschaftspolitik und einer verbesserten Lagerhaltung für Getreide zunächst in einer vergleichsweise günstigeren Situation. 1984/85 jedoch konnte es der anhaltenden Trockenheit nicht mehr genug Reserven entgegenhalten. Ganze Viehherden der Nomaden verendeten. Trotz hoffnungsweckender Regenfälle im Jahr 1986 mußte die Regierung schließlich um internationale Nahrungsmittelhilfe bitten, wobei sie mit einem entsprechenden Bedarf von über 350.000 t Getreide rechnet.

Schwere wirtschaftliche Rückwirkungen hat in den letzten Jahren zudem der Preisverfall bei Uran, dem Hauptexportgut Nigers, gebracht. Gerade in den Erlösen aus der Uranerwinnung hatte die nigrische Regierung die Chance für eine forcierte wirtschaftliche Entwicklung gesehen.

So hatte sie mit den anfänglich beträchtlichen Einnahmen aus dem Verkauf des nördlich von Agadéz gewonnenen Urankonzentrats in der zweiten Hälfte der 70er Jahre städtische Prestigeprojekte, 1.600 km neue Straßen, ein umfangreiches Nachrichten- und Kommunikationsnetz, aber auch Anlagen eines „grünen Gürtels“ in dem zu 3/4 aus Wüsten und Halbwüsten bestehenden Land finanziert. Hinzu kamen Wiederaufforstungsprojekte sowie die Subventionierung hoher landwirtschaftlicher Erzeugerpreise. Seit einigen Jahren ist Niger jedoch bei allen größeren infrastrukturellen Maßnahmen auf ausländische Kredite angewiesen.

Internationaler Währungsfonds, Weltbank und weitere Gläubiger haben sich zwischenzeitlich



Der neue nigrische Staatschef Oberst Seibou

zu Umschuldungsmaßnahmen für den verarmten Sahelstaat bereit erklärt. Ausschlaggebend dürften dabei nicht zuletzt die traditionellen Interessen Frankreichs als ehemaliger Kolonialmacht und seit jüngerer Zeit auch die der USA an der zentral- und nordafrikanischen Region sein. Beide sehen offensichtlich in einer straffen Militärregierung, wie sie auch durch die Ernennung von Oberst Seibou zum neuen Staatsoberhaupt bestehen bleibt, einen stabilisierenden Faktor, der die Verfolgung ihrer eigenen geopolitischen Absichten begünstigt.

OAU

Schuldenkonferenz

Am 30.11./1.12.1987 fand in Addis Abeba ein Schuldengipfel der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) statt. Die Teilnehmer warfen den reichen Industriestaaten Mitschuld an der schweren Wirtschafts- und Schuldenkrise Afrikas vor. Der Preisverfall für afrikanische Exportgüter, die Verteuerung der Importe, rückläufige Entwicklungshilfe und das koloniale Erbe einer unterentwickelten Infrastruktur seien Hauptursachen der mehr als 200 Mrd \$ Schulden Afrikas.

Der OAU-Vorsitzende und sambische Staatschef, Kenneth Kaunda, verwies darauf, daß die Schulden mehr als 40% des Bruttosozialprodukts Afrikas betragen würden und der Kontinent zum Nettokapitalexporteur geworden sei. Er forderte eine kollektive Verantwortung aller Schuldner- und Gläubigerländer.

Zum Abschluß der Konferenz verlangten die Teilnehmer für 1988 die Durchführung einer afrikanischen Schuldenkonferenz, an der Schuldner und Gläubiger teilnehmen sollten. Dort soll der Forderungskatalog des Gipfels

verhandelt werden: Streichung der Schulden für die ärmsten Länder und die Frontstaaten des Südlichen Afrika; 10jähriges Moratorium für die restlichen Staaten; Beschränkung des Schuldendienstes auf einen „vernünftigen und akzeptablen“ Prozentsatz der Exporte; Gewährung von zinslosen Krediten mit bis zu 50 Jahren Laufzeit.

Der Gipfel erkannte jedoch die Pflicht zur Rückzahlung der Schulden grundsätzlich an und beschloß keine einseitige Beschränkung des Schuldendienstes. Kaunda erklärte, Afrika wolle seine Schuldenkrise „nicht mit Konfrontation, sondern mit Kooperation lösen“.

Kollektive Verhandlungen über die Lösung des Schuldenproblems werden jedoch von den Gläubigern ebenso abgelehnt wie eine generelle Schuldenstreichung. Sie fanden sich lediglich dazu bereit, den ärmsten Ländern für die nächsten drei Jahre zusätzliche 3,2 Mrd \$ an Krediten zuzusagen.

Bangladesch

Streiks gegen General Ershad

Seit dem 10. November 1987 wurde Bangladesch von einer Serie von Protesten und erfolgreichen Generalstreiks überzogen. Sie haben ihren Grund in Vorwürfen der Opposition gegen die Regierung von General Mohammed Ershad, er habe die Wahlen von 1986 gefälscht, bei denen seine Jatiya-Partei eine 2/3-Mehrheit im Parlament erhielt. Die Opposition, unter Führung von Hasina Wajeds Awami-Liga und der Nationalen Partei Bangladeschs (BNP) unter Khaleda Zia, fordert deshalb den Rücktritt General Ershads.

Dieser reagierte zunächst mit der Verhaftung von über 5.000 Menschen, der Verfügung eines Hausarrestes für die beiden Oppositionsführerinnen und schließlich mit der Verhängung des Ausnahmezustands am 27.11.1987, ohne die Proteste stoppen zu können.

Nachdem Ende November die meisten Oppositionsparlamentarier zurücktraten und ein Abflauen der Proteste nicht in Sicht war, machte General Ershad erste Zugeständnisse. Er entließ Oppositionspolitiker der Awami-Liga und der BNP aus dem Gefängnis. Anfang Dezember schließlich löste er das Parlament auf mit dem Ziel, in Verhandlungen mit der Opposition einen neuen Wahltermin zu bestimmen. Eine Teilnahme an Wahlen wird von der Opposition jedoch an den Rücktritt von General Ershad geknüpft.

Westsahara

Kommt es zum Referendum?

Vom 20.11.-10.12.1987 besuchte eine 15köpfige UNO-Expertendelegation die Westsahara, um Modalitäten für eine Volksabstimmung über die Unabhängigkeit des seit 1975 von Marokko besetzten Gebietes zu klären.

Die Delegation bereiste die besetzten Gebiete sowie Flüchtlingslager in Mauretanien und Algerien. Sie führte Gespräche mit marokkanischen Ministern und den Führern der Volksfront für die Befreiung von Sagui el-Hamra und Rio de Oro (POLISARIO) und der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS),

die inzwischen von 61 Staaten anerkannt ist. Noch am 18. November hatte die POLISARIO mit schweren Angriffen auf marokkanische Stellungen, bei denen nach Angaben Rabats 325 Menschen ums Leben kamen, auf die Fortdauer des Konflikts aufmerksam gemacht.

Am 4. Dezember 1987 rief die UN-Vollversammlung mit 93:0 Stimmen bei 50 Enthaltungen Marokko und die POLISARIO zu direkten Verhandlungen über einen Waffenstillstand auf und forderte die Abhaltung eines Referendums.

Die Konfliktparteien sind sich zwar über die Abhaltung eines Referendums einig, jedoch lehnt Marokko vorherige Verhandlungen mit der POLISARIO ab. Vor Abhaltung eines Referendums fordert die POLISARIO den Abzug der marokkanischen Verwaltung und Besatzungstruppen (insgesamt 100.000 Mann bei 70.000 Einwohnern) und ihre Ersetzung durch Einheiten, die von der UNO kontrolliert werden. Nur so sei die Neutralität des Referendums zu garantieren.

Ein weiteres Problem bleibt die Teilnahme aller Einwohner des Gebiets am Referendum – also auch der Flüchtlinge im Ausland – und der Ausschluß der marokkanischen Siedler. Zu diesen Fragen wird die UN-Mission vor Ende 1987 dem UN-Generalsekretär Perez de Cuellar, der im Konflikt vermittelt, Bericht erstatten.

Tunesien

Demokratisierung nach Bourguiba

Am 7.11.1987 übernahm der bisherige tunesische Premier- und Innenminister Zine el Abidine Ben Ali die Amtsgeschäfte des 84jährigen Präsidenten der tunesischen Republik Habib Bourguiba. Bourguiba, der 1956 sein Land in die Unabhängigkeit geführt hatte, war seit 1957, dem Gründungsjahr der Republik, Staatsoberhaupt auf Lebenszeit.

In einer Rundfunkansprache erklärte Ben Ali, Bourguiba sei aufgrund seines Alters und der Verschlechterung seines Gesundheitszustandes unfähig, im nationalen Interesse sein Amt auszuüben. Deswegen habe er, Ben Ali, unter Anwendung des Artikels 57 der Staatsverfassung die Präsidentschaft und das Oberkommando der Streitkräfte übernommen. Zugleich kündigte er umfangreiche Reformen und Verfassungsänderungen an. So solle beispielsweise die Präsidentschaft auf Lebenszeit abgeschafft werden. Zudem stellte er Präsidentschaftswahlen in Aussicht, wober er sich mit allen Oppositionsparteien beraten wolle.

Der dem neuen Kabinett angehörende Premierminister Hedi Baccouche, ein enger Vertrauter Ben Alis, verkündete, die Regierung

werde umfassende Demokratisierungsmaßnahmen einleiten. Zukünftig solle es allen politischen Kräften im Lande ermöglicht werden, an politischen Entscheidungen zu partizipieren. Desweiteren solle eine Teilamnestie für poli-

Surinam

Abwahl der Militärs

Nur zwei von 51 Sitzen konnte die Nationaldemokratische Partei (NDP) des seit 1980 regierenden Oberst Desi Bouterse bei den Parlamentswahlen am 25. November 1987 erringen. Rund 85% der Stimmen und 41 der 51 Sitze entfielen auf die Front für Demokratie und Entwicklung. Die Front besteht aus drei traditionellen Parteien mit ethnischer Basis: der Nationalen Partei Surinams (NPS), der Progressiven Reformistischen Partei (VHP) und der Partei für Nationale Einheit und Solidarität (KTPI). Ihre Programmatik ging über Floskeln nicht hinaus.

Diese Parteien waren 1980 durch die Machtübernahme nationalistisch ausgerichteter Militärs unter der Führung Bouterse aus dem politischen Leben ausgeschaltet worden. Die Regierung Bouterse hatte sich damals die Festigung der nationalen Einheit auf die Fahnen geschrieben und strebte eine nationalistisch-reformistische Wirtschaftspolitik an. Unmut löste in den USA die Entscheidung der Militärregierung aus, diplomatische Beziehungen mit Kuba, der UdSSR und Nordkorea aufzunehmen. Auch der ehemaligen Kolonialmacht Niederlande mißfiel der Kurs Bouterse.

Als die Regierung Bouterse nach einem fehlgeschlagenen Umsturzversuch im November 1982 15 Opponenten hinrichten ließ, strich die niederländische Regierung die versprochene Entwicklungshilfe von etwa 100 Mio \$ jährlich. Gleiches taten die USA. Wenn auch Brasilien – mit Billigung Washingtons – und einige andere Staaten die Lücken teilweise füllten, blieben diese Maßnahmen für Surinam nicht ohne negative Folgen.

Der Fall des Preises für Bauxit, das ca. 80% der Exporterlöse erbringt, verschlechterte zudem die Wirtschaftslage drastisch. Die Importmöglichkeiten sanken zunehmend, während der Schwarzmarkt aufblühte. Resultat der Wirtschaftskrise war eine tiefe soziale Unzufriedenheit, die sich 1984 und 1985 in heftigen Streikbewegungen entlud.

Bereits 1984 operierten aus den Niederlanden unterstützte und von der französischen Kolonialverwaltung tolerierte bewaffnete Gruppen vom benachbarten Französisch-Guyana aus. Seit dem Juli 1986 setzte eine bewaffnete Gruppe um Ronny Brunswijk, die aus den miserablen Lebensverhältnissen der in entlegenen Gebieten siedelnden sog. „Buschneger“

tische Gefangene erlassen werden. Von seiten der Opposition, darunter der einflußreichen Bewegung der Sozialistischen Demokraten (MDS), wurde der Machtwechsel in Tunis positiv aufgenommen.

Angola

Verluste der südafrikanischen Invasoren

Südafrika habe vor der Entscheidung gestanden, „die Niederlage Dr. Savimbis zu akzeptieren oder die russische Invasion zum Halten zu bringen“. Mit dieser bemerkenswerten und bislang einmaligen Offenheit gestand der südafrikanische „Verteidigungsminister Magnus Malan am 12. November 1987 die Schwäche seiner Contra-Schützlinge von der Nationalen Union für die totale Unabhängigkeit Angolas (UNITA) und die eigene Intervention auf deren Seite ein. Mit Besuchen des Staatspräsidenten Pieter W. Botha sowie mehrerer Minister im südostangolanischen Kriegsgebiet im November zeigte das Apartheidregime mit größter Eindeutigkeit Flagge in Angola.

Die südafrikanischen Truppen sowie ihre namibischen Ableger, die Südwestafrikanischen Territorialstreitkräfte (SWATF), mußten seit ihrer Invasion am 6. September 1987 in heftigen Gefechten gegen die angolische Armee (FAPLA) – und nicht, wie Malan log, sowjetische Truppen – höhere Verluste als in den vergangenen Jahren hinnehmen.

Die südafrikanische Armee gab zu, daß zwischen dem 3. September und 17. November 35 weiße Armeeingehörige getötet, 45 verwundet und einer verschwunden seien. Sie habe zudem drei Flugzeuge verloren. António dos Santos Franca „N'Dalu“, Generalstabschef der FAPLA, die zahlreiche Tote zu beklagen hatte, bezifferte hingegen die südafrikanischen Verluste auf 230 Soldaten. Auch die Materialverluste Südafrikas seien erheblich.

Am 20.11.1987 meldete die südafrikanische „Weekly Mail“, daß 400 Angehörige des 101. Bataillons der SWATF gemeutert hätten. Sie hatten sich geweigert, in Angola zu kämpfen. Mitglieder der Einheit wurden mit UNITA-Uniformen ausgestattet, bevor sie nach Angola geschickt wurden.

Nachdem es gelungen war, die angolische Offensive in Südostangola zu stoppen, kündigte Südafrika am 5. Dezember den Rückzug seiner Truppen an. Der UN-Sicherheitsrat hatte das Apartheidregime aufgefordert, diesen Schritt bis zum 10. Dezember zu vollziehen.

Abgesetzter Präsident Bourguiba und sein Nachfolger Ben Ali (r.)



Bonner Afrika-Politik auf neuem Kurs?

Joachim Becker

Bundeskanzler Helmut Kohl weilte im November 1987 in Mosambik, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher im Oktober in Angola. Bundespräsident Richard von Weizsäcker ist im kommenden März in Simbabwe und auch „Möchtegernaußenminister“ Franz-Joseph Strauß im Südlichen Afrika angesagt.

Bundesdeutsche Spitzenpolitiker geben sich derzeit in den Frontstaaten die Klinke in die Hand. Bedeutet dies auch einen neuen Kurs der bundesdeutschen Politik im Südlichen Afrika?

Auffällig ist diese plötzliche Reisediplomatie schon. Und sie scheint dazu angehtan, das durch die hartnäckige Zusammenarbeit mit dem Apartheidstaat angegratzte Image Bonns aufzupolieren. Das gilt insbesondere für den Kurzbesuch von Bundeskanzler Kohl als erstem Regierungschef eines westlichen Landes – mit Ausnahme Portugals – am 18. November im Frontstaat Mosambik.

Ohne den Nationalen Mosambikanischen Widerstand (RNM) und seine Hintermänner, vor allem Südafrika, beim Namen zu nennen, verurteilte er „den Terror, der das Land seit Jahren bedroht und die Existenzgrundlage seiner Menschen zerstört“. „Eine der Ursachen für die Spannungen im Südlichen Afrika“, so äußerte Kohl verschwommen, sei die Apartheid. Milde Worte über den Täter, milde Gaben für seine Opfer.

Bitter nötig hat Mosambik die Nahrungsmittelhilfe von 6,7 Mio DM und die Hilfszusage von 72 Mio DM, die Bundeskanzler Kohl im Gepäck hatte. Die Solidaritätsbewegung fordert eine Unterstützung Mosambiks schon seit Jahren. Bis zum Abschluß des unter dem Destabilisierungsdruck Südafrikas und seiner westlichen Verbündeten abgeschlossenen Nkomati-Vertrages mit Südafrika im Jahr 1984 stieß diese Forderung jedoch auf völlig taube Ohren.

Ein „Hilfs“embargo gegen das sozialistisch orientierte Mosambik gehörte zum Bonner Destabilisierungsinstrumentarium gegen die ungeliebte Frelimo-Regierung. Seit sie in Mosambik eine West-



öffnung ausmachen, ergänzen westliche Regierung den Knüppel um das Zuckerbrot. Mosambik müsse geholfen werden, sich vom „Osten“ zu lösen, lautet unisono in London, Washington und Bonn die Argumentation.

Ähnliche Überlegungen standen auch beim Besuch Hans-Dietrich Genschers in Angola Pate. Dies war der erste Besuch eines bundesdeutschen Außenministers in Angola seit der Unabhängigkeit im November 1975. Konkrete Unterstützung konnte Genscher der angolanischen Regierung, die sich intensiv um verbesserte Beziehungen mit westlichen Ländern bemüht, noch nicht anbieten. Das CSU-geführte Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit sperrt sich noch völlig gegen eine entwicklungspolitische Zusammenarbeit. Noch gibt es deutliche Dissonanzen im Bonner Koalitionsorchester.

Weitsichtigere Regierungspolitiker, insbesondere im Auswärtigen Amt, wollen in den Frontstaaten einen Fuß in der Tür behalten und dort den westlichen Einfluß bewahren. Das heißt auch, die Frontstaaten, insbesondere die kapitalistischen, gegen die aktuellen und potentiellen Folgen der Krise in Südafrika abzustützen.

Unter diesem Blickwinkel liegt der Wiederaufbau der Transportalternativen auch im Interesse westlicher Länder. Den Kriegsherd, Apartheid-Südafrika,

wollen sie jedoch nicht isolieren. Stärkere Hilfe an die Frontstaaten statt Sanktionen, das ist die neue Devise der weitsichtigeren Koalitionspolitiker.

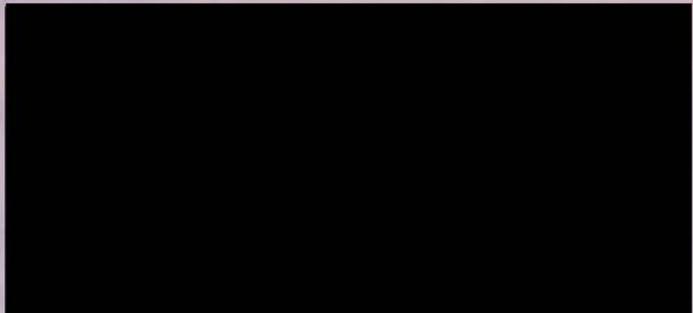
Damit treten sie in die Fußstapfen der Regierung Thatcher, die im Südlichen Afrika, genau wie das bundesdeutsche Rechtskabinett eine zentrale Stütze des Apartheidstaates ist. Dieser Kurs fände auch das Wohlgefallen der Regierung Reagan, die Kohl zum Mosambik-Besuch riet. Die Handlungsspielräume der US-Regierung sind eingeschränkt: innenpolitisch durch die starke Sanktionslobby, außenpolitisch durch das offene Engagement für die angolische Contra an der Seite des Apartheidstaates.

Bonn und London werden daher für die Apartheidpotentaten um so wichtiger. Beide wollen sich den Rücken für eine Stützung des Apartheidstaates freihalten. Mit „Hilfe“ an Südafrikas Nachbarstaaten versuchen sie, sich von Sanktionen freizukaufen. Bundeskanzler Kohl unterstrich auf seiner Afrikareise mehrmals seine kategorische Ablehnung von Sanktionen. Ein Dialog aller Gruppen, einschließlich des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), und eine friedliche Lösung seien erforderlich. Eine prokapitalistische Klientel will er mittels einer Ausbildungsförderung für Schwarze heranziehen.

Kurz: Es geht um eine Variante des schon sattsam bekannten „konstruktiven Engagements“. Für den Fall, daß ein Übergang vom rassistischen zum liberalen Kapitalismus unter Kontrolle des weißen Establishments fehlschlägt, suchen sich weitsichtige westliche Politiker weitere Optionen offenzuhalten.

Die Ziele der Bundesregierung im Südlichen Afrika haben sich nicht geändert. In der Taktik zeichnet sich jedoch ein Wandel ab. Darauf muß sich die Solidaritätsbewegung einstellen. Gefordert bleiben im Einklang mit dem ANC, der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) und den Frontstaaten umfassende, verbindliche Sanktionen und eine verstärkte Unterstützung der Frontstaaten.

G 7426 E
Postvertriebsstück
Zeitungsgebühr bezahlt
Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51



Es ist Zeit, die Volkszeitung zu lesen:

**MODERNE
MENSCHEN
BRAUCHEN
POLITISCHE
KULTUR**

Volkszeitung

Die intelligente & demokratische Wochenzeitung im Land.



FÜR ZWEI DM JEDEN FREITAG IM HANDEL *

Im Abo: Frau Bannwarth, Postfach 2726, 4000 Düsseldorf. * In folgenden Städten läuft ein Verkaufstest, zunächst befristet bis zum 31.3.1988: Aachen, Berlin, Bielefeld, Bochum, Bonn, Braunschweig, Bremen, Darmstadt, Düsseldorf, Essen, Flensburg, Frankfurt, Freiburg, Friedrichshafen, Fulda, Gießen, Goslar, Göttingen, Hamburg, Heilbronn, Erftkreis, Karlsruhe, Kassel, Koblenz, Köln, Konstanz, Lübeck, Lüneburger Heide, Marburg, Offenbach, Oldenburg, Osnabrück, Stuttgart, Elmshorn, Ulm, Wiesbaden. **Wenn nicht 02 11 / 1 60 01 15 anrufen.**